

## Wiener Tagesfragen.

Die Klagen über die Straßenbahn.  
— Weibliche Schulleiter. — Der  
Schulbücherunfug.

In der am letzten Mittwoch in Schöners Gastwirtschaft am Neubau abgehaltenen, von Mandatären und Vertrauensmännern des Bezirkes stark besuchten Versammlung des Neubauer Wählervereines besprach Stadtrat Fraß eine Reihe aktueller Tagesfragen. Hierbei wies er auch auf die Art hin, mit welcher gewisse Zeitungen bedauerliche Vorkommnisse im öffentlichen Leben und Verkehr herausgreifen, um bei deren Besprechung versteckte Angriffe gegen die christlichsoziale Partei und die Gemeindeverwaltung zu richten. Eines dieser Blätter tat letzten Montag so, als ob es die armen Schaffnerinnen und Motorführerinnen in Schutz nehmen wollte, wälzte jedoch die Ursachen mannigfacher meist ungerechtfertigter Klagen über sie auf die Gemeindeverwaltung. Diese bezahle sie zu schlecht, diese überbürde sie, diese gewähre ihnen keine genügenden Ruhepausen, woher es käme, daß die Frauen nicht in der Lage wären, ihren Dienst ordnungsgemäß zu versehen. „Die Sache,“ sagte Redner, „bliebe unbe-

sprochen, wenn nicht die Anstellung der in jüngster Zeit zum Verkehrsdienst herangezogenen Motorführerinnen wieder der Gemeinde in die Schuhe geschoben und diese für alle daraus erwachsenden Folgerungen verantwortlich gemacht werden möchte. Die Gemeindeverwaltung hat es nicht fehlen lassen, in wiederholten Eingaben die Beurlaubung der männlichen Wagenführer zu erwirken und hat auch auf die physische Unfähigkeit der Frauen für den Motorführerinnendienst hingewiesen. Wir geben selbst voll und ganz zu, daß die Frau nicht die Energie und auch nicht die Kraft hat, in gefährvollen Augenblicken den Wagen plötzlich zum Halten zu bringen, sie hat auch nicht das Augenmaß für Distanzmessungen u. a. m. Der Bürgermeister hat sich mit aller Macht gegen die Anstellung weiblicher Motorführerinnen gewehrt. Die Gemeinde Wien konnte aber schließlich nichts anderes tun. In den ersten Jänner-tagen gab's auf der Elektrischen wiederholt peinliche Szenen, weil Fahrgäste auch mit Nickelzwanzighellerstücken zahlen wollten. Wieder war es die Gemeinde und der starrköpfige Bürgermeister, welche die Leute wegen der Münzen quälten. Es ist leider traurig, daß sich viele nicht um erschienene Verordnungen kümmern, sonst müßten sie wissen, daß ein Gesetz die Nickelmünzen am 1. Jänner einzog und daß die Gemeinde bezw. die Schaffnerin die außer Kraft gesetzten Münzen nicht annehmen darf. Bei diesem Nickelgeldrummel zeigte sich übrigens, wie mit den Nickelzwanzighellerstücken trotz wiederholter Warnung gehamstert wurde. Jetzt kommen sie plötzlich in Massen hervor.

StR. Fraß kam dann auf die Tatsache zu sprechen, daß in Wien bereits zwei Schulleiterinnen bestellt wurden, wogegen sich der Redner aussprach, weil die während des Krieges so schwere Opfer bringende Lehrerschaft bei ihrer Rückkehr aus dem Felde es als schändlichen Undank und Ungerechtigkeit empfinden würde, wenn ihnen dann ihr Vorwärtskommen erschwert würde. Die Versammlung verlangte, es solle diese Sache in Form eines Rundantrages den Wiener Bezirksvertretungen, bezw. Ortschaftsräten vorgelegt werden, damit diese gemeinsam auftreten mögen.

Professor Berkman verwies zustimmend auf einen Artikel der „Reichspost“ vom 3. Jänner (Abendblatt), der sich unter dem Titel: „Erziehungsp Probleme und ihre Durchführung“ mit der Wirtschaft im behördlich genehmigten Schulbücherwesen befaßt. Redner erblicke ebenfalls in einer derartigen Schullektüre eine ernste Gefahr für die heranreifende Jugend. Er beantragte unter lebhafter Zustimmung der Versammlung, der „Reichspost“ den Dank dafür auszusprechen, daß sie dieses Unwesen im Schulbüchersach unermüdet verfolge und der Bevölkerung zeige, wie die Schule nicht arbeiten soll. Weiters solle seitens des Ortschaftsrates und der Bezirksvertretungen beim Landes Schulrat dahingewirkt werden, daß der Inhalt unserer Schulbücher in österr-eichisch-vaterländischem Sinne abgefaßt werde.

Die Anträge wurden einstimmig angenommen. — Darauf — Obmannste...

## Die erste Sitzung des Lubliner Stadtrates.

Lublin, 5. Januar.

Der neu konstituierte Stadtrat versammelte sich gestern abend zum Festakt der Angelobung. Der Saal war bis auf das letzte Plätzchen gefüllt. Außer den Stadtverordneten erwarteten zahlreich erschienene Vertreter der Lubliner Gesellschaft mit großer Spannung die erste meritatorische Sitzung der neugewählten Stadtvertretung.

Um halb 7 Uhr erschien in Vertretung des Generalgouverneurs der Chef des Zivillandeskommissariats Doktor Ritter v. Madyski in Begleitung des Statthaltereirates v. Marszewski, des Sektionsrates Dr. Ritter v. Wjsocki und des Bezirkshauptmannes Dr. v. Zichowski. Vom Kreiskommando erschien Kreiskommandant Oberst Turnau mit seinem Adjutanten; weiter erschienen der Militärverwaltungs-Kommissär Major Burzinski und andere offizielle Persönlichkeiten. Nach der formellen Eröffnung der Sitzung ergriff Dr. Ritter v. Madyski das Wort und sprach zunächst dem bisherigen Militärverwaltungs-Kommissär Major Burzinski für seine gewissenhafte, erfolgreiche und in der Tat väterliche Arbeit für das Wohl dieser Stadt die vollste Anerkennung des Generalgouvernements und allen Herren, die ihm während der Zeit seiner amtlichen Tätigkeit mit Rat und Tat beigestanden sind, den herzlichsten Dank aus.

Dann führte er folgendes aus: Als ich vor einigen Monaten die Leitung des Zivilkommissariats beim Generalgouvernement übernahm, war eine der wichtigsten Arbeiten

der bis über die Verwaltung eben die Schaffung jener Grundlagen, denen heute ein so wichtiger Teil des öffentlichen Lebens in Polen, die Selbstverwaltung der Städte, erblickt. Es gilt heute, die Notwendigkeit hervorzuheben, deren bedingungslose Erfüllung eine gute und ermutigende Verheißung für die weitere gesellschaftliche Tätigkeit des hiesigen Stadtrates, sowohl wie der gleichen Institutionen in anderen Städten Polens bilden wird. Diese Notwendigkeit ist die resolute Bereitschaft, frei von jedem Zweifel, ohne Schwanken, ohne Vorbehalt der einen großen nationalen Sache zu dienen. Ich bin überzeugt, daß jeder von Ihnen durch unwandelbare Ausdauer vor der ganzen Gesellschaft den Beweis erbringen wird, daß nicht leblose Kompromisse oder Lösungen, sondern einzigartig angespannte Arbeit aller, diese Gesellschaft zu dem gemeinsamen großen Ziele führen kann.

Nachdem das Präsidium und die Stadtverordneten die Angelobung geleistet hatten, gab Präsident Bajtowski einen kurzen Überblick über die Entwicklung der polnischen Städte seit dem zwölften Jahrhundert bis zu der Zeit der Russenherrenschaft und fuhr fort: Die russische Politik war darauf gerichtet, die Selbstständigkeit unseres Denkens und Handelns zu knebeln. Es begann eine Zeit der Quälereien und der Bedrückungen. Man verstand nicht und wollte nicht verstehen, daß sich die Städte nur dann entsprechend entwickeln können, wenn sie durch die eigene Gesellschaft verwaltet werden. Wir wurden mit bürokratischen Einrichtungen geknebelt und dem Schutz fremder Beamter anheimgestellt. Wir wurden als Bürger hinausgedrängt und durften nur mehr als Bewohner bleiben.

Die Städteordnung ist daher für uns wie ein Amnestiemanifest, das den Bürgern gestattet, in die eigenen Städte zurückzukehren. So fühlen wir uns denn gegenwärtig so, wie sich ein Vertriebener fühlt, der nach Jahren Herumirrens in das Heimatland zurückkehrt, das unter fremden Schutz gestellt war. Tränen treten ihm in die Augen, Schmerz bedrückt ihn, aber er gibt sich nicht der Verzweiflung hin, er wirft sich auf die Knie, küßt die heilige Erde und erhebt die Finger zum Schwur, daß er nicht rasten werde, ehe nicht wieder aufgebaut ist, was vernichtet wurde. Liebe zum Vaterland! Liebe zur Heimatstadt! Unter diesen Zeichen werden wir siegen! So helfe uns Gott! Lebhafter Beifall folgte den Worten des Stadtpräsidenten.

Hierauf gaben die Führer der drei großen Gruppen des Stadtrates parteipolitische Erklärungen ab, und zwar namens des polnischen Zentrums Swierczewski, namens der Juden Rajdeman, namens der Sozialisten Luszczynski und Nowaczynski.

## Schöneberger Stadtparlament.

### ¶ Gegen neue Belastungen der Gemeinden.

In der gestrigen Sitzung der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung gedachte der Vorsitzende mit warmen Worten des kürzlich verstorbenen Stadtrats Rosenberg, der sich um die Entwicklung der Bororiskadt bedeutende Verdienste erworben hat. Dann wurde ein neues Mitglied, der kürzlich zum Stadtverordneten gewählte Redakteur Henle von der „Hilfe“ in sein Amt eingeführt.

Bei der Wahl des Vorstandes der Versammlung wurde Graf v. Matuschka zum Vorsteher und Direktor Wolf-Zietelmann zu seinem Stellvertreter wiedergewählt. Beisitzer wurden die Stadtverordneten Brunhuber und Rottländer. Während des Kaiserhochs, das der Vorsitzende ausbrachte, hatten die Sozialdemokraten den Saal verlassen.

Zum Schlusse der Sitzung interpellierte Stadt. Jöbel (lib. Frakt.) den Magistrat wegen der vom Vorsitzenden des Kriegsernährungsamtes angekündigten Reformen. Es schiene ihm, daß die neuen Wege Batodis nichts weiter darstellen als eine neue, ungeheure Belastung für die Gemeinden. — Stadtrat Dr. Licht teilte mit, daß der Magistrat sich am nächsten Donnerstag mit den Vorschlägen des Kriegsernährungsamtes befassen werde. Ob es sich hier um einen Systemwechsel handle oder nicht sei ein Streit um Worte. Tatsache sei jedenfalls, daß das ursprüngliche Programm Batodis nicht weiter konsequent durchgeführt werde. Bisher habe es immer geheißen, daß die Lebensmittel von den Reichsstellen einheitlich erfaßt und verteilt werden müssen und jetzt wolle man dem freien Spiel der Kräfte Raum lassen. Das sei ein im höchsten Maße gewagtes Experiment. Bisher seien alle Selbsthilfe-Bestrebungen der Gemeinden durch Eingriffe der Regierung behindert worden. Aus der Tatsache, daß die Reichsstellen noch in der allerneuesten Zeit Lieferungsverträge der Gemeinden über Gemüse für ungültig erklärt und selbst übernahmen, habe man folgern müssen, daß das Zentralisations-Programm beibehalten werden sollte. Plötzlich soll es nun anders werden. Die Verantwortung für das Kommende könnten die Gemeinden nicht übernehmen. Die Folge des neuen Systems, das wohl auf Obst, Gemüse, Geflügel und Milch ausgedehnt werden solle, werde sein, daß die Lebensmittel noch mehr verteuert werden. Die Spekulanten würden das neue Programm sicherlich begrüßen.

Wenn eine Stadt in Lebensmittelangelegenheiten Rat brauche, dann werde sie nicht zu einem kaiserlichen Oberregierungsrat gehen, sondern zu einem Fachmann. Das Programm Batodis dürfe nicht lauten: Reichsberatungsstellen sondern Reichsverwaltungsstellen zur einheitlichen Beschaffung und Verteilung der Lebensmittel.

Die Versammlung spendete dem Redner lebhaften Beifall und beschloß den Magistrat zu ersuchen, im Sinne der Isthin von der Berliner Stadtverordneten-Versammlung gefaßten Entschlieung zu wirken.

9. / I. 1918

5

# Groß Berlins künftige Verfassung

## Ausbau im Geiste Steins.

Die Erörterung der Frage „Groß-Berlin“ kommt in den beteiligten Kreisen trotz des Krieges nicht zur Ruhe. Im Gegenteil, sie wird um so lebhafter, je schwieriger und zahlreicher die Aufgaben werden, die den Gemeindeverwaltungen durch den Krieg erwachsen. Mit Genugtuung kann man dabei bemerken, wie in den Vorortsgemeinden der Gedanke der Verschmelzung mit Berlin ständig an Boden gewinnt. Selbst die einfache Einverleibung will der Artikel des Herrn Gemeindeverordneten Pinus von Reinickendorf (in der „Vossischen Zeitung“ vom 18. Dezember v. J., Morgenblatt) in Kauf nehmen, wenn nur die kommunale Einheit erreicht wird. Er stellt lediglich zur Erwägung, ob nicht den bestehenden Gemeinden zum mindesten für die Exekutive ihre Selbständigkeit gewahrt werden könne.

Man kann aber m. E. den Wünschen der Vororte noch weiter entgegenkommen, ohne dabei das jetzige Berlin irgendwie zu benachteiligen. Man müßte dazu freilich über den Buchstaben der preussischen Städteordnung hinausgehen, aber nur, um ihrem Geiste erst recht treu zu bleiben! Der Grundgedanke der Steinischen Städteordnung, auf der noch die gegenwärtige beruht, war die größtmögliche, tätige, mittelbare und unmittelbare, Teilnahme aller Einwohner an der Verwaltung ihrer Stadt. Die Zusammenfassung des Magistrats aus beruflichen und ehrenamtlichen Mitgliedern, die gemischten Deputationen, die Bürger-Deputationen, die Bezirksvorsteher und anderes mehr, waren die genialen Ausführungen dieses Grundgedankens. Sie waren aber für viel kleinere Verhältnisse berechnet. Die Steinische Städteordnung unterscheidet Großstädte von mehr als 10 000 Einwohnern, mittlere Städte von 3500 bis 10 000 und kleine Städte von weniger als 3500 Einwohnern. Außerdem gab es noch Zwergstädte von unter 800 Einwohnern, für welche Bezirke und Bezirksvorsteher nicht eingeführt wurden. Man braucht diese Zahlen nur zu nennen, um den Abstand von heute zu ermessen. Es gab zur Zeit der Einführung der städtischen Selbstverwaltung nur eine einzige Stadt in Preußen mit mehr als 100 000 und eine einzige mit mehr als 200 000 Einwohnern. Für eine Stadtgemeinde von 4 Millionen brauchte der Freiherr von Stein die Bestimmungen zu treffen. Hätte er sie erlebt, er würde sicherlich ein organisches Zwischenglied zwischen den Hunderten von Bezirken und der Gesamtgemeinde gefordert haben.

Eine solche Zwischeninstanz nun bietet sich für die eine Hälfte des künftigen Groß-Berlins ganz von selbst dar in den Gemeindeverwaltungen der Vororte. Für die andere Hälfte aber muß man sie schaffen! Wer von auswärts nach Berlin zieht, der merkt ja bald, daß neben dem Groß-Berliner Weltstadtpolz noch gerade bei den alten Berlinern ein ganz bodenständiger Lokalpatriotismus für die eigene Stadtgegend besteht. An dies Gefühl der Alt eingewohnten Bewohner von N.-Berlin — Mühlän, von Moabit, Wedding, Gesundbrunnen, der Friedrichstadt, der Gegend um den Friedrichshain, um die Frankfurter Allee und die Oranienstraße, des Stadtteils nördlich vom Kreuzberg und südlich vom Tiergarten läßt sich anknüpfen, wenn man lebensfähige Einzelgemeinden innerhalb der großen Gesamtgemeinde Berlin bilden will. Man erhielte dann 15 bis 20 Teilgemeinden mit je 50 000 bis 200 000 Einwohnern, denen die Vorortsgemeinden ebenbürtig zur Seite treten würden. Die äußeren Gemeinden könnten ihre bisherigen Gemeinderäte und Versammlungen behalten — vielleicht mit verminderter Mitgliederzahl, entsprechend der durch die Gesamt-Gemeinde eingeschränkten Kompetenz; die neu gebildeten inneren Gemeinden würden sie neu bekommen. Ueber die einzelnen Vorteile solcher Dezentralisation läßt sich noch manches sagen, sobald erst der Grundgedanke Anhang findet. Die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Ober- und Untergemeinde ist gewiß nicht leicht. Vieles wird sich aus den bisherigen Erfahrungen bei Verhandlungen zwischen Berlin und den Vororten entnehmen lassen. Auch die Einrichtungen des Auslandes wird man nutzen können und nicht verschmähen, selbst vom Feinde zu lernen, wo von ihm zu lernen ist. Nicht viel von Paris mit seiner verstückelten Selbstverwaltung, seinem berücktigten Seine-Präfekten und seinen 20 Bürgermeistereien; oder von Groß-New

York mit seiner unvollständigen Organisation und seinen fünf Riesenbezirken. Dagegen mancherlei von Groß-London mit seiner voll ausgebauten Gesamt-Gemeinde (County of London) und seinen 20 Einzel-Gemeinden (Metropolitan boroughs) mit ihren Bürgermeistern, Stadträten und Stadtverordneten.

Allerdings könnte die künftige „Stadtordnung von Groß-Berlin“ nur durch Staatsgesetz in Kraft treten und setzt eine günstige Stellungnahme der Staatsbehörden sowie Auseinandersetzung mit den Landkreisen Teltow und Niederbarnim und Entscheidung des Schicksals des unglücklichen Zweckverbandes voraus. Darum bleibt es jedoch nicht weniger wichtig, daß sich zunächst und vor allem die, die es in erster Linie angeht, die Einwohner Berlins und der Vororte, auf ein bestimmtes Programm einigen, bei dem sie gleichmäßig ihre Rechnung finden, das die bisherigen Reibungen zwischen so vielen selbständigen Gemeinden beseitigt und doch im Geiste echter Selbstverwaltung die Zentralisation nicht überspannt. Von dem einmütigen Willen von vier Millionen Groß-Berlinern können wir dann erwarten, daß er bei den anderen Instanzen schwer ins Gewicht fallen wird.

Die deutsche Verwaltung hat den Warschauern in kurzer Zeit verschafft, was ihnen das Mißtrauen des russischen Tscharnikoff jahrzehntelang vorenthielt: die Eingemeindung der Vorstädte bis weit aufs Land hinaus und die kommunale Selbstverwaltung für das neue Groß-Warschau. Es wäre beleidigend gegenüber preussischen Behörden, ihnen weniger Wohlwollen und Verständnis für das deutsche Berlin als für das polnische Warschau zuzutrauen. Unsere Gesetzgebung aber hat seit dem August 1914 gezeigt, welch ganz andere Hindernisse sie bei gutem Willen aller Beteiligten zu überwinden vermag. Wir sind es Deutschland und der Welt schuldig, in Groß-Berlin das Muster einer weltstädtischen Organisation aufzurichten, so neuartig, so großzügig, so gut den gesteigerten Bedürfnissen der Gegenwart angepaßt, wie sie bisher noch nirgends besteht.

Dr. W. Herse.

## Die Rauchplage in Wien.

In der großen Zahl der Subventionen, welche die Gemeinde Wien an Vereine usw. bewilligt, befand sich bisher auch eine jährliche Unterstützung für die Oesterreichische Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage. Das letzte Ansuchen dieser Gesellschaft wurde im Gemeinderate abgelehnt, nachdem **U. Vielohlawel** eine eindrucksvolle Rede gegen den Stadtratsantrag, der die Bewilligung vorschlug, gehalten hatte. Zur Aufklärung der ablehnenden Haltung des Wiener Gemeinderates, erscheint es angebracht, auf jene Abstimmung im Wiener Gemeinderate zurückzugreifen und den Sachverhalt festzustellen:

**U. Vielohlawel** führte in seiner Rede aus: „An der Spitze der Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage steht ein allgemein hochachteter und von mir speziell hochverehrter Mann, der Herr Sektionschef **Erner**. Er hat sehr viel geleistet, und auch hier besteht seine Absicht, etwas zu leisten; aber die Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage hat bisher nichts erreicht, als daß es in Wien noch mehr raucht als früher. Von der Staubplage will ich gar nicht reden. Insbesondere wenn man Gelegenheit hat, hervorragende Institute, welche der Kunst und Wissenschaft in Wien dienen, zu beobachten, wird man Verschiedenes sehen, so, wenn man zum Beispiel vor der Universität zwischen 9 und 11 Uhr vorübergeht: da entsteigt diesem Institute der Wissenschaft und der Hygiene, von der dort gepredigt wird, ein Rauch, wie es bei keiner Fabrik im 21. Bezirke oder in Breitenfee der Fall ist, und in die umliegenden Gebäude, wo keine Wohnung unter 5000 Kronen zu haben sein wird, qualmt dieser Rauch hinein. Der niederösterreichische Landesauschuß hat dieser Vereinigung auch seinerzeit 1000 Kronen Subvention bewilligt. Diese Subvention wurde aber vor zwei Jahren gestrichen, weil der Verein bisher immer nur alljährlich eine Broschüre von vier bis sechs Seiten herausgegeben hat, in welcher steht, daß es nicht rauchen soll: Aber es raucht weiter! Ich verweise darauf, daß wir im Ra-

hause noch vor zwei Jahren elende Zustände gehabt haben, daß ein Riesenrauchqualm dem Rathaus entstieg. Ein neuer Einbau für rauchlose Feuerung hat diesen Uebelstand beseitigt, und zwar mit verhältnismäßig geringen Kosten. Wir haben in unserem Rieseninstitute am Steinhof und im Zentrallinderheim vollständig rauchlose Feuerung, die von vielen hervorragenden Technikern und Ingenieuren besucht wurde, wobei immer konstatiert wurde, daß überhaupt nichts Besseres und vollkommeneres besteht. Die Apparate für die Rauchlosigkeit funktionieren dort derart gut, daß durch Einsehung des betreffenden Hebels jede Rauchentwicklung verhindert wird und ganz ausgeschlossen ist. Es kommt nicht einmal so viel Rauch heraus wie von einer Zigarette. Es wird dann bei Besuchen von Fachleuten auch gezeigt, wie es aussähe, wenn der Rauchverzehrsapparat nicht funktioniert: Dann tritt der Qualm selbstverständlich auf. Zugleich wird gezeigt, daß ohne Rauchverzehrsapparat eine ungemein große Kohlenverschwendung Platz greift, die bis zu 20 Prozent beträgt. Und unsere Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage hat bisher keinen Finger gerührt, um die Einführung der rauchlosen Feuerung zu erzielen! Ich will nicht nur davon reden, was die Gemeinde eingeführt hat, z. B. das System **Langer**, welches einzelne Fabriken, z. B. in der **Mollardgasse**, eingeführt haben, bewährt sich sehr gut. Das ist besser als eine Broschüre, die nichts sagt, als daß es nicht rauchen soll. Ich bin kein Feind dieser Gesellschaft, sie hat gewiß die besten Absichten, aber wie das schon ist: Es tritt da ein Kongreß zusammen mit einer Empfangsfeier, es wird massenhaft geredet, gelehrte Vorträge werden gehalten auf dem Gebiete, daß es nicht rauchen soll, aber in Wien raucht es weiter. Schließlich beantragte **U. Vielohlawel** die Ablehnung des Subventionsansuchens.

Auf diese, wiederholt von Beifall unterbrochene Rede antwortete von der Opposition niemand. Der Stadtratsreferent **U. Dr. Haas** erklärte, daß die Ausführungen des **U. Vielohlawel** vollständig richtig seien, doch erhoffe man im Rathaus von der genannten Gesellschaft eine lebhaftere und wirkungsvollere Tätigkeit und der Stadtrat wolle eben in diesem Sinne die Subvention bewilligen. Bei der Abstimmung wurde dann der Stadtratsantrag abgelehnt und damit die bisherige Subvention für die Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage gestrichen.

(Die Budgets der kommunalen Gas- und Elektrizitätswerke.) Die Direktionen der kommunalen Gas- und Elektrizitätswerke haben heute dem Magistrat ihre Budgets für das Jahr 1917 unterbreitet. In der Budgetvorlage der Gaswerke beschäftigt sich Generaldirektor Dr. Franz Ripka eingehend mit der Kohlenfrage und bemerkt unter anderem, daß den Gaswerken infolge der Teuerung der Kohlenpreise Mehrausgaben in der Höhe von 1,099.836 k erwachsen werden. Außerdem sind auch die Arbeitslöhne sowie die Erhaltungskosten der Werke erheblich gestiegen, so daß die Betriebskosten für das Jahr 1917 um mehr als 2¼ Millionen höher präliminiert werden mußten, als für das verflossene Jahr. Das Montierungsgeschäft der Gaswerke schließt mit einem Defizit von 70.000 k, was darauf zurückzuführen ist, daß die Unternehmung während des Krieges keine Privatarbeiten übernimmt und sich nur auf die Behebung der Betriebsstörungen beschränkt. Die Gesamtausgaben der Gaswerke wurden mit 21,676.479 k präliminiert, welche Summe um 1,588.728 k das Präliminare des Vorjahres übersteigt. Der Gasverbrauch wird auf 94 Millionen Kubikmeter veranschlagt, die Reineinnahmen nach dem gelieferten Gas dürften nahezu 13 Millionen Kronen ergeben, um 617.000 k mehr als im Jahre 1916. Im Jahre 1917 werden die Gaswerke teils in Barm, teils durch die Lieferung von Gas für die öffentliche Beleuchtung usw. 3,756.285 k an die Hauptstadt abgeben, um 703.507 k weniger als im Jahre 1916. — Auch das vom Generaldirektor Leopold Stark unterbreitete Budget der Elektrizitätswerke ist ungünstiger ausgefallen, als im Vorjahre. Die Stromproduktionskosten werden auf 2,601.600 k veranschlagt; da laut dem Budget im Jahre 1917 ungefähr 37,400.000 Kilowattstunden erzeugt werden, wird die Erzeugung des Stroms den Elektrizitätswerken auf 6·96 h (gegenüber 5·9 h im Jahre 1916) pro Kilowattstunde zu stehen kommen. Die Kosten der Stromverteilung betragen 956.000 k (um 217.645 k mehr als im Vorjahre), die Ausgaben der Zentrale 1,127.200 k (um 147.758 k mehr als im Jahre 1916). Die Gesamteinnahmen der Elektrizitätswerke sind mit 8,922.000 k, die Reineinnahmen mit 1,442.680 k präliminiert. Der Generaldirektor beantragt, daß von dieser Summe 700.000 k der hauptstädtischen Kasse zugeführt, 742.680 k aber zur Vermehrung des Wertverminderungsfonds verwendet werden. Die Budgetvorlagen werden am 18. d. von der Beleuchtungskommission verhandelt.

## Städtische Müllabfuhr.

Aus der Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung

In einer ganzen Reihe von Berliner Vororten geht man gegenwärtig mit dem Gedanken um, die Abfuhr des Hausmülls in städtische Verwaltung zu übernehmen. War man schon im Frieden mit der privaten Müllabfuhr in Groß-Berlin nicht zufrieden, so hat ihr Versagen im Kriege den Anhängern der städtischen Müllabfuhr in allen Gemeinden noch neue Freunde gebracht.

Gestern beschäftigte sich die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung mit einem Antrage des Magistrats, für die städtischen Grundstücke sofort die Müllabfuhr selber zu übernehmen. Die Versammlung war damit einverstanden, beschloß aber, vorerst einen Ausschuß einzusetzen, der gleichzeitig über die Frage der Uebernahme der gesamten Hausmüllabfuhr durch die Stadt beraten soll. Es wurde von den Rednern aller Fraktionen dargelegt, daß die Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer versage, sobald Schneewetter eintritt. Daran schuld seien nicht nur der Personal- und Pferdemangel, sondern in erheblichem Maße die ganze Organisation der Gesellschaft. Mit der voraussichtlichen Uebernahme der Gaswerke in eigenen Betrieb der Stadt könne man auch neue Versuche mit der Verbrennung von Müll machen.

Im weiteren Verlaufe der Versammlung gab es einen heiteren Zwischenfall. Stadtv. Schiller (lib.) beantragte allen Ernstes, man solle zur Beseitigung der Schneemassen den Magistrat ersuchen, sich mit allen Groß-Berliner Gemeinden ins Einvernehmen zu setzen; gemeinsam sollten sie beim Oberkommando um den Erlaß einer Verordnung einkommen, durch den alle Einwohner der Gemeinden verpflichtet werden, abwechselnd vor den einzelnen Grundstücken Schnee zu schippen. Dieser Antrag löste lebhafteste Heiterkeit aus. Stadtv. Meyer (lib.) schilderte scherzhaft, wie der Stadtverordnete und Turnlehrer Jöbel den Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung Unterricht im Schneeschippen erteilen wird. Der Antragsteller versicherte, daß die Straßenreinigungskommission einen entsprechenden Beschluß bereits gefaßt hat, er müsse bedauern, wenn man die Sache als Witz auffasse. Die Versammlung ließ sich aber durch diese Argumente nicht ernsthafter stimmen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Magistrat den Deputationsbeschluß zu den Akten legen wird.

## Wiener Beschwerde.

Mehr Licht. — Mehr Erleuchtung. — Die Elektrische.

Noch immer haben wir aus dem Rathaus kein beruhigendes Wort über die Maßregeln gehört, deren bloße Ankündigung allgemeine Betroffenheit erregt hat.

Wiso steht die Wiener Bevölkerung immer noch vor der drohenden Möglichkeit, daß die Elektrische eines Tages ihren Verkehr schon um 11 Uhr abends und wieder eines Tages schon um halb 11 Uhr einstellt.

Man wird den Wienern wohl kaum den Vorwurf machen können, sie hätten sich in die Kriegsnotwendigkeiten nicht gefügt, sie hätten es an Geduld fehlen lassen oder sie ermangeln gar des Opfermuts. Im Gegenteil. Die Wiener Bevölkerung hat im Ganzen ein glänzendes Beispiel gegeben, namentlich die arbeitenden Kreise haben sich durch unermüdbliche Geduld einen Anspruch auf Bewunderung erworben, und in allen Schichten, von oben bis unten, ist ein Geist des Opfermuts lebendig, der sich willig in jede Kriegsnotwendigkeit fügt.

Nach dreißig Kriegsmonaten jedoch weiß man immerhin zwischen den unvermeidlichen und den vermeidlichen Notwendigkeiten zu unterscheiden. Und es darf niemanden erstaunen, daß die Wiener die frühe Verdunkelung der großen Verkehrsstraßen wie die Verkürzung des Straßenbahnbetriebes keineswegs als eine unbedingte Kriegsnotwendigkeit anerkennen, sondern sich dagegen auflehnen.

Es wäre sachlich ganz falsch, hier wieder einmal auf Berlin, als auf ein Vorbild und Muster hinzuweisen. Dort liegen die Verhältnisse ganz anders. Groß-Berlin ist ja nicht wie Groß-Wien ein einziges, mächtiges Gemeinwesen. Die Berliner Stadtvertretung hat ihren großen und oft viel reicheren Schwesterstädten gegenüber, wie Charlottenburg, Schöneberg, Wilmerdorf usw. manchmal einen schweren Stand und war wiederholt mit ihnen in einem harten Interessenkampf. Das Problem der Berliner Stadtverwaltung kompliziert sich zum Beispiel auch dadurch, daß ein weitläufiger Teil des Bürgertums sein Geld zwar in Berlin verdient, dieses Geld aber draußen in Charlottenburg, in Wilmerdorf, Grunewald, Dahlem, also außerhalb der Gemeinde Berlin, verwohnt, verzehrt und städtisch versteuert.

Die Wiener Stadtvertretung aber gebietet über ein einheitliches, großes Gemeinwesen, sie schaltet sozusagen in einem eigenen Königreich. Und sie ist überdies noch die größte Unternehmung, die wir in unseren Mauern haben. Die Stadt Wien verkauft uns das elektrische Licht, die Gasbeleuchtung und -beheizung, sie führt die Elektrische durch die Straßen. Kurz, sie hält damit — von anderen Unternehmungen, die sie sonst noch leitet, abgesehen — den Lebensnerv des städtischen Handels und Wandels, die Grundbedingungen unserer Existenz fest in ihrer Hand.

Daß in normalen Zeiten alle diese Betriebe nicht nur normal und kluglos, sondern einfach glänzend funktionieren müssen, wäre etwas Selbstverständliches. Aber gerade eine ungewöhnliche Zeit, wie die jetzige, wird der Stadt Wien zum Prüfstein dafür, ob sie nicht bloß ihr Unternehmer-Recht zu gebrauchen versteht, sondern ob sie auch ihre Verwaltungspflicht, ihre große Aufgabe, dem Interesse des Volkes zu dienen, erfüllt. Sich in solch einer Zeit der Not beispielgebend zu bewähren, müßte die Stadt Wien auch vom Unternehmerstandpunkt als ihre vornehmste Verpflichtung ansehen, ohne sich erst an ihren erheblichen Unternehmergewinn, der ihr in guten Zeiten zusieß, erinnern zu lassen.

Der Direktor des städtischen Elektrizitätswerkes braucht die Stimmung zu prüfen die er hervorruft, wenn er

Daß die städtischen Betriebe sich in Not befinden, wird nicht bezweifelt. Es wird aber ganz allgemein behauptet, die Stadt Wien müsse diese Not eben aus ihrer Kraft und aus ihren Mitteln — sei es auch mit den größten Opfern! — überwinden.

Es wird ferner behauptet, die städtischen Betriebe hätten garnicht in diesen Notstand kommen dürfen. Die Gebieter im Rathaus haben Macht und Ansehen, Wege und Mittel genug, solche Not rechtzeitig zu lindern. Und mit ihren Argumenten — wenn sie nur davon Gebrauch gemacht hätten — würden sie überall Gehör und Einsicht sich errungen haben.

Jetzt aber einfach hergehen und die Lichter auslöschten — jetzt aber den Betrieb der Elektrischen mit der altverhassten Hausmeister-Sperrstunde schleichen, wird natürlich nicht als eine Leistung der Gemeinde anerkannt.

Und man erinnert sich, daß diese selbe Stadtverwaltung immer noch durch den Bakterienstaub, der von ihren offenen Müllwägen aufwirbelt, die Gesundheit unserer Jugend gefährdet. Man erinnert sich daran, weil eben jetzt hervorragende Aerzte wieder auf diesen Skandal, als auf das stärkste Hindernis im Kampf gegen die Tuberkulose hinweisen. Man erinnert sich daran, weil man die Leistungen der Stadt jetzt im Gedächtnis nachprüft und nun entdeckt, daß so manche Not, unter der wir in Wien leiden, nicht bloß vom Kriege herkommt, längst, aber längst schon beseitigt sein könnte, und weil man deshalb auch nicht daran glaubt, daß jede Not, die uns auferlegt wird, eine unbedingte Kriegsnotwendigkeit ist.

## Unliebsame Erscheinungen im Berliner Großstadtleben.

Der verstärkte Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses setzte am Donnerstag die Beratung des Etats für das Ministerium des Innern fort. Ein Zentrumsabgeordneter sprach sich tadelnd über gewisse unliebsame Erscheinungen im Berliner Großstadtleben aus. Er kritisierte mancherlei Kabarettaufführungen und erklärte die musikalischen Veranstaltungen in verschiedenen Kaffees als überflüssig, sie müßten auf die aus dem Felde zurückkehrenden Krieger eigentümlich wirken. Er hatte dabei namentlich Lokale im Auge, wo zum Teil besserstuierte Herren mit ihren illegitimen Damen verkehren. Er verwahrte sich aber dagegen, daß mit dieser Kritik irgendwie die große Masse der Berliner Bevölkerung getroffen werden solle. Er wisse, daß die große Mehrzahl der Berliner Bevölkerung aus tüchtigen arbeitsfreudigen Menschen bestehe. Der Minister des Innern erklärte, daß die Polizei im allgemeinen keine erzieherischen Aufgaben habe. Wirkliche Ausschreitungen würden natürlich überwacht und verhindert. Man müsse aber doch ein Bedürfnis nach heiteren Aufführungen auch anerkennen, gerade die Urlauber, die lange Monate im Schützengraben gelegen hätten, sehnten sich nach heiterer Unterhaltung und Zerstreuung. Jedenfalls müsse jedes Einschreiten mit äußerster Vorsicht erfolgen. Ein fortschrittlicher Redner nahm dankend von dem Lob Notiz, das der Zentrumsredner der Allgemeinheit der Berliner Bevölkerung gespendet hatte. Bei einer Bevölkerung von 3½ Millionen könnten immerhin manche Elemente nach gewisser Richtung Anstoß erregen, das sei aber in allen Großstädten so. Man möge aber doch auch bedenken, wie überaus stark die hervorragenden künstlerischen und musikalischen Aufführungen besucht seien, was den guten Geschmack des Berliner Publikums beweise. 25 000 bis 30 000 Männer betätigten sich tagaus tagein in angestrengtester Weise in der Kriegsfürsorge, ebenso zahllose Frauen, ohne deren Mitwirkung das große organisatorische Werk garnicht möglich gewesen wäre.

Derselbe Redner ging dann auf die Verkehrsnot in Berlin ein und bebauerte die plötzliche Verkürzung und Abschneidung des Spätverkehrs der Straßenbahnen. Wenn das jetzt mit der Einziehung von Angestellten zum Heeresdienst begründet wäre, so sei das schon deshalb nicht stichhaltig, weil diese Einberufungen doch nicht alle auf einmal erfolgt seien, also doch auch kein Grund für die plötzliche einschneidende Verkehrsverschlechterung gegeben erscheine. Dem Verkehrsbedürfnis müsse unbedingt genügt werden. Die Leistungen der Schaffnerinnen verdienten durchaus nicht den Tadel, den sie in einigen Einsendungen an die Zeitungen gefunden haben. Notwendig sei es, daß die Berliner Straßenbahngesellschaft den Schaffnerinnen auch ausreichende Löhne zahle, wie man höre, wolle sie sich ja jetzt dazu verstehen.

Ueber den Gesetzentwurf auf Gewährung weiterer 200 Millionen Mark

### zu Kriegswohlfahrtszwecken an Gemeinden

referierte der fortschrittliche Abgeordnete Lippmann: Die Last für die Gemeinden sei fortgesetzt gestiegen. Bereits im Oktober betragen ihre monatlichen Gesamtausgaben in Preußen 50 Mill. M. Das Reich hatte dazu 33¼ v. H. beizutragen; es hat aber in Wirklichkeit nur 25 v. H. erstattet, das machte schon einen monatlichen Ausfall von 4¼ Mill. M. Durch die Erhöhung der Kriegsunterstützungen vom Dezember ab werden die Ausgaben der Gemeinden sicherlich monatlich 100 Mill. M. überschreiten. Erfreulich wäre, daß aus den Fonds jetzt auch Zuschüsse für andere Wohlfahrtszwecke, die mit dem Kriege im Zusammenhang stehen, gegeben werden könnten, z. B. zu den Volksspeisungen. Ein Teil der Gemeinden hat auch Mietzuschüsse gefordert, und zwar seien von ihnen drei Viertel der Mieten gewährt worden, während die Hausbesitzer das letzte Viertel tragen mußten. Da die Lage des Hausbesitzes sich aber ständig verschlechtert habe, sei es notwendig, die Zuschüsse zu erhöhen, um die Hausbesitzer zu entlasten. Reichs- und Staatsbetriebe zahlten für die Angehörigen der zum Heere eingezogenen Arbeiter zu den Reichsleihen Zuschüsse. Diese Zuschüsse werden nicht ausreichen, die Regierung könnte hier aufmunternd wirken. Der Redner brachte noch verschiedene Härten zur Sprache, die sich bei Gewährung der Kriegsunterstützungen ergeben haben. Der Minister des Innern teilte mit, daß in Preußen 81 Millionen Mark monatlich an die Lieferungsverbände für Kriegswohlfahrtszwecke zurück-

gezahlt worden seien. Nach Erhöhung der Sätze werden jetzt 108 Millionen Mark bezahlt. Vom Reiche sind bis jetzt 25 v. H. dazu bewilligt. Der Zinsverlust wurde vom Reiche bisher nicht erstattet. Daneben würden noch Beträge an die Erwerbslosen gewährt. Die Regierung lasse sich angelegen sein, alles auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege zu tun und nach Möglichkeit den Gemeinden entgegenzukommen. Ein Zentrumsredner vermehrte eine genügende Fürsorge für Kriegsbeschädigte. Hier blieben große Mittel von den Gemeinden aufzuwenden, die dafür entschädigt werden müßten. Ein weiteres Zentrumsmitglied trat für den Antrag des Abg. Dr. König (Z.) auf Beihilfen an Beamtenfamilien, deren Ernährer im Felde stehen, ein. Er verlangte, daß dieselben Beihilfen, die für die in der Heimat befindlichen Beamten gezahlt werden, auch diesen Beamtenfamilien gewährt werden. Ein Regierungskommissar erwiderte, daß die Regierung dem Antrag nicht zustimme, denn tatsächlich würden doch Ersparnisse erzielt, wenn der Mann abwesend sei. In besonderen Fällen könnten aber die Behörden kinderreichen Familien Unterstützungen gewähren. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter stellte fest, daß noch verschiedene Gemeinden bei Gewährung der Unterstützungen nichtgesetzliche Verpflichtungen erfüllen. Ein Volksparteier erklärte, daß bezüglich der Mietsentschädigung den Hausbesitzern geholfen werden müsse, da sie jetzt nicht mehr auf den Ersatz so hoher Ausfälle verzichten könnten. Im übrigen stellte er fest, daß den Gemeinden ursprünglich alle Kosten der Kriegswohlfahrtspflege ersetzt werden sollten. Jetzt scheine man davon schon etwas abzukommen. Seiner Meinung nach hätte diese Kriegswohlfahrtskosten allein das Reich zu tragen. Die Lasten werden für die Gemeinden unerträglich. Ein weiterer Zentrumsredner erkennt die Leistungen des Reiches und Staates an, auch die großen Aufwendungen der Privatindustrie verdienten Anerkennung. Der Berichterstatter stellte einen von nationalliberaler und freikonservativer Seite unterstützten Antrag, in dem verlangt wird, daß den Familien der zum Heere eingezogenen Beamten und Staatsarbeiter in besonderen Fällen die Kinderzulagen, wie jetzt den in der Heimat gebliebenen Beamten, gezahlt werden sollen, soweit diese zum Heere eingezogenen Beamten Gemeinen- oder Befreitenlöhne beziehen. Dieser Antrag wird angenommen, nachdem ein Zusatzantrag des Zentrums, auch den im Unteroffiziersrang stehenden eingezogenen Beamten diese Kinderzulagen zu zahlen, keine Mehrheit gefunden hatte. Der Etat des Innern ist damit beendet. Am Freitag wird der Medizinaletat und nachher der Bauetat beraten.

27. I. 1917

174

**Bürgermeister Dr. Weiskirchner über Gemeindeangelegenheiten.**

Wien, 26. Januar.

In einer heute abend vom deutschen Bezirkswahlverein Josefstadt im Festsaale des Deutschen Schulvereinshauses veranstalteten Versammlung hielt Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Rede, in der er unter anderem ausführte: Zahlreiche erprobte und bewährte Arbeitskräfte der Gemeinde sind zur militärischen Dienstleistung eingezogen und den Zurückgebliebenen ist daher eine um so schwierigere und mühevollere Aufgabe überantwortet. Von den rund 40.000 Angestellten der Gemeinde und ihrer Unternehmungen sind mehr als 15.000 eingezogen. Die steigenden Preise der Lebensmittel und aller anderen Verbrauchsartikel haben der Gemeinde schon im Mai 1915 Veranlassung gegeben, Kriegszulagen zu gewähren, dieselben im April 1916 wesentlich zu erweitern, und nun hat der Wiener Gemeinderat das dritte Mal eine Erhöhung und Ausdehnung der Kriegszulagen ab 1. Januar 1917 beschlossen. Die Gesamtkosten für die Kriegsfürsorgemaßnahmen zugunsten der Angestellten der Gemeinde belaufen sich seit Kriegsbeginn auf 38,752.440 Kronen. So gerechtfertigt diese Auslagen sind und so gerne wir sie alle unseren Beamten, Lehrern und Arbeitern anerkenne, läßt sich doch andererseits nicht

verhehlen, daß durch diese Zuwendungen die budgetären Verhältnisse der Gemeinde in eine sehr schwierige Position gekommen sind und im Laufe der nächsten Monate eine Reihe von Maßnahmen zur Deckung dieser Mehrerfordernisse getroffen werden müssen. Die Deckung ist um so schwieriger zu finden, als wir in einer Zeit der steigenden Opfer für die staatlichen Erfordernisse stehen. Tarifserhöhungen, die Erhöhung der Steuern, Stempel und Gebühren belasten die Gemeinde in namhafter Weise. So betragen, um nur ein Beispiel hervorzuheben, die Mehranslagen des Gaswerkes für Kohle anlässlich der Erhöhung der Tarife 22 Millionen Kronen per Jahr und die Leistungen derselben städtischen Unternehmung infolge der erhöhten Steuern und Gebühren 23 Millionen per Jahr, zusammen daher 45 Millionen Kronen. Es wird wohl jedem einleuchten, wie schwer es unter solchen Verhältnissen der Gemeinde wird, aus den Erträgen der Unternehmungen die eigenen erhöhten Auslagen zur Deckung zu bringen.

Andererseits läßt sich nicht leugnen, daß auf einem staatlichen Gebiete, der Kriegsfürsorge, bisher verfaumt wurde, in ausreichender Weise den geänderten Lebensbedingungen Rechnung zu tragen. Durch das Gesetz vom Jahre 1912 wurde der staatliche Unterhaltsbeitrag für die Familienangehörigen der Eingezogenen eingeführt und es ist zweifellos, daß dieses Gesetz nicht nur für hunderttausende Familien, sondern auch für die Gemeinden sich segensreich erwiesen hat. Allein wenn auch im August 1914 der staatliche Unterhaltsbeitrag von 1 K. 32 S., beziehungsweise 66 S. für ein Kind unter 8 Jahren, als eben noch ausreichend bezeichnet werden konnte, so ist dies im Januar 1917 absolut unzureichend. Gegenüber der vielprozentigen Steigerung unentbehrlicher Verbrauchsartikel ist der Unterhaltsbeitrag derselbe geblieben und die Regierung hat sich lediglich darauf beschränkt, durch eine wohlwollende Interpretation der gesetzlichen Bestimmungen die ärgsten Härten des Gesetzes auszugleichen. Ende des Jahres 1916 standen in Wien 474.300 Personen im Genusse des staatlichen Unterhaltsbeitrages, das ist somit etwa der vierte Teil der Wiener Bevölkerung.

Von der Fürsorge für die städtischen Angestellten und der staatlichen Fürsorge für die Familien der Eingezogenen wende ich meine sorgenvollen Augen auf die Verhältnisse des gewerblichen Mittelstandes. Es ist gewiß, daß auch eine Reihe von Gewerben infolge der gesteigerten Lieferungen für die Armee Verdienst und Nutzen zog. Aber es läßt sich andererseits nicht leugnen, daß andere und breite Schichten des Gewerbes durch die mehr und mehr einschränkenden Verordnungen der Regierung, durch den Mangel an Rohmaterialien und Halbfabrikaten sowie durch den Personalmangel arg in Mitleidenschaft gezogen sind und in ihrer Existenz auf das schwerste bedroht werden.

Was die Gemeinde in dieser Beziehung tun konnte, hat sie redlich geleistet, teils durch Garantieübernahmen für die gewerblichen Kredite, teils im Wege des bei der Zentralsparkasse bestehenden Kreditvereines, durch Notstandsausträge, durch Bereitstellung von Lagerräumen für die Mobilien und Werkzeuge der Eingezogenen, aber eine direkte Einflußnahme fehlt und die Gemeinde muß insbesondere an die Regierung mit der Forderung herantreten, alle Maßnahmen rechtzeitig zu treffen, damit wenigstens nach Kriegsschlus an den Wiederaufbau zahlreicher kleingewerblicher Existenzen geschritten werden kann. Insbesondere hat aber auch der legitime Handel durch die staatliche Gründung von Zentralstellen schwer gelitten. Ich danke hier öffentlich dem Handelsminister Dr. Urban, welcher in einem vorgestern erschienenen Erlasse die öffentliche Rechnungslegung der verschiedenen Zentralstellen nach sachgemäßer Prüfung ihrer Bilanzen angeordnet hat. Wir können mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, daß die Ueberschüsse dieser Zentralstellen der Regierung zu übergeben sind, müssen aber daran die Forderung knüpfen, daß diese Ueberschüsse nach Kriegsschlus zum Vorteile jener Gewerbe verwendet werden, welche durch die Zentralstellen in ihrer Geschäftsentwicklung beschränkt oder behindert wurden. Ich habe insbesondere den Herrn Handelsminister gebeten, die Ueberschüsse der Häute- und Lederzentrale unbedingt den Schuhmachern zuzuführen, welche zu jenen Gewerbetreibenden gehören, welche am tiefsten und schwersten gelitten haben. Der Geist des Großkapitalismus und der Hochkonjunktur der Kriegsgewinner, welcher durch unsere Zeit zieht, ist unvereinbar mit den Grundsätzen, welche mir seit Jahren vertreten haben und welche dahin zielen, einen gesunden, tüchtigen, bürgerlichen Mittelstand zu erhalten.

Was die wichtige Frage der Approvisionierung der Stadt Wien betrifft, sind gewiß die kommenden Wochen der Monate Februar und März die schwierigsten. Die Gemeinde ist ja nicht in der Lage, selbst zu produzieren, sie ist aber auch nicht mehr in der Lage, selbstständig und freihändig einzukaufen, da ja die wichtigsten und unentbehrlichsten Konsumartikel längst der staatlichen Bewirtschaftung anheimgefallen sind und die Gemeinde mit dem vorlieb nehmen muß, was ihr von den Zentralstellen zugewiesen wird. Dabei werden die Schwierigkeiten noch erhöht durch die Schwierigkeiten des Transports und auch durch die Witterungsverhältnisse, so daß tatsächlich die Gemeinde, die in den Augen des großen Publikums für alle diese Verhältnisse verantwortlich gemacht wird, eine ungerechte Beurteilung erfährt. Immer mehr Kritik werden infolge der Knappheit zu Kartenartikeln und in Verfolgung dieses Regimes wird immer mehr nach Rationierung gestrebt. Der Hauptvorteil des Karten- und Rationierungssystems ist zweifellos der, daß ein gewisses Minimum jedem gesichert ist und daß er um dieses Minimum sich nicht anzustellen oder zu raufen braucht. Allerdings erkennen immer noch viele nicht die harte und schwere Kriegszeit und wollen sich nicht dazu bequemen, ebenfalls ihren Anteil an den Kriegsoffern auch in der Frage der Ernährung auf sich zu nehmen. Die bisherige Haltung der Wiener Bevölkerung gibt mir aber die Gewähr, daß auch die bevorstehenden schweren Zeiten mit Geduld und Ergebung in das von uns nicht verschuldete Schicksal getragen werden.

Unbetrt von der Tagesarbeit wollen wir aber unsere Blicke auf kommende Zeiten richten, die wir uns herbeiwünschen, auf die Zeiten des Friedens. Nebenbei, von neuen Hoffnungen getragen, wollen wir dann an die Arbeit gehen und durch ein großzügiges Investitionsprogramm den breiten Massen des Volkes die erwünschte Arbeit und den notwendigen Verdienst sichern.

## Steuerfreiheit städtischer Unternehmungen.

Von Dr. Viktor Kralowca.

Der Gemeinderat der Stadt Wien hat kürzlich den Beschluß gefaßt, „an die beiden Häuser des Reichsrates mit der Bitte heranzutreten, bei der Beratung über neue Steuervorlagen auch die durch den Krieg ins maßlose gestiegenen Anforderungen an die Mittel der Gemeinden, insbesondere der Reichshaupt- und Residenzstadt, zu berücksichtigen“. Hierbei wäre vornehmlich an die städtischen Unternehmungen zu denken, die „mit Rücksicht auf die gemeinnützige Verwendung ihrer Erträgnisse“ zumindest von den Kriegsausfällen zur Erwerbsteuer (oder von deren Erhöhung) befreit werden sollten.

So beachtenswert und berechtigt die Bitte des Wiener Gemeinderates auch ist — so wenig stichhältig erscheint ihre Begründung. Denn die „gemeinnützige Verwendung“ der aus den städtischen Unternehmungen fließenden Erträgnisse besteht bestenfalls doch nur darin, daß durch eine anderweitige Finanzverwendung der Gemeindegewinnen zu kommunalen Beitragsleistungen teilweise entbehrlich gemacht werden könnte. Es ist aber nicht gut einzusehen, warum der Staat die Steuererleichterungen und Steuervorteile der Gemeinden aus seiner Tasche bezahlen soll. Will er den Steuerträgern, die doch im Staate und in der Gemeinde beinahe stets dieselben Personen sind, irgendetwas entgegenkommen, so ist hierfür auf dem Gebiete der landesfürstlichen Steuern mehr als hinlänglich Raum. Die Berechtigung der Gemeinden, für ihre Unternehmungen vollständige Steuerfreiheit (und nicht bloß eine Steuerbegünstigung) zu verlangen, ruht vielmehr auf einem ganz anderen, auf einem erst durch den Krieg geschaffenen Fundament. Vor allem hat die ursprüngliche finanzpolitische Anschauung, wonach alle öffentlichen, also auch die staatlichen Unternehmungen in gleicher Weise wie die der Privaten zu besteuern seien, damit im Konkurrenzkampf kein Teil vor dem anderen bevorzugt werde, gegenwärtig keine Berechtigung mehr. Denn ein solcher, nach der Theorie vom freien Spiel der Kräfte ins Auge gefaßter Wettbewerb ist, wenn er jemals praktisch war, gegenwärtig kaum vorhanden. Und er wird nach dem Kriege überhaupt nicht mehr möglich sein. Eine wirksame Konkurrenz zwischen Privatbahnen und Staatsbahnen ist ebenso wenig denkbar, wie etwa die zwischen privaten Straßenbahnen, Gaswerken, Elektrizitätswerken u. dgl. und gleichartigen städtischen Betrieben. Vor den Notwendigkeiten der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen werden in höherem Maße als vordem die Einzelinteressen zurücktreten müssen, wobei überdies mit einer Zunahme der öffentlich-rechtlichen Monopole zu rechnen ist. Erscheint aber eine gewisse Einengung der privaten Unternehmertätigkeit unausweichlich, so ist es viel zweckmäßiger, wenn dies zugunsten städtischer und nicht staatlicher Betriebe geschieht. Denn letztere sind, besonders in Oesterreich, viel schwieriger zu verwalten und unterliegen einer viel geringeren und weniger wirksamen Kontrolle. Käme doch beispielsweise eine schlechte Bewirtschaftung der staatlichen Forste dem einzelnen Steuerträger kaum zum Bewußtsein, während ein ungeeigneter Betrieb der Straßenbahnen die Interessen beinahe jedes einzelnen Gemeindebewohners berühren würde. Auch sind die Geschäftsleitungen der kommunalen Betriebe in der Regel bei weitem beweglicher als die des Staates, und in ihrer Handlungsfreiheit viel weniger beschränkt. Ferner ist es, wie das Beispiel der Gemeinde Wien zeigt, ohneweiters möglich, die Verwaltung der Unternehmungen von allen übrigen Gemeindeangelegenheiten streng ab-

zufondern, so daß sie, den politischen Einflüssen zum großen Teile entzogen, sich nach kaufmännischen Grundsätzen zu richten vermögen. Die dergestalt erzielten Reinerträgnisse können dann eine sehr wichtige kommunale Steuerquelle bilden.

Daß diese Quelle reichlich fließe, daran hat aber auch der Staat ein großes Interesse. Denn das geht auf die Dauer nicht, daß er, stets auf der Suche nach neuen und sehr erheblichen Einnahmen, die Einkommensmöglichkeiten der Gemeinden immer mehr verringert. Ihre Finanzen, seit jeher nicht rosig, sind durch den Krieg ganz zerrüttet worden. Und sind auch durch eine weitere Erhöhung der Umlagen auf die alten Steuern nicht mehr in Ordnung zu bringen. Wenn der Staat selber zu allen Steuern Zuschläge, und zwar solche von ganz ansehnlicher Höhe, erhebt, so können doch unmöglich auch die Gemeinde-, Bezirks-, Landeszuschläge u. a. noch höher emporklettern, weil dann die Steuergrundlage nur zu einem kleinen Bruchteil der Gesamtsteuerschuldigkeit zusammenschrumpfen müßte. Das wäre aus vielen Gründen ein ganz unhaltbarer Zustand. Aber ebensowenig kann sich der Staat damit begnügen, daß, nachdem von ihm alle wichtigeren Steuerquellen mit Beschlag belegt wurden und werden, für die Gemeinden nur noch die Vermirklichung fleinsicher und oft phantastischer Steuerpläne übrig bleibt. Das hieße die Gemeinden gleichmütig ihrem trostlosen Schicksal überlassen.

Ebenso wie der freie Staat muß auch die freie Gemeinde leben und die Mittel zum Leben aufbringen können. Vermögen sie dies zum großen Teil durch den Ertrag ihrer Unternehmungen, um so besser für beide Parteien und für die Gesamtheit. Verzichtet der Staat auf die Besteuerung der Gemeindebetriebe, erhöht er dadurch ihre Rentabilität, so hat er bei Entwerfung seiner Steuerpläne ein viel leichteres Spiel. Auch stärkt er dadurch den Unternehmungsgeist der Gemeinden. Die werden sich dann lieber nach ertragsfähigen Betrieben umsehen und nicht an dem schon blanken Knochen mancher Steuern

mitnagen wollen. Die Betretung der Gemeindeunternehmungen von allen landesfürstlichen Steuern und Gebühren stellt somit nicht etwa, wie die Petition des Wiener Gemeinderates vermuten ließe, die Mitwirkung an einer Wohltätigkeitsmaßnahme dar, sondern ist eines der wenigen noch vorhandenen Mittel, um die durch den Krieg arg geschädigten Finanzen der Gemeinden zu verbessern.

## Mehr Oeffentlichkeit!

Der Bericht über die gestrige Sitzung des Wiener Gemeinderates verdient aufmerksam gelesen zu werden. Wenn man alles gelesen hat, was darin steht, und sich noch einiges dazudenkt, so gewinnt man eine beiläufige Vorstellung davon, wie es zur gegenwärtigen Verkehrsmisere und zu den tief ins großstädtische Wirtschaftsleben einschneidenden Verkehrseinschränkungen hat kommen müssen. Vor allem wird dabei Eines klar: daß die Eingeweihten längst vorausgesehen haben, daß es so kommen würde, daß aber die Oeffentlichkeit ununterrichtet und ungewarnt blieb, bis sie plötzlich vor der fatalen Ueberraschung stand. Nun ist es aber mit Ueberraschungen eine eigene Sache: die angenehmen läßt man sich gern gefallen, die unangenehmen nicht. Eine Verwaltung, die zum Beispiel den Plan hätte, die öffentlichen Verkehrsmittel fortan der Bevölkerung unentgeltlich zur freien Benützung zu überlassen, mag diesen Plan ruhig geheimhalten, man wird ihr aus der Plöcklichkeit der Enthüllung keinen Vorwurf machen. Wenn aber der Bevölkerung einer Großstadt das einzige brauchbare Massenverkehrsmittel für den größten Teil des Tages entzogen werden soll, so ist das eine Sache, die sich schlechterdings nicht dazu eignet, zuerst sorgfältig

geheimgehalten und dann plöcklich hinausgeschrien zu werden. Diese Methode ist weder den Nerven noch den Wirtschaftsinteressen zuträglich. In Oesterreich stand die amtliche Geheimtuererei jeher in Uebung, und vollends zur Kriegszeit glaubt man darin nicht genug tun zu können. Man hält überängstlich die Gardinen zu, daß ausländische Neugier uns nur ja nicht in die Stuben blicke. Aber das feindliche Ausland behandelt seine eigenen häuslichen Angelegenheiten, besonders die wirtschaftlichen, durchaus nicht so scheu und mysteriös. Ueber Kohlenmangel, Transportkrise, Frachtraumnot wird in England, Frankreich und Italien sehr freimütig diskutiert — woher wüßten wir denn sonst so viel darüber? — und gerade diese scharfe öffentliche Diskussion in Presse und Parlamenten hat die gute Wirkung, daß die führenden Verwaltungsmänner jener Länder sich zusammennehmen und alle Kraft aufbieten, der gerügten Uebstände Herr zu werden.

Das Geheimnis ist in militärischen Dingen unentbehrlich und ein absolutes Gebot. Es ist aber ganz und gar nicht von Vorteil, wenn große Wirtschaftsfragen ein Verwaltungsgeheimnis bleiben. Erstens, weil dabei die wohlthätigen Anspornungen und Anregungen fehlen, die von der mitwirkenden Oeffentlichkeit auszugehen pflegen, und zweitens, weil dann eben die unangenehmen Ueberraschungen, entstehen, die eine schwierige Lage zehnfach schwierig machen. Jede Störung wird erträglicher, wenn dem Betroffenen Zeit bleibt, sich auf ihre schädlichen Wirkungen vorzubereiten, sich den geänderten Umständen anzupassen. Ein Hausvater, der durch geschäftliche Unfälle sein Vermögen schwinden, sein Einkommen sich jääh verringern sähe, würde sehr unflug handeln, wenn er das vor seiner Familie verheimlichte und erst dann mit der Sprache herausrückte, wenn die leere Kasse einen völligen Umsturz von behaglicher zu dürftigster Hausführung nötig macht. Vernünftigerweise wird er mit den Seinigen beizeiten zu Räte gehen, um durch entsprechende Einschränkungen — ohne Verwirrung und Schrecken — auf den richtigen Lebensfuß zu kommen. Auch die Bevölkerung Wiens hätte, wenn sie rechtzeitig von dem Stand der Dinge unterrichtet worden wäre, Muße und Gelegen-

heit gehabt, sich auf die geänderten Verkehrsverhältnisse einzurichten, wie es die mannigfachen und verwickelten Wirtschaftsinteressen, die da in Frage kommen, verlangen. Ueber Nacht läßt sich ein solcher Anpassungsprozeß nicht durchführen. Der Gemeinderat hat gestern beschlossen, der Bevölkerung noch eine zweitägige Fristerstreckung zu gewähren. Auch diese Frist ist eine sehr kurze; der Druck der Notwendigkeit gestattet offenbar nicht, sie zu verlängern. Hätte man aber der Oeffentlichkeit Einblick gewährt, ehe es so weit gekommen war, dann wäre reichlich Zeit zu tausendfältigen Anpassungsvorkehrungen gewesen — und wahrscheinlich hätte es dann überhaupt nicht so weit kommen müssen.

**(Finanzielle Pläne der Kommune Wien.)**

Wie verlautet, dürfte sich die Kommune Wien in nicht allzuferner Zeit wieder zu einer finanziellen Transaktion größeren Stils veranlaßt sehen. Die letzte größere Anleihe, welche die Kommune Wien abgeschlossen hat, war die Kassenanleihe vom Frühjahr 1916, welche einen Betrag von hundert Millionen Kronen umfaßte und an ein unter Führung der Oesterreichischen Länderbank gestandenes Konsortium begeben wurde. Die Gemeindeverwaltung will nun derzeit bereits Vorbereitungen für die Friedenswirtschaft nach der Richtung treffen, daß sie sich die Mittel für die verschiedenen großen Bauarbeiten sichert, welche nach Beendigung des Krieges geplant sind. Wie wir vernehmen, ist in dieser Beziehung bereits eine **u n v e r b i n d l i c h e F ü h l u n g s n a h m e** mit der der Kommune nahestehenden Finanzgruppe erfolgt. Es handelt sich, wie gesagt, nur um Vorkehrungen für die Zeit des eintretenden Kapitals-erfordernisses, da gegenwärtig trotz der erhöhten Anforderungen, welche an die Kommune während des Krieges gestellt werden, die Kassenbestände sehr betriedigende sind, so daß ein imminenter Geldbedarf nicht besteht.

(Die Guldigungsdeputation der Stadt Wien vor dem Kaiser.) In der Sitzung vom 28. November 1916 beschloß der Stadtrat, „das Erscheinen der Guldigungsdeputation der Stadt Wien vor Kaiser Karl I.“ in einem Kunstwerke festzuhalten. Der Stadtrat beschloß in seiner heutigen Sitzung nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hierhammer, ein monumentales Gemälde in einer Breite von  $3\frac{1}{2}$  bis 4 Meter herstellen zu lassen, und hat mit der Ausführung den Professor Josef Jungwirth betraut. Das Bild wird die reiche prächtige Ausstattung des Audienzsaales zeigen mit den Persönlichkeiten, welche zu jener geschichtlich denkwürdigen Zeit dort versammelt waren. Die Fertigstellung des Bildes dürfte ungefähr zwei Jahre in Anspruch nehmen.

### Städtische Neuigkeiten.

\* Gas und Kohle. Wenn es möglich ist, daß in der Kohlenzufuhr noch ein weiteres Sinken ein-  
trete, so dürfte dies der Fall sein. Die zuständigen  
Behörden sind nahe daran, an den herrschenden Zu-  
ständen zu verzweifeln. Der Bericht, den der Bür-  
germeister in der heutigen Sitzung des Municipalau-  
schusses über den Stand der Kohle gab, läßt, trotz-  
dem Bärzy sich Mühe gab, nicht allzu grell zu fär-  
ben, tief bliden und die gehegten Hoffnungen der  
letzten Tage sind auf ein Minimum gesunken. Auch  
die Zeitungen, die noch heute über eine fast behobene  
Kohlennoth berichteten, haben, vor den Thatsachen  
sich beugend, plötzlich umgestimmt und sehen die  
Lage nicht mehr so rosig an als bisher. Die Zu-  
fuhr sowohl von Gas- als auch von Holzkohle ist  
fast gleich Null. Die Gaswerke mit ihrem Tages-  
bedarf von 125 Waggons haben heute 27 Waggons  
erhalten, eine geradezu lächerliche Menge. Wohl  
berichtete der Bürgermeister heute, daß der Handels-  
minister die Gaswerke versichert hat, sie im Noth-  
falle mit Kohlen der ungarischen Staatsbahnen zu  
versorgen, doch ist man an zuständiger Stelle der  
Meinung, daß auch dieses Versprechen zu den übri-  
gen gelegt werden könne, abgesehen davon, daß die  
Bahnen ihren eigenen Betrieb gewiß nicht gefahr-  
den werden. Die Leitung der Gaswerke will noch  
bis Montag zu sehen. Tritt bis dahin keine  
radikale Wendung in der Kohlenzufuhr ein, wird ihr  
kein anderer Ausweg bleiben, als den Betrieb  
einzustellen. Was die Heizkohle betrifft, so  
können für die nächsten 14 Tage als sicher nur je  
40 Waggons ungarischer Kohle täglich angenommen  
werden, die der Hauptstadt von der Kohlenkommis-  
sion zugewiesen werden. Die Einfuhr der preußi-  
schen Kohle ist ganz unberechenbar. So sind heute  
insgesammt 18 Waggons angelangt, was schon als  
größeres Quantum angesehen wird. Was diese  
Mengen gegenüber dem Gesamtbedarf von 250  
Waggons täglich bedeuten, läßt sich leicht berech-  
nen. Es kann den ungarischen Staatsbahnen der  
Vorwurf nicht erspart werden, daß sie diesem  
schrecklichen Zustand mit einer geradezu unbegreif-  
lichen Indolenz gegenüberstehen. Die behördlichen  
Organe haben täglich einen Kampf mit den Bahn-  
höfen wegen des Zustellens der Waggons zu den  
Rutschen. Selbst diese minimalen Kohlenmengen  
werden waggonweise zu den Rutschen geschoben und  
dies auch nach langem Bitten und Betteln. Sollte  
es nicht möglich sein, durchzusehen, daß die Erledi-  
gung dieser wichtigen Angelegenheit nicht vom Willen  
eines Stationsvorstandes oder eines Wagenmeisters  
abhängig sei?

20. II. 1917

33

## Abschluß einer Wiener Kommunalanleihe von 250 Millionen Kronen.

Wien, 19. Februar.

Heute wird die folgende Mitteilung versendet:

„Wie wir erfahren, hat Generaldirektor Kotter der Länderbank heute namens des unter Führung der Bodenkreditanstalt und der Länderbank stehenden Konfortiums der Wiener Banken, welchem auch die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien angehört, Seiner Exzellenz, dem Herrn Bürgermeister ein Angebot auf Uebernahme von Nominalen 250 Millionen Kronen 4½ prozentiger sechzigjähriger Obligationen der Stadt Wien überreicht. Von dem Erlöse dieser Anleihe sollen 100 Millionen Kronen zur Rückzahlung der im Jahre 1916 zur Ausgabe gelangten 5½ prozentigen Kassenscheine der Stadt Wien, welche per 15. September 1917 zur Parirückzahlung gekündigt werden sollen, verwendet werden, während der Rest im Sinne des Landesgesetzes vom 18. Juli 1914 für die Errichtung von Untergrundbahnen, andere Investitionen und Notstandsbauten zu dienen hat.“

Aus dieser Mitteilung ist ersichtlich, daß die Stadt Wien eine 4½ prozentige fundierte Anleihe von 250 Millionen Kronen zur Begebung gebracht hat. Von dieser Anleihe sind 100 Millionen Kronen zur Rückzahlung der im vorigen Jahre ausgegebenen 5½ prozentigen Kassenscheine und 150 Millionen Kronen für kommunale Investitionen verschiedener Art, insbesondere für die Inangriffnahme des Baues der Wiener Untergrundbahnen, bestimmt. Die neue Emission ist die erste fundierte Anleihe, welche die Stadt Wien seit dem Jahre 1910 abgeschlossen hat. In den sieben Jahren, die seither verstrichen sind, wurden zweimal Schatzscheine mit kurzfristiger Rückzahlungsfrist emittiert. Zum erstenmal wurden im Jahre 1913 4½ prozentige vorwiegend für Deutschland bestimmte Kassenscheine von 60 Millionen Mark begeben, welche im vorigen Jahre nach ihrer Fälligkeit in 4 prozentige Kassenscheine konvertiert wurden. Sodann wurde im Jahre 1916 eine Anleihe von 100 Millionen Kronen in 5½ prozentigen fünfjährigen Schatzscheinen zur Emission gebracht. Diese letzteren Schatzscheine werden schon jetzt, erst ein Jahr nach ihrer Ausgabe, zur Rückzahlung gekündigt und den Besitzern werden Titres einer neuen 4½ prozentigen fundierten Anleihe der Stadt Wien zum Umtausche angeboten werden. Da der Umtausch ziemlich zu den gleichen Bedingungen wie die Ausgabe erfolgen dürfte, sind für die Konversion der Schatzscheine rund 100 Millionen Kronen der neuen Anleihe erforderlich. Die Konversion selbst dürfte ungefähr Anfang März angeboten werden, so daß die 5½ prozentigen Kassenscheine ziemlich genau nach einem Jahre gegen 4½ prozentige Titres umgewandelt und der Stadt Wien auf diese Weise eine Zinsersparnis um ein volles Prozent ermöglicht werden wird. jenen Besitzern, welche den Umtausch nicht vornehmen wollen, wird ihr Nominalkapital am 15. September zurückgezahlt werden, da die Kassenscheine dreimonatig zu diesem Termine gekündigt werden sollen.

Nebst der Konversion soll zugleich eine neue Geldbeschaffung erfolgen. Der neue Geldbedarf, der aus der Anleihe gedeckt wird, umfaßt 150 Millionen Kronen. Die Anleihe fußt auf einer Ermächtigung, welche die Stadt Wien kurze Zeit vor dem Ausbruch des Krieges durch ein niederösterreichisches Landesgesetz vom 18. Juli 1914 erhalten hat. Der damals bewilligte Kredit betraf die Beschaffung eines Gesamtbetrages von 375 Millionen Kronen. Die Kassenscheine des vorigen Jahres, die jetzt konvertiert werden, hatten in dieser Anleiheermächtigung ihre Grundlage, und ebenso die heute abgeschlossene Anleihe, so daß von dem damals bewilligten Betrage 250 Millionen Kronen konsumiert sind und 125 Millionen Kronen noch offen stehen werden. Die Zwecke, denen diese Geldbeschaffung dient, sind in dem seinerzeitigen Anleihegesetz genau umschrieben. Aus dem Erlöse sollten nach dem erwähnten Landesgesetz 150 Millionen Kronen für den Bau von Untergrundbahnen, 105 Millionen Kronen für Investitionen bei den städtischen Unternehmungen, insbesondere für die Erwerbung der Werke

der Allgemeinen Oesterreichischen Elektrizitätsgesellschaft, für die Erweiterung des Gaswerkes und des Elektrizitätswerkes, für die Ausgestaltung der Kohlenwerke Zillingdorf verwendet werden. Ferner sollten 29.7 Millionen Kronen für Pflasterungen und der Rest für kleinere Investitionen dienen. Die Ablösung der Werke der Elektrizitätsgesellschaft ist längst erfolgt, ebenso die Erweiterung des Gaswerkes und des städtischen Elektrizitätswerkes sowie des Zillingdorfer Kohlenwerkes. Die Kosten wurden vorerst provisorisch gedeckt und dann aus der Kassenscheinanleihe des vorigen Jahres refundiert. Die neue Geldbeschaffung soll die Mittel für die Vorarbeiten zum Bau der Untergrundbahnen beistellen, die infolge der Wiener Verkehrsverhältnisse besonders dringlich erscheinen und in naher Zeit in Angriff genommen werden sollen, und soll verschiedene im Kriege unaufschieblich gewordene Arbeiten, insbesondere Notstandsanlagen, decken. Die Anleihe hat die Pupillarsicherheit, wird mit 4½ Prozent verzinst und tilgungsplanmäßig in 60 Jahren zurückgezahlt werden. Die Uebernahme erfolgt durch das Konfortium der Wiener Banken, an dessen Spitze die Bodenkreditanstalt und die Länderbank stehen. Unmittelbar nach der Beschlußfassung des Gemeinderates, voraussichtlich gegen Ende Februar oder Anfang März, soll die Anleihe zur öffentlichen Subskription aufgelegt werden.

Die Stadt Wien hat, abgesehen von den Emissionen der siebziger Jahre, die nur mehr mit geringen Beträgen ausstatten, und den Kommunallosen noch die folgenden Anleihen aufgenommen: Im Jahre 1894 wurde die 4 prozentige Wasseranleihe von 35 Millionen Kronen, im Jahre 1898 die 4 prozentige Anleihe für das städtische Gaswerk von 60 Millionen Kronen, im Jahre 1900 die 4 prozentige Anleihe für das Elektrizitätswerk in der Höhe von 30 Millionen Kronen emittiert. Dann kamen die verschiedenen Investitionsanleihen. Im Jahre 1902 wurde eine Anleihe dieser Art von 285 Millionen Kronen, im Jahre 1908 eine Anleihe von 360 Millionen Kronen begeben. Die erste dieser ~~Investitionsanleihen~~ brachte vorwiegend die Mittel für die

Erwerbung der Wiener städtischen Straßenbahnen, die zweite Anleihe Gelder für den Wald- und Wiesengürtel, für die Gas- und Elektrizitätswerke, für das städtische Brauhaus und eine Reihe von Einrichtungen für Approvisionierung und Kohlenversorgung. Dann kam die erwähnte Kassenscheinanleihe von 65 Millionen Mark, und im vorigen Jahre die 5½ prozentigen Kassenscheine von 100 Millionen Kronen hinzu. Die gesamten Wiener Anleihen seit dem Jahre 1894, wo die städtische Investitionstätigkeit einsetzte, summieren sich mit 947 Millionen Kronen und erhöhen sich durch die jetzige Emission auf 1097 Millionen Kronen.

## Die Millionenanleihe der Stadt Wien.

Zum Angebot jenes Konsortiums der Wiener Banken, dem auch die Zentralsparkasse angehört, an die Gemeinde Wien auf Uebernahme von Nominalen Kronen 250.000.000 —  $4\frac{1}{2}\%$  sechzigjährige Obligationen der Stadt Wien wird uns im Rathause mitgeteilt:

Bei diesem Angebot handelt es sich nicht etwa um eine, durch die Lage der Finanzen der Stadt Wien notwendig gewordene neue Anleihe. In Rede steht das im Jahre 1914 und zwar noch vor Kriegsausbruch beschlossene 375 Millionen Kronen Anleihe. Von diesem hat die Gemeinde im Jahre 1916 hundert Millionen Kronen gegen kurzfristige Schatzscheine begeben, die im September dieses Jahres zur Barirückzahlung gelangen sollen. Diese Summe von hundert Millionen wurde für die Lebensmittelfäufe der Stadt Wien und für Bauten, Investitionen zum Teil schon verbraucht. In erster Linie zur Rückzahlung dieser hundert Millionen soll die neue Finanztransaktion dienen. Die außerordentlich starke Flüssigkeit, die derzeit den hiesigen Geldmarkt kennzeichnet, ließ es angezeigt erscheinen, von der Aufnahmebewilligung vom Jahre 1914 neuerdings Gebrauch zu machen und eine größere Summe aufzunehmen, als zur Rückzahlung der Schatzscheine benötigt würde. Die nach der Rückzahlung der schwebenden Schuld (hundert Millionen) übrig bleibenden 150 Millionen werden zur Inangriffnahme des großen Werkes der Wiener Untergrundbahnen und verschiedener Investitionen in den städtischen Betrieben usw. verwendet werden.

Zur Stunde tagt im Rathause die gemeinderätliche Obmännerkonferenz, die das Angebot des Bankenkonsortiums annehmen wird, worauf die Erledigung im Gemeinderate erfolgen wird.

## Verständigung zwischen Stadt und Land!

Mahnung eines Wiener Hochschul-Lehrers.

Kürzlich hielt der a. o. Professor an der Hochschule für Bodenkultur Dr. Wilhelm Bersch in der Urania einen Vortrag über „Oesterreichs Landwirtschaft vor und nach dem Kriege“, der dadurch von großem Interesse und hoher Bedeutung ist, als wieder einmal von gewiß berufener Seite der Verständigung zwischen Stadt und Land das Wort geredet und insbesondere den Städtern nahegelegt wurde, sich mit den landwirtschaftlichen Produktionsverhältnissen mehr zu befassen und so des Landwirthes Ansprüche begreifen und die preistreibende Arbeit des Zwischenhandels, der sich zwischen Erzeuger und Verbraucher einschleibt, besser werten zu lernen. Leider würden, klagte der Redner, die Städter von einem Teile ihrer Tagespresse über diese Dinge irreführt.

Nach einer kurzen Schilderung der Entwicklung der Landwirtschaft und ihrer Förderung durch die Naturwissenschaften besprach Prof. Dr. Bersch die innigen Beziehungen der heutigen Landwirtschaft zur Industrie und zeigte unter Vorführung von Lichtbildern an einigen Beispielen (Gewinnung der Thomaschlacke, der Kalisalze und des Kalkstickstoffs), wie weit der Landwirt selbst Konsument ist und in den innigsten Wechselbeziehungen auch zu zahlreichen anderen Industrien (z. B. Oel-, Maschinenindustrie) steht oder in den sogenannten landwirtschaftlichen Industrien (Zucker, Spiritus, Stärke, Bier) ein die eigenen Rohstoffe verarbeitender Industrieller wurde. Zahlreiche dieser Hilfsmittel des Wirtschaftsbetriebes des Landwirthes wurden ihrer Menge nach durch den Krieg bedeutend eingeschränkt und die Landwirtschaft stand mit Ausbruch des Krieges vor der Aufgabe, unter wesentlich erschwerten Verhältnissen den gesamten Bedarf der Bevölkerung an Nahrungsmitteln zu decken.

Auch nach dem Kriege werden wahrscheinlich diese Verhältnisse fortauern. Daher steht die Landwirtschaft vor neuen Aufgaben. Sie wird sich nicht nur vom Auslande unabhängig machen müssen, sondern auch zu trachten haben, durch Steigerung der Erzeugung den geänderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Doch wird es sich nicht bloß um die Beschaffung der erforderlichen Düngemittel handeln, sondern die Landwirtschaft wird auch alle anderen, die Produktion besördernden Möglichkeiten, wie die Pflanzenzüchtung und den Pflanzenschutz, den Kunstfütterbau, und zweckmäßige Bodenbearbeitung, die Zucht auf die Leistung, die Schafzucht usw., selbstverständlich auch das Meliorationswesen heranzuziehen haben, dieses auch zu dem Zwecke, vorhandene Oedländer in urbar zu machen. Der Vortragende erörterte dann die in Oesterreich erzielten Erfolge der Moorkultur und zeigte, daß auf richtig bewirtschafteten Mooren alle unter dem gegebenen Klima möglichen Früchte, so z. B. auch die Rebe auf Mooren Südtirols zu gedeihen vermag.

Doch damit sind die Maßnahmen der Landwirtschaft nicht abgeschlossen, fuhr der Vortragende fort. Die Landwirtschaft hat das Recht, mit allem Nachdruck zu fordern, daß sie, als wichtigster staatsbehaltender Faktor als durchaus gleichberechtigt mit der Industrie angesehen und behandelt wird; denn ein Staat, der über genügend eigenes Brot verfügt, steht machtvoll da nach innen und außen. Allerdings wäre es verfehlt, die Hilfe nur von der Gesamtheit, vom Staate zu erwarten. Wohl ist der Staat berufen, die Durchführung großer, im allgemeinen Interesse liegenden Meliorationen durchzuführen, aber im übrigen muß die Landwirtschaft unbedingt auf die eigenen Kräfte vertrauen und sich selbst die Wege ebnen. Ein leuchtendes Vorbild nach dieser Richtung bildet die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft in Berlin, die jetzt schon mehr als 20.000 Mitglieder zählt. Aber auch die Verbraucher müßten sich zusammenschließen und mit der Landwirtschaft Hand in Hand gehen. Dann wird die Teuerung zum großen Teile durch zweckmäßige Organisation verschwinden, denn nicht die Landwirtschaft, sondern der übermäßige Zwischenhandel verteuert die als Nahrung dienenden Boden-erzeugnisse. Von den heute geltenden hohen Preisen hat der Landwirt nichts, obwohl er gegenwärtig über mehr Bargeld als sonst verfügt; denn auch seine Erzeugungskosten sind ganz unverhältnismäßig gestiegen. Die Lage des Landwirthes gleicht heute der eines Mannes, der bisher bescheiden von den Zinsen seines Kapitals lebte und auf einmal über reichlichere Mittel verfügt, doch nur deshalb, weil er sein Kapital flüssig gemacht hat. Die Futtermittelbestände sind zusammengeschnitten, der Viehstand hat sich verringert, das Bodenkapital wurde weitgehend angegriffen, wichtige Reparaturen an Gebäuden und Maschinen mußten unterbleiben und wahrer denn je ist des Dichters Wort: Ein furchtbar wütend Schrecknis ist der Krieg, die Herde schlägt er und den Hirten. Es wird Jahre dauern, bis sich Oesterreichs Landwirtschaft von diesen schweren Schlägen erholt haben wird, aber sie birgt die Kräfte in sich, dann machtvoller dazustehen, denn je. Wenn der Krieg glücklich beendet ist, dann ist dies nicht nur das Verdienst unserer Söhne und Brüder an den Fronten, nicht nur der Einsicht und dem Anpassungsvermögen der Bevölkerung, den das drohende Chaos ordnenden Händen und der Kriegsindustrie, sondern an erster Stelle auch unserer Landwirtschaft zu danken, die ohne Vorbereitung und selbst mit dem Mangel, den wichtigsten Betriebsmitteln kämpfend, das Eintreten wirklicher Nahrungsmangel vermied. Nicht Vorwürfe und Schmähungen, sondern Dank und Anerkennung gebührt unseren Landwirten, die trotz der Schwierigkeit aller Verhältnisse ihre Aufgabe glänzend lösten, gebührt Oesterreichs gesamter Landwirtschaft!

Den aufklärenden Ausführungen wohnte ein zahlreiches Publikum bei, das dem Vortragenden am Schlusse lebhaften Beifall spendete.

### Obmännert Konferenz des Gemeinderates.

Das Anbot des Bankensortiums. — Die Kohlenzufuhr. — Die Approvisionierungsverhältnisse.

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hierhammer und Hoff fand gestern eine Sitzung der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt, in welcher der Bürgermeister über das Anbot des Wiener Bankensortiums wegen

Begebung eines 4½prozentigen, 60 Jahre laufenden Anlehens im Nominalbetrage von 250 Millionen Kronen berichtete. Dieses Anlehen soll einerseits dazu benützt werden, um die im Vorjahre emittierten 5½prozentigen Kassenscheine der Gemeinde zurückzuzahlen, andererseits um für die Zeit nach Kriegsschluß entsprechende Mittel zur Durchführung eines großen Investitionsprogramms bereitzubalten. Das Investitionsprogramm bewegt sich selbstverständlich im Rahmen des Landesgesetzes vom 18. Juni 1914, Nr. 97 LGBl., es müssen aber jene Zwecke, welche voraussichtlich nach Kriegsschluß als besonders dringlich sich erweisen werden, vorangestellt werden. In dieser Beziehung wird Bürgermeister Doktor Weiskirchner bei seinem Bericht im Plenum des Gemeinderates die erforderlichen Ausführungen geben. Die Obmänner der drei Gemeinderatsparteien nahmen den Bericht zur Kenntnis und behielten sich vor, ihren Klubs Mitteilung zu machen. Die Notwendigkeit eines großen Investitionsprogramms und die Bereitstellung der Mittel zu dessen Ausführung wurden einmütig anerkannt.

Weiter berichtete Bürgermeister Doktor Weiskirchner über die Kohlenanlieferungen, welche er als immer noch unbefriedigend bezeichnete. Noch immer müssen die Gaswerke aus ihren Vorräten Kohle an die Elektrizitätswerke abgeben, und noch immer können drei von der Gemeinde neu errichtete Kohlenverkaufsplätze wegen Mangels an Kohle nicht eröffnet werden. Der Bürgermeister verlas die von ihm an den Ministerpräsidenten gerichteten Telegramme und gab der Erwartung Ausdruck, daß hoffentlich in den nächsten Tagen eine Besserung der Verhältnisse eintreten werde. Von einer Annahme der Ersparungsmaßnahmen könne aber derzeit absolut keine Rede sein.

Über die Approvisionierungsverhältnisse und insbesondere über die am Sonntag in Kraft getretene Brot- und Milchrationierung entwickelte sich eine sehr lebhafte Debatte, an welcher die Gemeinderäte Dr. Schwarz-Hiller, Reumann, Emmertling, Leitner und Dr. Hein sich beteiligten. Bürgermeister Dr. Weiskirchner beauftragte den Magistrat, das Ergebnis der ersten Rationierungswoche in einem Bericht zusammenzufassen und der nächsten Obmännertkonferenz vorzulegen. Im allgemeinen wurde konstatiert, daß die Brotrationierung geklappt habe, während bei der Milchrationierung Schwierigkeiten noch zu beseitigen sein werden. Magistratssekretär Dr. Hofstöpfer berichtete über die Mehlerversorgung, Magistratsrat Dr. Ehrenberg über die Kartoffelfrage.

## Das Investitionsprogramm der Gemeinde Wien nach dem Kriege.

Mitteilungen von unterrichteter Seite.

Wien, 21. Februar.

Wie bereits gemeldet, bezweckt die Gemeinde mit der Aufnahme des neuen Anlehens die Deckung des Geldbedarfes für die unmittelbar nach dem Kriege in Angriff zu nehmenden Arbeiten. Seit drei Jahren steht die Kommune vor unüberwindlichen Hemmnissen bei Verwirklichung von städtischen Unternehmungen. Nach dem Kriege wird die Notwendigkeit hervortreten, für Beschäftigung weiter Kreise zu sorgen und die Gemeinde in den Besitz von Einrichtungen und Anstalten zu setzen, die bisher nicht zur Ausführung gebracht werden konnten. In der gestrigen Obmännerkonferenz des Gemeinderates hat der Bürgermeister bereits auf die Untergrundbahnen hingewiesen, an deren Herstellung zunächst geschritten werden soll.

Dann wird eine Anzahl neuer Schulen zu bauen sein, weil die Gemeinde sich ihrer Pflichten, betreffend die Ausbildung der Jugend, vollkommen bewußt ist.

Einen wichtigen Teil der Arbeiten werden die Verbesserung des Straßenwesens und der Ausbau des Kanalisierungsnetzes bilden. Für die Wiener Straßen, deren gegenwärtiger Zustand ein bedauerlicher ist, muß ein bedeutender Aufwand erfolgen. Für Pflasterungen und für Neuhherstellungen zu sorgen, erscheint als eine unaufschiebbare Notwendigkeit. Bei den Konservierungen der Straßen wird getrachtet werden, die Zahl der ungepflasterten Straßen nach Möglichkeit zu vermindern und staubbindende Mittel in Anwendung zu bringen.

Namhafte Kosten werden die Vorkehrungen im Interesse der Verbesserung der Approvisionierung verursachen. Die Gemeinde, die schon während des Krieges eine Reihe von großen Werken zustande gebracht — es sei besonders der Kühlanlage gedacht — und durch Erwerbung der Bonwillers-Dampfmaschine neue Wege beschritten hat, wird auf diesem Gebiete die eingeschlagene Richtung weiter verfolgen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diesbezüglich der Obmännerkonferenz schon in nächster Zeit Mitteilungen zugehen.

Der Bau des Kontumazmarktes wird außer den bereits bewilligten Summen weitere Aufwendungen notwendig machen; es wird auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung manches geschehen, um die während des Krieges gewonnenen Erfahrungen in Taten umsetzen zu können.

Sehr wichtig wird die Fürsorge der Gemeinde für die heimkehrenden Soldaten, dann für die Witwen und Waisen der gefallenen Helden sein.

Um den Gewerben, dann den Künstlern lohnenden Erwerb zu sichern, wird die Gemeinde den Bau des neuen Stadtmuseums beschleunigen und auch die Pläne für die Ausschmückung der Festräume im neuen Rathaus der Verwirklichung zuzuführen suchen.

Der Umbau der Sophien- und der Brigittabrücke läßt sich nicht länger hinauschieben. Die zwei wichtigsten Verkehrswegen bedürfen einer modernen Um- und Ausgestaltung.

Was die städtischen Betriebe betrifft, stehen große und kostspielige Erneuerungsarbeiten bei den städtischen Straßenbahnen, ferner der Bau von weitläufigen Wagenhallen und die Erweiterung des Gaswerkes in Leopoldsdorf bevor.

Die Gemeindeverwaltung von Wien wird es nicht an Bemühungen fehlen lassen, damit die Wiener Bahnhofsfraße wieder angeschnitten und einer großzügigen Lösung zugeführt werde. Der Umbau des Westbahnhofes, in modernster Weise gedacht und besorgt, bedeutet für den Wiener Verkehr eine Lebensfrage. Damit im Zusammenhange soll der weitgestreckte Güterbahnhof in Breitenlee zustande gebracht werden.

Als Wiener Notwendigkeiten erscheinen endlich: Die Durchführung der Donauregulierung; der Schutz der Stadt gegen Hochwassergefahr; der Bau neuer

Amtsgebäude für die Ministerien; die Vollendung der Kliniken; der Spitalsbau im 21. Bezirke und die Erweiterung der Technischen Hochschule.

Alle diese Schöpfungen und Arbeiten werden viele Hunderte von Millionen Kronen kosten und den Gewerben eine Fülle lohnender Arbeit für viele Jahre sichern.

23. II. 1917

39

Sonder-Abdruck

## Wien während des Krieges.

(Dreißigste Folge.)

Die Friedenshoffnungen, welche die letzten Weihnächten umschwebten, hat das neue Jahr rasch zernichtet.

Unsere Bereitwilligkeit, das entsehlige Blutvergießen durch Verhandlungen zu beenden, ist von den Feinden schände zurückgewiesen worden.

Mit vollkommener Deutlichkeit wurde als Kriegsziel erklärt, uns und unsere Verbündeten staatlich und wirtschaftlich zugrundezurichten. Dagegen werden wir uns mit äußerster Kraftanstrengung wehren, denn alle Leiden des Krieges sind erträglich im Vergleich zu dem, was uns da angedroht worden ist.

Ein Zeichen unserer **ungebrochenen Wehrhaftigkeit** ist das Ergebnis unserer

### **fünften Kriegsanleihe,**

das wiederum in Österreich allein

**4 Milliarden**

weit überstiegen hat.

Die Vergütung der bisherigen Kriegsanleihen ist durch finanzielle Maßnahmen sichergestellt.

**Eine Erklärung Dr. Blasels.**

Wir erhalten folgende Zuschrift:  
Geehrte Redaktion!

Wider Gesetz und Recht wurde mir in der Sitzung des Wiener Gemeinderates, als ich zu der neuerlichen Stadtbankleihe Stellung nehmen wollte, das Wort nicht erteilt. Ich werde gegen diese Gesetzesverletzung des Vorsitzenden bei dem Herrn Statthalter die Aufsichtsbeschwerde erheben, fühle mich aber veranlaßt, öffentlich gegen das Vorgehen der Gemeinderatsmehrheit den schärfsten Protest zu erheben. Die Ursache der Nichterteilung des Wortes an mich kann in dem Umstand liegen, daß ich ein unerhörterer Gegner der in Wien herrschenden Partei und damit der Verhältnisse, die durch diese geschaffen sind, bin, und mich nie geheut habe, mich als solcher öffentlich zu deklarieren. Die Nichterteilung des Wortes an mich kann, wie mir meine Parteigenossen mitteilen, auch die Strafe der Gemeinderatsmehrheit dafür bilden, daß ich bei den zuständigen Stellen in der entschiedensten Weise gegen eine Vermehrung der bezahlten Stadtratsmandate gewesen bin und auch gegen diese Protest eingelegt habe, weil es meiner Ansicht nicht angeht, auf Kosten der Allgemeinheit bezahlte Stellen ohne jeden Grund zu vermehren. Es war meine Absicht in der Rede, die man nun nicht zuließ, die unerhörten Straßenverhältnisse Wiens, die einer Großstadt unwürdigen Straßenbahnverhältnisse, die großen Mängel der Approvisionierung, kurzum alle jene Sünden zu geißeln, die die Gemeinderatsmehrheit und der Bürgermeister auf dem Gewissen haben. Man hat mir das Wort entzogen und glaubt dadurch alles gut gemacht zu haben, allein es wird auch die Wählerschaft zu Worte kommen, und wir wollen dann sehen, ob diese so wie die Hunderttausende Wiener, die an der Front stehen, mir recht geben oder der herrschenden Partei.

Hochachtungsvoll

Dr. Blasel, Bezirksvorsteher.

24. I. 1917

h3

## Die Wiener Stadtanleihe.

Von unserem ständigen Mitarbeiter.

Wien, 21. Februar.

Die günstige Verfassung des Anlagemarktes, die die Regierung vor einigen Wochen dazu veranlaßt hat, die Besitzer von Schatzscheinen erster und zweiter Kriegsanleihe zum Umtausch ihrer Titres in langfristige Anleihe aufzufordern, macht sich nun auch die Gemeinde Wien zunutze. Sie hat jedoch vor der Regierung den Vorteil, daß ihre Schuldverschreibungen so wie die der anderen autonomen Körperschaften aus unverständlichen Gründen weit höher notieren, als die Kriegsanleihe. Die 5½-prozentigen Kassenscheine, die im März 1916 zu 94,75 begeben und zu 97 pCt. aufgelegt wurden, sind den Banken förmlich aus der Hand gerissen worden und notieren seit einiger Zeit 102 pCt. Nun schreitet die Gemeinde noch vor Ablauf eines Jahres zum Umtausch dieser fünfjährigen Kassenscheine in 4½-prozentige 60jährige Schuldverschreibungen. Die überraschende Rückkehr zum 4½-prozentigen Anleihetypus im Kriege vollzieht sich zu den günstigsten Bedingungen. Die Gemeinde erhält von den Banken 90 pCt., und der Erlös dürfte sich, da die Gemeinde, wie gemeldet, bei einem Begebungskurs über 92½ Prozent am Mehrerlös zur Hälfte partizipiert, auf 90½ pCt. erhöhen. Für die Erwerber wirft die Anleihe 4,84 pCt. ab gegen 6,2 pCt. Rentabilität der Kriegsanleihe.

Nach dem Erfolg der vorjährigen Wiener Kassenscheine und der jüngsten Mährischen Anleihe ist an einer mühelosen Unterbringung der neuen Stadtanleihe kaum zu zweifeln, und man versteht daher, daß sich die Gemeinde eine Konjunktur nicht entgehen lassen will, die nach Friedensschluß kaum fortbestehen dürfte. Sie räumt damit den größeren Teil ihrer schwebenden Schuld aus dem Wege, so daß ihr noch die Sorge um die Einlösung der 1921 fälligen 65 Millionen Mark Kassenscheine übrig bleibt. Anders als vom Standpunkt der Gemeinde ist das Geschäft allerdings vom Standpunkt der Staatsverwaltung aufzufassen. Ihr kann es nicht erwünscht sein, daß neben den verschiedenen Aktienemissionen, die im Laufe der letzten Monate auf den Markt gekommen sind, nun auch immer mehr festverzinsliche Anleihen öffentlicher Körperschaften den Kriegsanleihen Konkurrenz bereiten. Andererseits konnte die Regierung gerade der Gemeinde Wien die Begebung der Anleihe nicht recht gut verweigern, da die Gemeinde dazu durch ein Gesetz aus der Zeit vor dem Kriege ermächtigt war. Es ist deshalb wenigstens vereinbart, daß der unverwendete Erlös der Stadtanleihe der Regierung durch die Banken bis auf weiteres zur Verfügung gestellt wird. Der Gemeinde wird das Guthaben von den Banken mit 4 pCt. verzinst. Da diese im Kontokorrent von der Postsparkassa 4½ pCt. erhalten, ergibt sich für die Banken daraus ein weiterer Zwischengewinn.

Von den 250 Millionen Kr. 4½-prozentiger Stadtanleihe dienen, wie erwähnt, 100 Millionen Kr. zur Rückzahlung der Kassenscheine. Der Anreiz zum Umtausch soll den Besitzern durch eine Vergütung von ½ pCt. erhöht werden. Für den Restbetrag hat die Gemeinde bis auf weiteres kaum Verwendung, da auch noch der Erlös aus den Kassenscheinen zum größten Teil noch unverbraucht ist. Die Zinsensparnis an den Kassenscheinen durch die vorzeitige Konversion wird daher reichlich aufgewogen durch die Zinsenbelastung, die der Gemeinde Wien aus dem neu aufgenommenen, für Investitionen nach dem Kriege bestimmten Betrage erwächst. Das Investitionsprogramm der Gemeinde ist allerdings sehr umfassend. Die Verkehrsschwierigkeiten, mit denen Wien in weit höherem Maße zu kämpfen hat, als die deutschen Großstädte, haben den Bau der Untergrundbahnen für die Zeit unmittelbar nach dem Friedensschluß zur beschlossenen Sache gemacht. Gegenwärtig werden im Magistrat die Projekte des Berliner Konsortiums geprüft. Daneben werden nach Friedensschluß Straßenherstellungen, ausgedehnte Kanalisierungen, bedeutende Aufwendungen für die städtischen Straßenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerke nötig sein, abgesehen von den Aufgaben auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, denen die Gemeinde Wien im Kriege freilich sich bei weitem nicht mit gleicher Tatkraft gewidmet hat, wie die großen deutschen Städte.

## Der Kaiser für Wien.

(Zur Neuordnung im Tramwayverkehr.)

Aus einem Berichte, den Bürgermeister Dr. Weiskirchner gestern dem Gemeinderate über die Neuregelung des Straßenbahnbetriebes erstattete, ist die Tatsache bemerkenswert, daß die Verhütung einer Verkehrskatastrophe für Wien, vor allem die Aufrechterhaltung des Tagesbetriebes dem direktesten Einfluß des Kaisers zu danken ist.

Der Bürgermeister verwies zunächst auf den ursprünglichen Plenarbeschluß, nach welchem die Einstellung des Betriebes von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags vorgesehen war, und er berichtete dann über die Verhandlungen der Väter des Gemeinderates mit der Regierung zur Sicherung der Kohlenzufuhr für die städtischen Elektrizitätswerke. Die weiteren Mitteilungen Dr. Weiskirchners über die Konferenzen mit dem Minister für öffentliche Arbeiten und dem Kriegsminister betreffen bereits bekannte Ergebnisse. Der Bürgermeister knüpfte dann daran folgende Bemerkungen:

Von den beiden Ministern wurde das Entgegenkommen der bezüglichen Ministerien zugesagt, desgleichen auch vom Minister des Innern, zu welchem ich um die Mittagszeit telephonisch beschieden wurde und der zur Kenntnis brachte, daß der Kaiser der Angelegenheit sein volles Interesse und seine Fürsorge zu widmen beabsichtige und bis 5 Uhr abends telephonisch Nachricht über den Stand der Angelegenheit verlangt habe. Noch am selben Nachmittage fand über Anordnung des Arbeitsministers eine Sitzung der Kohlenkommission statt, bei welcher den Anforderungen der Gemeinde Wien Rechnung getragen wurde,

### Die Verfügungen in den Kohlenrevieren.

Diese Mitteilung wurde vom Gemeinderate mit großem Beifalle aufgenommen. Bürgermeister Doktor Weiskirchner fuhr dann fort:

Es erfolgte im Anforderungswege auf Grund des § 2 der Verordnung des Gesamtministeriums vom 11. November 1914 die Zuweisung von täglich 517 Tonnen Schwarzkohle aus dem Ostrau-Kärwiner Reviere und 664 Tonnen Schwarzkohle aus dem nordwestböhmischem Reviere, zusammen von 1181 Tonnen förderfähig, wobei angenommen wurde, daß förderfähig 195 Tonnen Kohle aus Oberschlesien angeliefert werden. Dies ergibt zusammen 1376 Tonnen förderfähig, welches Quantum einer tagesweiligen Lieferung von 1180 Tonnen, wie sie die Gemeinde gefordert hat, entspricht. Für den Fall, als, was nicht anzunehmen sei, die Lieferung aus dem ober-schlesischen Reviere eine geringere sein sollte, wäre das Fehlquantum allmonatlich seitens der Direktion der Elektrizitätswerke beim Arbeitsministerium anzusprechen. Der anwesende Vertreter des Kriegsministeriums machte die Erklärung, daß, was die Wagenbestellung anlangt, der Kriegsminister angeordnet habe, daß die städtischen Elektrizitätswerke im Ostrau-Kärwiner Reviere bis auf weiteres vor allen anderen zu beliefern sind und sich daher folgende Rangordnung ergebe: 1. Städtische Elektrizitätswerke Wien (Bravo!); 2. Gaswerke Budapest; 3. Eisenbahnen- und Schiffahrtsgesellschaften; 4. Pulver- und Munitionsindustrie usw. Bezüglich des nordwestböhmischem Reviers hätte die Wagenbestellung für die städtischen Elektrizitätswerke nach den Bestimmungen der Bezugsklasse 1a unbedingt voll zu erfolgen. Im Verfolge dieser Angelegenheit hat auch der Arbeitsminister zwei Beamte in das nordwestböhmisches Reviere entsendet, um die Abfuhr der Kohle an die städtischen Elektrizitätswerke zu überwachen.

In der Hoffnung einer entsprechenden Wirkung der von der Regierung ergriffenen Maßnahmen hat der Stadtrat dann die bekannten Beschlüsse gefaßt, wonach der Tagesverkehr mit größeren Intervallen in verkehrsschwachen Stunden aufrecht zu bleiben hat.

Der Gemeinderat nahm diesen Bericht des Bürgermeisters unter lebhaftem Beifalle genehmigend zur Kenntnis.

**Kreditbewilligung auf Kriegsfonds.**

Wie der Magistrat berichtet, sind bis zum Schluß des Rechnungsjahres 1915 die von der Stadtverordneten-Versammlung zu Kriegsausgaben bewilligten 24½ Millionen Mark ausgegeben worden. Die Ausgaben für Familienunterstützungen, die städtischen Zuschüsse und die Beiträge an die Zentralsammlung für Kriegsfürsorge für das Rechnungsjahr 1916 wurden besonders bewilligt, sie werden in auferetatmäßiger Rechnung bestritten und betragen vom 1. April bis 31. Dezember 1916 rund 22½ Millionen Mark.

In den erwähnten 24½ Millionen sind die Vorschüsse und Ausgaben für Lebensmittelbeschaffung, für welche die Stadtverordneten bis zum Ende des Rechnungsjahres 1915 6 Millionen vorschussweise bewilligten, nicht inbegriffen. Mit Ende Dezember 1916 ist für diese Vorschüsse der Betrag von 10 Millionen überschritten. Von Kriegsbeginn bis 1. Januar 1917 betragen die Ausgaben für Lebensmittelbeschaffung 63.4 Millionen, die Rückennahmen 53.3 Millionen, so daß beim Jahresbeginn 1917 ein Vorschuß von 10.1 Millionen verblieb. Davon sind f 105 000 Mark Verwaltungsausgaben aller Art inbegriffen. Die Gesamtausgabe von Kriegsbeginn an betrug für Kartoffeln 9 852 000 Mark, Mehl 24 204 000 Mk., Butter und Speisefette 6 489 000 Mark, Landesprodukte 16 283 000 Mk., Fleischwaren 4 021 000 Mk., Beteiligung an Kriegsgesellschaften 327 000 Mk. Es ergibt sich die Notwendigkeit, den bisherigen Kredit um weitere 6 Millionen zu erhöhen. Aus den Krediten sind auch Ausgaben zur Unterstützung gemeinnütziger Veranstellungen zu bestreiten. Mit Zustimmung der Kriegskommission wurden dafür 244 350 Mk. bewilligt. In der letzten Zeit hat der Magistrat über Gesuche auf Beihilfen von insgesamt 45 000 Mark entschieden, die noch der Zustimmung der Kriegskommission bedürfen. Für 1916 sind Gesuche um Bewilligung von weiteren 60 000 Mark zu erwarten. Zum Etat 1917 will der Magistrat die Bewilligung der besonderen aus Kriegsfonds zu bestreitenden einmaligen Unterstützungen bei den einzelnen Titeln der Ausgabe zusätzlich beantragen.

Zum Betriebe der Bekleidungsstelle mußte ein Vorschuß bewilligt werden, aus dem bis zum 31. Dezember 1916 45 000 Mark entnommen worden sind. Die monatlichen Kosten stellen sich auf 14 000 Mark, davon 10 000 Mark für Besoldungen. Für Ankauf und Herstellung getragener Kleidungsstücke dürften monatlich etwa 3000 Mark erforderlich sein. Bis zum nächsten Bericht ist mit einer Inanspruchnahme des Kriegsfonds durch die Bekleidungsstelle im Betrag von 150 000 Mark zu rechnen.

Es werden folgende Bewilligungen verlangt: 6 Millionen Mark für Lebensmittel, 105 000 Mark für die Hilfskasse, für gemeinnützige Veranstellungen und Ausgaben, 150 000 Mark für die Zwecke der Bekleidungsstelle.

25. / 7. 1917

**Die Autonomiefragen und der Städtebund.** Am 22. d. und unter dem Vorsitz des Abg. Kommerzialrates Denf im Ratshaus eine Sitzung des vom „Bund der deutschen Städte Österreichs“ eingesetzten Untersuchungsausschusses für die Fragen der Städteautonomie statt. An der Sitzung nahmen auch der Bundesobmann Bürgermeister Dr. Weiskirchner sowie über Einladung Regierungsrat Professor Dr. Brochhausen teil. Zur Erörterung gelangten in Fortsetzung der Generaldebatte die Fragen der Einteilung der Personen in der Gemeinde. An der Erörterung beteiligten sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner, welcher insbesondere auf die in vielen Städten durch den Zugang zahlreicher Flüchtlinge entstandenen Fragen hinwies, ferner die Abgeordneten Professor Dr. Redlich und Kommerzialrat Denf, die Bürgermeister Dr. Dinghofer (Sitz), Dr. Bornemann (Auffig), Abg. Dr. Jarolim (Bränn) und Stadtrat Dr. Osthof (Auffig). Regierungsrat Professor Doktor Brochhausen vertrat den Standpunkt, daß die Einteilung der Personen in der Gemeinde im Zusammenhang mit den für die Wahlberechtigung maßgebenden Grundsätzen durchgeführt werden soll. Die Ausnahme der Flüchtlinge in eine Gemeinde beruhe auf einem Nothrecht, welches den Flüchtlingen nirgends versagt wurde; doch müsse es als *ausgeschlossen* bezeichnet werden, daß aus dem Aufenthalt der Flüchtlinge sich für diese politische Rechte, wie insbesondere das Wahlrecht, ergeben. Es wurde beschlossen, für die bisher durchberatenen Gegenstände Berichterstatter einzusetzen, und zwar wurden gewählt: Magistratsdirektor Dr. Ringhaan (Reichenberg), Bürgermeister Dr. Storch (Komolau), Landtagsabgeordneter Doktor Jarolim (Bränn) und Stadtrat Dr. Osthof (Auffig). — Der Bundesobmann Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete dann über die Gründung der „Österreichischen waffenbrüderlichen Vereinigung“ und machte dabei den Vorschlag, der Städtebund möge an das Präsidium der „Waffenbrüderlichen Vereinigung“ mit der Anregung herantreten, es sei im Rahmen dieser Vereinigung eine Abteilung für Städtewesen zu schaffen, in welcher unter Teilnahme der Vertreter des Städtebundes und einer Reihe von sonstigen Fachmännern auf dem Gebiete der Wissenschaft und der Praxis alle die städtischen Gemeinwesen berührenden Fragen, insbesondere auch die Fragen der städtischen Verfassung, beraten werden sollen. In der reichsdeutschen waffenbrüderlichen Vereinigung bestehe eine Gemeindeabteilung bereits; durch ein geeignetes Zusammenwirken könnten beide Teile wertvolle Ergebnisse erzielt werden. Der Vorschlag des Bürgermeisters fand allseitige Zustimmung.

Der Morgen  
26. [II]. 1917

47

## Die Wiener Stadtanleihe.

Die außerordentliche Geldfülle und die günstige Verfassung des Anlagemarktes sind die Ursachen der neuen Wiener Stadtanleihe. Nicht ein drängender Geldbedarf, sondern die Gelegenheit, eine Konjunktur für einen guten Anleiheabschluß auszunützen zu können, hat die Gemeinde veranlaßt, schon jetzt das Anbot der Bankengruppe auf eine 250-Millionen-Anleihe zu Bedingungen anzunehmen, die nach dem Kriege offenbar nach der Meinung der Gemeindeverwaltung nicht zu erlangen wären. Vom finanzpolitischen Interessenstandpunkt der Stadt Wien ist unter diesen Umständen gegen die Aufnahme der Anleihe nichts einzuwenden. Ihre Zwecke sind im allgemeinen gewiß zu billigen — aber da weder der Zeitpunkt des Friedenschlusses, noch die Verhältnisse und die Bedürfnisse der Bevölkerung, noch auch die Zustände auf dem Arbeitsmarkt in diesem Zeitpunkte gegenwärtig schon zu erkennen sind, so bleibt abzuwarten, ob und in welchem Umfange die Versprechungen erfüllt werden, zu deren Verwirklichung die neue Gemeindeanleihe die Mittel bereitstellen soll. Natürlich fehlt darunter auch diesmal nicht die wohl länger als ein Jahrzehnt immer wiederkehrende Verheißung des nahen Baubeginns der Wiener Untergrundbahnen. Aber überblickt man das vom Bürgermeister entworfene Programm, zu dessen Durchführung die neue Anleihe außerdem, ja in erster Reihe dienen soll: Straßenherstellung (allein 100 Millionen!), Brückenbauten, Kanalisierungen, Jugendfürsorge, Tuberkulosebekämpfung, Ausgestaltung der Elektrizitäts- und der Gaswerke und des Zillingdorfer Kohlenwerkes und endlich sehr durchgreifende Erneuerungen bei den Straßenbahnen, so muß man fast vermuten, daß für die jedenfalls äußerst kostspieligen Wiener Untergrundbahnen aus dem Erlös der jetzt abgeschlossenen Anleihe nicht gar viel übrig bleiben wird. Wobei wir freilich bei allem Verständnis für die außerordentliche Nützlichkeit von elektrischen Unterpflasterbahnen für Wien der Ansicht sind, daß wir auf sie auch nach dem Kriege die ersten Jahre verzichten könnten und sollten. Weil eben das Notwendige dem Nützlichen voranzugehen hat!

Die Gemeinde Wien tritt mit einem großen Erfordernis an den heimischen Geldmarkt heran. Allerdings bedeuten davon 100 Millionen keinen neuen Anspruch, sie dienen zur Einziehung der 5%igen Wiener Kassenscheine aus dem Jahre 1918. Mit ihr vollzieht sich bemerkenswerterweise die erste Zinskonversion während des Krieges. Vielleicht hat auch diese Tatsache den Finanzminister zu jenem Wohlwollen gegenüber den Anleihewünschen der Gemeinde Wien veranlaßt, für das der Bürgermeister in der letzten Gemeinderatssitzung gedankt hat. Denn grundsätzlich kann die Regierung es unmöglich gerne ehen, wenn der Kapitalmarkt jetzt für andere als staatliche Zwecke in Anspruch genommen wird. Man denke nur an die Haltung der deutschen Regierung in dieser Frage! Aber unsere Finanzverwaltung mochte sich gesagt haben, daß die Konversion der 5%igen fünfjährigen Kassenscheine in 4%ige sechzigjährige Schuldverschreibungen und überhaupt die Begebung einer 4%igen langfristigen Wiener Stadtanleihe zum Kurse von 93 weiten Kapitalkreisen die Vorteile der 5%igen Kriegsanleihe mit kürzeren Laufzeiten und nennenswert billigeren Ertragsbedingungen erst ins rechte Licht rücken wird. Und vielleicht darf man mit diesem Umstand die überaus erfreuliche lebhafte Nachfrage, die sich seit der Bekanntgabe der Wiener Stadtanleihe nach Kriegsanleihen gezeigt und die zu einer erheblichen Kurssteigerung der letzteren geführt hat, in Zusammenhang bringen.

Wenn trotzdem an dem Erlolge der Wiener Stadtanleihe nicht zu zweifeln ist, so liegt dies an der Beliebtheit Wiener Anleihen bei unserer Bevölkerung, an dem guten Kredit der Gemeinde Wien, die bisher ohne Umlagerhöhung im Kriege das Auslangen gefunden hat und weil weite kapitalsträchtige Publikumskreise ihrer Pflicht zur Kriegsanleihezeichnung bereits in so hohem Maße nachgekommen sind oder nachgekommen zu sein glauben, daß sie Teile ihrer Ersparnisse auch zur Veranlagung in anderen, wenn auch teureren, festverzinslichen Werten als in Kriegsanleihen verwenden wollen. Zudem scheint die heiße Liebe für die Aktie, die eine gesunde Entwicklung unserer finanziellen Verhältnisse gefährliche Evidenz, gegenwärtig empfindlich abgeschwächt zu sein und damit sind wieder einmal für alle Anlagepapiere und für alle Anleihebegehungen gute Zeiten herangebrochen.

26. / II. 1917

48

## Liberaler Pressestimmen zur Anleihebegebung der Stadt Wien.

Der Wiener Gemeinderat hat am Freitag den Antrag des Bgm. Dr. Weiskirchner auf Begebung von 250 Millionen Kronen einstimmig angenommen. In den Sonntagsblättern kamen nun die „Börsenwächner“ zum Wort, die in Besprechungen der finanziellen Ereignisse Kritik üben. Wir wollen anmerken, was einige liberale Blätter über die Anleihebegebung der Stadt Wien sagen:

„Fremdenblatt“: Die neue Anleihe der Stadt Wien bildet einen sehr wichtigen Beitrag zum Abbau des Zinsfußes für die kommenden Friedensjahre, und indem ihr Erlös die Ausführung von Nothstandsarbeiten und die Vorbereitung der Untergrund-Schnellbahnen ermöglichen soll, gewinnt diese Anleihe auch sozialpolitisch, für die Lösung des Arbeitsproblems nach dem Kriege, große Bedeutung. Kreditpolitisch wie sozialpolitisch ist der Anleiheabschluß der Gemeinde Wien mit dem Konsortium der Wiener Banken also mit uneingeschränkter Befriedigung zu begrüßen. Der Satz: „Bereit sein ist alles!“ ist da von der Gemeinde Wien in seiner Wichtigkeit erkannt — der Besitz des Anleihe-Erlöses wird die Gemeinde

Wien für die großen Aufgaben der nächsten Jahre durchaus bereit machen.

„Österreichische Volks-Zeitung“: ... Auch die Kommune Wien hat sich einen günstigen Augenblick gewählt, um ihre Viertelmilliardenanleihe unterzubringen, denn bei dem vortrefflichen Kredit, welchen die Kommune genießt, ist ein voller Erfolg auch dieser Emission sicher zu erwarten, zumal es sich um eine in sechzig Jahren tilgbare Anleihe handelt.

„Extrablatt“: Dank der unverminderten Geldfülle ist es der Stadt Wien gelungen, bei diesem Anlasse auch die hochverzinslichen Kassenscheine, die im vorigen Jahre zur Begebung gelangten, gegen niedriger zu verzinsende Obligationen umzutauschen, wobei die Fälligkeit der Schuld auf lange Termine hinausgeschoben worden ist, eine immerhin beachtenswerte Errungenschaft.

Der „Morgen“: Nicht ein drängender Geldbedarf, sondern die Gelegenheit, eine Konjunktur für einen guten Anleiheabschluß ausnützen zu können, hat die Gemeinde veranlaßt, schon jetzt das Anbot der Bankengruppe auf eine 250-Millionen-Anleihe zu Bedingungen anzunehmen, die nach dem Kriege offenbar nach der Meinung der Gemeindeverwaltung nicht zu erlangen wären. Vom finanzpolitischen Interessenstandpunkt der Stadt Wien ist unter diesen Umständen gegen die Aufnahme der Anleihe nichts einzuwenden... Wenn trotzdem an dem Erfolge der Wiener Stadianleihe nicht zu zweifeln ist, so liegt dies an der Beliebtheit der Wiener Anleihen bei unserer Bevölkerung, an dem guten Kredit der Gemeinde Wien, die bisher ohne Umlagerhöhung im Kriege das Auslangen gefunden hat...

# Das Budget der Hauptstadt.

Budapest, 27. Februar.

Der gestrige Tag wird in den Annalen der Hauptstadt sicherlich nicht mit roten Lettern verzeichnet werden, denn mit ihm sind schwere, drückende Sorgen in unser Stadthaus eingezogen. Das Defizit, das sich mit Kriegsbeginn in dem Haushalt unserer Hauptstadt festgesetzt hat, immer größer wird und jetzt bereits die schwindelnde Höhe von nahezu 38 Millionen Kronen erreicht hat, beginnt die Zahlungsfähigkeit der Hauptstadt bereits ernstlich zu gefährden, und wenn man dem Defizit, das sich mit großer Kraft in dem Organismus der Hauptstadt festgebissen hat, nicht mit noch größerer Kraft an den Leib rückt, muß sich die Finanzlage der Kommune früher oder später sehr kritisch gestalten. Ganz richtig bemerkt die Finanzsektion in ihrem Bericht zu dem Budget für 1917, daß unser Haushalt noch

während des Krieges geordnet werden muß, will die Hauptstadt den gewaltigen Aufgaben, vor die sie das nach dem Kriege anbrechende neue Leben stellen wird, gewachsen sein. Man darf nicht länger zuzwarten, man darf das Uebel nicht chronisch werden lassen, sondern muß unverzüglich zur Heilung des erkrankten Organismus der Hauptstadt schreiten. Je früher dies geschieht, desto sicherer ist der Erfolg.

Das Defizit ist zum größten Teile, wie ja nicht bestritten werden kann, dem Kriegszustand zuzuschreiben. Für viele ist der Kriegszustand eine vortreffliche Konjunktur, für den Haushalt der Städte — auch die ausländischen bilden hier keine Ausnahme — erweist er sich aber als äußerst schädlich, indem er ihre Ausgaben bedeutend erhöht, ihre Einnahmen aber in größerem oder geringerem Maße verringert. Das liegt in der Natur der Sache. Die Steigerung der Ausgaben der Städte wird durch die Steigerung der Preise aller Materialien, Erhöhung der Löhne, die Notwendigkeit, die durch den Kriegszustand hervorgerufene Not zu lindern usw., die Verminderung der Einnahmen der kommunalen Betriebe durch die Zunahme der Betriebskosten verursacht. Solange der Krieg dauert, vermag man hieran wohl kaum etwas zu ändern, doch was man tun kann und muß, ist, nach Möglichkeit ein Erstarren dieser abnormalen Verhältnisse zu verhindern und eine vollkommene Sanierung der hauptstädtischen Finanzlage vorzubereiten, damit die Hauptstadt gleich nach dem Kriege freier atmen und ihre hochwichtigen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben erfüllen könne.

Alle berufenen Faktoren der Hauptstadt, Magistrat, Munizipalrat, Kommissionen müssen mit vereinten Kräften dieses Ziel zu erreichen suchen. Ohne eine weitere Belastung der Bevölkerung von Budapest ist dies freilich kaum möglich, doch unser Publikum besitzt genug Lokalpatriotismus, um jedes Opfer zu bringen, das ihm um der Zukunft unserer Hauptstadt willen auferlegt wird, wenn es nur die Ueberzeugung hat, daß diese Opfer nicht vergeblich gebracht werden, daß bei der Hauptstadt nunmehr die Uera einer besseren Wirtschaft, einer gesünderen rationalen Finanzpolitik anbrechen wird. Diese Ueberzeugung kann das Publikum aber nur gewinnen, wenn die Leitung der Hauptstadt und die Stadtrepräsentanz mit wirklichem Ernst und unzweifelhaft redlichem Willen sich an das schwere Werk der Sanierung machen.

Wie wir bereits bemerkt haben, sind auch die Finanzen anderer Städte von den außerordentlichen Verhältnissen, die der Kriegszustand mit sich gebracht, ungünstig beeinflusst worden. In ihrem vorzüglich ausgearbeiteten, auf alle Einzelheiten des Budgets sich erstreckenden Bericht beruft sich die Finanzsektion auf das Beispiel mehrerer ausländischer Großstädte, um zu beweisen, daß nicht der Haushalt unserer Hauptstadt allein infolge des Kriegszustandes stark zu leiden hatte.

An erster Stelle wird die Stadt Wien angeführt, wo das im Budget für 1916/17 ausgewiesene Defizit von 15,993.740 k zum größten Teile ebenfalls auf Rechnung des Kriegszustandes zu setzen ist. Zur Deckung dieses Defizits wurden in Wien teils die bereits vorhandenen Steuern erhöht, teils neue Steuern eingeführt.

Erhöht wurden folgende Steuern: der Kommunalzuschlag nach der Bodensteuer von 25 auf 27 Prozent (zu gewärtigender Mehrertrag 5400 k), der Kommunalzuschlag nach der Bodensteuer von 25 auf 28 Prozent (78.000 k), der Kommunalzuschlag nach der Staatssteuer der zu öffentlicher Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen von 27 auf 32 Prozent (1,778.000 k), der Kommunalzuschlag nach der Rentensteuer von 25 auf 28 Prozent (60.000 k), der Kommunalzuschlag nach der Erwerbsteuer erster Klasse von 27 auf 31 Prozent und der Erwerbsteuer zweiter Klasse von 27 auf 30 Prozent (228.700 k), die städtische Konsumsteuer für geistige Getränke, Alkoholesenzen usw. (560.000 k), die Hundesteuer von 8 auf 20 k (500.000 k), die Preise der elektrischen

Strassenbahnen von 14 und 20 auf 16 und 22 h, die Autobusfahrpreise von 20 und 30 auf 24 und 34 h, die Fahrpreise der Pferdebahn um 2 h (4.000.000 k), die Gaszuzugsgebühr um durchschnittlich 100 Prozent (1,420.000 k), die Gebühr für die Benutzung der elektrischen Strommesser um durchschnittlich 25 Prozent (250.000 k).

Zus Leben gerufen wurde die Grundwertzuwachssteuer (1,000.000 k) und demnächst soll auch die Lustbarkeitssteuer (1,000.000 k) eingeführt werden.

Durch die Erhöhung der Steuern und Gebühren und durch die Einführung der neuen Steuern hofft die Stadt Wien Mehreinnahmen in der Höhe von 10,880.100 k zu erzielen. Ein Teil dieser neuen Einnahmen wurde bereits in das Budget aufgenommen, während der Rest, der sich aus der Erhöhung der Steuern und der Einführung neuer Steuern ergibt (ungefähr sechs Millionen) zur Deckung eines Teiles des Defizits verwendet wird. Der restliche Teil des Defizits — zirka 10 Millionen — wird aus den Kassenbeständen und aus Anlehensgeldern gedeckt.

Berlin: Alle Ausgaben und Mehrausgaben, die der Krieg verursacht hat, werden auf Vorschußkonto geführt, insoweit sie das normale Budget nicht beeinflussen. Für die Deckung der auf die erwähnte Weise gebuchten Ausgaben wird später gesorgt. Trotz der Einschränkung der Verwaltungsausgaben mußte die Stadt im Jahre 1915 den Kommunalzuschlag nach der staatlichen Einkommensteuer um 25 Prozent (von 100 auf 125 Prozent), im Jahre 1916 um weitere 35 Prozent auf 160 Prozent erhöhen. Im Jahre 1914 wurden 71,185.534 Mark, im Jahre 1915 29,935.900 Mark und im Jahre 1916 18,702.890 Mark durch Anleihen gedeckt.

Breslau: Die Kriegsausgaben werden vorläufig durch Vorschußanleihen aufgebracht, die später durch fundierte Anleihen ersetzt werden, falls die Vorschüsse nicht durch staatliche Subvention gedeckt werden sollten. Zur Deckung der laufenden Verwaltungsausgaben hat die Stadt Breslau die Preise von Gas und elektrischem Strom um zehn Prozent erhöht, während die Verminderung der Einnahmen der kommunalen Betriebe durch eine Erhöhung der kommunalen Steuerzuschläge paralytisiert wurde, wodurch die Stadt schon im Jahre 1914 Einnahmen in der Höhe von 11,343.000 Mark erzielt hat.

Köln: Zur Deckung des Kriegszustandes wurde im Jahre 1914 der kommunale Steuerzuschlag um zwanzig Prozent auf 175 Prozent erhöht, was einem Mehrertrag von 1,875.000 Mark entspricht, ferner wird der aus Steuerüberschüssen geschaffene Fonds von sechs Millionen Mark zu Zwecken des Haushaltes verwendet. Außerdem hat die Stadt mehrere Anleihen zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben aufgenommen, und zwar für das Jahr 1915/16 11,527.350 Mark, für das Jahr 1916/17 4,240.000 Mark.

Dresden: Die durch den Krieg verursachte Verminderung ihrer Einnahmen und Steigerung ihrer Ausgaben haben die Stadt Dresden gezwungen, den kommunalen Steuerzuschlag um 13 Prozent (von 133 auf 146 Prozent) sowie die Preise des Gases zu erhöhen. Das erstere Mittel bringt der Stadt nahezu 1 1/2 Millionen Mark ein. Auch heuer soll ein neues Steuerprojekt verwirklicht werden. Zur Erhöhung der Einnahmen der städtischen elektrischen Strassenbahn will die Stadt die Tarife ändern.

Frankfurt a. M.: Alle Kriegsausgaben werden vorläufig außerhalb des Budgets verrechnet; sollten diese Ausgaben nicht vom Staat gedeckt werden, wird sie die Stadt Frankfurt a. M. durch später aufzunehmende Anleihen decken.

Hamburg: Auch hier hat der Krieg ein Defizit im kommunalen Haushalte verursacht, insoweit die Stadt den Preis des Gases von 14 auf 16 Pfennig erhöht hat, was Mehreinnahmen von 2 1/2 Millionen Mark entspricht. Außerdem führte die Stadt heuer die Vermögenssteuer ein, deren Ertrag noch unbekannt ist.

Leipzig: Die Verhältnisse dieser Stadt sind den Verhältnissen unserer Hauptstadt sehr ähnlich. Auch die Stadt Leipzig will durch Erhöhung der bereits bestehenden und durch Einführung neuer Steuern sowie durch Erhöhung der Einheitspreise der kommunalen Betriebe ihre Finanzlage, die der Kriegszustand ebenfalls verschlimmert hat, verbessern.

München: Zur Deckung zahlreicher Ausgaben, die im Frieden durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden konnten, muß die Stadt jetzt Anleihen aufnehmen. Auf diese Weise ist es der Stadt München bisher gelungen, ohne größere Belastung des Publikums das Gleichgewicht in ihrem Haushalte zu erhalten, trotz den kommunalen Steuerzuschlag hat sie von 133 auf 144 Prozent erhöht, was einem Mehrertrag von einer Million Mark entspricht.

## Lastenausgleich für Groß-Berlin.

Aus der Landtags-Kommission.

Mit der Frage des kommunalen Lastenausgleichs zwischen Berlin und seinen Vororten hat sich die Gemeindef Kommission des Abgeordnetenhauses am Dienstag abend aus Anlaß einer Eingabe zahlreicher Gemeindevorstände östlicher und südöstlicher Berliner Vororte beschäftigt. Sie fordern einen unverzüglichen Lastenausgleich für Großberlin, der geeignet ist, die durch den Krieg überaus verschärfte Notlage der östlichen Vororte zu erleichtern.

Wie ein Vertreter des Ministeriums des Innern erklärte, hat die Regierung sich schon vor dem Kriege eingehend mit dieser Angelegenheit befaßt. Die Vorarbeiten sind durch den Krieg unterbrochen worden, aber mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Materie sind sie während des Krieges wieder aufgenommen. Die Regierung erkennt die Notlage der östlichen Vororte an. Es handle sich dabei allerdings nur um einen relativen Notstand, d. h. um einen Notstand im Vergleich zur Stadt Berlin und zu den reichen westlichen Vororten. Zunächst müsse man sich darüber schlüssig werden, was ausgeglichen werden solle, nur Schul- und Armenlasten oder allgemein alle Lasten, die die Gemeinden infolge des wirtschaftlichen Zusammenhanges mit Berlin zu tragen haben?

Ein Vertreter des Finanzministers fügte hinzu, man müsse unterscheiden zwischen einem allgemeinen Lastenausgleich im ganzen Staat und einem solchen innerhalb Großberlins. Bei einem allgemeinen Lastenausgleich müsse die Regierung Zuschüsse geben, nicht aber bei einem Lastenausgleich für Großberlin, denn hier kämen nicht eigentlich notleidende Gemeinden in Betracht. Die Gemeinden hätten ja bisher die Einkommensteuer noch lange nicht in dem Maße belastet, wie die Gemeinden draußen in der Provinz. Deshalb sei die Regierung der Meinung, daß wenn im Umkreise von Berlin ein solcher Ausgleich stattfindet, grundsätzlich keine Zuschüsse gewährt werden dürfen. Noch deutlicher kam dieser Gedanke, dessen Verwirklichung letzten Endes eine neue Sondergesetzgebung für Großberlin zur Folge haben muß, zum Ausdruck in den Ausführungen eines weiteren Regierungsvertreters, der es als notwendig bezeichnete, daß die wohlhabenden Gemeinden in die Kasse eintreten müßten, die dadurch, daß Großberlin in wirtschaftlicher und Verkehrsbeziehung ein einheitliches Gebiet bildet, den östlichen Vororten erwachsen sind.

Entschiedenem Einspruch gegen eine etwaige Sondergesetzgebung für Großberlin erhoben die Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie. Der fortschrittliche Abgeordnete wies darauf hin, daß ein allgemeiner Lastenausgleich nicht denkbar sei ohne Aufgabe der Selbstverwaltung, ohne daß man den Gemeinden genau vorschreibe, was sie auszugeben haben. Es werde kaum möglich sein, eine Bezahlgemeinschaft einzuführen, ohne gleichzeitig eine Verwaltungsgemeinschaft zu haben. Einer Ausgestaltung des Zweckverbandes wolle er nicht das Wort reden, eher würde er einer Eingemeindung den Vorzug geben. Auf keinen Fall dürfe es so weiter gehen, daß der Staat den Gemeinden dauernd Lasten auferlegt, ohne ihnen die Kosten hierfür zu bewilligen. Ähnlich äußerte sich das sozialdemokratische Mitglied, das als einzigen Ausweg eine Eingemeindung größeren Stils betrachtete.

Nachdem noch von konservativer Seite die Schaffung eines Ausgleichsfonds innerhalb Großberlins angeregt war, beschloß die Kommission, die Eingabe der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

## Groß Berlins Verkehr.

Die erste Sitzung des Zweckverbandes.

Gerade zu einer Zeit, wo durch die in Aussicht stehende Reichs-Verkehrssteuer die Groß-Berliner Tariffrage wieder aufgerollt wird, übergibt der Zweckverbandsdirektor den ersten Verwaltungsbericht des Verbandes der Öffentlichkeit. Er behandelt den Groß-Berliner Verkehr während der ersten vier Jahre der Zweckverbandsfähigkeit, also vom 1. April 1912 bis 1916. Als der Verband Groß-Berlin ins Leben trat, waren im Verbandsgebiete 26 Bahnunternehmungen im Betrieb. Seitdem ist diese Zahl auf 35 angewachsen. Es kamen bei den Straßenbahnen 5 und bei den Schnellbahnen 4 Unternehmungen hinzu. Die Streckenlänge aller Groß-Berliner Straßenbahn- und Schnellbahnunternehmungen betrug 1912 insgesamt 713,49 Kilometer, das Anlagekapital der Gesellschaften 333 352 739 M. Vier Jahre später, am 31. März 1916, hatte sich die Streckenlänge auf 850,47 Kilometer und das Betriebskapital auf nicht weniger als 604 872 715 M. erhöht. Die Bahnlänge ist angewachsen: bei den Straßenbahnen um 19,5 Proz., bei den Schnellbahnen um 184,8 Proz. und bei den nebenbahnähnlichen Kleinbahnen, die mehr dem Güterverkehr dienen, um nur 0,3 Proz., im Durchschnitt aller Unternehmungen um 19,1 Prozent. Die Zahl der Wagen erhöhte sich von 4581 auf 5142.

Der Bericht des Verbandes behandelt eingehend die im Laufe der letzten Jahre gepflogenen Verhandlungen über den Ausbau des Groß-Berliner Straßen- und Schnellbahnnetzes. Hier ist erwähnenswert: der Bau des Vindenhummels, die Verbesserung des Straßenbahnverkehrs nach Rosenthal, Budow, Rudow, Dahlen, Siemensstadt, Charlottenburg und Wilmersdorf. Insgesamt hat der Verband 18 neue Straßenbahnverträge abgeschlossen. Besondere Aufmerksamkeit wurde hierbei dem Bestreben, Straßenbahnen auf eigenem Bahnkörper anzulegen, zugewendet.

Von besonderer Bedeutung für die Zeit nach dem Kriege sind die Pläne zur Erweiterung des Straßenbahnverkehrs. So ist für die Straßenbahnstrecken in Neukölln und Pantow eine ähnliche allgemeine Regelung des Verhältnisses des Verbandes zu den Straßenbahngesellschaften beabsichtigt, wie sie in Wilmersdorf bereits erfolgreich durchgeführt worden ist. Beide Gemeinden sollen hierbei gleichfalls eine Erweiterung ihres Straßenbahnnetzes erhalten. Mit der Berliner Elektrischen Straßenbahn A. G. schweben Verhandlungen wegen einheitlicher Regelung ihrer Vertragsbeziehungen hinsichtlich ihrer Linien in Trepow und Buchholz. Die Große Berliner Straßenbahn beabsichtigt den Bau größerer Ringlinien. Die Einrichtung eines Anschlußbetriebes zwischen der Großen Berliner Straßenbahn und den Berliner Ostbahnen ist fest vereinbart und soll nach Friedensschluß ausgeführt werden. Ferner schweben Verhandlungen über die Verlängerung einer in Mariendorf endigenden Linie nach dem Bahnhof Mariensfeld an der Zossener Vorortstraße. Weitere Pläne betreffen neue Verbindungen nach Hohenschönhausen, Weißensee, Rosenthal, Wittenau, eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Reinickendorf und eine zweite Verbindung nach Tegel über Charlottenburg.

Bei der Prüfung der Schnellbahnen ergab sich, daß für eine erfolgreiche Tätigkeit ein allgemeiner Grundplan für die künftige Gestaltung des Groß-Berliner Schnellbahnnetzes unerlässliche Bedingung ist. Die Vorarbeiten hierfür sind in Angriff genommen.

### Verkehrssteuer und Straßenbahntarif.

Der Berliner Magistrat schreibt uns:

Es ist die Ansicht vertreten worden, daß der vom Bundesrat beschlossene Entwurf eines Gesetzes über die Besteuerung des Personenverkehrs eine allgemeine Bewegung zugunsten umfassender Tarifserhöhung für die Verkehrsanstalten Groß-Berlins und anderer Großstädte zur Folge haben müsse. Man scheint sogar hier und da die Verkehrssteuer als einen willkommenen Anstoß zur Neubefehung von Tarifplänen zu begrüßen, die den Be-

triebsgesellschaften das Drei- bis Vierfache des Betrages der Steuer zuführen sollen. Wenn hierbei gehofft wird, daß der Verkehrssteuer-Gesehentwurf den Verkehrsunternehmungen ein Mittel an die Hand gebe, um eine solche Erhöhung auch gegen den Willen der Gemeinden zu erreichen, so gründet diese Hoffnung sich auf einen Irrtum. Der Gesehentwurf gestattet dem Betriebsunternehmer nur Tarifänderungen, die zur Deckung der neuen Steuer bestimmt sind. Dagegen wird in der Begründung des Gesehentwurfs ausdrücklich hervorgehoben, daß die Ermächtigung einseitig Tarifänderungen aus Anlaß des vorliegenden Gesetzes vorzunehmen, nicht auch Änderungen gestatten können, an denen sich der Unternehmer für sonstige Steigerungen der Betriebsunkosten zu erholen beabsichtigt. Es würde auch einen niemals dagewesenen Eingriff in die Verkehrspolitik der Gemeinden bedeuten, wenn die Reichsgesetzgebung eine von ihr verhängte Steuer benützte, um durch ein von Reichs wegen bestimmtes Schiedsgericht jede beliebige Erhöhung der Tarife ins Werk zu setzen.

Trotzdem bleibt die Gefahr bestehen, daß auf die unbemittelte Bevölkerung bei Gelegenheit der Verkehrssteuer Mehrbelastungen überwältigt werden, die das Bedürfnis der Wiedereinbringung der Steuer weit übertreffen. Die Bedenken, die sich hieraus und aus anderen Gründen gegen die Unterwerfung der großstädtischen Verkehrsanstalten unter eine Verkehrssteuer überhaupt ergeben, müssen an anderer Stelle ausgetragen werden.

## Berlins Haushaltsplan.

### Vorstichtige Bemessung der Ausgaben.

Die Mitteilung im heutigen Morgenblatt, daß die Gemeinde-Einkommensteuer in Berlin nach wie vor 160 v. H. betragen soll, beweist am besten, daß der Magistrat sich der größten Sparfameit befleißigt hat. Trotzdem die Kriegsausgaben naturgemäß gewachsen sind, ist doch der neue Haushalt in Einnahme und Ausgabe um 4 Millionen Mark niedriger als der laufende.

Die Einnahmen sind wie folgt veranschlagt: Aus Grundeigentum und Berechtigungen 5 894 310 M. (im Vorjahre 7 524 190 Mark), bei den städtischen Werken 4 492 460 M. (9 211 920 M.), aus Steuern 113 552 000 M. (104 932 000 M.). Die Kämmerer hofft aus den Einkommensteuern 65 700 000 M., aus den Gemeinde-Grundsteuern 28 800 00 M., aus den Gewerbe-Steuern 16 000 000 M., aus der Hundesteuer 750 000 M., aus der Umsatzsteuer 700 000 M., aus der Kinosteuer 800 000 M. zu erhalten. Der Ausfall bei den städtischen Werken — er wird bedingt durch die erheblichen gesteigerten Materialkosten —, die höheren Arbeitslöhne, beschränkten Absatz, gleich sich aus durch den wenn auch nicht erheblichen höheren Ertrag aus den Steuern.

Selbstverständlich haben sich alle Verwaltungen nach Möglichkeit Zurückhaltung bei ihren Forderungen auferlegt. All zu große Abstriche ließen sich aber kaum machen. Für das Unterrichts-wesen werden als erforderlich bezeichnet 33 348 660 M. (im Vorjahr 33 742 480 M.), für das Armenwesen 17 715 240 M. (im Vorjahr 19 326 230 M.), für Kranken- und Gesundheitspflege 11 109 810 M. (im Vorjahr 11 237 550 M.). Beim Kapitel „Polizei, Gericht, Standesämter, Militärwesen und Arbeitsnachweis“ sind 10 995 000 M. eingestellt (im Vorjahr 10 705 750 M.), für öffentliche Beleuchtung, Straßenreinigung, Park- und Friedhofsbewaltung 8 754 450 M. (im Vorjahr 6 856 870 M.), beim Bauwesen 2 161 240 M. (im Vorjahr 2 337 100 M.). Es handelt sich im wesentlichen um die Fortführung der städtischen Nord-Süd-Bahn, um die Fleisch-Großmarkthalle in der Landsberger Allee und die Obstgroßmarkthalle in Moabit. Die Verwaltungskosten sind auf 22 172 450 M. (21 914 130 M.) veranschlagt. In der Gesamtsumme sind Anleihebeträge von 9 775 510 M. enthalten gegen 18 702 890 M.

Wie schon mitgeteilt, sollen als Zuschläge erhoben werden 160 v. H. der Staatseinkommensteuer, 165 v. H. der Gewerbesteuer, beides wie im Vorjahre, 174 v. H. (gegen 176 v. H. im Vorjahr) der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer, die in Form der Grundwertsteuer mit 8,10 M. v. T. (wie im Vorjahr) des gemeinen Wertes der Grundstücke erhoben wird. In der nächsten Sitzung werden sich nun die Stadtverordneten mit dem Haushaltsplan, an dem wohl wenig Abstriche zu machen sein werden, zu beschäftigen haben. Der Haushaltsplan liegt von Montag ab im Finanzbüro des Rathhauses, Zimmer 67, täglich von 10 bis 1 Uhr zur Einsicht aller Bürger Berlins aus.

3. / VII. 1917

(Die Subskription auf die Wiener Kommunalanleihe.) Im vorliegenden Blatt wird der Prospekt betreffend die Begebung der neuen Wiener Kommunalanleihe veröffentlicht. Er enthält eine ausführliche Darlegung über die Bestimmung der Anleihe sowie den finanziellen Stand der Gemeinde Wien und hieran anschließend die näheren Bedingungen der Subskription. Wie bekannt, gelangt eine 4½prozentige Anleihe im Betrage von 250 Millionen Kronen zur Vergebung, die in sechzig gleichen Jahrestilgungen amortisiert wird. Von diesen 250 Millionen Kronen sind von vornherein 100 Millionen zur Einlösung der im März vorigen Jahres von der Kommune aufgenommenen Anleihe in 5½prozentigen Kassenscheinen, im ganzen im Betrage von 100 Millionen Kronen, bestimmt. Für diese Kassenscheine war eine fünfjährige Laufzeit in Aussicht genommen, nunmehr werden sie früher, und zwar schon per 15. September d. J., wie sich die Kommune dies vorbehalten hat, gegen vorherige dreimonatige Kündigung eingelöst. Den Besitzern dieser 5½prozentigen Kassenscheine ist ein Vorzugsrecht auf die neue Anleihe eingeräumt. Die zum Umtausch angemeldeten Stücke werden nämlich unter allen Umständen berücksichtigt werden, überdies wird die Konvertierung noch dadurch begünstigt, daß die neue Anleihe den Besitzern der Kassenscheine zu einem ermäßigten Kurse gegeben wird. Der Emissionskurs der Anleihe ist mit 93 festgesetzt, während für die zum Umtausch angemeldeten Stücke die neue Anleihe um ¾ Prozent billiger, sonach zu 92½, offeriert wird. Auf den nach der Konvertierung noch erübrigenden Betrag von 150 Millionen Kronen können Subskriptionsanmeldungen bei den im Prospekt aufgezählten Stellen erfolgen. Die Subskriptions- sowie die Umtauschfrist endet am 15. d.; aber schon nach den bisherigen Voranmeldungen steht es außer Zweifel, daß sich eine vielfache Ueberzeichnung ergeben wird.

**Bericht des Bürgermeisters.**

Hochgeborener Herr Obergespan!  
Löblicher Municipalausschuß!

Indem ich mich beehre meinen Bericht über den Monat Feber vorzulegen, gedenke ich vor allem freude- und dankerfüllten Herzens des wahrhaft königlichen Geschenkes, mit welchem unsere allergütigste königliche Frau, Ihre Majestät Königin *S i t a* die armen Kinder unserer Stadt allergnädigst zu beteiligen geruhte. Im Namen Ihrer Majestät sendete die den allerhöchsten Namen tragenden „Königin *S i t a*“-Hilfsaktion in neunzehn mächtigen Kisten verpackt eine große Menge Kleider, Schuhe, Wäsche und Schokolade für die armen Kinder unserer Stadt an Se. Hochgeboren den Herrn Obergespan. Im Namen der Stadtgemeinde bat ich das Obersthofmeisteramt Ihrer Majestät unserer Königin telegraphisch, für dieses königliche Geschenk und die dadurch zum Ausdruck gelangende, uns alle beglückende königliche Gnade vor Ihrer kais. und apost. königlichen Majestät unser allergnädigsten und allergütigsten Königin unseren huldigenden und tiefgefühlten Dank zum Ausdruck zu bringen.

Die Verteilung des königlichen Geschenkes unter die bedürftigsten armen Kinder war die edelsinnige Gattin Sr. Hochgeboren unseres Herrn Obergespans unter gefälliger Mitwirkung - der Leiter der Kinderschutzbvereine so gütig zu übernehmen. Dank und Anerkennung sei Ihrer Hochgeboren und Allen gezollt, die sie in ihrer menschenfreundlichen Tätigkeit unterstützten.

Se. kaiserliche und apost. königl. Majestät spendeten:

Der Witwe August Schindler, deren 7 Söhne bereits im Felde stehen und deren achter, jüngster Sohn jetzt eingerückt ist, 500 Kronen und eine mit den allerhöchsten Initialien versehene Gedenkmedaille. Das königliche Geschenk übergab ich derselben am 13. Feber in feierlicher Weise.

Namens der Stadtgemeinde begrüßte ich telegraphisch Se. kais. und kön. Hoheit Herrn Erzherzog *Albrecht* aus dem Anlasse, daß ihm als Anerkennung seines vorzüglichen Verhaltens vor dem Feinde Se. Majestät das Militärverdienstkreuz dritter Klasse mit der Kriegsdekoration allergnädigst zu verleihen geruhte. Se. Hoheit erwiderte die Begrüßung in einem herzlichen Telegramme.

Ihre kais. und kön. Hoheit Frau Erzherzogin *J s a b e l l e* gab abermals einen auszeichnenden Beweis des hohen Interesses, welches selbe den öffentlichen Anstalten unserer Stadt entgegenbringt. In Gesellschaft ihrer Tochter, Ihrer k. u. k. Hoheit Frau Erzherzogin *G a b r i e l e* besuchte selbe am 23. Feber die städtische und die Neustädter Volksküche und die durch die Stadt im November v. J. ins Leben gerufene Mittelstandsküche. Ihre Hoheiten empfingen in den Volksküchen deren Leiter und in der Mittelstandsküche an der Spitze des Organisationskomitees Stadtrepräsentant *E u g e n E n g h e l i*. Ihre k. und k. Hoheit Frau Erzherzogin *J s a b e l l e* drückte der Leitung der Mittelstandsküche ihre ungeteilte Anerkennung bezüglich der Organisation und Tätigkeit derselben aus.

Am 28. Feber, aus Anlaß der zweihundertjährigen Jahreswende der Geburt *F r i e d r i c h A d a m D e s e r s* würdigte gelegentlich der im *T u r n s a a l e* des *O b z e u m s* unter Mitwirkung des evangelischen Kirchengesangschores abgehaltenen Festlichkeit Konfessor Pfarrer *D r. K a r l S c h m i d t* in

schnungsvoller Rede den Lebenslauf dieses berühmten Sohnes unserer Stadt und dessen unvergängliche Verdienste und zollte seinem unauslöschlichen Angedenken dankbare Verehrung.

Vom 1. März angefangen traten die Kaffeearten ins Leben und wurden mit den in den letzten Tagen des Feber ausgefolgten Mehl-, Fett- und anderen Karten mit der Gültigkeit für den Monat März gleichzeitig ausgefolgt. Nachdem jedoch die durch die Kaffeegentrale festgesetzte Kopfquote mit zwei und ein halb Dekaper Monat und Kopf so gering ist, daß selbe selbst den minimalsten Ansprüchen nicht genügt, richteten wir an die Kaffeegentrale und an das Zentralandes-Ernährungsamt eine Vorstellung, die Kopfquote mit mindestens fünf Dekaper Monat festzustellen und die derselben entsprechende Kaffeemenge der Stadt zu sichern.

Gelegentlich der Anweisung unseres letztmätlichen Mehlkontingents schickte das Zentralnahrungsamt um vier Waggon weniger, nämlich statt der bisherigen monatlichen 64 Waggon nur 60 Waggon Mehl und unter diesen 4 Waggon Maismehl.

Die meiste Sorge verurteilt noch immer die Beleuchtung. Die Störungen im Eisenbahnverkehr, welche der strenge Winter noch steigerte, haben die Kohlenzufuhr fast vollständig unterbunden. Trotzdem wir der Sache fortwährend nachgingen und trotz unserer an die leitenden Behörden gerichteten Urgensgesuche, trotz der nicht genug zu würdigenden Zuverlässigkeit der hiesigen Militärbehörden, gelangen wir nur mitunter und auch dann nur zu wenig Kohle, so daß wir unser Gaswerk nur mit Mühe aufrecht erhalten konnten.

Eben darum, um mit dem zur Verfügung stehenden geringen Kohlenquantum wenigstens die ohnehin schon sehr reduzierte öffentliche Beleuchtung im allernötigsten Umfange aufrechterhalten zu können, waren wir gezwungen, im Monat Feber den Gasverbrauch der Privatkonsumenten zu beschränken und teilweise ganz einzustellen. Nicht günstiger waren die Zustände beim Elektrizitätswerk. Nachdem die Anweisung des durch den Handelsminister für unser Elektrizitätswerk genehmigten Kohles, — trotz unserer fortwährenden Urgenzen, wiederholt verspätet erfolgte, waren wir nicht einmal auf dem Punkte den Betrieb einstellen zu müssen. Daß dies nicht geschah, danken wir der freundlichen Zuberkommenheit des Herrn Finanzdirektors *A n d r e a s M a u k s*, der auf unser Ansuchen und auf persönliche Verantwortung des Bürgermeisters von Fall zu Fall gestattete, das nötige Kohöl aus der *A p o l l o r a f f i n e r i e* an das Elektrizitätswerk zu liefern.

Die Erste ungarische Feinleder-Fabrikationsgesellschaft *S. F r e u d* spendete 5000 Kronen zur Verteilung unter die Witwen und Waisen der von den *B o z s o n h e r* Eingewickelten Gefallenen ohne Unterschied der Konfession.

Es spendeten ferner die Familie *F ö r s t e r B a i g* anläßlich des Ablebens des Postoberrates *K a r l K a u t s* als Kranzablösung 20 Kronen, welche Summe dem Reservearmenfond zugewendet wurde und Herr *K a r l v. R e i c h d l e r* von *L i l l a f* für die städtische Suppenanstalt 30 Kronen. Aus Anlaß des Ablebens der Frau *M a r i e K l e m p a g e b. N i r s c h*, Witwe nach dem verstorbenen Vizegespan des *B o z s o n h e r* Komitates spendeten die Hinterbliebenen für den städtischen Armenfond 800 Kronen.

Weiland Herr *F r a n z R u m p e l m a y e r* vermachte dem städtischen Museum einen, aus *E i c h e n h o l z* gefertigten altertümlichen Bücherkasten.

(Schluß folgt.)

**Stadtverordneten-Versammlung.**

Die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten war von kurzer Dauer, da beschlossen wurde, die drei Magistratsvorlagen: Bericht über Kriegsmahnhmen, Kreditbewilligung auf Kriegsfonds, und Bericht über die städtische Lebensmittelversorgung in nichtöffentlicher Sitzung zu verhandeln. Beschlossen wurde, den städtischen Beamten die Feuerungszulage zu gewähren. Stadtv. Bindewald (Sp.) nahm Veranlassung, den Beamten für ihre unermüdbare Tätigkeit den Dank der Bürgererschaft auszusprechen, verband aber damit die Mahnung zur Ruhe, Besonnenheit und Höflichkeit gegenüber dem Publikum, da in einzelnen Fällen diese Eigenschaften zu Mägen Anlaß gaben. Die Ausschußberichte fanden meist debattelos Erledigung, eine kurze Debatte veranlaßte die Eingabe des Herrn Eduard Stern, die Beschwerden gegen das Lebensmittelamt wegen der Kartoffelversorgung enthält. Sie wurde schließlich einem Sonderauschuß überwiesen.

8. III. 1917

### Die neue Gemeindevahlordnung für Wien.

Der Wahlausschuß der provisorischen Landesversammlung hielt gestern eine Sitzung ab, in der Bürgermeister Dr. Weiskirchner über die neue Gemeindevahlordnung für die Stadt Wien berichtete.

Landeshauptmannstellvertreter Mayer gab namens der Landgemeindenvertreter eine Erklärung ab, wonach diese sich grundsätzlich in die Angelegenheiten der Stadt Wien nicht hineinmischen und der eingebrachten Vorlage zustimmen.

Abg. Friedmann beantragte, daß Wien einen Wahlkreis mit 165 Wahlbezirken bilde, die Doppelung gestattet sei und daß die Mandatsdauer auf zwei Jahre beschränkt werde, ferner die Geschäftigkeit von einem Jahre verlangt werde.

Unterstaatssekretär Dr. Waber trat für diese Anträge ein.

Abg. Spalowsky maß mit Rücksicht auf die große Zahl der Wähler der Geschäftigkeit keine Bedeutung zu. Im Falle der Zustimmung der Parteien würde er beantragen, daß die Zuständigkeit in einer deutschösterreichischen Gemeinde verlangt werde.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Schaffung eines einzigen Wahlkreises abgelehnt. Damit wurde auch die Einführung des Nominalsystems abgelehnt, ebenso der Antrag auf Gestattung der Doppelung und der Antrag auf Festsetzung einer zweijährigen Mandatsdauer. Der Antrag auf Vorbedingung der Geschäftigkeit erschien zurückgezogen.

Schließlich wurde der ganze Gesetzesentwurf en bloc angenommen. Der Bericht-erstatte brachte die Entscheidung des Gemeinderates betreffend die gleichzeitige Vor-nahme der Wahlen für die Landesversammlung und den Gemeinderat und die Bezirksver-tretungen vor; diese Entscheidung wurde an-genommen.

### 119.000 Arbeitslose in Wien.

Die Zahl der Arbeitslosen in Wien ist noch weiter im Anwachsen begriffen, und man zählt in Wien gegenwärtig 119.000 Arbeitslose, die im Besitze der staatlichen Unterstützung stehen.

Einer unserer Mitarbeiter hatte gestern mit Direktor Hofner des städtischen Arbeitsnachweises eine Unterredung, in deren Verlauf der erfahrene Fachmann uns über den gegenwärtigen Stand der Arbeitslosenbewegung in Wien unter anderem folgende bemerkenswerte Mitteilungen machte:

Die letzte Statistik zählt in Wien 119.000 arbeitslose Personen beiderlei Geschlechtes. Die Zahl der Arbeitslosen bewegt sich noch immer in aufsteigender Linie, wenngleich sich eine relative Abnahme der Neuanmeldungen Arbeitsloser feststellen läßt. Während nämlich beispielsweise im Vormonat in vierzehn Tagen etwa 20.000 Neuanmeldungen Arbeitsloser zu verzeichnen waren, werden jetzt im gleichen Zeitraum nur 10.000 Anmeldungen entgegengenommen.

Die Zahl der arbeitslosen Frauen und Mädchen hat durch den Bezug der in den letzten Tagen postenlos gewordenen weiblichen Hilfskräfte des Post- und Eisenbahndienstes eine beträchtliche Erhöhung erfahren. Dessenungeachtet hält der Mangel an weiblichem Hauspersonal noch fast ungemindert an.

Die Nachfrage nach männlichen Arbeitern und Angestellten ist derzeit äußerst gering; für Erd-, Stein- und für landwirtschaftliche Arbeiten nach auswärts sind noch immer nicht genug Kräfte zu bekommen. Ein Zwang gegenüber den Arbeitslosen zur Annahme dieser Posten ist nicht anzuwenden, da man beispielsweise gelernte Professionisten rechtlich nicht dazu verhalten kann, eine ihrer fachlichen Vorbildung unv. nicht angemessene Arbeit zu übernehmen.

## Neuköllner Stadtparlament.

zwanzig Millionen Kriegsausgaben.

In der gestrigen Sitzung der Neuköllner Stadtverordnetenversammlung leitete der Rämmerer Stadtrat U r l a r t die Beratung des neuen Hausgaltplanes mit einer Besprechung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt ein. Noch niemals, so führte er aus, sei die wirtschaftliche Verschiedenheit der Groß-Berliner Gemeinden so in Erscheinung getreten, wie jetzt im Kriege. Das sei auch der Hauptgrund dafür gewesen, daß Neukölln gemeinsam mit den übrigen Vororten bei den zuständigen Stellen um einen gerechten Ausgleich der Steuern und der Lasten für Groß-Berlin vorstellig geworden sei. Im Abgeordnetenhaus zeige man ja jetzt auch Verständnis für einen solchen Ausgleich. Nachdem ein Zusammenschluß der Gemeinden Groß-Berlins an den zuständigen Stellen auf unbedingten Widerspruch gestoßen ist, müsse der Lastenausgleich kommen.

Berlin habe ein Einkommensteuerfoll von 19,16 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, wenn man den Steuersatz von 100 v. H. zur Staatssteuer annehme, Charlottenburg 28,75 und Wilmersdorf 28,84 Mark. Zehlendorf nehme an Gemeinde-Einkommensteuern 29,12 Mark im Jahr auf den Kopf der Bevölkerung ein, Dahlem 89,97 und Grunewald sogar 103,83 Mark. Diesen Sätzen Berlins und der westlichen Vororte stünde Neukölln mit 6,14 Mark, Lichtenberg mit 7,88 und Weissensee mit 7,26 Mark gegenüber. Die Kriegskosten der Stadt hätten die Höhe von 50 Millionen Mark erreicht. Wenn man alle Summen, die zurückerstattet werden, abzähle, verbleiben für Neukölln immer noch 20 Millionen Mark, die die Stadt allein zu zahlen habe. Wenn die Stadt dennoch bei 100 v. H. Gemeindesteuerzuschlag bleiben wolle, so geschehe dies nur, um die Bürgerschaft nicht noch mehr zu belasten.

Der Redner der Alt-Bürgerlichen Fraktion, Justizrat A b r a h a m, gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Groß-Berliner Lastenausgleich recht bald kommen möge. Ob der Zweckverband geeignet sei, einen solchen Ausgleich der Lasten und der Gemeinde-Einkommensteuer herbeizuführen, erscheine allerdings zweifelhaft. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Dr. S i l b e r s t e i n, empfahl, der Regierung zu erklären, daß Neukölln noch einen Etat nicht aufstellen könne und den Lastenausgleich schon für dieses Jahr fordern müsse. Dabei müßte aber doch auch betont werden, daß Neukölln gegen eine Erweiterung der Zuständigkeit des Zweckverbandes entschieden Einspruch erheben würde. Die wirtschaftliche Reform für Groß-Berlin müsse ohne den Verband Groß-Berlin durchgeführt werden.

Nach einer weiteren Besprechung der Jahresrechnung wurde ein Ausschuß mit ihrer Durchberatung betraut. Es folgte eine geheime Sitzung, in der ein Lichtbildvortrag über das Braunkohlenbergwerk gehalten wurde.

## Verkehrs- und Siedlungsfragen.

Ballversammlung des Zweckverbandes.

Die Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlin, die heute im Verkehr Rathause tagte, nahm bei der Beratung über den Haushaltsplan Gelegenheit, um sich mit aller Entschiedenheit gegen die drohenden Verkehrssteuern zu wenden, die eine äußerst unsoziale Maßnahme gerade gegenüber der minderbemittelten Bevölkerung Groß-Berlins bedeuten würde. Als unsozial wurde auch das Verhalten des Fiskus bei seinen Dahlemer Bebauungsplänen bezeichnet. Es gehe nicht an, daß man nur Kolonien für die Reichen schaffe. Verschiedene Redner ließen sich durchblicken, daß auch hier der „Vater aller Hindernisse“ der Landwirtschaftsminister sei. Oberpräsident von der Schulenburg trat dieser Annahme mit aller Entschiedenheit entgegen. Er versicherte, daß der Zweckverband sehr bald eine Vorlage in den Händen haben werde, die ihn von den guten Absichten der Regierung überzeugen werde. Die Versammlung nahm sehr beifällig die Erklärungen des Oberpräsidenten auf und haßte auf deren baldige Verwirklichung. Nachstehend der Verhandlungsbericht.

Oberbürgermeister Bermuth eröffnet die Verhandlungen, denen Oberpräsident v. d. Schulenburg mit mehreren Räten beizuhören, mit einem Nachruf für den dahingegangenen Stadtrat Benzly, „den meinungsfähigen, edelgesinnten Bürger, das Muster eines Groß-Berliner Ehrenbeamten“. Darauf tritt man in die Besprechung des Haushaltsplans für 1917 ein, über den namens des Haushaltsausschusses Rämmerer Schulz-Charlottenburg berichtet. Der Haushaltsplan, der in Einnahme und Ausgabe mit 4.265.095 M. abschließt, weicht in seiner vorsichtigen Aufstellung kaum von dem des Vorjahres ab. Die scheinbare Abweichung rührt daher, daß die Abgaben der Verkehrsvereinigungen Groß-Berlins zum ersten Male im Haushaltsplan erscheinen, aber nur buchmäßig, da sie ja wieder an die einzelnen Vertragsgemeinden abgeliefert werden müssen. Der von den Verbandsgemeinden aufzubringende Umlagebedarf beläuft sich auf 200.780 M. Es schließt sich an den Bericht eine kurze Besprechung.

Verbandsmitglied Haberland bringt einen längeren Antrag ein, der sich gegen die geplante Reichsverkehrssteuer wendet, soweit die Groß-Berliner Verkehrsmittel durch sie belastet werden. Diese Steuer — so führt er aus — beeinträchtigt das Groß-Berliner Siedlungswesen, schränkt die Einnahmen der Gemeinden aus den Zustimmungsverträgen ein, Einnahmen, auf die sie nach dem Kriege besonders angewiesen sein werden. Das Reich habe gar nicht die Fähigkeit, derartige Steuern gerecht aufzuerlegen; das könnten nur die Gemeinden, weil diese Steuer örtlich den Einzelunternehmungen angepaßt werden müßte. Nach einigen zustimmenden Bemerkungen des Verbandsdirektors Dr. Steiniger schlägt Bürgermeister Dr. Reide die Annahme des Haberlandschen Antrages vor. Er weist darauf hin, daß der Verkehr in der Großstadt eine unbedingte Notwendigkeit sei und wünscht folgende Fassung des Antrages:

„Die Versammlung spricht unter Zustimmung zu der Denkschrift des Verbandsdirektors ihre Ansicht dahin aus, daß die Groß-Berliner Verkehrsmittel wie Hoch- und Untergrundbahnen als auch die Ring- und Vorortbahnen, sowie Omnibusse von jeder Verkehrssteuer freigelassen werden.“

Nach einstimmiger Annahme dieses Antrages sind die Haushalts- und Rechnungsangelegenheiten erledigt. Man wendet sich der Vorlage über die „Bauliche Erschließung fiskalischer Ländereien“ zu, die der Versammlung zur Kenntnisnahme unterbreitet wird. Stadtverordneter Heymann bringt dazu folgenden, von zahlreichen Mitgliedern unterzeichneten Antrag ein:

Die Verbandsgeneralversammlung ersucht den Verbandsausschuß, die Verhandlungen mit erhöhtem Nachdruck fortzusetzen und ihr binnen sechs Monaten erneut Bericht zu erstatten.

Der Antragsteller unterzieht die Aufschließungspraxis des Fiskus einer scharfen, aber leider nur zu gerechten Beurteilung. In Dahlem hat der Fiskus die öffentlichen Gebäude aufs Hinterland gesetzt, weil dieses billiger ist. Nur 5 v. H. des Geländes sind Grünflächen. Nicht ein Streifen Landes ist für Spielplätze vorbehalten. Hätte die ärmste Vorortgemeinde dem Verbandsausschuß einen solchen Bebauungsplan vorgelegt, er wäre glatt abgelehnt worden. Der Dahlemer Bebauungsplan ist platonisch im höchsten Grade nur auf die reichen Leute zugeschnitten. In Dahlem sei der Quadratmeter für 35 Mark verkauft worden. Dem Landwirtschaftsministerium komme es nur darauf an, möglichst viel Geld aus dem fiskalischen Besitz herauszuschlagen. Kolonien für die minderbemittelte Bevölkerung sind nur vom Fiskus auf dem Papier vorgesehen, und zwar an Orten, wo sich die Fische Gute Nacht sagen. Nach dem Kriege ist in Berlin eine Wohnungsnot, namentlich für kleine Leute, zu befürchten. Will das Staatsministerium dem mit verschränkten Armen zusehen? Der Redner weist zahlenmäßig den anwachsenden Bedarf nach Kleinwohnungen nach. Der Verbandsdirektor möge darauf hinwirken, da hienächst Dahlem-Süd für die Kleinhausneubauungen freigegeben werde. Besser wäre es ja, wenn der Fiskus im großen Stil Siedlungspolitik triebe im Wege des Erbbaurechts, nicht bloß vor diesem theoretische Verbeugungen mache. Der Oberpräsident weist die Vorwürfe, als sei die Staatsregierung an den ungeordneten Wohnungszuständen schuld, entschieden zurück. Sie habe schon 1880 durch Bauordnungen für das Groß-Berliner Gebiet eingegriffen. Es waren das die ersten Schritte auf einem bisher nicht betretenen neuen Gebiet, sicherlich nichts Vollkommenes. Dazu kam noch der Widerstand von Grundstücksbesitzern, Gemeinden und dem Abgeordnetenhaus. Niemals habe sich die Regierung in der Wohnungsfrage von fiskalischen Interessen leiten lassen. Die hier gegebenen Anregungen sind sehr wünschenswert und werden binnen kürzester Zeit ihren praktischen Ausdruck finden. Dem voraussichtlichen Mangel an Kleinwohnungen steht die Regierung durchaus nicht ratenlos gegenüber. Die Staatsregierung ist bereits eifrig bei der Arbeit, neue Bauordnungen, die eine flachere Bauweise verlangen, die Herstellung von Einfamilienhäusern begünstigen, stehen in Aussicht, mit denen sich die Verbandsgemeinschaften bald zu beschäftigen haben wird. Die neuliche Mitteilung über die Pläne der Regierung hinsichtlich des Kleinsiedlungswesens stammt aus dem Finanzministerium. Mehrere hundert Hektar fiskalischer Geländestücke sollen den Siedlungsgesellschaften äußerst billig zur Verfügung gestellt werden. Aber die Regierung erwartet, daß bei der Groß-Berliner Wohnungsfrage auch die Gemeinden mithelfen. Der Fiskus allein kann sie nicht lösen.

Nach den beifällig aufgenommenen Erklärungen des Oberpräsidenten weist Justizrat Sonnensfeld darauf hin, daß die Verhandlungen über diese Pläne bereits am 27. März v. J. im Verbandsrat stattgefunden haben. Eine eingehende Eingabe sei bei den zuständigen Ministerien eingereicht worden, um nach vollen sechs Monaten die dringende Antwort zu erhalten, die Erwägungen seien noch nicht abgeschlossen. Die gute Absicht der Staatsregierung ist ja nach

den erfreulichen Erklärungen des Oberpräsidenten nicht zu verkennen. Wie aber steht es mit den Ressortministern? Die Gebehrlichkeit des Finanzministers sei ja sehr erfreulich. Leider scheine aber der Landwirtschaftsminister ob ebienatrdgovumihny aber der Landwirtschaftsminister möglichst viel aus dem um Groß-Berlin herumliegenden Gelände herauszuschlagen zu wollen. Der hohe Preis für die Dahlemer Parzellen sei durch nichts zu begründen, ihr innerer Wert sei doch nicht während des Krieges gestiegen. Man dürfe nicht nur Millionärskolonien schaffen, sondern auch Siedlungen für den Mittelstand und die Arbeiter. In Dahlem zahlten jetzt schon 10 v. H. über 10.500 Mark Einkommen, in Berlin nur 1 v. H. Würde diese Art Siedlungspolitik weiter betrieben, so dränge man die unzufriedenen Elemente des Proletariats geradezu in die Großstadt.

Der Oberpräsident betont, daß in der Staatsregierung völlige Einmütigkeit in der Siedlungsfrage herrsche. Die Sorge sei ganz unbegründet, als ob der Landwirtschaftsminister gegen die Gebehrlichkeit des Finanzministers Widerstand leiste. Die Regierung will die Preise für das Gelände so niedrig wie möglich bemessen, aber selbstverständlich muß die Ansetzung der Preise auch zu vertreten sein. Fern liegt ihr, besondere Ansiedlungen für Millionäre zu schaffen; es gilt, die Wohnungen für alle Stände zu verbessern.

Syndikus Marelli beantwortet den Antrag Heymann im Interesse der östlichen Vororte und meint, es gehe nicht an, daß jede Gemeinde sagt, „ich habe keine Wohnungen sehr gern, wenn sie die Nachbargemeinde baut“. Kommerzienrat Haberland wirt sich zum Verteidiger der Mietskasernen auf, glaubt auch nicht recht an eine kommende Wohnungsnot und hofft, daß man den Privatbesitz jedenfalls nicht ohne Entschädigung durch Bauordnungen rechtlos machen werde. Nachdem Stadtverordneter Hirsch das größere Entgegenkommen der Staatsregierung gegen Groß-Berlin anerkannt und diese aufgefordert hat, selbst mit gutem Beispiel voranzugehen, wird der Antrag Heymann mit großer Mehrheit angenommen.

Zum Schluß beschäftigt man sich mit der Besetzung der Stelle eines juristischen Oberbeamten. Diese wird öffentlich ausgeschrieben werden. Ein Ausschuß von zwanzig Mitgliedern wird mit den Vorbereitungen zur Wahl betraut.

12. III. 1917

12  
66**Sitzung des Verbandes Groß-Berlin.****Verkehrssteuern und Siedlungspolitik.**

Die heutige Vollversammlung des Zweckverbandes, die im Berliner Rathause unter Vorsitz von Oberbürgermeister Bermuth stattfand, brachte zwei bemerkenswerte Aussprüche über die Belastung des Groß-Berliner Verkehrs durch die Reichsverkehrssteuer und über die Siedlungspolitik des preussischen Fiskus.

Die Sitzung wurde kurz nach 10 Uhr durch Oberbürgermeister Bermuth eröffnet und zwar mit einem ehrenvollen Nachruf auf den kürzlich verstorbenen Berliner Stadtrat Benck, der auch Mitglied der Verbandsvollversammlung war.

Die Besprechung des Haushaltsplanes, dessen Hauptpunkte wir bereits mitteilten, gibt dem Verbandsmitglied Kommerzienrat Haberlandt Anlaß zu einem Antrage gegen die Belastung Groß-Berlins durch die Reichsverkehrssteuer, den er eingehend begründete. In der Aussprache, an der sich Justizrat Sonnensfeld, Verbandsdirektor Dr. Steiniger und Bürgermeister Dr. Reiche beteiligten, wurde darauf hingewiesen, daß dieselben Ziele schon durch die Denkschrift des Verbandsdirektors über die Verkehrssteuer verfolgt werden. Aus den Ausführungen des Verbandsdirektors hierzu sei hervorzuheben, daß ihm bekannt geworden ist, daß die Straßenbahnen von der Reichsverkehrssteuer freizustellen sind. Leider werden sich aber Stadt- und Ring- und Vorortbahnen nicht der gleichen Günstigkeit erfreuen, was aber dringend notwendig ist, weil sie für alle Berufskreise von derselben großen Wichtigkeit sind wie die Straßenbahnen. Schließlich wird der Antrag in folgender abgeänderter Form mit allen gegen eine Stimme angenommen:

Die Versammlung spricht unter Zustimmung zu der Denkschrift des Verbandsdirektors ihre Ansicht dahin aus, daß die Groß-Berliner Verkehrsmittel, und zwar sowohl die Straßen-, wie Hoch- und Untergrundbahnen als auch die Ring- und Vorortbahnen und Omnibusse von jeder Verkehrssteuer freigelassen werden.

Die bekannte Vorlage betreffend die

**„hausliche Erschließung fiskalischer Ländereien“.**

die der Versammlung zur Kenntnis vorlag, gab Gelegenheit zu einer gründlichen Aussprache über die Risiken im Groß-Berliner Siedlungswesen. Anlaß dazu gab die Bebauung der Kolonie Dahlem, die dem Fiskus den Vorwurf eingebracht hat, er wolle in Dahlem eine „Millionärskolonie“ gründen, so daß für weniger bemittelte Leute dort kein Raum sei. Dazu begründete Stadtv. Heimann in längeren Ausführungen folgenden von zahlreichen Mitgliedern unterzeichneten Antrag: „Die Verbandsvollversammlung ersucht den Verbandsausschuß, die Verhandlungen mit erhöhtem Nachdruck fortzusetzen und ihr binnen 6 Monaten erneut Bericht zu erstatten.“

Unter Hinweis auf die frühere Kritik der vom Fiskus befolgten Grundsätze bei der Erschließung von Ländereien, insbesondere in Dahlem, führte der Antragsteller aus, daß seit der damaligen Besprechung keine Besserung eingetreten sei, sondern eher eine Verschärfung. In Dahlem seien zu außerordentlich hohen Preisen (35 M. das Geviertm.) Grundstücke verkauft worden. Dem Landwirtschaftsministerium scheint allein daran zu liegen, viel Geld herauszuschlagen. Ernstlich werde überhaupt nur da aufgeschlossen, wo auf Zuzug reicher Leute zu rechnen ist. Die Kolonien für Minderbemittelte sind auf dem Papier auf Orte gewiesen, wo sich die Früchte gute Nacht sagen. Nach dem Kriege ist eine Kleinwohnungsnot zu erwarten. Will der Staat alledem mit verschränkten Armen zusehen? Die Versammlung muß da einen kräftigen Druck ausüben, namentlich auf das Landwirtschaftsministerium, damit wenigstens künftig nicht mehr allein der Selbsterwerb vor die Gesundheit der Bevölkerung gestellt wird. Man sollte sich ja am besten entschließen, Ländereien im großen Stil in Erbbaurecht zu vergeben. Der Verbandsdirektor möge darauf hinwirken, daß endlich Dahlem-Süd für die Kleinhausiedlung freigegeben wird, damit die unsoziale Uebung: Kolonien für Reiche und Arme, verlassen werde. Gegen diese Vorwürfe erhob der

Oberpräsident v. d. Schulenburg

namens der Regierung Einspruch in sehr erfreulichen Ausführungen, die für die Ausgestaltung des Siedlungswesens in Groß-Berlin Gutes erwarten lassen. Die Bauordnungen von 1880 wurden erlassen, weil noch kein besserer Weg bekannt war. Daß sie nicht den heutigen Bedürfnissen entsprechen, sei unumwunden anzuerkennen. Sie waren ja nur erste Schritte auf einem neuen Gebiete und erfuhren zudem Widerstand von den Grundstücksbesitzern, von Gemeinden, ja auch im Parlamente. Die Staatsregierung ist bestrebt, ruhig und schrittweise vorwärts zu gehen. Der Oberpräsident verwies auf das, was er selber in dieser Richtung getan. Nur fiskalische Interessen, versicherte er, liegen uns durchaus fern. Die hier gegebenen Anregungen sind sehr wünschenswert, und binnen kürzester Zeit werden sie ihren praktischen Ausdruck finden. Alle diese Fragen sind nicht ins Stocken geraten, wie der Bericht noch annehmen konnte. Der Oberpräsident stellte neue Bauordnungen in Aussicht, mit denen sich die Versammlung schon in einiger Zeit wird beschäftigen können.

Die Regierung hat auch keineswegs die Augen geschlossen vor einer etwaigen kommenden Kleinwohnungsnot, die stellenweise allerdings zu erwarten sein wird. Aber es fehlen noch, ehe man zu durchgreifenden Maßregeln geht, sichere Unterlagen über den Umfang. Der Oberpräsident verwies dann auf die bekannte Zeitungsnotiz, wonach die Regierung das Kleinsiedlungswesen fördern werde. Die Notiz stammt aus dem Finanzministerium, das Siedlungsgesellschaften unter Beteiligung anderer Kreise gründen will. Mehrere hundert Hektar fiskalischen Geländes sollen dafür zur Verfügung gestellt werden. Selbstverständlich aber kann die Groß-Berliner Wohnungsfrage nicht allein vom Fiskus gelöst werden. — Die Staatsregierung stehe durchaus nicht auf dem Standpunkt des Zusehens und Abwartens. Die bereits angekündigte Siedlungsgesellschaft soll mit Beihilfe des Staates noch in diesem Sommer gegründet werden!

Diese Erklärungen des Oberpräsidenten wurden mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. Justizrat Sonnensfeld erkannte an, daß die Widerstände nicht vom Finanzminister ausgehen, und wies dafür auf den Landwirtschaftsminister. Der Oberpräsident nahm jedoch ausdrücklich Gelegenheit, sich gegen den Eindruck zu wenden, als ob etwa der Landwirtschaftsminister gegen die Gefebfreundlichkeit des Finanzministers Widerstand übe. Die Sorge, als ob die Regierung einseitige Arbeiter- und Reichs-Ansiedelungen begünstigen wolle, sei grundlos. — Kommerzienrat Haberlandt warnte davor, die Reformen etwa auf Kosten des Privatkapitals und des Hausbesitzes durchzuführen. Die öffentliche Bautätigkeit könne gar nicht dem Bedarf genügen, so daß das Privatkapital nicht ausgeschaltet werden dürfe. Syndikus Mareßki-Wichtenberg stimmte dem Antrag Heimann im Interesse der östlichen Vororte zu. Stadtv. Hirsch-Charlottenburg erkannte das größere Entgegenkommen der Staatsregierung gegen Groß-Berlin an; sie müsse aber auch mit gutem Beispiel vorangehen.

Der Antrag Heimann wurde dann mit großer Mehrheit angenommen.

Nachdem noch einem Antrage zugestimmt wurde, die Stelle eines juristischen Oberbeamten für den Zweckverband

öffentlich auszuschreiben, und ein Ausschuß zur Vorbereitung der Wahl eingesetzt war, wurde die Sitzung geschlossen.

14. III. 1917 68

# Lastenausgleich in Groß Berlin?

Die Gemeindef Kommission des Abgeordnetenhauses hat jüngst eine Eingabe östlicher Vororte Berlins um Herbeiführung eines Lastenausgleichs der Regierung zur Erwägung überwiesen. Es ist eigentlich eine alte Geschichte. Schon im Februar 1914 richtete der Niederbarnimer Kreis Ausschuß, die Städte Neukölln und Lichtenberg, ferner Köpenick und eine Anzahl Landgemeinden ein Gesuch an das Abgeordnetenhaus um „Einführung eines gesetzlichen Ausgleichs der Volksschulasten in wirtschaftlich zusammenhängenden Gebieten der Monarchie“. Die damalige Forderung wird jetzt nur erweitert und durch die Kriegsverhältnisse neu begründet. Diese Begründung hat man schon in der Neuköllner Stadtverordnetenversammlung vernahmen können. Es seien viele Bewohner eingezogen, die Einkommensteuer erleide Ausfälle, die Kriegslasten seien hoch, der Kammerer könne nicht so froh in die Zukunft blicken wie seine Amtsgenossen im Westen Groß-Berlins, und es könne nicht im Sinne der Regierung sein, wenn Städte durch ihre Kriegsoffer zugrunde gingen.

Das heißt, die eine Gemeinde soll für die andere zahlen. Früher sollte das geschehen, soweit die Volksschulasten in Betracht kommen, nur auf diesem Gebiet sollte ein „Ausgleich“ bewirkt werden. Jetzt scheint man diese Beschränkung aufzugeben und einfach zu verlangen: Tut Geld in unsern Beutel! Charlottenburg ist reich, Neukölln arm, also muß Charlottenburg zur Neuköllner Stadtverwaltung seinen Beitrag leisten; Lichtenberg hat wenig, Wilmersdorf viel Millionäre, also muß Wilmersdorf an Lichtenberg steuerpflichtig werden. Es ist nicht so sehr ein Kampf gegen Berlin wie vielmehr zwischen den östlichen und westlichen Vororten, obwohl natürlich Berlin nicht aus dem Spiel bleibt. Denn der Ausgleich soll erfolgen für Groß-Berlin und wird, wenn er kommt, nach der Erklärung des Regierungsvertreters in der Kommission zu schließen, auf dem Wege durch den Zweckverband erfolge.

Welche Gemeinden Groß-Berlins am meisten unter dem Krieg leiden, wird nicht ohne weiteres festzustellen sein. Die Stadt Berlin selbst hat genug zu tragen und trägt mancherlei Kosten wie Arbeit für das gesamte Gebiet von Groß-Berlin. Noch am 1. März konnte man in der „Deutschen Tageszeitung“, die in dieser Hinsicht gewiß unverdächtig ist, eine merkwürdige Betrachtung finden, wonach die früher als besonders steuerkräftig bezeichneten westlichen Städte Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg wieder 170 v. H. der Staatseinkommensteuer erheben müssen, während die östlichen Städte Neukölln und Lichtenberg trotz Schul- und Armenlasten nur 160 v. H. Zuschlag zu nehmen brauchen. „Trotz der Kriegszeit hat sich die Finanzlage dieser beiden Vororte günstiger gestaltet als diejenige in den drei früher als reich verschrienen Städten... Steuerlich hat sich also das Blättchen zuungunsten der „reichen“ Stadtgemeinden gewendet.“ In der Tat hat der Neuköllner Kammerer bestätigt, daß es bei 160 v. H. sein Bewenden haben soll. Und der Spartassenbestand Neuköllns ist in der Kriegszeit von 32,5 auf 42,5 Millionen gestiegen. So unmittelbar scheint mithin die Gefahr, daß die Stadt zugrunde gehe, nicht zu sein.

Aber wenn eine Gemeinde unter Schwierigkeiten leidet, so können sie zum Teil auch aus der Politik und Verwaltung der Gemeinde herrühren. Wie nun, auf diese Politik und Verwaltung sollen die anderen Gemeinden, von denen man Beihilfen verlangt, keinen Einfluß haben, sie sollen nur mitzahlen, nicht mitreden dürfen? Das wäre ein mehr als absonderlicher Zustand. Mit Fug ist deshalb schon in der Gemeinde-

kommission erklärt worden: Bezahlungsgemeinschaft erheischt Verwaltungsgemeinschaft. Wer „Lastenausgleich“ verlangt, müßte folgerichtig Eingemeindung verlangen. Ist eine Gemeinde leistungsunfähig, so muß sie Glied einer leistungsfähigen werden, hat aber kein Recht, die andere Gemeinde zu besteuern. Daß Steuern und Lasten in benachbarten Gemeinden verschieden sind, ist alltäglich. Sollen sich Hamburg und Altona, Ulm und Neu-Ulm, Mannheim und Ludwigshafen, die ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bilden, zum „Ausgleich“ verbunden sein? Und was soll, wenn ein solcher Ausgleich auf der einen Seite die Verantwortlichkeit schwächt, auf der anderen Seite Unsicherheit in die Finanzen bringt, aus der Selbstverwaltung werden?

Einer der Redner in Neukölln betonte, unter keinen Umständen dürfe der Lastenausgleich dem Zweckverband übertragen werden. Diesen frommen Wunsch werden die Regierung und der Landtag schwerlich erfüllen. War doch die Regierung in der Kommission gerade durch den Vater des Zweckverbandsgesetzes vertreten, und wer kann diesem Vater verdenken, daß er sein ungeratenes Kind liebt? Es wird eine neue Gelegenheit sein, die Zwangsjacke des Zweckverbandes noch fester, zu ziehen. So kommt wieder über Groß-Berlin Unruhe, die der notwendigen Einigkeit Abbruch tut und die für die Kriegsfürsorge erforderliche Kraft mindert. Den einen Tag Straßenbahnstreik, den andern obrigkeitliche Schwierigkeiten bei der Arbeitsnachweis, bei der Elektrizitätsversorgung, den dritten die drohende Steuer auf den Ortsverkehr, nun Aussicht auf den „Lastenausgleich“ — von dem, was man „Neuorientierung“ zu nennen beliebt, hat Berlin bisher immer noch ausschließlich die Heise zu kosten bekommen, und es lebt in größter Bedrängnis als je zuvor.

Da aber die westlichen Vororte so wenig wie die östlichen und Berlin selber wissen können, wie sich ihre wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse nach dem Kriege gestalten werden, wäre es nicht einigermaßen angebracht, die ganze Frage des „Lastenausgleichs“ und ihre „Erwägung“ durch die Staatsregierung wenigstens bis zum Friedensschluß zu vertagen?

Dr. L.

\* Aus der vertraulichen Gemeinderats-  
sitzung. Der Gemeinderat hat in seiner vorgestrigen  
vertraulichen Sitzung nach einem Bericht des  
Vizebürgermeisters Hierhammer dem Schriftsteller  
Franz Sichert eine Erhöhung der Ehrengabe  
auf K. 1800 jährlich bewilligt und ihm aus An-  
laß seines 60. Geburtstages das Bürgerrecht mit  
Nachsicht der Taxen verliehen.

15. III. 1917

**Die Stadt Berlin als Gutsherrin.**

Im Haushaltsplan der Stadt Berlin erlangt die städtische Güterbewirtschaftung, zu der auch die Bewirtschaftung der Riefelfelder gerechnet werden muß, eine immer größere Bedeutung. Die städtischen Güter umfassen zurzeit 80 000 Morgen, wovon nur ein kleiner Teil verpachtet ist. Die Gesamteinnahmen betragen nach der Aufstellung für 1917 rund 26,2 Mill. M., die Ausgaben rund 26 Mill. M., mithin ein Ertrag von 200 000 M. Zum erstenmal seit Bestehen der Riefelfelder ist ein Ertrag von diesen zu verzeichnen. Noch im vorigen Jahre war ein Zuschuß von 500 000 M. erforderlich, mithin stellt sich der neue Haushalt um rund 700 000 M. günstiger. Die Einnahmen aus den Gütern betragen nach den Voranschlägen im Verwaltungsbezirk Osdorf über 1 Mill. M. oder 187 800 M. mehr als 1916, aus Großbeeren sogar über 2 Mill. M. oder 208 500 M. mehr, aus Sputendorf rd. 1 Mill. M. oder 110 000 M. mehr, aus Falkenberg rd. 1,2 Mill. M. oder 223 500 M. mehr, aus Malchow 1 043 000 M. oder 326 300 Mark mehr, aus Blankenfelde 830 875 M. oder 162 920 M. mehr, aus Buch 3,65 Mill. M. oder 540 000 M. weniger hauptsächlich infolge bedeutender Einschränkungen bei der Schlächtereier in Hübrechtsfelde, hohen Viehpreisen u. dgl. Dazu kommen dann die Einnahmen des Bezirks Schmelzdorf mit rd. 1 666 000 M. oder 400 000 M. mehr.

15. III. 1917

71

[Die Markanleihen der Stadt Wien.] Das heute erschienene Amtsblatt der Stadt Wien berichtet über eine am 28. Dezember abgehaltene Sitzung, in welcher Obermagistratsrat Dr. Mayr einen Bericht über die Bedeckung des Markterfordernisses der Gemeinde erstattete und ausführte, daß die Gemeinde von der Rückwirkung der Salutaverhältnisse berührt wurde. Die Gemeinde hat zwei Anleihen im Auslande aufgenommen und hat ganz oder teilweise für ihren Zinsendienst in ausländischer Saluta aufzukommen. Die Anleihe des Jahres 1902 ist zum größten Teile in Deutschland und Frankreich begeben worden, und von ihrem Zinsenerfordernis sei ein Betrag von zirka 14½ Millionen Kronen während des Krieges nicht zur Einlösung gelangt und werde im Frieden nachgeholt werden müssen. Die 60-Millionen-Anleihe aus dem Jahre 1913, die 1916 fällig war, sei durch eine neue Markanleihe von 65 Millionen Kronen prolongiert, und zum größten Teile sei diese Anleihe in Deutschland begeben worden. Bis jetzt seien für die Zwecke des Anleiheendienstes 8½ Millionen Mark von der Postsparkasse entlehnt worden. Der Markbedarf zum 1. Januar 1917 könne aber auf diesem Wege nicht gedeckt werden, und der Bürgermeister habe den Versuch gemacht, die benötigte Markvaluta in Deutschland aufzunehmen. Die Deutsche Bank habe sich bereit erklärt, zwei Millionen Mark zu einem Satze von ein Prozent über der Bankrate provisionsfrei zur Verfügung zu stellen.

## Gemeinde-Haushaltssorgen.

Wie sollen die Anforderungen gedeckt werden?

Die jetzigen Kriegs-Haushaltspläne der Gemeinden, die durch einen vermeintlichen Mehrertrag aus bestehenden Steuern und einer vermeintlichen Minderausgabe bei den Armenlasten zum Balancieren gebracht werden, müssen den augenblicklichen Anforderungen genügen, den künftigen Anforderungen genügen sie sicher nicht, wenn nicht eine besondere Steigerung der Einnahmen aus dem Grundeigentum, Bergwerken, Forsten und sonstigen Berechtigungen zu erwarten ist. Das zeigt ein kurzer Blick auf die städtischen Ausgaben und Einnahmen:

Einer der hauptsächlichsten Ausgabeposten: Kosten für Unterwieswesen nach dem Kriege läßt sich nicht verringern und darf nicht verringert werden. Genau so steht es mit dem nächsten großen Ausgabeposten: Kranken- und Gesundheitspflege. Gerade hier werden die Folgen des Krieges sich noch schwer bemerkbar machen. Ebenso kann man mit ziemlicher Sicherheit behaupten, daß die Ausgaben für Armenwesen und Polizei nach dem Kriege kaum einen Abstrich dulden werden. Der nächste sehr große Ausgabeposten der städtischen Verwaltungen sind die eigenen Verwaltungskosten, die vielsach  $\frac{1}{2}$ , bis  $\frac{3}{4}$  der gesamten Unkosten ausmachen. Wenn man auch hier einige Ersparnisse wird vornehmen können, ebenso eine bei den Ausgaben für öffentliche Beleuchtung und Bauten; einen erheblichen Einfluß werden diese Abstriche nicht haben. Zum Schluß kommt bei den Ausgaben der Posten, der den jetzigen und die früheren Anschläge über den Hausen wirft, das ist der Schuldendienst. Gewaltige Aufwendungen haben die Städte machen müssen und noch zu machen, um ihren Unterhaltungs- und anderen Verpflichtungen nachkommen zu können. Wieviel davon vom Staate übernommen wird, ist völlig ungewiß.

Dieser unbedingt sicheren, sehr starken Vermehrung der Ausgaben stehen auf der anderen Seite bei allen Städten, die es unterlassen haben, sich aus Grundeigentum, Bergwerken, Forsten und anderen Rechten Einnahmequellen zu schaffen, die ebenfalls aus den Kriegsverhältnissen heraus stark wachsen, wesentlich verminderte Einnahmen gegenüber. Denn außer den eben genannten Einnahmen gibt es für die Städte nur noch zwei Einnahmequellen: die städtischen Werke und die Steuern. Von den städtischen Werken, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, kommen die Wasserwerke wegen ihrer verhältnismäßig geringen Einnahmen wenig in Betracht; infolge der Steigerung der Kohlenpreise, Arbeitslöhne und Materialpreise sind die Einnahmen aus Elektrizitätswerken stark zurückgegangen, und die Gaswerke sind, wie wir bereits in dem Aufsatz „Städtische Werke und Finanzen“ am 28. Februar (vergl. Nr. 107 der „Vossischen Zeitung“) auseinandergesetzt haben, direkt notleidend geworden. Nur durch den Besitz von Kohlengruben kann — so führten wir damals aus — den Gaswerken geholfen werden, und nur so das Erträgnis aus den städtischen Werken nicht nur wieder auf die alte Höhe, sondern noch darüber hinaus gebracht werden. Wird das unterlassen, so bleibt nur noch die Erhöhung der Steuern übrig, um das Mißverhältnis zwischen den stark vermehrten Ausgaben und den verringerten Einnahmen zu decken. Die Steuerhantel läßt sich aber nicht nach Belieben anziehen. Es gibt für den Steuerzahler ein Existenzminimum. Doch schon bevor dieses erreicht ist, pflegt er sich nach einem anderen Wohnort umzusehen, in welchem durch die vermehrten Einnahmen aus Grundeigentum, Bergwerken, Forsten und anderen Berechtigungen sich bessere Steuerverhältnisse herausgebildet haben.

Von diesen vier Einnahmeposten sind es besonders die Kohlengruben, bei denen auch im kommenden Frieden eine wesentliche Steigerung der Einnahmen mit Sicherheit zu erwarten ist. Bezüglich der Erträgnisse der preussischen Bergverwaltung verweisen wir auf unseren Aufsatz vom 28. Februar. Es erscheint daher wohl berechtigt, daß sich größere Städte bemühen, noch jetzt kurz vor Totenschluß, nachdem sich bereits alle Verbraucher ebenso großer Kohlenmengen wie die Städte mit Kohlengruben

und Feldern reichlich eingedeckt haben, noch Gruben und Felder zu erwerben. Der Kohle gehört die Zukunft. Was einst für die Städte der Grundbesitz gewesen ist, das wird später der rechtzeitig erworbene Besitz von Kohlengruben und Feldern werden.

Noch ein Wort über den Wertzuwachs, der sich allmählich für die Städte durch den Erwerb von Kohlenfeldern vollzieht. Infolge starker Steigerung der Grundstückspreise, oder weil die Zinsen und Tilgungen für die Grundstücke aus laufenden Mitteln gedeckt

sind, zeigten viele Städte in vergangenen Friedenszeiten einen größeren Aktiv- als Passiv-Bestand. Städte, die Kohlenfelder besitzen, sind aber noch in einer besonders günstigen Lage. Nimmt man an, daß bei den Kohlenfeldern, genau wie bei den Gewerkschaften und den Bergwerks-Aktiengesellschaften es jetzt üblich ist, die jährlichen Zinsen der für die Felder aufgewandten Kapitalien zu den Werten der Felder geschlagen werden, weil es der Wertsteigerung des Objektes entspricht, so ergibt sich zunächst nur, daß aus dem Besitz der Felder der Stadt keine Lasten entstehen, aber die so wünschenswerte Differenz zwischen Aktiven und Passiven entsteht zunächst nicht. Es sind lediglich bei 5% v. H. Kapitalzinsen die Felder in etwa 40 Jahren das Dreifache wert. Eine Differenz zugunsten der Aktiva entsteht aber sofort, sobald der Abbau der Kohlenfelder vor sich geht, durch die Wertsteigerung der Kohlen. Der Wert der Kohle im unverrichteten Felde bei guter Lage des Feldes und besonders geeigneter Kohle beträgt in Westfalen schätzungsweise jetzt höchstens 1,5 bis 2 Pf. die Tonne, in 40 Jahren also noch nicht 8 Pf. die Tonne. Sobald aber das Kohlenfeld erschlossen ist, im Baufelde, beträgt der Wert der Kohle in der Erde schon in Friedenszeiten ein Mehrfaches von diesem, wie sich aus den Bilanzen der Gewerkschaften nachweisen läßt. Ein solcher Zuwachs dürfte in der kommenden Zeit, in der große schwebende Schulden die Sollseite der städtischen Bilanzen stark belasten, von besonderem Werte sein, insbesondere wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Wert der Kohle an sich im starken Steigen ist. Es wird also durch den Besitz von Kohlengruben und Feldern oder durch deren Erwerb, so weit der jetzt noch möglich ist, eine gewaltige Vermögensreserve geschaffen und der Grund zu einer gesunden Finanzwirtschaft auch nach dem Kriege gelegt. Möge das bei den Beratungen der städtischen Körperschaften darüber, wie die künftigen finanziellen Bedürfnisse der Städte zu decken sind, eingehend gewürdigt werden. Das ist besonders für Berlin notwendig, weil für Berlin noch besondere Kriegsfolgen eintreten können.

16. III. 1917

76

## Der Haushaltsplan der Stadt Köln.

Köln, 15. März.

In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, die Oberbürgermeister Wallraf leitete, stand der Haushaltsplan für das Jahr 1917 zur ersten Lesung. Oberbürgermeister Wallraf schickte den Beratungen eine eingehende Erläuterung voraus, der wir folgendes entnehmen: Zwei Folgen des Kriegs geben diesem Haushalt unweigerlich sein Gepräge: Der Umfang der Ausgaben auf dem Gebiet der Kriegsfürsorge, die damit gebotene Zurückhaltung in andern sonst wichtigen Zweigen der Gemeindeverwaltung und die Unsicherheit über die künftige Gestaltung aller Verhältnisse. Wir alle vertrauen fest auf die Zukunft des Vaterlandes. Wir wissen, daß wir siegen werden, aber wir wissen auch, daß uns von dem Tage eines glücklichen Friedens noch ernste und sorgenvolle Zeiten trennen, die wir für die deutsche Zukunft tragen werden und tragen müssen. Diese Erwägungen kommen auch in dem neuen Haushaltsplan zur Geltung. Er geht einen vorsichtigen Weg und stützt sich auf die Erfahrungen der beiden letzten Kriegsjahre.

Bevor ich die Ergebnisse dieser letzten Jahre zahlenmäßig zusammenfasse, ein kurzes Wort über die Sprache des Haushaltsplanes. Den Bestrebungen des Deutschen Sprachvereins, die durch den Krieg eine mächtige Förderung erhalten haben, wird er noch nicht vollständig gerecht. Wenn der Haushaltsplan nach dieser Richtung noch nicht völlig gereinigt ist, so liegt das bei den beteiligten Herren am Zeitmangel. Wir haben dieser Kleinern Sorge um größerer willen nicht geachtet; für die Zukunft werden wir das zeitig besorgen.

Gleichzeitig mit dem Haushaltsplan sind Ihnen die Endergebnisse der Jahre 1914 und 1915 mitgeteilt worden; sie bilden die Grundlage für unsere jetzigen Anschläge. Das Jahr 1914 schloß mit einem Fehlbetrag von  $3\frac{1}{2}$  Millionen. Das erklärt sich durch die Tatsache, daß man bei Aufstellung des Plans für 1914 noch an keinen Krieg dachte. Der erste Kriegshaushalt von 1915 schloß mit einem Überschuß von 850 000 M. Das Jahr 1916 wird mit einem

Überschuß von rund 1 000 000 M.

enden, so daß dem Steuerausgleichsfonds ein Gesamtbetrag von 1 850 000 M. gutgeschrieben werden kann. Diesen Ausgleichsfonds haben wir bekanntlich in den Jahren 1915/16 planmäßig bereits beschritten. Der Fonds betrug Ende 1914 5 905 443 M. Zur Deckung der Fehlbeträge in den Haushaltsplänen von 1915/16 hatten wir für jedes Jahr diesem Fonds eine Summe von 1 180 000 M. entnommen, so daß für das Ende des Rechnungsjahrs 1916 ein Betrag von 3 545 443 M. bleibt. Hierzu kommt noch der Überschuß der Jahre 1915/16 mit 1 850 000 M., so daß sich der Bestand Ende 1916 auf 5 395 443 M. beziffert. Wir beabsichtigen indes sowohl in dem neuen Haushaltsplan 1917 als wie in den Jahren 1918/19 weitere Beträge von je 1 180 000 M. dem Ausgleichsfonds zu entnehmen. Das bedeutet für die drei Jahre eine Summe von 3 540 000 M., so daß Ende 1919, wenn zu dem Fonds keine weiteren Überschüsse kommen, andererseits ihm aber auch ein tieferer Eingriff erspart wird, eine Summe von etwa 1,8 Millionen Mark bleiben würde. Auf den Anleiheweg haben wir den großen Fehlbetrag von 1914 in Höhe von  $3\frac{1}{2}$  Millionen Mark verweisen müssen. In den Jahren 1915/16 haben wir einen Anleihebedarf von je 3 760 000 M. eingestellt, so daß Ende 1916 der gesamte Anleihebedarf aus diesen drei Haushaltsplänen sich beläuft auf rund 11 Millionen Mark. Auch für die Jahre 1917, 18 und 19 ist eine gleiche Verrechnung in Aussicht genommen. Diese Belastung mit Schulden erscheint indes erträglich, wenn man sich klarmacht, welche Ausgaben unser Haushaltsplan umfaßt.

Die Aufstellung der Pläne geschieht in den einzelnen Städten, wie ich bereits im vorigen Jahre bemerkte, in sehr verschiedener Form. Viele Städte lassen den außerordentlichen Kriegsbedarf aus ihrem Haushaltsplan mehr oder weniger vollkommen weg. In unserm Haushaltsplan findet sich dagegen die gesamte Zinsenlast, die uns durch die Kriegsaufgaben erwächst. Es finden sich weiter die Familienunterstützungen für die einberufenen Arbeiter, die Kriegsteuerzuschläge an Beamte, Angestellte und Arbeiter der selbständigen Betriebe und an die Hilfskräfte an Stelle der einberufenen Angestellten. Die Gesamtsumme, die wir an solchen

## Kriegsaufwendungen

dem Haushaltsplan der laufenden Verwaltung zur Last legen, beträgt beispielsweise für das Jahr 1915 5 016 620 M., übersteigt demnach den Anleihebetrag um etwa 40 Prozent. Diese Bemerkungen mußte ich vorausschicken, weil sie zur Beleuchtung des neuen Haushaltsplanes und unsrer gesamten Finanzen unerlässlich sind.

Nach einigen vergleichenden Zahlen über das Verhältnis des neuen Planes zu den frühern, fuhr der Redner fort: „Als eine recht nützliche Einrichtung hat sich in Friedenszeiten die Einstellung von Sammelbeträgen für große, jährlich wiederkehrende Ausgaben erwiesen. Insgesamt betragen jetzt die Sammelfonds noch rund eine Million Mark gegen rund 3 Millionen zur Friedenszeit. Die Erneuerungsfonds sollen nach den bisherigen Grundätzen auch weiter angesammelt werden. Die Überweisungen an die Erweiterungsrücklagen bei den Werken und den Straßenbahnen bleiben verkürzt bestehen.“

Der Redner erörterte dann die Aufstellungen in den Haushaltsplänen der einzelnen Verwaltungen und ging zu einer

## Erklärung über die Steuern

über. Wir rechnen bei den direkten und indirekten Steuern mit einer Mehreinnahme von 2 163 400 M. Eine geringere Einnahme sehen wir nur bei der Biersteuer voraus in Höhe von 30 000 M., während die Gewerbesteuer mit 100 000 M., die Warenhaussteuer mit 10 000 M., die Grundsteuer mit 8 400 M., die Hundesteuer mit 25 000 M., die Lustbarkeits- und Kartensteuer mit 50 000 M., die Umsatzsteuer 200 000 M. und endlich die Einkommensteuer mit 1 800 000 M. Mehreinnahmen angesetzt werden konnten. Diese Berechnung beruht auf vorsichtigen Schätzungen. Die Mehreinnahme ist um so erfreulicher, als wir die Steuerätze selbst nicht zu steigern beabsichtigen, vielmehr Ihnen vorschlagen, in gleicher Weise wie im Vorjahr zu beschließen, nämlich die Steuern unverändert zu lassen, zur Deckung des Fehlbetrags, den der Haushaltsplan am Schluß ergibt in Höhe von 4 940 000 M., abermals einen Betrag von 1 800 000 M. dem Steuerausgleichsfonds und 3 760 000 M. einer spätern Anleihe zu entnehmen. Die Berechtigung einer solchen Verteilung habe ich eingangs meiner Ausführungen bereits darlegt.

Meine Herren, wenn Sie nach dem vorliegenden Haushaltsplan eine gewisse Vorsicht der Stadtverwaltung in ihren Anschlägen erkennen werden, so läßt sich andererseits doch dieser Voranschlag nur begründen mit der Überzeugung, daß der Krieg die wirtschaftliche Lage unserer städtischen Bevölkerung zweifellos wesentlich verschoben, aber in ihrer Gesamtheit nicht wesentlich verschlechtert hat. Diese allgemeine Erwägung kann uns selbstverständlich nicht den Blick dafür rüben, daß viele Kreise unserer Bürgerschaft schwer unter den Notwendigkeiten und Folgen des Kriegs leiden. Und da möchte ich meine Darlegungen schließen mit einem Dank an die Kölner Bürgerschaft, die bisher um des großen Zieles willen diese Lasten des Kriegs stillig getragen hat. Der Oberbürgermeister schloß mit einem warmen Ausruf an alle, die dazu in der Lage seien, die neue Kriegsanleihe zu zeichnen, in der Hoffnung, daß der Lohn des treuen Ausharrens eine fremdvolle Zukunft des Reiches sein werde.

17. III. 1917

78

### Großer Erfolg der 4 $\frac{1}{2}$ -prozentigen Wiener Kommunalanleihe.

Die seit bis zu der Bekanntmachungen auf die neue 4 $\frac{1}{2}$ -prozentige Kommunalanleihe angenommen wurden, ist am 16. d. abgeliefert. Ein großer Teil der im Jahre 1916 emittierten 100.000.000 Kronen 5 $\frac{1}{2}$ -prozentiger Kassenscheine der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien ist zum Umtausch gegen die neue Anleihe angemeldet worden; die Baranmeldungen erreichten eine so große Differenz, daß nur eine ganz geringfügige Duzie repariert werden konnte. Der gesamte zur Ausgabe gelangte Betrag von 250.000.000 Kronen der neuen Anleihe erscheint somit platziert und der triebige Verkauf seitens des Kompturums wird demnach eingestellt.

20. III. 1917

Sonder-Abdruck

# Wien während des Krieges.

(Einunddreißigste Folge.)

Der Monat Februar stand im Zeichen des verschärften Unterseeboottkrieges. Durch die schroffe Zurückweisung ihrer Friedensbereitschaft waren die Mittelmächte gezwungen, dem Beispiele Englands zu folgen und auch ihrerseits die Seesperre über ihre Segner zu verhängen.

Die bisherigen Erfolge dieser Maßregel lassen hoffen, daß es dadurch gelingen wird, den Frieden näher zu bringen.

Nicht nur uns, auch den Neutralen, die gegen die englische Seethrannei ohnmächtig sind, kann diese Aussicht nur erwünscht sein; denn allzulang lastet der Krieg schon auf den Völkern der Erde.

Für Wien war der abgelaufene letzte Wintermonat eine harte Zeit, da ein ungewohnt strenger andauernder Frost und starker Schneefall die durch den Krieg verursachten Schwierigkeiten noch vergrößerte.

In den

## geldwirtschaftlichen Verhältnissen

zeigte sich keine ungünstige Veränderung.

Nach den Ausweisen des städtischen Steueramtes betragen die

## Steuereingänge

in Monate Februar

	1916	1917
an Staatssteuern, und zwar:		
an Realsteuern . . . . . K	12,002.901.68	K 12,672.024.95
Erwerbssteuern . . . . .	798.396.47	" 3,509.705.42
Einkommensteuer . . . . .	3,960.138.19	" 3,441.124.91
Rentensteuer . . . . .	148.458.98	" 211.510.43
Befoldungssteuer . . . . .	178.572.14	" 112.732.15
Zantienabgabe . . . . .	61.784.22	" 5.252.42

## Der Frankfurter Haushalt für 1917.

Nach dem Frankfurter Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1917 sollen die Einnahmen und Ausgaben wie folgt festgestellt werden:

## Allgemeine Verwaltung.

Ordinarium ..... 73 670 630 M.  
Extraordinarium ..... 2 012 860 M.

## Nebenverwaltung.

## Betriebsverwaltungen.

Ordinarium ..... 74 504 320 M.  
Extraordinarium ..... 1 667 530 M.

Der Magistrat soll ermächtigt werden, für 1917 die Ausgaben für Familienunterstützungen durch den Lieferungsverband einschließlich der städtischen Zuschüsse und der Beträge an die Zentralsammlung für private Kriegsfürsorge, sowie die sonstigen gesetzlichen Ausgaben der Kriegswohlfahrtspflege in außeretatmäßiger Rechnung zu bestreiten, ferner soll er wegen Aufnahme von Anleihen zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben Vereinbarungen mit den Aufsichtsbehörden treffen.

Dem Vortrag des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung entnehmen wir noch einiges in Ergänzung der Mitteilungen aus der im zweiten Morgenblatt vom Mittwoch wiedergegebenen Rede des Oberbürgermeisters. Auf eine höhere Belastung der Realsteuern kann zurzeit nicht gedacht werden. Die Einkommensteuer ist in den höheren Stufen schon mit 173 Prozent belastet; nach dem Krieg, wenn die Ausgaben stark steigen, wird die nach dem Entwurfe zum neuen Kommunalabgabengesetz den Gemeinden ohne besondere Genehmigung eingeräumte Grenze von 200 Prozent rasch erreicht sein, wenn nicht die Balanzierung des Etats nach den alten Grundsätzen geschieht. Aus einer tabellarischen Uebersicht von 1910 bis 1917 geht hervor, daß sich das Verhältnis der Betriebsüberschüsse zur Einkommensteuer sehr zu Ungunsten der letzteren verschoben hat. Die Nettoüberschüsse aller Betriebe waren 1910 3,627,200 M., die Einkommensteuer erbrachte 14,574,200 M., die Ziffern des neuen Etats sind 3,580,510 M. und 19,500,000 M., d. h. das Verhältnis ist jetzt 1:5,4 gegen 1:4,0 in 1910. Bei der Einkommensteuer, deren Ertrag 1,200,000 M. höher angesetzt ist, als im Voranschlag 1916, ist angenommen, daß in allen Fällen, in denen die Staatseinkommensteuer der Kriegsteilnehmer ganz oder teilweise außer Hebung gesetzt wird, auch die Gemeindeeinkommensteuer ganz oder teilweise nicht erhoben wird, wodurch ein Ausfall von rund 1,100,000 M. entsteht. Die Gewerbesteuer ist mit 2,600,000 gegen 2,800,000 in 1916 veranschlagt.

Was die Unterstützungen an die Familien der Kriegsteilnehmer betrifft, so ist für das kommende Etatsjahr, bei einer Gesamtausgabe von rund 36 Millionen Mark, mit einer vorübergehenden Belastung von 21,6 Millionen Mark und nach Erledigung aller Rückerstattungsansprüche mit einer dauernden Belastung der Stadt durch Familienunterstützungen von 10,8 Millionen Mark zu rechnen. Ergänzend treten hinzu die Zuschüsse an die Kriegsbeschädigtenfürsorge, die Ausgaben des Armenamts für Kriegswohlfahrtspflege und die Ausgaben für laufende Unterstützungen und Beihilfen an gemeinnützige Veranstaltungen.

Die Abteilung Kunst und Wissenschaft erfordert 41 600 M. mehr als im Vorjahr, woran die Neue Theater-Aktiengesellschaft mit 11 670 M. und die Palmengartengesellschaft mit 16 000 M. beteiligt sind. Bei den Betriebsverwaltungen sind namentlich die Einnahmen des Elektrizitäts- und Bahnamts höher veranschlagt, was durch die augenblickliche Konjunktur gerechtfertigt ist. Zum Etat der Wasserwerke ist zu bemerken, daß die seit 1914 zum Wassergeld erhobenen Zuschläge selbstverständlich in gleicher Form und Höhe wieder erhoben werden müssen.

## Der Lastenausgleich für Groß-Berlin.

### Erklärung der östlichen Vororte.

Zu der Frage des Lastenausgleichs für Groß-Berlin, die heute das Plenum des Abgeordnetenhauses beschäftigen wird, ist jetzt noch eine Erwiderung der östlichen Vorortgemeinden auf die Erklärung des Berliner Magistrats erschienen, verfaßt von dem Stadtkämmerer Neuköllns, Stadtrat Ullrich, in der es heißt:

„Unumstößlich ist der Unterschied in der Steuerkraft, in den Schullasten, in den Kriegsausgaben zwischen den östlichen und den westlichen Gemeinden. Die auf 100 v. H. zurückgeführte Einkommensteuer beträgt auf den Kopf der Bevölkerung in Neukölln 6,14 Mark, in Lichtenberg 7,89, in Berlin 19,00, in Charlottenburg 28,75, in Wilmersdorf 28,84, in Dahlem 89,97 und in Grunewald 183,63 M. Dagegen betragen die Ausgaben für Volksschulen bei der gleichen Berechnung in Neukölln 159,61 v. H., in Lichtenberg 152,06, in Berlin 62,39, in Charlottenburg nur 36,06, in Wilmersdorf 29,82, in Grunewald 5,86 und in Dahlem sogar nur 4,46 v. H. Die innere Berechtigung des beantragten Ausgleichs liegt darin, daß die in den östlichen Gemeinden wohnhafte Arbeiterschaft, die bei geringer Steuerkraft große Schul- und Armenlasten verursacht, beiträgt zur Schaffung der hohen Einkommen, deren Steuern den westlichen Gemeinden zufließen. Der Ausgleich zwischen Steuerkraft und Lasten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der unerlässlich ist und die Finanzkraft jeder Provinzstadt stützt, fehlt in Groß-Berlin. Es ist ja bekannt und gelegentlich der Etatsberatungen in den westlichen Gemeinden offen zum Ausdruck gebracht worden, daß die günstigen Steuerverhältnisse der dort wohnhaften Kriegsindustriellen ungeahnt günstige Abschüsse der Einkommen- und Gewerbesteuer zur Folge gehabt haben, daß Millionenbeträge dieser Ueberschüsse zur Deckung der Ausfälle der ersten Kriegsjahre und zu außerordentlichen Ausgaben benutzt werden konnten. Und in derselben Zeit geht der Osten an seinen Einkommensteuer-Ausfällen, weil mehr als die Hälfte seiner Bürger einberufen ist, zu Grunde.“

Sachlich ist die Not des Ostens auch in den meisten Neuerungen zum Lastenausgleich nicht in Abrede gestellt worden. Zwei Einwendungen aber lehren immer wieder: 1. daß der angestrebte Lastenausgleich zu einer Beschränkung der Selbstverwaltung führe und ein Lastenausgleich ohne Verwaltungsgemeinschaft unmöglich sei, 2. daß Neukölln und Lichtenbergs Finanzen günstiger als diejenigen der westlichen Gemeinden seien, weil gerade die östlichen Gemeinden nur 100 v. H., die westlichen 170 v. H. Zuschlag zur Einkommensteuer erheben. Beides sind Trugschlüsse. Alle Gemeinden haben an der Erhaltung und dem Ausbau der Selbstverwaltung das gleiche Interesse. Bei der Bildung einer Verteilungsstelle für den Lastenausgleich handelt es sich auch lediglich um eine Berechnung der Gemeinden durch eine aus Vertretern der beteiligten Gemeinden zu bildenden Abteilung. Von einer Vernichtung der Selbstverwaltung kann man da wirklich nicht sprechen. Sollte die Aufgabe dem Zweckverband übertragen werden, so wäre dieses vielleicht der gegebene Anlaß, die Umgestaltung des Verbandes zu einem Bindiglied zwischen den Gemeinden mit einer der Städteordnung entsprechenden Verfassung anzuregen. Der zweite Einwand betrifft die jetzige Höhe der Einkommensteuerzuschläge der beteiligten Gemeinden. Einige von ihnen erheben bis zu 200 v. H. aber Neukölln und Lichtenberg 160 v. H. Ebenso wie Berlin in der Gestaltung seines Steuerzuschlages von den westlichen Gemeinden abhängig ist und nie um 10 v. H. über den Zuschlag der westlichen Gemeinden hinausgehen kann und wird, um nicht seine besseren Steuerzahler zu verlieren, ebenso können, aus den gleichen Gründen, Neukölln und Lichtenberg um 10 v. H. über Berlin hinausgehen. Mit Berlin hätten beide Gemeinden gerne 170 v. H. erhoben. Bei der geringen Steuerkraft der Neuköllner und der Lichtenberger Bevölkerung macht aber auch eine 10proz. Erhöhung im Effekt nur sehr wenig

aus. Bedenken würde auch der spätere Abbau der Steuer erregen, der in den westlichen Gemeinden schon angekündigt worden ist, zu dem aber die östlichen nicht kommen werden, weil ihre Kriegskosten ungleich höher sind. Auch der Einwand der günstigen Steuerverhältnisse der östlichen Gemeinden ist demnach — leider — hinfällig. Die östlichen Gemeinden würden höchstens noch zu einer weiteren Heraufsetzung der Grund- und der Gewerbesteuer gezwungen werden, obwohl diese in den Gemeinden schon jetzt ungleich höher als in den westlichen Orten sind.

24. III. 1917

85

**Die Wiener Stadtanleihe.****Mit 750 Millionen, also vierfach überzeichnet.**

Einen glänzenden Beweis für das Vertrauen, welches die großzügige, meisterhafte Wiener Gemeindeverwaltung mit Dr. Weiskirchner an der Spitze genießt, ist die erfreuliche Tatsache, daß die neue 250 Millionen-Anleihe der Stadt Wien, wie wir erfahren, um das vierfache überzeichnet wurde. Es liefen Zeichnungen in der Höhe von mehr als einer Milliarde Kronen ein. Dadurch wird auf die Baranmeldungen natürlich nur eine stark gefürzte Quote entfallen können.

## Das Problem Groß-Berlin.

Lastenausgleich oder Eingemeindung?

Die Frage nach der Schaffung eines Groß-Berlin führte gestern im national-liberalen Hauptverein Berlin zu lebhaften Erörterungen. Stadtsyndikus Martezky-Lichtenberg schilderte die Notlage der östlichen Gemeinden Groß-Berlins. Die wohlhabende Bevölkerung ziehe immer mehr nach dem Westen, während die ärmere Arbeiterbevölkerung im Osten bleibt. Die Verschiedenheit der steuerlichen Leistungsfähigkeit der östlichen Vororte werde aber nicht durch geringere Aufwendungen ausgeglichen. Man müsse hier auf der Höhe bleiben. Den Gemeinden drohte der Verlust ihrer Selbständigkeit, wenn hier nicht ein gesetzlicher Eingriff erfolge. Gewiß würde eine Eingemeindung in großem Stil die finanzielle Not mit einem Schlage beseitigen. Aber die östlichen Vororte wollten nicht nur „wohlwollend beachtete Außenbezirke“ sein, keine „Bürgermeistereien“. Der Redner streifte auch die Frage, ob es im Sinne der nationalliberalen Partei liege, daß sich die Macht des kommunalen Freisinns, der — wenn auch nicht offiziell — in Berlin herrsche, noch weiter ausdehne. Es gebe starke nationalliberale Elemente in den Vororten, die gerade später bei Umgestaltung des Gemeindevahlrechts von Einfluß sein können. Nach einer Lanze für den Zweckverband trat der Redner für einen mechanischen Lastenausgleich ein, bei dem Berlin 1 700 000, Charlottenburg 770 000 Mark für Neukölln und Lichtenberg abzugeben hätten. Die westlichen Vororte sollen auch bedenken, daß, wenn erst die östlichen eingemeindet werden, sie auch daran glauben müßten.

Nach einer kurzen Bemerkung des Vorsitzenden, Justizrat Marwitz, daß die Entwicklung der westlichen Gemeinden sich kaum so glänzend vollzogen hätte, wenn ihre Eingemeindung früher erfolgt wäre, wies Abgeordneter Liepmann überzeugend nach, daß der vorgeschlagene mechanische Ausgleich vom Standpunkt der ausgleichenden Gerechtigkeit abzuweisen sei. Die Verteilung der Schul- und Armenlasten habe auf ganz anderer Grundlage zu erfolgen. Bemerkenswert sei es, daß das notleidende Lichtenberg einen geringeren Steuerzuschlag erhebe als Charlottenburg. Eine Eingemeindung ohne Zentralisierung, das zeige Wien und London, lasse sich sehr wohl durchführen. Der Osten Groß-Berlins könne doch nicht ohne weiteres Kostgänger und Geschenknehmer des reicheren Westens werden. Sollte dieser zahlen ohne zu wissen, was mit seinem Gelde geschieht? Eine größere Sparsamkeit bei der kommunalen Bewirtschaftung sei durchaus notwendig. Abg. Dr. Liepmann betonte die Notwendigkeit eines allgemeinen Ausgleiches der Schul- und Armenlasten für ganz Preußen, womöglich fürs ganze Reich. Für Ueberbürdung mit Kriegslasten muß der Staat eintreten. Ist das nicht angängig, so möge eine Eingemeindung in nicht zentralisierter Form erfolgen.

Geheimrat Pönsgen führte aus, daß Millionen über Millionen durch das Durcheinander von Verwaltungen in Berlin nutzlos ausgegeben werden. Der jetzige Zweckverband sei eine Mißgeburt. Es fehlt ihm an jeder unmittelbaren Beziehung zu den Bürgern. Die Eingemeindung müsse ein neues einheitliches Groß-Berlin schaffen, das verschiedene Dezentralisationspunkte mit etwas beschränkter Selbstverwaltung enthalte. Regierungsrat Professor Dr. Leidig erinnert daran, daß es auch im Westen nicht leistungsfähige Gemeinden gibt, z. B. Schmargendorf. Wollte man eingemeinden, dann müßte auch der Kreis Teltow und Nieder-Barnim miteingemeindet werden. Es frage sich nur, wie die Provinz Brandenburg sich zu einer Provinz Groß-Berlin stellen würde. Ein Lastenausgleich, wie ihn die östlichen Vororte vorschlagen, sei bisher weder innerhalb noch außerhalb Deutschlands erfolgt. Ein organischer Aufbau muß erfolgen, kein mechanischer Ausgleich. Ein Industrieller aus Weißensee fürchtete, daß der geplante Lastenausgleich ein Heer von Feststellungsklagen und unendlich nutzlose Arbeit nach sich ziehen werde. Das einzig Richtige sei die Zusammenfassung aller Gemeinden.

## Berlin als Zechenbesitzer?

Zur heutigen Stadtverordneten-Sitzung.

Die Väter der Stadt Berlin stehen heute vor einer folgenschweren Entscheidung: sie haben in geheimer Sitzung darüber zu beschließen, ob Berlin sich eigene Gruben sichern soll, um seine Gasgewinnung auf andere aussichtsreichere Grundlagen zu stellen. Wir haben in Nummer 107 der „Vossischen Zeitung“ vom 28. Februar in dem Aufsatz „Städtische Finanzen und Werke — Neue Wege für die Gasgewinnung“ darauf hingewiesen, daß auf die bisherige Weise, bei der das Gas das Haupterzeugnis der Fabrikation ist, die Entwicklung der Gaswerke nicht weiter gehen kann. Nur wenn der im volkswirtschaftlichen Interesse unbedingt notwendige Spaltungsprozeß der Kohle so durchgeführt werden kann, daß das Gas als billiges Nebenprodukt fällt, kann die Fortentwicklung der Gasindustrie in der früheren, finanziell erfolgreichen Weise weiter erfolgen.

Berlin hat seinen Gaspreis von 12,3 auf 16 Pfennig den Kubikmeter erhöhen müssen, um nur einen geringen Ueberschuß zu erzielen. Wenn die Kohlensteuer angenommen wird (woran kaum zu zweifeln ist), wird dieser Ueberschuß sich in einen Fehlbetrag verwandeln. Was dann? Soll der Gaspreis weiter erhöht werden? Das ist ein sehr gefährliches Beginnen. Man veranlaßt dadurch manchen Abnehmer sich nach einem Ersatz für Gas umzusehen. Nicht die Erhöhung der Gaspreise verbürgt die Rentabilität, sondern — wie schon früher ausführlich dargelegt — die veränderte Betriebsform. In Rheinland und Westfalen liefern verschiedene Zechen Gas frei Behälter Gaswerk mit 2,5 bis 3,7 Pfennig den Kubikmeter und machen dabei kein schlechtes Geschäft. Die Hauptsache ist ihnen nämlich der Kokerbetrieb, also die Gewinnung des gut bezahlten Koks; dabei erhält man Gas als Nebenprodukt. Warum sollen die Berliner Gaswerke nicht auch zum Kokerbetrieb übergehen? Die notwendige Vorbedingung hierfür sind geeignete Fettkohlen. Ihren Besitz in genügendem Umfange muß sich erst die Stadt sichern, wenn ihre Gaswerke zu dem aussichtsreicheren Kokerbetrieb übergehen sollen. Allzu viel Fettkohlenfelder, auf die nicht schon auf Jahrzehnte hinaus Beschlag gelegt ist, gibt es in Westfalen — nur dort sind überhaupt Fettkohlenfelder vorhanden — nicht mehr. Wenn also der Stadt Berlin ein verhältnismäßig günstiges Angebot gemacht worden ist — und das scheint, nach dem, was bisher über das Gutachten der bergtechnischen Sachverständigen in die Öffentlichkeit durchgesickert ist, der Fall zu sein —, so sollte man zugreifen. Gewiß bedarf es bei Millionenobjekten gründlicher Prüfung. Aber vor lauter Ueberlegung sollte man das Handeln nicht verabsäumen. Die Finanzpolitik der Stadt Berlin weiß ja leider von manch verpassten Gelegenheiten zu erzählen.

oc.

## Haushaltsplanes für 1917.

Stadt. Dr. Heilbrunn (Sp.) eröffnet die General-

debatte. Der vorliegende Haushaltsplan weist in stärkerem Maße als der vorhergehende die Einwirkungen des Krieges auf. Der Steigerung der Ausgaben um 12 Millionen Mark stehen keine entsprechenden Einnahmen gegenüber. Ein richtiges Bild des Stats läßt sich nur gewinnen durch eine vergleichende Heranziehung des Kriegsfonds, der bereits eine Höhe von 8 Millionen erreicht hat. Es ist zu begrüßen, daß der Magistrat in diesem Jahre diese Ausgaben wenigstens zum Teil in den Etat herangezogen hat. Besser wäre es vielleicht noch gewesen, wenn man alle Ausgaben für Kriegszwecke einheitlich in einem Extraordinarium zusammengefaßt hätte. Diese Ausgaben haben bis zum 31. Dezember 1916 die Höhe von 54 Millionen Mark erreicht. Rednet man mit einer Rückerstattung von 50 Prozent der auf Rechnung des Reiches gemachten Auslage, so bleibt für das neue Etatsjahr immer noch eine Belastung von rund 10 Millionen durch reine Kriegsausgaben. In der Erfüllung ihrer sozialen Pflichten hat keine Kommune im ganzen Reiches so nachhastig geleistet wie die Stadt Frankfurt. Allein für Zwecke der Kriegsfürsorge sind 22 Millionen verausgabt worden, von denen die Hälfte durch private Beiträge aufgebracht wurde. In Frankfurt werden gegenwärtig rund 40 000 Familien mit 90 000 Angehörigen bei einer Gesamtbevölkerung von 370 000 Einwohner unterstützt, also ein Viertel der Bevölkerung. Man kann manchmal gewisse Bedenken nicht unterdrücken, ob das nicht zu schweren Schädigungen in der Zukunft führen müsse, wenn ein so hoher Prozentsatz der Bevölkerung zu öffentlichen Rentenempfängern herabsinkt. Für die Gegenwart aber müssen alle diese Bedenken zurücktreten vor der einen Sorge, alle Mittel in den Dienst einer siegreichen Beendigung des Krieges zu stellen.

Der Redner tritt dann in eine ausführliche Besprechung der Ernährungsfragen und der angekündigten neuen Maßnahmen ein. Die Herren, die seit zwei Jahren in den Kommissionen ihre Zeit und Arbeit in den Dienst der Allgemeinheit stellen, verdienen den wärmsten Dank der Stadt. Wenn auch künftig zur Unterdrückung von Mißbräuchen, wie sie hier und da vorgekommen sein mögen, eine scharfe Kontrolle notwendig ist, so möge man doch in den Kontrollkommissionen mit Vorsicht vorgehen. Bei der Zuweisung von Lebensmitteln ist Frankfurt vielfach zu kurz gekommen, so namentlich bei Fett und Fleisch. Unhaltbar ist die Art und Weise, wie die Versorgung Frankfurts durch die Viehhandelsverbände gehandhabt wird. Die Stadt muß instande sein, die der Bevölkerung zustehenden Fleischrationen auch wirklich zuzuteilen. Das kann sie aber nicht, so lange sie von den Viehhandelsverbänden das Vieh nicht nach dem Gewicht, sondern nach der Stückzahl zugewiesen erhält, und meistens nicht vollwertiges und noch nicht schlachtreifes Vieh in Kauf nehmen muß. Die Regieschlachtung durch die Stadt hat zwar die Klagen über die Verteilung zum Besten gebracht, nach den bisher gemachten Erfahrungen kann sie jedoch in wirtschaftlicher Hinsicht sicher nicht den Vorzug vor dem früheren System der gewerblichen Schlachtungen durch die Metzger beanspruchen. Wenn es auch jetzt nicht möglich ist, schon wieder eine Aenderung des Systems vorzunehmen, so besteht doch gegen eine weitere Ausdehnung der Regieschlachtungen eine Reihe schwerwiegender Bedenken. Vor allem handelt es sich um die Erhaltung zahlreicher Erzeugnisse des Mittelstands, der durch den Krieg schwer genug gelitten hat.

Es erhebt sich die Frage, wo die Mittel zur Deckung der durch den Krieg hervorgerufenen Belastung, die für die Stadt Frankfurt unter Abrechnung der von Reich und Staat zu erwartenden Rückerstattungen bereits 45 Millionen erreicht hat, hergenommen werden können. Vor allem müssen wir damit rechnen, daß durch die starke Heranziehung des Einkommens von Seiten des Reiches und der Einzestaaten den städtischen Finanzen schwerer Abbruch getan wird. Die Belastung des Besitzes hat ihre Grenzen. Schon heute wird ein im Krieg erworbenes Einkommen, wenn man der Berechnung der Kriegsteuer die im Gesetz vorgesehene höchste Stufe zugrunde legt, durch Reich, Staat und Kommune mit 78 Prozent besteuert. Auch die Realsteuern sind kaum weiter ausbaufähig, denn es geht nicht an, die Hausbesitzer noch weiter zu belasten. Zu erwägen bleibt im Gegenteil, ob nicht durch eine Herabsetzung der Wertschaffsteuer das völlig darniederliegende Grundstücksgeheim neu belebt werden kann. Zur Verbesserung der städtischen Finanzen bleibt gegenwärtig kaum ein anderer Weg als der Appell an den Staat, um eine wirksame Staatsbeihilfe zu erlangen. Man kann nicht immer und immer wieder den Städten neue Aufgaben zuweisen, ohne daß der Staat Verantwortung nimmt, ihnen auch neue Einnahmen zu verschaffen. Wird mit diesem System nicht bald gebrochen, so muß es zu einem Zusammenbruch der großen Kommunen führen. Reizen Endes müssen wir uns auf die wirtschaftliche Entwicklung verlassen, aber mit Vertrauen kann uns auch diese nur erfüllen, wenn der immer mehr um sich greifenden Zentralisierung des gesamten wirtschaftlichen Lebens ein Ende gemacht wird. Frankfurt hat schon schwere Zeiten erlebt, es wird auch die Schädigungen der jetzigen schweren Kriegsjahre überwinden. Mit einem warmen Appell für die politische Gleichberechtigung der Frauen, für die Einführung des Frauenstimmrechts zunächst in den Kommunen schloß der Redner seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Stadtv. Weidner (Soz.) bespricht eingehend die Einwirkungen des Krieges auf die städtischen Finanzen und die Möglichkeiten der Deckung der Kriegsausgaben. Hierfür könnten nur direkte Steuern in Betracht kommen, die unter möglicher Schonung der minderbemittelten Schichten auszufallen seien. Die Erhöhung der Pflegegelder im städtischen Krankenhaus bedeute eine schwere Belastung der Krankenkassen. Unzulässig sei es, Frauen unter der Androhung der Rentenentziehung zur Arbeit zu zwingen. Mit Verordnungen allein sei in der Lebensmittelfrage nichts getan. Die Herabsetzung der Protration dürfe erst eintreten, wenn die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Kartoffeln gewährleistet sei.

Stadtv. Kleinschmidt (natl.) gibt der Genugtuung Ausdruck, daß es der Stadt Frankfurt gelungen sei, ihrer sozialen Pflichten in restloser Weise zu genügen. Der Redner erörtert eingehend die Frage nach neuen Einnahmequellen. Von der Besteuerung des Straßenbahnverkehrs und der durch sie bedingten Erhöhung der Tarife befürchtet er eine schwere Schädigung des städtischen Siedlungsweises. Der Redner dankte zum Schluß den städtischen Beamten, die im Kriege Außerordentliches geleistet haben, für ihre hingebungsvolle Arbeit.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung fielen rasch erledigung; die wenigen Magistratsvorlagen wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen, eine Eingabe der Metzgermeister wegen der Regieschlachtung dem Organisationsausschuß. Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung wurde eine sozialdemokratische Anfrage gestellt wegen Schaffung von städtischem Kleingeld von 50 Pf., abwärts zur Behebung des Mangels an Scheidemünze.

**Obmännerkonferenz des Gemeinderates.**

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Doktor Weiströcker und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hog und Rain fand gestern, wie bereits berichtet, die 71. Obmännerkonferenz statt. Im Anschluß an den Bericht über die Verlängerung der Betriebszeit der städtischen Straßenbahnen entwickelte sich eine Wechselrede über eine weitere Aufhebung gewisser Be-

schränkungen. Insbesondere vom Vizebürgermeister Rain und Gemeinderat Leitner wurde auf die Verhältnisse im Gast- und Kaffeehausgewerbe hingewiesen und betont, daß es erwünscht wäre, wenn der Statthalter in dieser Beziehung gewisse Erleichterungen gewähren würde.

Gemeinderat Dr. Hein verwies auf die wesentliche Einschränkung des Vereins- und Versammlungslebens und forderte den Bürgermeister auf, auch in dieser Richtung beim Statthalter vorstellig zu werden.

Der Direktor der städtischen Elektrizitätswerke Ingenieur Karel führte aus, daß durch die Einschränkungen in diesen Belangen nahezu keine Ersparnisse erzielt werden, es werde vielmehr nur erreicht, daß in den Privatwohnungen mehr Licht verbraucht wird.

## Das Budget der Hauptstadt. Sitzung der Finanzkommission.

Budapest, 31. März.

Die hauptstädtische Finanzkommission verhandelte gestern nachmittag unter dem Voritze des Vizebürgermeisters Dr. Theodor Bödy das Budget der Hauptstadt für 1917 und beschäftigte sich mit der Frage, wie das Defizit gedeckt und das Gleichgewicht im Haushalte der Kommune hergestellt werden könnte. Im Laufe der verhältnismäßig kurzen, doch um so gehaltvolleren Debatte machte sich die Ansicht geltend, daß die Aufnahme eines neuen großen Anlehens unvermeidlich sei, da die Hauptstadt nicht nur für die Deckung des Defizits sorgen, sondern auch über größere Gelbborräte verfügen müsse, um nach dem Kriege allen Anforderungen entsprechen zu können. Großes Gewicht legten die Redner darauf, daß sich die Hauptstadt schon jetzt mit den nach dem Kriege zu lösenden wichtigen sozialen und anderen Fragen beschäftige; ein hierauf abzielender Antrag Dr. Béla Feleki wurde einstimmig angenommen. Die Sitzung nahm folgenden Verlauf:

Der erste Redner war Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy; er teilte unter anderem mit, der Magistrat werde dem Municipalausschuß den Antrag stellen, daß die Regierung ersucht werde, sich dringend mit der Reform der städtischen Steuern zu beschäftigen und den Städten die Haussteuer zu überlassen; falls diese nicht genügen sollte, müßte den Städten auch noch gestattet werden, nach der Einkommensteuer einen Kommunalsteuerezuschlag auszuwerfen. Das heutige Steuersystem der Städte könne nicht länger aufrechterhalten werden. Die Erhöhung des Kommunalsteuerezuschlages und des Hauszinsfreuzers billigt Redner nicht; nur in dem Falle — sagte er —, wenn unser Wunsch nicht erfüllt werden sollte, würden wir zu diesem äußersten Mittel greifen. Sodann sprach der Bürgermeister über die Probleme der Zukunft, zu deren wichtigsten die Förderung des Baugewerbes gehört. Nur wenn der Haushalt der Hauptstadt geordnet wird, kann die Hauptstadt die kolossalen Aufgaben, die nach dem Kriege der Lösung harren werden, erfüllen. (Lebhafter Beifall.)

Heinrich v. Biró ist der Ansicht, das Defizit sei zum größten Teile dem Kriegszustand zuzuschreiben. Er hält das Budget für reell, obwohl eine wichtige Post: die Regelung der Gehälter der Beamten, in das Budget nicht eingestellt wurde. In diesem Falle wäre das Defizit noch größer. Es werde nichts anderes übrig bleiben, als das Defizit durch ein Anlehen zu decken. Bei dieser Gelegenheit kritisiert Redner die Anlehenspolitik der Hauptstadt und weist darauf hin, daß Wien viel billigere Anlehen bekomme. Eingehend beschäftigte sich der Redner mit den Budapestier Wohnungsverhältnissen; er bezeichnete sie als unhaltbar und wünscht, daß dieser wichtigen Frage schon jetzt die nötige Aufmerksamkeit gewidmet werde. Man müsse dafür sorgen, daß nach dem Kriege die heimkehrenden Soldaten Wohnungen finden. Er kritisiert die Mietzinsverordnung, die seiner Ansicht nach große Mängel habe. Auch mit der Frage des Ueberganges zum Frieden müsse sich die Hauptstadt schon jetzt eingehend beschäftigen. Er nimmt das Budget an.

Dr. Rudolf Havas wünscht, daß die Hauptstadt die größte Sparsamkeit beobachte. Trotz des großen Defizits sei kein Anlaß, der Zukunft mit Besorgnissen entgegenzusehen. Er halte es daher für unnötig, dem Publikum so vielerlei neue Lasten aufzuerlegen. Nach dem Kriege werde gewiß eine Epoche des Aufschwunges eintreten, der auch die Finanzlage der Hauptstadt günstig beeinflussen werde. Zum Schlusse erklärte Redner, in der Hoffnung, daß für die Bürger der Hauptstadt nach dem Kriege bessere Zeiten anbrechen werden, das Budget anzunehmen.

Dr. Béla Feleki kann die Lage nicht so hoffnungsvoll betrachten wie der Vorredner. Er beschäftigt sich sodann mit den Ursachen des Defizits und weist darauf hin, daß die

Hauptstadt stets mitemütterlich von der Regierung behandelt werde. Man müsse der Regierung nahelegen, daß es ihre Pflicht sei, die Hauptstadt noch Möglichkeit zu entlasten und ihr zur weiteren Erfüllung ihrer Pflichten behilflich zu sein. Vor allem müsse man trachten, das Defizit durch ein Anlehen zu decken. Es müßte ein größeres Anlehen aufgenommen werden, denn auch die Vorbereitungen zum Uebergang in die Friedenszeit werden große finanzielle Ansprüche an die Hauptstadt stellen. Er wünscht, daß zu diesem Zwecke ein möglichst billiges Verlosungsanlehen im Betrage von 200 Millionen Kronen aufgenommen werde. Redner billigt die Ausführungen Heinrich v. Birós in der Wohnungsfrage und beantragt, eine engere Kommission zu entsenden, die die Lösung der Wohnungsfrage und andere wichtige Fragen gründlich vorzubereiten hätte.

Franz Székely ist ebenfalls der Ansicht, daß die Hauptstadt schon jetzt ein 200-Millionen-Anlehen aufnehmen solle. Die Hauptstadt müsse über bedeutende Gelbborräte verfügen, soll sie den nach dem Kriege an sie heranretenden Aufgaben gerecht werden können. In der Wohnungsfrage regt Redner die Idee an, daß die Hauptstadt, die günstige Konjunktur ausnützend, einen Teil ihrer Grundstücke verkaufe und das Geld zur Errichtung von Finanzhäusern verwende. So könnte die Wohnungsfrage am besten gelöst werden. Gegenüber der Ansicht Dr. Havas' hält Redner die Einführung neuer Steuern für unerlässlich, da die Hauptstadt auf eine derartige Vermehrung ihrer Einnahmen nicht verzichten könne. Nachdem noch Julius Székely gesprochen hatte, nahm die Kommission das Budget an samt dem Antrage Dr. Feleki auf Entsendung einer engeren Kommission zur Vorbereitung der Lösung der Wohnungsfrage und anderer dringender Fragen.

Die für heute vormittag anberaumte Sitzung der Finanzkommission wird nicht abgehalten.

### Der Krebschaden der Parteibürgermeister.

Im „Salzburger Volksblatt“ finden wir einen eingeleiteten Artikel über die Städteautonomie, den das Blatt als „vortrefflich“ bezeichnet und dessen Begründung als „selbstverständlich“ bezeichnet wird. Es ist gut, daß gewisse Wahrheiten nun auch von den Bürgerlichen begriffen werden, und so wollen wir erzählen, was da Wichtiges über die Parteibürgermeister gesagt wird:

Eine Mehrheit im Gemeinderat ist tatsächlich nichts anderes als eine politische Partei, die sich eine gewisse Wähleranzahl gesichert hat und die daher zufolge ihrer Macht in die Lage versetzt ist, in der Gemeindestube bestimmenden Einfluß auszuüben. Es wird also normalerweise überhaupt nur eine Persönlichkeit es zum Bürgermeister bringen können, die der herrschenden politischen Partei angehört, und der gewählte Bürgermeister muß Parteiemann bleiben, wenn er diese Ehrenstelle länger als nur drei Jahre innehaben will. Hier liegt ein großes Bedenken!

Wer würde zu behaupten wagen, daß die herrschende Partei immer solche Männer in ihrer Mitte hat, die die erforderlichen Fähigkeiten besitzen, als Bürgermeister einer Stadt aufzutreten zu können? Dennoch aber wird diese Partei, pochend auf die Macht, stets verlangen, daß der Bürgermeister aus ihren Kreisen hervorgeht. Nehmen wir aber an, es sei mitten im Gemeinderat ein für den Bürgermeisterposten geeigneter Anwärter vorhanden, so bleibt noch immer die sehr wichtige Frage offen, ob dieser Anwärter infolge seines Berufes oder seiner Stellung oder aus anderen Gründen die Möglichkeit besitzt, dieses Amt zu übernehmen. Wer in die Gemeindeverhältnisse einer Stadt nur halbwegs Einblick besitzt, wird zugeben müssen, daß ein Bürgermeister, der seine Obliegenheiten tatsächlich ernst nimmt, mit der Ausübung dieses Amtes derart in Anspruch genommen wird, daß ihm für die Führung eines eigenen Geschäftes oder Erwerbes keine Zeit mehr übrig bleibt. Daraus ergibt sich, daß ein Bürgermeister entweder seinen Erwerb vernachlässigen muß oder die Geschäfte der Gemeinde; es wäre denn, daß er über eigenes, entsprechend großes Vermögen oder ein anderes ihm mühelos zufließendes Einkommen verfügt. Daraus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, daß in Zukunft die Stelle des Bürgermeisters einer autonomen Stadt nicht mehr als Nebenbeschäftigung im Ehrenamt, sondern als Lebensberuf betrachtet werden muß.

Wir nähern uns damit jener Einrichtung, die im Deutschen Reiche für größere Städte schon lange besteht und sich bestens bewährt hat: dem Berufsbürgermeister. Der vom Gemeinderat zu wählende Berufsbürgermeister, der nach etwa dreijähriger Probepraxis auf Lebensdauer zu bestellen wäre, müßte auf gesetzlichem Wege mit jener Unabhängigkeit ausgerüstet werden, die heute dem österreichischen Richterstand staatsgrundgesetzlich gewährleistet ist. Die Bewerber müßten selbstverständlich nicht nur die erforderliche theoretische Vorbildung besitzen, sondern auch eine ausreichende praktische Betätigung nachweisen und insbesondere über Kenntnisse der örtlichen Verhältnisse verfügen. Ein derartiger Bürgermeister wäre dann kein Spielball der einzelnen Parteien mehr, sondern der vollkommen objektive Leiter der Beratungen des Gemeinderates und eine Persönlichkeit, die infolge der auf Lebensdauer gesicherten Stellung auch imstande wäre, wirklich Großzügiges zu leisten, weil sie nicht zu fürchten brauchte, nach drei oder sechs Jahren mitten im Schaffen wiederum abgelöst zu werden. Der Bürgermeister der Gegenwart muß in erster Linie Parteimann sein, der Berufsbürgermeister stünde über den Parteien. Es ist eine ganz natürliche Folge des heutigen Systems, daß alle Gemeinderäte, die nicht der herrschenden Partei angehören, dem Bürgermeister ein gewisses Mißtrauen von vornherein entgegenbringen, weil sie eben im Stadtoberhaupt nicht den objektiven Leiter der Gemeindegewirtschaft, sondern den Vertrauensmann der herrschenden Partei erblicken. Wie ganz anders wäre die Sache beim Berufsbürgermeister, der sich keinen Sonderinteressen unterzuordnen brauchte, sondern einzig und allein nur auf das Ganze seinen Blick richten könnte! Schließlich muß doch zugegeben werden, daß ein Bürgermeister, der außer der angeborenen, also natürlichen Intelligenz auch noch über entsprechende theoretische und praktische Ausbildung auf dem Gebiete der öffentlichen Verwaltung verfügt, aller Voraussicht nach der Gemeinde größere Dienste leisten wird können als ein Bürgermeister, bei dem diese Voraussetzungen nicht zutreffen. Die Einführung der Berufsbürgermeister erscheint also äußerst wünschenswert.

**Bilanzen der städtischen Unternehmungen.**

Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung den Verwaltungsbericht der städtischen Elektrizitätswerke für das Geschäftsjahr 1915/16 zur Kenntnis genommen und die Bilanz mit dem Gebahrungüberschuß von 11.974.415 Kronen genehmigt. Von dieser Summe werden nach Abzahlung der Tilgungsquoten für die Anleihen und des Bilanzgeldes 11.656.204 Kronen zur Abfuhr an die eigenen Gelder der Gemeinde Wien gelangen.

Ferner wurde die Bilanz der städtischen Gaswerke genehmigt, deren Gesamtertrag sich auf 9.342.232 Kronen beziffert: Abfuhr an die eigenen Gelder der Gemeinde 5.083.556 Kronen, Kosten der unentgeltlichen Besorgung der öffentlichen Beleuchtung 3.303.408 Kronen, Ersparnisse der Gemeinde beim Gasbezüge 272.477 Kronen, Ersparnisse der Gemeinde beim Koksbezüge 374.160 Kronen, Vermögensvermehrung durch die aus dem Betriebsergebnisse gedeckten Investitionen 309.231 Kronen.

Das Brauhaus der Stadt Wien mit der Oekonomie Wallhof schließt mit einem Reingewinn von 421.297 Kronen ab. Der Betrag wird vom Verlustvortrage in der Höhe von 875.547 Kronen abgeschrieben.

8. IV. 1917

**Die Finanzen der Stadt Wien.**

Aus Gemeinderatskreisen wird uns mitgeteilt: In diesen Tagen sind die Rechnungsabschlüsse der beiden Großunternehmungen der Stadt Wien, Elektrizitäts- und Gaswerke veröffentlicht worden, die in den letzten Jahren steigende Gewinne aufwiesen, insgesamt seit ihrer Gründung 110 Millionen Kronen nach Tilgung der Anleihequoten rein an die Stassen der Stadt Wien abführten, so daß die Gemeinde als eine der ganz wenigen Großgemeinden eine Umlagen-erhöhung noch immer vermeiden konnte. Die Elektrizitätswerke warfen im Verwaltungsberichts-jahr 1915/16 um zehn Prozent mehr ab als im Vorjahre, die Gaswerke wiesen einen Reingewinn in ungefähr gleicher Höhe auf wie im Vorjahr. Auf den ersten Blick erscheinen die Rechnungsabschlüsse der Elektrizitäts- und Gaswerke ungemein erfreulich, in Friedenszeiten hätten sie im Vereine mit dem Ertrag der anderen städtischen Betriebe, die ja alle, mit Ausnahme der Stellwagenunternehmung, aktiv sind, den Finanzminister im Rathaus von den Sorgen befreit. Heute stehen die Dinge anders: Die Ausgaben der Stadtverwaltung sind vielfach gestiegen, die Kriegsfolgen belasten den Stadtsäckel immer mehr; die sanitären Vorkehrungen, welche die Seuchenbekämpfung erfordert, beanspruchen große Summen, die Teuerungszulagen für Beamte und Arbeiter bedeuten bei 42.000 Personen in städtischen Diensten jährlich einige Millionen, Tausende von Aushilfskräften müssen im Gemeindebedienst beschäftigt werden. Das Lebensmittelgeschäft der Gemeinde Wien, das nun einen Umsatz von über dreihundert Millionen aufweist, arbeitet oft mit Verlusten, die im Interesse der armen Schichten der Bevölkerung gebracht werden, und dann — die allgemeine Teuerung!

Zu diesen Kriegskosten sind in der jüngsten Zeit noch neue gekommen, die für den Gemeindehaushalt um so drückender werden, als die Teuerungszulagen für Beamte und Arbeiter noch nicht bedeckt sind. Die neuen Steuergesetze, die Zuschläge zur Erwerbsteuer, die Sanitätszuschläge und die 33prozentige Erhöhung der Frachttarife bedeuten für die Gemeinde Wien, deren Gaswerke beispielsweise jährlich 12.000 Waggons Kohle beziehen, allein eine jährliche Mehrbelastung von 4 bis 5 Millionen Kronen.

Da nun die Gemeindebevölkerung schon im letzten Jahre einen Abgang von zwei Millionen Kronen aufwies, wird sich das Defizit vergrößern. Es wird in erträglichen Grenzen bleiben und mit jenem von Budapest — 37 Millionen Kronen — nicht zu vergleichen sein. Der Wiener Gemeinderat wird aber heuer die Frage zu lösen haben, wie das Gleichgewicht im Stadthaushalte herzustellen ist, und er wird voraussicht-

lich bei den städtischen Großbetrieben, Gas- und Elektrizitätswerke, eine Erhöhung der Tarife, unter Berücksichtigung des Mittelstandes und der ärmeren Schichten selbstredend, vornehmen und auf den Straßenbahnen die Einführung des Einheits-tarifes erwägen. Im Falle der Verwirklichung dieser Pläne wird eine Umlagen-erhöhung weiterhin erspart bleiben.

\* 18 Frauen in der Charlottenburger Stadtverwaltung.  
Auch in die Charlottenburger Stadtverwaltung werden demnächst Frauen in größerer Zahl Einzug halten. Der Charlottenburger Magistrat und die Stadtverordneten sind sich in ihren Beschlüssen darüber einig, daß die Wahl von Frauen in städtische Deputationen in weiterem Umfang als bisher zweckmäßig ist. Der Magistrat schlägt deshalb jetzt vor, zu den bereits in den Deputationen für die Wohnungspflege und die Waisenspflege tätigen sechs Frauen weitere zwölf Frauen als beratende Mitglieder hinzuzuwählen, und zwar: in die Deputation für den Arbeitsnachweis drei Frauen, in die Deputation zur Beratung von Maßnahmen gegen die Lebensmittelsteuerung zwei und in die Deputationen für Gesundheitspflege, zur Beratung von Maßnahmen zur Hebung der Volksschulen, für die höheren Mädchenschulen, für das städtische Fortbildungsschulwesen, für die Verwaltung der Krankenhäuser, zur Verwaltung der Wohlfahrtschule und in das Kuratorium der Puls-Stiftung je eine Frau. Es werden dann, abgesehen von den auf Grund besonderer Gesetze gebildeten Deputationen für das Volksschulwesen und die Armenpflege, den städtischen Deputationen Charlottenburgs 18 Frauen angehören.

**Stadtverordneten-Versammlung.**

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung standen zunächst die Berichte der Ausschüsse zum

**Haushaltsplan für 1917.**

Für die Ausschüsse berichten die Stadtverordneten Dr. Herz (Rp.), Hené (Rp.), Lion (nl.), Dr. Helff (Rp.), Wechstedt (Rp.) und Zielowski (Soz.). Die einzelnen Kapitel des Haushaltsplans werden nach den Anträgen der zuständigen Ausschüsse genehmigt und der gesamte Etat ohne Debatte angenommen.

Hierauf begründete Stadtv. Hopf (Soz.) eine Anfrage seiner Fraktion, wegen Einführung

**von städtischem Kriegskleingeld.**

Der Mangel an Kleingeld habe im täglichen Verkehr einen empfindlichen Notstand hervorgerufen. Detailgeschäfte, Warenhäuser und andere Betriebe seien, um dieser Kalamität abzuwehren, bereits zur Ausgabe von Gutschein geschritten. Eine bedenkliche Unsicherheit im Geldverkehr sei die Folge, da für diese Gutscheine jede Kontrolle und jede Gewähr fehle. Es sei deshalb erwünscht, daß die Stadt selbst die Ausgabe von Kriegs-Ersatzgeld, besonders für die kleinen Werte bis zu 50 Pfennigen in die Hand nehme.

Stadtrat Dr. Bleicher erklärte, der Magistrat habe die Frage schon mehrfach in Erwägung gezogen, sei aber zu der Meinung gekommen, daß die Schaffung städtischen Kleingelds nur im äußersten Notfall gerechtfertigt erscheine. Dieser Notfall liege aber heute kaum mehr vor, das Bedürfnis nach kleinen Werten habe sich auch nach dem Urteil der Handelskammer in den letzten Wochen sehr verringert. Die Ausgabe von Fünzigpfennig-Scheinen, die der Magistrat vor kurzem beantragt habe, erübrige sich, da das Reich inzwischen zur Prägung von Fünfcentstücken aus Zink übergegangen und hierdurch eine Behebung der Kleingeldkalamität zu erwarten sei.

Stadtv. Hopf (Soz.) gibt seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß die Handelskammer von der Ausgabe städtischen Kleingeldes abgeraten habe.

Stadtv. Labenburg (nl.) wies die von dem Vorredner gegen die Handelskammer erhobenen Vorwürfe zurück. Die Kammer habe ihr Möglichstes getan, um die Schwierigkeiten des Geldverkehrs zu beheben. Sie habe im Verein mit der Reichsbank vor allem den Mangel an Ein- und Zweimarschein beseitigt.

Eine Reihe von Magistratsvorlagen, darunter die Wahl eines Bezirksvorstehers im 11. Bezirk, der Verkauf eines Grundstückes in der Gemarkung Oberrod, der Haushaltsplan des Vereinigten Almosenfonds für 1917, die Schaffung einer Direktorstelle an der Eschersheimer Realschule und die Befetzung mehrerer Oberstadtsassistentenstellen werden nach den Anträgen der zuständigen Ausschüsse debattelos genehmigt.

Eine weitere Vorlage des Magistrats fordert 105 000 Mark für die Organisation einer rationellen Sammlung und

**Verwertung der Küchenabfälle.**

Stadtrat Dr. Landmann begründete die Vorlage. Der Magistrat habe vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung mit der Kraftfutterstelle in Berlin einen Vertrag über die Sammlung und Verwertung von Küchenabfällen geschlossen, der spätestens bis zum 15. April ratifiziert sein müsse. Danach übernimmt die Stadt die Sammlung der Abfälle; sie erläßt zu diesem Zwecke eine Verordnung, daß künftig alle Küchenabfälle der Stadt zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Abfuhr erfolgt durch den städtischen Fuhrpark; auch die Sammelleimer werden durch die Stadt gestellt. Die Stadt führt die Abfälle an die Gesellschaft in Berlin ab und kann dafür von dieser entweder die Rücklieferung des daraus erzeugten Kraftfutters oder direkt dessen Herstellung gegen eine Vergütung von 1.75 Mark für den Zentner verlangen. Im ersteren Fall erhält die Stadt für den Zentner Abfälle 3.50 Mark und hat für den Zentner Kraftfutter 18 Mark zu zahlen. Die Organisation dieser

Maßnahme erfordert die Vermehrung des städtischen Fuhrparks um 26 Pferde, die ebenso wie die Güter von der Gesellschaft befergt werden. Die Stadt erhält ferner von der Gesellschaft ein unverzinsliches Darlehen von 30.000 Mark, dessen Tilgung in der Weise erfolgt, daß für jeden Zentner Abfälle 1 Mark abgeschrieben werden soll. Die Stadt hat das Recht, von der anfallenden Menge täglich 150 Zentner für ihre eigenen Zwecke zurückzubehalten. Bei der Ablieferung werde es ohne Zwang nicht gehen; kostenfrei davon sollen jedoch Wirtschaften, Krankenhäuser und die Bewohner der Außenviertel sein. Finanziell schneide die Stadt bei dem Abkommen nicht ungünstig ab.

Stadtverordneter Stolze (Rp.) hat Bedenken gegen die Einführung eines Zwangs bei der Ablieferung; er befürchtet dabei eine Beeinträchtigung der Kleintierzucht und Geflügelhaltung. Die Vermehrung des Pferdebestands habe wegen des Futtermangels ihre Bedenken.

Stadtverordneter Dr. Brud (Rp.) wünscht nähere Auskunft über die Gesellschaft. Auch er ist der Ansicht, daß nur die zwangsweise Ablieferung der Küchenabfälle Erfolg verspreche.

Stadtrat Dr. Landmann erklärte, daß die Stadt einstweilen nur 10 000 Sammelleimer zur Verfügung habe, ein Teil der Einwohner werde also von vornherein von der Ablieferungspflicht ausgeschlossen bleiben. Es sollen hier in erster Linie Kleintier- und Geflügelhalter berücksichtigt werden. Futtor sei auch für die neu einzustellenden Pferde in genügender Menge vorhanden. Die Gesellschaft sei eine staatlich-kommunale Gründung; auch das Reich habe einen Zuschuß gegeben. Privatkapital sei daran nicht beteiligt.

Die Vorlage wurde mit einem Zusatzantrag Brud, der Garantien für die Berücksichtigung der Interessen des Kleintierzüchters enthält, angenommen.

Eine Anzahl von Ausschussberichten, darunter ein Grundstückskauf und die Bildung je einer überzähligen Obersekundaran der Sachsenhäuser Oberrealschule und an der Helmholz-Realschule wurden genehmigt. Ferner wurden die vom Magistrat für die Organisation der städtischen Kohlenversorgung geforderten 50 000 Mark bewilligt. Abgelehnt wurde ein Antrag Bleicher, den Magistrat zu ersuchen, zunächst bald eine statistische Erhebung über den Winterbedarf der Haushaltungen an Brennstoffen einzuleiten, bei der Zahl und Größe der Zimmer, Art und besondere Verhältnisse der Heizung und Zahl der Haushaltsmitglieder zu erfragen und durch besondere Fragen zu ermitteln wäre, ob und inwiefern die Einlagerung des gesamten Winterbedarfs in den Kellern des Haushalts möglich ist. Auf Grund der Angaben könnten dann erforderlichenfalls Brennstoffarten für den ganzen Winter ausgegeben werden. Die gleichmäßige und gerechte Verteilung der Brennstoffe ist dann durch die Kohlenverteilungstelle im engen Zusammenwirken mit dem Groß- und Kleinhandel zu regeln.

Eine Eingabe der Direktoren der Mittelschulen und des Mittelschullehrer-Vereins wegen Entwidlung des Frankfurter Mittelschulwesens wurde zusammen mit dem Antrag auf Errichtung einer auf der Volksschule aufgebauten Uebergangsklasse für hervorragend begabte Volksschüler auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt. Die für heute, Freitag, anberaumte Sitzung findet nicht statt.

### Der Albanerbesuch in Wien.

Die albanische Abordnung im Rathaus.

Unter der Führung des G. d. N. Erzellenz Trollmann erschien gestern, wie bereits berichtet, die albanische Abordnung im Rathaus und wurde vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner, dem sich die Vizebürgermeister Sierhammer, Hof und Rain angeschlossen hatten, empfangen. Im Empfangsalon hielt Bürgermeister Dr. Weiskirchner an die Herren eine Ansprache, in der er unter anderem ausführte: „Ich gebe der Erwartung Ausdruck, daß ein baldiger ehrenvoller Friede die Grundlage zu einem kulturellen Aufschwung und zur materiellen Förderung Albanien bilden wird und daß in den kommenden Friedenszeiten die Beziehungen Albanien zur Stadt Wien weiter gepflegt und so ausgestaltet werden, daß sie Ihnen und unserer Stadt zum Nutzen und Frommen gereichen.“

Prof. Rottler überlegte die Worte des Bürgermeisters ins Albanische, und die Dolmetschung wurde mit lebhafter Zustimmung aufgenommen.

G. d. N. Trollmann sagte in seinem Dank, er sei glücklich, Vertreter des ganzen Landes Albanien und der Gesamtvertretung aus allen Kreisen und Schichten hierher nach Wien führen zu dürfen, um sie in erster Linie vor den Kaiser behufs Darbringung ihrer Guldigung geleiten zu dürfen. Alle Mitglieder der Abordnung sind glücklich darüber, daß sie den Wiener Boden betreten haben: es sind zum großen Teil einfache Leute, die noch nie Gelegenheit hatten, derartiges zu sehen, was die Stadt Wien bietet. Wir sind überzeugt, daß die Stadt Wien nach dem Kriege einen weiteren bedeutenden Aufschwung nehmen wird. Albanien wird sehr viel brauchen, und die Verbindung der Stadt Wien wird dem Lande Albanien in seiner Kultur und in seinen geschäftlichen Beziehungen zum Vorteil gereichen.

Die Herren der Abordnung besichtigten dann die Festräume. Im Stadtratsitzungslokal wurde ihnen eine Schale Kaffee verabreicht.

In Vertretung des Bürgermeisters, der infolge dringender Amtsgeschäfte sich schon früher verabschiedet hatte, dankte Vizebürgermeister Sierhammer den Herren für den Besuch und gab der Erwartung Ausdruck, daß die Wiener bald den Herren einen Gegenbesuch in Albanien machen werden.

### Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung.

#### Erweiterte Zuziehung der Frauen. — Unterbringung der Kinder auf dem Lande.

Sämtliche Fraktionen der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung hatten beantragt, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung eine Vorlage zu unterbreiten, nach der die Wahl von Frauen für Deputationen in weiterem Umfange als bisher zu erfolgen hat, und ferner den Frauen, sobald die gesetzlichen Bestimmungen oder ihre Auslegung es zulassen, Stimmrecht in den Deputationen gewährt wird. Stadtv. Regierungsrat Dr. Stadthagen (Alt-Bürgerl.) begründete den Antrag, indem er nicht nur die Aufopferung, sondern auch die Eignung der Frauen voll und ganz anerkannte. Er wies auf die Verhandlungen in Berlin und im Abgeordnetenhaus hin und befürwortete die Verleihung des Stimmrechts an die Frauen. Um einer Anfechtung der Beschlüsse durch das Oberverwaltungsgericht vorzubeugen, sei eine Erklärung des Ministers des Innern empfehlenswert, daß der Zuwahl von Frauen mit beschließender Stimme in Deputationen keine Bedenken entgegenstehen.

Oberbürgermeister Dr. Scholz sprach sich gegen eine derartige Erklärung des Ministers aus, da hierdurch ein Konflikt mit dem Oberverwaltungsgericht heraufbeschworen würde. Der Magistrat habe bereits vor einigen Wochen beschlossen, den angeregten Wünschen entgegenzukommen. Die Deputationen sind bereits um Mitteilnahme ersucht, ob sie eine Zuwahl von Frauen wünschen. Die jetzige Zeit habe erwiesen, daß die Frau mehr als bisher ihren Mann zu stehen geeignet sei, besonders in der Kriegsfürsorge. Der Magistrat werde deshalb nach Abschluß der Umfrage sofort eine Vorlage der Versammlung unterbreiten. Nachdem sich auch die Redner der anderen Fraktionen für die erweiterte Hinzuziehung der Frauen auf öffentlichen Gebieten und Einräumung größerer Rechte ausgesprochen hätten, wurde dem Antrage einstimmig zugestimmt.

Für die Unterbringung von Charlottenburger Kindern auf dem Lande wurden nach kurzer Aussprache 140 000 M. aus dem Kriegsvorschußkonto zur Verfügung gestellt. Oberbürgermeister Dr. Scholz erklärte unter dem Beifall der Versammlung, daß die Unterbringung der Kinder vollkommen gesichert sei dank der Opferwilligkeit des Landes, das sich auf diesem Gebiete glänzend bewährt habe. Für die Unterbringung kommen vier Provinzen in Frage; Sachsen wolle 11 671 Kinder, Posen 21 689, Pommern 32 300 und Ostpreußen sogar 63 291 Kinder, letztere Provinz sogar unentgeltlich aufnehmen. Aus diesen erstaunlichen Zahlen sei zu ersehen, daß alle Kinder untergebracht werden können, und daß die Opferwilligkeit des Landes auf diesem Gebiete durchaus nicht versagt habe. — Der Abänderung der Umsatzsteuerordnung zugunsten der Hypotheken- und Rentenschuldgläubiger im Falle des Zwangsverkaufs wurde gleichfalls zugestimmt, wodurch der Magistrat berechtigt wird, in derartigen Fällen die Umsatzsteuer zu erlassen. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung bezog sich auf die Beibehaltung der Sätze der Kriegsfamilienunterstützungen. Sollten die Reichssätze vom 1. Mai d. Js. herabgesetzt werden, so wird der Unterschied mit 5 M. für eine Ehefrau und mit 2,50 M. für jede sonstige unterstützungsberechtigte Person aus städtischen Mitteln entrichtet werden. An Mehrkosten werden hierdurch 200 000 M. monatlich entstehen.

## Charlottenburger Stadiparlament.

### Anerkennung der Frauenarbeit.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung nahm zu Beginn ihrer gestrigen Sitzung von der Amtsniederlegung des unbesoldeten Stadtrats Schliemann, der inzwischen verstorben ist, Kenntnis. Ein Ausschuß der Versammlung wird sich mit der Neubesezung des Postens befassen und gleichzeitig zur Neuwahl von 8 Stadträten Stellung nehmen, deren Wahlperiode noch in diesem Jahre abläuft. Es sind dies die Stadträte Stendal, Moll, Dr. Jaffe, Mittag, Ring, Dr. de Grunter, Aschenheim und Ahrens. Für die Gasanstaltsverwaltung wurden 121 022,25 M. nachbewilligt, die zumeist durch höhere Materialpreise und Arbeiterlöhne entstanden sind. — Dem Antrage der Stadtverordneten-Versammlung zur Beratung der Frage über die Einrichtung eines städtischen Anschaffungsamtes eine gemischte Deputation einzusetzen, hat der Magistrat zugestimmt. In der gestrigen Versammlung wurden nun 10 Stadtverordnete als Deputationsmitglieder gewählt. Der Magistrat entsendet fünf Mitglieder.

Von allen Fraktionen gemeinsam lag gestern folgender Antrag vor: „Der Magistrat wird ersucht, eine Vorlage zu unterbreiten, nach der die Wahl von Frauen für Deputationen in weiterem Umfange als bisher zu erfolgen hat, und den Frauen, sobald die gesetzlichen Bestimmungen oder ihre Auslegung es zulassen, Stimmrecht in den Deputationen gewährt wird.“ Stadtv. Stadthagen (A. bürgl.) begründete den Antrag, indem er darauf hinwies, daß ohne die Hilfe der Frauen es kaum möglich gewesen wäre, die Kriegshilfe in den Städten ordentlich durchzuführen. Ihre dauernde Tätigkeit in den Gemeinde-Körperschaften könne den Verwaltungen nur Vorteile bringen. Oberbürgermeister Dr. Scholz erklärte sich mit den Darlegungen des Redners im allgemeinen einverstanden und teilte mit, daß der Magistrat bereits Veranlassung genommen habe, die einzelnen Deputationen zu befragen, ob sie die Zuwahl von Frauen für erforderlich halten. Sobald das Ergebnis dieser Umfrage eingegangen ist, werde den Stadtverordneten eine entsprechende Vorlage zugehen. Stadtv. Rakenstein (Soz.) gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß bei dieser Gelegenheit die städtischen Körperschaften einmütig sind, konnte aber nicht umhin, in diese Einigkeit einen kleinen Miston zu tragen, indem er das Verdienst, die Frauenmitarbeit „uerst und schon immer“ gefordert zu haben, für seine politischen Freunde in Anspruch nahm. Man ließ ihm diese kleine „Extrawurst“ und stimmte dem oben wiedergegebenen Antrage zu.

Dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, die Umsatzsteuer zu erlassen, wenn im Falle des Zwangsverlaufes eines Grundstücks ein Hypotheken-, Grundschuld- oder Rentenschuldgläubiger zum Zwecke der Rettung seiner Hypothek, Grund- oder Rentenschuld das Grundstück erwerben muß, war der Magistrat ursprünglich nicht beigetreten. Stadtv. D. Eyd (Lib.) begrüßte es, daß der Magistrat jetzt seinen Standpunkt geändert hat und eine entsprechende Aenderung der Steuerordnung empfiehlt. Die Versammlung stimmte dieser Aenderung mit einigen Ergänzungen, die Dr. Eyd beantragt hatte, zu.

Für die Unterbringung von Kindern auf dem Lande während der Sommermonate forderte der Magistrat 140 000 M. Für die liberale Fraktion stimmte Stadtv. Dr. Landsberg den Vorschlägen des Magistrats zu. Oberbürgermeister Dr. Scholz gab einige Erläuterungen und teilte mit, daß die Unterbringung von 4000 Charlottenburger Kindern schon gesichert sei. Die Opferwilligkeit des Landes habe sich auf diesen Gebieten glänzend bewährt. Der Redner teilte mit, daß beispielsweise Ostpreußen sich bereit erklärt habe, 63 000 Kinder auf vier Monate unentgeltlich unterzubringen. Nachdem der sozialdemokratische Redner eine genaue Kontrolle der Kinder gefordert hatte, damit sie nicht übermäßig zur Arbeit herangezogen werden, wurde dem Magistratsantrage zugestimmt.

Ebenso wie der Berliner, hat auch der Charlottenburger Magistrat die Erhöhung der Beihilfen an Krieger-

frauen auf 20 Mark und für jedes Kind auf 10 Mark beschlossen. Die Versammlung überwies diese Angelegenheit einem Ausschuß und ebenso den Magistratsvorschlag, die Steuerungsanlagen der städtischen Angestellten einer Revision zu unterziehen.

Zum Schlusse der Sitzung wurde die Uebernahme der Müllabfuhr in städtische Regie beraten. Der Magistrat hat ermächtigt zu werden, die „Dreiteilung“, Müllverwertungsgesellschaft m. b. H. zu übernehmen und 200 000 Mark für das lebende und tote Inventar zu zahlen. Auch diese Vorlage ging schließlich an einen Ausschuß.

20./IV. 1917.

20  
105

### Städtische Kollegien in Altona.

Eine gemeinschaftliche öffentliche Sitzung der Städtischen Kollegien fand unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Schnadenburg am Donnerstag abend 7 Uhr im Rathause statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Stadtverordneter Hänel an den Oberbürgermeister eine Anfrage betreffend Regelung der Kohlenversorgung, die dringend der Abhilfe bedürfe. Es müsse während des Sommers alles aufgehoben werden, um eine Wiederkehr der unerträglichen Kohlennot der Bevölkerung für den nächsten Winter zu ersparen. Der Oberbürgermeister äußerte sich in längeren Ausführungen und schilderte, wie von der Stadtverwaltung alles Mögliche geschehen sei, um dem Uebelstande in der Feuerungsbeschaffung abzuhelfen. Leider sei eine ausreichende, befriedigende Lösung infolge des durch die störende Zufuhr entstandenen allgemeinen Kohlenmangels nicht zu erlangen gewesen. Eine generelle Abhilfe könne nur eine bedeutend verstärkte Kohlenzufuhr herbeiführen. Stadtv. Wischoss legte der Stadtverwaltung dringend ans Herz, rechtzeitig Vorsorge zu treffen, daß die Stadt im nächsten Winter imstande sei, an diejenigen Einwohner, die nicht die Mittel haben, Kohlen einzunehmen, Feuerungsmaterialien zu verteilen. Der Oberbürgermeister versprach noch einmal, kein Mittel und keinen Weg unverfügt zu lassen, um in diesem äußerst ernst, unhaltbaren Zustande eine Besserung herbeizuführen. Nachdem noch mehrere Redner die dringende Notwendigkeit einer rechtzeitigen und gründlichen Abhilfe betont hatten, wurde dem Antrage des Stadtv. Hänel auf Herbeiführung einer baldigen Regelung der Kohlenfrage allgemein zugestimmt.

Hierauf trat man in die Tagesordnung ein und nahm zunächst den Antrag der Kommissionen für Gas, Wasser und Elektrizität und zur Revision der Beamtengehälter auf Aufhebung der Beamtenstellen des Rohrnetzverwalters und des Oberrevisors und die Neuschaffung der Stellen: 1. eines Betriebsingenieurs, 2. eines Ingenieurs für den Außendienst und 3. eines Obergewerführers nach kurzer Besprechung an.

Die Anträge der Kommissionen zur Revision der Beamtengehälter und zur Regelung der Beamten- und Arbeiterverhältnisse auf Erhöhung der einmaligen und laufenden Feuerungszulagen an städtische Beamte, Angestellte und Arbeiter nach Maßgabe der in Hamburg bewilligten Sätze sowie auf Feuerungszulagen für Pensionäre und Ruhehaltsempfänger wurden von Senator Schönig begründet und erläutert und nach kurzer Besprechung genehmigt.

Der Antrag der Baukommission, die für 1916 festgesetzten Einheitspreise für Pflasterung, Chausfrierung usw. auch für 1917 gelten zu lassen und einen Kriegszuschlag von Fall zu Fall zu beschließen, wurde ohne weiteres angenommen.

Die zur Förderung der Kaninchenzucht von der Lebensmittelkommission beantragte Summe von 10 000 M., die der Kleingartenkommission zur Verfügung gestellt werden soll, gab Veranlassung zu Für- und Gegenrede. Stadtv. Brehme erklärte sich als Freund der Vorlage und gab Aufklärung über die geplante Verwendung der Summe. Stadtv. Ellrich erörterte seine Bedenken gegen die Vorlage, die aber doch fast einstimmige Annahme fand.

Auf Antrag des Stadtv. Thomas fand hierauf erst eine geheime Sitzung statt, da der Oberbürgermeister sogleich die Sitzung verlassen müsse und vorerst in der geheimen Sitzung noch eine wichtige Erklärung abgeben wolle. Nachdem die Öffentlichkeit wieder hergestellt war, genehmigten die Kollegien die Vorlage der Gesundheitskommission auf Einführung von Gebühren von 3-10 Mark für Benutzung der Leichenhalle an der Nordreihe unter Vorbehalt der Zustimmung des Altonaer Parochialverbandes, dem das Leichenhallengrundstück gehört. Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden in geheimer Sitzung erledigt.

### Änderung des Gemeindevahlrechtes in Prag.

P. Prag, 19. April. In der heutigen Stadtratsitzung stellten Bürgermeister Dr. Gros und die Vizebürgermeister Kaspar und Schrötter den Antrag, ehestmöglichst zur Ausarbeitung einer neuen Gemeindevahlordnungsvorlage zu schreiten, in der die größte Erweiterung des Gemeindevahlrechtes, insbesondere auch auf die Frauen, durchgeführt würde, eventuell durch Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Gemeindevahlrechtes. Dieser Antrag wurde einstimmig, der letzte Absatz betreffend das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht mit Stimmenmehrheit angenommen.

**Der neue Kriegsminister an die Stadt Wien.**

Der k. u. k. Kriegsminister Stöger-Steiner hat an den Bürgermeister nachstehende Zuschrift gerichtet:

„Wohl ist es ein historischer Augenblick, in dem ich, durch die Gnade Seiner kaiserlichen und königlichen Apostolischen Majestät berufen, an die Spitze der Heeresverwaltung trete. Groß und hehr ist die Aufgabe, die es zu erfüllen gilt, um diesen furchtbarsten aller Kriege mit vereinten Kräften zum siegreichen Ende zu führen und der Welt den ersehnten Frieden wiederzugeben. Die beispiellose Opferfreudigkeit, die nie wankende treue und loyale Hingebung der Wiener Bevölkerung machen es jeder an verantwortungsvoller Stelle stehenden Persönlichkeit zur heiligen Pflicht, alles aufzubieten, um nach glücklich beendetem Kriege die Bevölkerung je eher der vollen Segnungen des Friedens und einer ruhigen, gedeihlichen Entwicklung teilhaft werden zu lassen. Eure Exzellenz hatten die Gewogenheit, mir namens der Bevölkerung der Haupt- und Residenzstadt Wien anlässlich meiner Ernennung zum k. u. k. Kriegsminister in warmen Worten Glück zu wünschen. Möge dieser Wunsch, für welchen ich Eurer Exzellenz meinen innigsten, tiefempfundenen Dank zu genehmigen bitte, in dem Sinne in Erfüllung gehen, daß es mir beschieden sein möge, auch meinerseits beizutragen zur Vinderung und Heilung der schweren Wunden, welche der Krieg der so rührend braven Wiener Bevölkerung geschlagen!“

22./IV. 1917.

109

**Gegen die Ausschaltung des Gemeinderates und für eine Gemeindevahlreform in Graz.** Aus Graz wird uns telegraphiert: Die sozialdemokratische Landesparteivertretung besprach in ihrer letzten Sitzung eingehendst die Verhältnisse, die in Graz durch die Auflösung des Gemeinderates eingetreten sind. Sie kam hierbei einmütig zu der Anschauung, daß die Bevölkerung durch die Ausschaltung des Gemeinderates noch schwerer zu leiden hatte und hat, als es durch die schwere Kriegszeit gerechtfertigt ist. Bei Ueberprüfung der rechtlichen Seite der Ausschaltung trat die einhellige Anschauung zu Tage, daß die Unterlassung der Ausschreibung der Neuwahlen innerhalb der durch die Gemeindevahlordnung gesetzlich vorgeschriebenen Frist eine Verletzung der Rechte der Gemeindeangehörigen ist. Im Anschluß daran wurde die Notwendigkeit einer Aenderung der veralteten, auf der Vorherrschaft bevorzugter Schichten in der Gemeinde beruhenden Gemeindevahlordnung betont und es wurde darauf hingewiesen, daß die bestehende Ungleichheit heute besonders im Hinblick auf die letzten Ereignisse nicht mehr aufrechterhalten werden kann und von der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung, die die schwersten Opfer im Kriege zu tragen hat, in steigendem Maße als nicht weiter erträglich empfunden werden muß. Die Landesparteivertretung kam zu dem Schlusse: Es ist die sofortige Ausschreibung der Neuwahl mit allem Nachdruck zu verlangen und dem neugewählten Gemeinderat ist sogleich bei Zusammentritt eine Gemeindevahlreform zu unterbreiten, die den Grundsätzen der Gleichheit entspricht. Mit der Durchführung des Beschlusses wurde der Vorstand der Landesparteivertretung betraut.

## Städtische Nachrichten.

(Siehe auch Stadt-Anzeiger.)

Köln, 27. April.

## Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Versammlung, die Oberbürgermeister Waltraf leitete, erklärte sich unter dem Ausdruck des Dankes mit der Annahme des Vermächtnisses der verstorbenen Eheleute Richard Schildmann im Werte von 150 000. M für arme Kinder einverstanden. Sie bewilligte, wie in früheren Jahren, einen Zuschuß von 5000. M an den Kölnischen Kunstverein für 1917. Die Versammlung war dann einverstanden, daß von der diesjährigen Aufstellung der Gemeinde-Wählerliste wie im Vorjahre Abstand genommen wird. Es wird die im Jahre 1915 aufgestellte Liste zugrunde gelegt, nach der den Kriegsteilnehmern die Ausübung des Wahlrechts möglich ist. Die Wahlen finden, wie üblich, gegen Ende des Jahres statt.

Eine anderweite Festsetzung der Teuerungszulagen für Beamte, Angestellte, Arbeiter usw., wie sie von der Verwaltung vorgeschlagen wurde, fand die Billigung des Kollegiums. Der Grundsatz der Berücksichtigung des Familienstandes soll in weitestem Maße Platz greifen. Die Kosten betragen 1 078 000. M mehr als die bisherige Zulage. Auch den Altpensionären, die seit dem 1. April 1908 pensioniert sind, und den pensionierten Arbeitern soll eine Zulage gewährt werden. Die Kosten hierfür betragen 51 000. M. Die beiden Fraktionen brachten durch die Stadtverordneten Dech und Frisch ihre Zustimmung zu der Vorlage der Verwaltung zum Ausdruck. Stadtverordneter Eichmann hat die Verwaltung, zu untersuchen, inwieweit die bisher von der Stadt gezahlten Löhne einschließlich Teuerungszulage und der sonstigen sozialen Einrichtungen den gegenwärtigen Lohnverhältnissen und dem heutigen Werte der Arbeitskraft auf dem freien Markte entsprechen. Sodann hat er aus nationalen Gründen, zu prüfen, ob überall genügend Rücksicht auf die Gefahren für die Gesundheit der bei der Stadt beschäftigten Frauen und ihre Verpflichtungen zur häuslichen Tätigkeit genommen werde. Oberbürgermeister Waltraf betonte, daß das Kölner Stadtverordneten-Kollegium stets in freilebiger Art soweit als möglich die Teuerungsverhältnisse auszugleichen versucht habe. Man beschließe heute die fünfte Teuerungszulage. Die erste bis dritte erforderten von der Stadt jährlich ein Mehr von 1 593 000. M, die vierte eine Ausgabe von 950 000. M, und die heutige verlangt ein Mehr von 1 129 000. M; bis jetzt belastet das den Etat mit einem Mehr von 3 662 000. M, was, in Prozente auf die Einkommensteuer umgerechnet, etwa einem Zuschlag von 86 Prozent gleichkomme. Er hoffe, daß die Beamtenschaft unter dem Gesamteindruck stehe, daß die städtischen Behörden nach Kräften bemüht seien, ihr durch die schwere Zeit durchzuhelfen. Der heutige Beschluß werde der Beamten- und der Arbeiterschaft den Mut geben, wie bisher, weiter der Öffentlichkeit zu dienen. Die Vorlage fand hierauf die Annahme der Versammlung. Der Beschlusentwurf lautet: „Die Stadtverordneten-Versammlung ist mit der Neuregelung der Kriegsteuerungszulage an Beamte, Angestellte, Arbeiter, Arbeiterinnen, Bedienstete, Buerahilfsarbeiter sowie an die Lehrer usw. der städtischen höhern, mittlern und Fortbildungs-Schulen und mit der Umrechnung der nach den alten, bis zum 14. Mai 1916 in Kraft gewesenen Bestimmungen über die Invaliden- usw. Versorgung der Arbeiter festgesetzten Unterstützungen sowie der Bezüge der Altpensionäre und deren Hinterbliebenen einverstanden.“

Ein Antrag Krings und Gen., die Versammlung möge die Fortführung der im Bau begriffenen Straßenbahnstrecke Bickendorf-Neuer Friedhof bis Mengeneich beschließen, wurde der Bahndeputation überwiesen.

In die Sonderkommission zur Prüfung des Schulantrags Dr. Eich und Gen., wurden die Stadtverordneten Eich, Giesen, Kleinsorge, Krings, Krings, Callmann, Holzappel und Raderscheidt gewählt.

Der Abend  
30. IV. 1917

M2

### Der Rechenfehler der Gemeinde.

Die Mitteilung des „Abend“ über den Rechenfehler, den die Gemeinde gemacht und die arme Bevölkerung mit ein paar-mal hunderttausend Kronen bezahlt hat, macht beträchtliches Aufsehen und Unruhe. Man fragt sich, wie so etwas möglich war und was uns dafür bürgt, daß es sich nicht wiederhole. Viele Zuschriften enthalten Vorschläge, wie die den Armen zugefügte Unbill gutgemacht werden, wie sie zu ihrem Gelde kommen sollen, um das sie die mangelhafte Rechenkunst der Gemeinde gebracht hat. Leider scheint uns keiner dieser Vorschläge ausführbar; wie könnte man die vielen tausend Geschädigten einwandfrei ermitteln?

Im Irrtum scheinen uns auch die zu sein, die zwischen der Entdeckung des Rechenfehlers, der ja tatsächlich auffallend ist, und der neuen Preistreiberverordnung Zusammenhänge vermuten. Wir können daran nicht glauben. Es bedarf auch solcher Erklärungen nicht. Die Gemeindeverwaltung hat in letzter Zeit eine so unglückliche Hand gezeigt, daß dies allein zur Erklärung aller Fehler ausreicht, mögen es Fehler gegen das Gemeinwohl oder gegen das Rechnen sein. Als ein Fehler schlimmer Art hat es sich ja jedesmal erwiesen, wenn man im Rathaus darauf rechnete, daß die Öffentlichkeit nichts erfahren werde. Diese Zeit ist vorüber. Man wird auch weiterhin Fehler machen, aber verschweigen und vertuschen wird man sie nicht. Für die Fehler sorgt der Herr Bürgermeister und seine Einkaufskommission, dafür, daß sie nicht verheimlicht werden, der „Abend“. Hoffentlich wird sich diese Teilung der Arbeit bewähren.

## Die geplante Verwaltungsreform

Die Wünsche der Kleinen Städte.

\* Posen, 30. April.

Der Reichsverband Deutscher Städte hielt heute hier unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Saalman aus Plesch i. Schlef. seine von etwa 500 Vertretern besuchte Mitgliederversammlung ab. Bürgermeister Dr. Vellian-Ellenburg und der Syndikus des Reichsverbandes Dr. Bigelius-Charlottenburg berichteten über die vom Unterstaatssekretär Dr. Drews vorzubereitende Verwaltungsreform. Dr. Vellian schlug die Annahme folgender Leitsätze vor:

1. Bei der Aufhebung der Bezirksregierungen die Aufsicht über die städtischen Kommunal-, Polizei- und Schulverwaltungen ohne Rücksicht auf ihre Größe auf die Provinzialregierungen zu übertragen. — 2. Die städtische Aufsicht aus allen Städten auf das notwendigste Mindestmaß unter Ausschließung jeder Zwischeninstanz zu beschränken. — 3. Zur Entlastung der Landratsämter und zur Schaffung von Möglichkeiten zur Einstellung Kriegsbeschädigter nach dem Muster der Rheinprovinz auf dem Lande überall besoldete Gemeindevorsteher einzustellen.

Nach einstimmiger Annahme dieser Leitsätze forderte Redner Syndikus Dr. Bigelius in seinen Leitsätzen: 1. Festlegung von Grundsätzen der Stadtrechte durch Landgemeinden. — 2. Einführung einer einheitlichen Städteordnung für ganz Preußen nach dem Muster der Rheinischen Städteordnung. — 3. Erleichterung der Ausscheidung kreisangehöriger Städte aus dem Landkreise. — 4. Eine angemessene Vertretung der Städte in den provinziellen Körperschaften. — 5. Berufung von Vertretern des Reichsverbandes deutscher Städte in das Preussische Herrenhaus.

Auch diese Leitsätze wurden einstimmig angenommen. Darauf beschäftigte man sich mit der Versorgung der kleineren Städte mit Gemüse und Obst, sowie mit Fragen der Kriegswohlfahrtspflege.

**Frauen in der Stadtverwaltung.**

Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Skizzen und Lagepläne in großer Zahl, die gestern an der Längswand des Sitzungssaals der Berliner Stadtverordneten aufgehängt waren, kündeten an, daß die Versammlung sich mit dem geplanten Ankauf der Ruze der Gewerkschaft Erier befassen würde. Aus den lebhaft geführten vertraulichen Besprechungen vor und während der Sitzung konnte man leicht erraten, daß die Angelegenheit, die in geheimer Sitzung beraten werden sollte, nicht sofort endgültig entschieden werden würde. Auch die erwartete Ueberweisung an einen Ausschuß erfolgte nicht alsbald. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte und Anhören von Sachverständigen wurde die Beratung wegen vorgerückter Zeit vertagt.

Bei Beginn der öffentlichen Sitzung verlas der Vorsteher ein Schreiben des Stadtrats Runge, das sich mit den Klagen, die hier und da über das verteilte Dörrgemüse laut geworden sind, beschäftigt. Dies Gemüse sei ausländischen Ursprunges. Um den Stadtverordneten die Möglichkeit zu geben, sich von der Güte des städtischen Dörrgemüses zu überzeugen, werden sämtlichen Mitgliedern der Versammlung eine Anzahl Päckchen mit Dörrgemüse zur Verfügung gestellt. (Geisterleit und lebh. Bravo.)

Hierauf wird zunächst beschlossen, auch in diesem Jahre offiziell keine Sommerferien eintreten zu lassen. Doch sollen im Juli und August nur in dringenden Fällen Sitzungen stattfinden.

Nach einstimmiger Annahme der (mehrfach behandelten) Vorlage über die ärztliche Versorgung der Kriegerfamilien, sowie der über die Geschäftsbedingungen für den Sparverrechnungsverkehr der Sparkasse beschäftigt man sich mit der Wahl von Frauen in städtische Deputationen. Der Magistrat teilt zur Kenntnismahme mit, daß er damit einverstanden sei, daß auch noch für die Deputation der Blindenpflege und für die Deputation des Gesindebelohnungsfonds je eine Frau, für die Deputation für die Schulspeisung aber zwei Frauen zur Mitwirkung mit beratender Stimme gewählt werden. Für die Entsendung von Frauen in die Deputationen für Gesundheitswesen und das Wohnungswesen erkennt der Magistrat ein vorliegendes Bedürfnis nicht an, ebenso nicht für die Neuwahl je eines Bürgerdeputierten in die Markthallendeputation und die Deputationen für das städtische Obdach und für Schulspeisung. Darnach würden also zu wählen sein: zwei Frauen in die Deputation für die Schulspeisung und je eine Frau in die Deputation für die städtischen Krankenanstalten; das Kuratorium der städtischen Heimstätten; das Kuratorium für die städtischen Hospitäler; die Deputation für die städtische Irrenpflege; die Deputation für das Wohnungswesen; die Gewerbe-Deputation, Abteilung für Arbeitsnachweis; die Deputation für die städtischen Fach- und Fortbildungsschulen; die städtische Stiftungsdeputation; die städtische Markthallendeputation; die Deputation für die Blindenpflege; die Deputation des Gesindebelohnungsfonds.

Stadtv. Dr. Bendl bedauert, daß der Magistrat trotz zweimonatiger Erwägungen den sehr bescheidenen Beschlüssen der Versammlung nicht einmal voll beigetreten sei. Die Gründe des Magistrats seien in keiner Weise stichhaltig. In die Deputation für das Wohnungswesen und für das Gesundheitswesen gehörten auf jeden Fall Frauen hinein. Dieses zage Vorgehen des Magistrats müsse auf alle Freunde des Fortschritts und insbesondere auf die Frauen einen sehr ungünstigen Eindruck machen.

Oberbürgermeister Bermuth: Ich bin im Gegensatz zum Vorredner der Meinung, daß hier durch das Zusammenwirken der beiden städtischen Körperschaften ein Ergebnis erzielt ist, das sich sehen lassen kann. (Sehr richtig!) Ich muß es abweisen, daß hier wieder es so hingestellt wird, als ob der Magistrat die Perücken und Zöpfe repräsentiere, die sich in dieser Sache durchaus nur hätten drängen und sich jede Konzession hätte abringen lassen. Der Magistrat hat vielmehr von vornherein mit beiden Füßen auf dem Boden der Zu-

6. IV. 1917

MG

**Vermehrung der Stadtratsstellen.**

(Durch eine kaiserliche Entschliehung genehmigt.)

Der Statthalter hat an den Bürgermeister nachstehenden Erlass gerichtet: „Der Kaiser hat in Genehmigung des Beschlusses des niederösterreichischen Landesauschusses vom 2. Jänner 1917 gestattet, daß bis zur endgiltigen Regelung der Stadtrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien aus dem Bürgermeister und den drei Vicebürgermeistern sowie aus dreizehn Mitgliedern bestehe, die vom Gemeinderat aus seiner Mitte für die Dauer von sechs Jahren gewählt werden, sofern sie nicht mit Rücksicht auf den Zeitpunkt ihrer Wahl zu Gemeinderatsmitgliedern früher aus dem Gemeinderat ausgeschieden haben.“

Der Wiener Stadtrat besteht gegenwärtig aus 27 Mitgliedern, die durchwegs der Christlichsozialen Partei angehören. Sechs Mandate sind durch Todesfälle erledigt. Es ist bekannt, daß die Majorität der Minderheit drei Mandate angeboten und daß der Gemeinderat seinerzeit den Beschluß faßte, die Zahl der Stadtratsstellen um drei zu vermehren, von denen zwei den Fortschrittlichen, eines den Sozialdemokraten zufallen werden. In dieser Vermehrung war eine Aenderung des Gemeindestatuts erforderlich, die nun auf Grund des Beschlusses des niederösterreichischen Landesauschusses — der Landtag ist erst zu wählen — durch eine kaiserliche Entschliehung provisorisch in Kraft gesetzt wird. Die Ersatzwahlen und Neuwahlen in den Stadtrat dürften schon in der allernächsten Zeit erfolgen; als Kandidaten kommen in Betracht vom Fortschrittlichen Verband die Herren Dr. Seiner und Höbenfinger. Die Sozialdemokraten haben aus prinzipiellen Gründen keinen Kandidaten aufgestellt, doch wird die Mehrheit ihre Stimmen auf Neumann vereinigen, der nach dem Statut zur Annahme einer solchen Wahl bei sonstigem Verlust des Gemeinderatsmandats verpflichtet ist.

6./10. 1917

6  
M7**Städtische Nachrichten.**

(Siehe auch Stadt-Anzeiger.)

• Köln, 6. Mal.

**Soziale Fürsorge.**

Im Sitzungssaale der königlichen Regierung fand die erste Sitzung des Beirats des Wohlfahrtsamtes für den Regierungsbezirk Köln unter dem Vorsitz des Regierungs-Präsidenten Dr. Steinmeister statt. Das schon längere Zeit vor dem Kriege gegründete und im Hinblick auf die Kriegsnot seit Anfang 1915 besonders tätige Wohlfahrtsamt bezweckt, in Stadt und Land alle Bestrebungen der sozialen Fürsorge unter möglichster Wahrung ihrer berechtigten Eigenart und Selbständigkeit, insbesondere auf dem Gebiete der Wöchnerinnen-, Säuglings- und Kleinkinderpflege, der Tuberkulosebekämpfung usw. zusammenzufassen, auszugestalten, zu fördern und zu unterstützen. Große Neuaufgaben stellt ihm die Hilfe für kinderreiche Familien, für die Fabrikarbeiterinnen, deren Zahl mit dem Wachsen der Kriegsindustrie außerordentlich gestiegen ist, sowie der Landarbeiterinnen und endlich der Mitarbeit bei der Wohnungsfürsorge. Der Beirat setzt sich aus Vertretern der Stadt- und Landkreise, aus Ärzten und andern für die soziale Fürsorge interessierten Damen und Herren zusammen. Da in den großen Städten schon von altersher soziale Fürsorge mit Erfolg betrieben worden ist, sind vorzugsweise die industriellen Landkreise berücksichtigt, jedoch wird auch auf Mitarbeit der Städte entscheidender Wert gelegt.

Regierungs-Präsident Dr. Steinmeister hieß die Erschienenen willkommen und betonte die bevölkerungspolitische Bedeutung der Schließung der durch den Heldentod vieler tapferer Vaterlandsverteidiger und durch Geburtenausfall während des Krieges entstandenen Lücken. Er gedachte dann mit dem wärmsten Ausdruck herzlichsten Dankes der vielen Wohlthäter in Stadt und Land, die ihm Weihnachten 1916 auf seine Bitte hin ein Kapital von über 500 000 Mark für die Zwecke des Wohlfahrtsamtes zur Verfügung gestellt haben, sowie der wirksamen Hilfe, welche die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz durch Rat und Tat, die Stadt Köln durch ihre vorbildliche Wohlfahrtschule, und die Provinzialhebammenlehranstalt und das Kinderhospital in der Buschgasse in Köln, die Universitäts-Frauenklinik und das Säuglingsheim des Magdalenenstifts in Bonn bei Kursen und Lehrgängen dem Wohlfahrtsamt erwiesen haben. Hieran schloß sich ein Vortrag der Bezirksfürsorgerin, Fräulein Lenné, über die bisherige Tätigkeit und die künftigen Aufgaben des Wohlfahrtsamtes an. Nachdem ihr der Vorsitzende für die erfolgreiche Tätigkeit Anerkennung und Dank ausgesprochen und rühmend hervorgehoben hatte, welsch großes Verständnis und treue Mitarbeit das Wohlfahrtsamt in den Stadt- und Landkreisen, insbesondere bei Behörden, bei der Geistlichkeit und bei den Vereinen gefunden hat, wurde die Versammlung geschlossen.

## Die Autonomie Wiens.

Wie die Vermehrung der Stadtratsmandate erfolgt.

Die Statthaltereie hat an den Bürgermeister nachstehenden Erlaß gerichtet:

Seine k. u. k. apostolische Majestät haben in Genehmigung des Beschlusses des niederösterreichischen Landesauschusses vom 2. Jänner 1917 allergnädigst zu gestattengeruhet, daß bis zur endgültigen Regelung der Stadtrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien aus dem Bürgermeister und den drei Vizebürgermeistern sowie aus dreißig Mitgliedern bestehe, die vom Gemeinderat aus seiner Mitte für die Dauer von sechs Jahren gewählt werden, sofern sie nicht mit Rücksicht auf den Zeitpunkt ihrer Wahl zu Gemeinderatsmitgliedern früher aus dem Gemeinderat ausscheiden haben. Dievon beehre ich mich, infolge Erlasses des k. k. Ministeriums des Inneren vom 30. April 1917 Mitteilung zu machen. Die Annahmehung dieses allergnädigst genehmigten Landesauschusseschlusses in dem Landesgesetz- und Verordnungsblatt für Niederösterreich wird unter einem veranlaßt.

Die Gesetze ist diese:

Gesetz vom 22. Juni 1905, L.-G.-B. Nr. 109: Der Stadtrat besteht aus dem Bürgermeister, den drei Vizebürgermeistern und siebenundzwanzig gewählten Mitgliedern. (§ 29.)

Landesordnung für Niederösterreich: Der Landtag ist berufen, bei der Ausübung der gesetzgebenden Gewalt nach Maßgabe der Bestimmungen des kaiserlichen Diploms vom 10. Oktober 1860 mitzuwirken. Zu jedem Landtages und die Zustimmung des Kaisers erforderlich.

Daraus ergibt sich: da das Wiener Gemeindestatut ein Landesgesetz ist, kann es nur durch ein Landesgesetz abgeändert werden. Zu einem Landesgesetz ist aber die Zustimmung des Landtages erforderlich. Indem der Landesauschuss einen Beschluß gefaßt hat, zu dem er nicht zuständig war, der allein und ausschließlich dem Landtag selbst zusteht, hat er die Verletzung der Landesordnung, eine Verletzung der Landesverfassung begangen. Das unternimmt derselbe Landesauschuss, der sich bei den Steuerzuschlägen für die Krankensfonds wahrer der Landesverfassung auftritt! Und er selbst wagt einen unzweideutigen Bruch der Landesordnung! Nur eine Spiegelfechtereie ist es, von Beschlüssen des Landesauschusses zu reden, die genehmigt werden. Erstens hat hierüberhaupt kein genehmigter Beschluß statt, sondern es ist ein sanktioniertes Gesetz erforderlich. Und zweitens kennt, wo sie Beschlüsse kennt, die genehmigt werden, die Landesordnung keine Beschlüsse des Landesauschusses, sondern nur Beschlüsse des Landtages. Der Verfassungsbruch des Landesauschusses ist offenkundig!

Nach dem Wortlaut dieses „Beschlusses“ (und auch des Gesetzes) dürfen Gemeinderäte, die „mit Rücksicht auf den Zeitpunkt ihrer Wahl zu Gemeinderatsmitgliedern früher aus dem Gemeinderat ausscheiden haben“, im Stadtrat nicht Mitglieder sein. Auszuscheiden hat, da die sechs Jahre seiner Wahl längst abgelaufen sind, der ganze erste Wahlkörper; er hat im Gemeinderat nichts zu suchen und ein Gemeinderatsmitglied aus dem ersten Wahlkörper kann in den Stadtrat nicht mehr gewählt werden. Wir sind entschlossen, diese gesetzliche Bestimmung nicht ferner mißachten zu lassen und werden, wenn es der Bürgermeister wirklich wagen sollte, die „Ergänzung“ des Stadtrates auf die Tagesordnung zu stellen, für diese gesetzliche Anordnung unnachlässig die Befolgung verlangen. Es wird wohl noch ein Forum geben, wo man die Beobachtung der Wiener Gemeindeautonomie besser wird wahren können als im Wiener Rathaus oder im niederösterreichischen Landhause!

Daran zu erinnern, daß die sozialdemokratischen Gemeinderäte mit der größten Deutlichkeit erklärt haben, mit einer in dieser Art zuwege gebrachten Vermehrung der Stadtratsmandate nichts zu tun haben zu wollen, erachten wir als überflüssig. Die betreffende Erklärung des Gemeinderates Neumann wird dem Herrn Bürgermeister schon in Erinnerung geblieben sein.

## Schöneberger Stadtparlament.

### Annahme der neuen Steuerzuschläge.

In der gestrigen Sitzung der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung wurden für Rechtsstreitkosten 7100 Mark nachgefordert. Die Stadtverordnetenversammlung hat schon einmal für diesen Zweck 4300 Mark nachbewilligen müssen. Die großen Gerichtskosten sind besonders durch Zuwachsteuerprozesse erforderlich geworden, die für die Stadt einen ungünstigen Ausgang nahmen. Die Angelegenheit wurde zur Nachprüfung von den Stadtverordneten einem Ausschuß überwiesen.

Ueber die Kohlenversorgung im laufenden Jahre teilte der Magistrat den Stadtverordneten mit, daß die Kohlen- und Koksversorgung ihn bereits beschäftigt. Ob in Zukunft die Versorgung der Stadt mit Kohlen und Koks anderweit gestaltet, und ob und inwieweit auch die Versorgung der Bürgerschaft mit Kohlen, Koks und außerdem mit Bricketts als eine neue Aufgabe der Stadtverwaltung übernommen werden kann, dies zu prüfen soll Aufgabe einer gemischten Deputation sein, in die der Magistrat viele Mitglieder entsendet. Die Stadtverordneten wählten hierauf 8 ihrer Vertreter in diese Deputation.

Bezüglich der Bestimmungen über die Gewährung von Kriegsteuerzuschlägen an die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter haben wir bereits berichtet, daß der Magistrat grundsätzlich beschlossen hat, die laufenden Steuerzuschläge nach den vom Staate neuerdings bewilligten Sätzen zu erhöhen und dabei im Interesse der Bevölkerungspolitik auf die Zahl der in den einzelnen Haushaltungen vorhandenen Kinder besonders Rücksicht zu nehmen. In Schöneberg erhalten zukünftig Ledige mit einem Jahreseinkommen bis zu 3100 Mark monatlich 10 Mark Steuerzuschlag, Verheiratete ohne Kinder 15, mit einem Kind 27, mit zwei Kindern 40, mit drei Kindern 54, mit vier Kindern 69 und mit 5 Kindern 85 Mark. In der Gehaltsgruppe von mehr als 3100 bis 6100 Mark erhalten ledige Personen keine Steuerzuschläge, Verheiratete ohne Kinder monatlich 12, mit einem Kind 15 Mark, und dann erhöhen sich die Sätze bis auf 77 Mark für Verheiratete mit 5 Kindern. In der Gehaltsgruppe von 6100 bis 9100 Mark erhalten weder ledige noch verheiratete städtische Angestellte oder Beamte ohne Kinder Steuerzuschläge. Verheiratete mit 2 Kindern werden 10 Mark monatlich erhalten; die Summe erhöht sich bis auf 60 Mark für Familien mit 5 Kindern. Die Zuschläge sind hier zum erstenmal nicht allein auf Grund des Einkommens festgesetzt, sondern in erster Linie auf Grund der Kinderzahl mit der Maßgabe, daß die weniger gut bezahlten Arbeiter und Angestellten mehr erhalten als die höher bezahlten Beamten.

Stadt. Mohs (Soz.) bezweifelt, daß die vorgesehenen Zuschläge genügen werden, um ein Abwandern der Arbeiter in besser zahlende Betriebe zu vermeiden. Wenn man eine gesunde Bevölkerungspolitik treiben wolle, so sei eine wesentliche Erhöhung der Grundlöhne die Vorbedingung. Die Versammlung lehnte schließlich einen Antrag auf Ausschußberatung ab und stimmte der Vorlage zu.

## Für die Reform der Gemeindeverfassungen.

Der Kampf für die Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen, der mit der Aktion der Wiener sozialdemokratischen Gemeinderäte eingeleitet wurde, nimmt seinen Fortgang. Nach der Kundgebung der Grazer Genossen kam in der letzten Zeit eine Reihe von Kundgebungen anderer sozialdemokratischer Organisationen.

In **Lusfig** richtete die Parteivertretung an den Bürgermeister **Dr. Bornemann** und an den Stadtrat ein Schreiben, dessen Bekanntgabe in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung sie wünscht. Es wird darin die Frage gestellt, ob Bürgermeister und Stadtrat sich dafür einsetzen wollen, daß das bestehende Gemeindevahlrecht in Böhmen und somit auch in **Lusfig** beseitigt und an seine Stelle ein wirkliches demokratisches Wahlrecht eingesetzt werde, ob sie ferner trachten wollen, daß das Wahlrecht auch den Frauen zuteil werde.

In **Tirol** und **Salzburg** wurde die Motion zu einem Vorstoß für die Gemeindevahlreform benutzt. In den Städten **Tirols** überreichten sozialdemokratische Abordnungen am 1. Mai den Bürgermeistern die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Gemeindevahlrecht für Männer und Frauen. In **Junnsbruck** wurde im Auftrag der Parteivertretung die Forderung erhoben, die Stadtgemeinde **Junnsbruck** möge den derzeit im Landtag erliegenden Gemeindevahlreformentwurf zurückziehen und einen neuen Entwurf, enthaltend das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht aller seit einem Jahre in **Junnsbruck** ansässigen Personen ohne Unterschied des Geschlechts, ausarbeiten. Es wird um dringliche Behandlung ersucht, damit bei Wiederausammentritt des Landtages die Reform dem Landtag vorgelegt werden könne. Bürgermeister **Dr. Greil** antwortete der Abordnung, in deren Namen Abgeordneter **Ubram** diese Forderungen begründete: Die gewaltigen Kriegsergebnisse lassen keinen Zweifel zu, daß nach dem Kriege eine vollständige Neuorientierung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens notwendig sein wird. Er werde die im Landtag erliegende Vorlage zurückziehen und die Eingabe der Abordnung dem Gemeinderat vorlegen. Die Anschauung des Gemeinderates werde er der Abordnung schriftlich mitteilen lassen. Ueber das Frauenwahlrecht sagte er, unstrittig sei die gegenwärtige Zeit der Einführung des Frauenwahlrechtes sehr günstig. Die Frauen haben überall anerkannte Leistungen gegeben. Er selbst hatte in letzter Zeit wiederholt Gelegenheit, die Frauen bei tagelanger Erledigung von Arbeiten zu beobachten, von welchen man früher glaubte, daß sie unmöglich von anderen als Männern ausgeführt werden könnten. Wie weit das Frauenwahlrecht heute durchführbar ist, sei allerdings noch eine Frage.

In **Bogen** überreichte eine Abordnung dem Bürgermeister eine Denkschrift, in der ebenfalls verlangt wurde, der Bürgermeister möge seinen Einfluß geltend machen, daß die Gemeindevertretung ihren dem Landtag vorgelegten Entwurf zurückziehe und einen neuen Entwurf auf derselben Grundlage wie **Junnsbruck** vorlege. Für die Abordnung sprachen die Genossen **Bagger** und **Arten**, worauf der Bürgermeister **Dr. Berathner** zusagte, die Denkschrift dem Gemeinderat vorzulegen.

In **Meran** erwiderte der Bürgermeister **Gemahner** der Abordnung, er sei als Privatperson für das allgemeine, gleiche Wahlrecht nicht nur für die Männer, sondern auch für die erwerbenden Frauen. Was die freiheitliche Partei, der er angehört, für eine Stellung dazu einnimmt, könne er nicht mit Bestimmtheit sagen, jedenfalls dürfte sie einer Demokratisierung des Gemeindevahlrechtes nicht feindlich gegenüberstehen. In ähnlichem Sinne sprach sich auch Bürgermeister **Hartmann** in **Untermais** aus. Gemeindevorsteher **Hölzl** in **Obermais** erklärte der Abordnung, der Frage sehr sympathisch gegenüberzustehen und die Eingabe der nächsten Gemeindeausschusssitzung vorlegen zu wollen.

Im Gemeinderat von **Salzburg** begründete Genosse **Preußler** seinen Dringlichkeitsantrag, in dem ausgeführt wird, daß die Reform der Gemeindeordnung und Gemeindevahlordnung dringlich und unaufschiebbar sei; indem der Gemeinderat das anerkennt, weise er die gründliche Vorbereitung und Antragstellung dieses Gegenstandes der Rechtssektion zu und beschliesse, daß die seinerzeit in das Wahlreformkomitee gewählten Gemeinderäte zur Mitberatung dieses Gegenstandes der Rechtssektion beizuziehen sind. Der Antrag wurde als dringlich anerkannt und nach einer zustimmenden Erklärung des Bürgermeisters **Ott** einstimmig angenommen.

In **Brünn** werden in der nächsten Sitzung des Gemeinderates die sozialdemokratischen Gemeinderäte an den Bürgermeister eine Anfrage wegen Erweiterung des Gemeindevahlrechtes stellen. Der Bürgermeister wird darin gefragt werden, ob er energisch dahin wirken will, daß das Wahlkörpersystem beseitigt und ein wirklich demokratisches Gemeindevahlrecht, das auch den Frauen das aktive und passive Wahlrecht sichert, eingeführt wird, und ob er diese Reform des Gemeindevahlrechtes auf die Tagesordnung der Sitzung eines ohnehins einzuberufenden Wahlreformauschusses setzen will.

Die Sozialdemokratie **Oberösterreichs** hat in einer Sitzung der Landesparteivertretung eine Kundgebung für die Demokratisierung des Gemeindevahlrechtes und zugleich des Landtagswahlrechtes beschlossen.

Auch die tschechoslowakische Sozialdemokratie hat sich mit dieser Frage befaßt und in **Prag** im Gemeinderat, in **Brünn** in einer Abordnung an den Bürgermeister diese Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht für die Gemeinde aufgestellt.

**Die Frauen im Gemeinderat.**

Anlässlich der bevorstehenden Wahlrechtsreform im Gemeinderat veranstaltete Samstag der Bund österreichischer Frauenvereine eine Versammlung. Die Präsidentin des Bundes Frau Marianne Sainisch bemerkte in ihrer Begrüßungsansprache, daß die Frauen mit dem Gemeindevahlrecht eigentlich keine neue Forderung aufstellen, denn prinzipiell wurde den Frauen 1849 das aktive Wahlrecht zuerkannt, und von 1861 bis 1888 bestand ein Landtagswahlrecht der Frau. Allerdings wurden beide Rechte den Frauen wieder entzogen. Frau Karoline v. Niebauer sprach hierauf den Dank der österreichischen Frauen für den Friedenswillen der Regierung aus. Frau Ernestine von Fürtz, Bürgerinvaldendirektorin Marie Schwarz, Präsidentin der Rohö Frau-Freundlich-Marcus und Gemeinderat Dr. v. Dorn traten für das Frauenwahlrecht ein. Eine Resolution, an den Bürgermeister das Ersuchen zu richten, es möge in dem neu zu schaffenden Gemeindevahlrecht den Frauen das gleiche Wahl-

recht wie den Männern zuerkannt werden, fand allgemeine Zustimmung.

**Die Frauen und das Gemeindewahlrecht.** Aus dem Rathause wird gemeldet: Montag empfing der Bürgermeister eine Abordnung des Verbandes deutscher Hochschülerinnen Wiens, die ihm eine Entschliebung des Verbandes überbrachte, welche es als wünschenswert bezeichnet, daß bei der geplanten Neuordnung des Wiener Gemeindewahlrechtes auch das Frauenwahlrecht erfüllt werde. Die Führerin der Abordnung wies dabei darauf hin, daß der Verband diese Angelegenheit durchaus nicht als eine parteipolitische auffasse, sondern sich lediglich von dem Gedanken leiten lasse, daß durch die Erteilung des Gemeindewahlrechtes an die Frauen auf Grund einer Wahlordnung, die dem natürlichen Aufbau der Gemeinde entspricht, ein ersprießliches Zusammenwirken von Männern und Frauen auf diesem unpolitischen, darum aber nicht minder wichtigen Arbeitsfeld zum Besten der Allgemeinheit herbeigeführt werden könne. Der Bürgermeister versprach der Abordnung, dem Wunsche die teilnahmepollste Aufmerksamkeit zu widmen, besprach mit ihr die einschlägigen Verhältnisse und forderte den Verband auf, eine Denkschrift auszuarbeiten, die er dann dem Wahlreformausschuß vorlegen werde.

## Die Gemeindevahlreform.

Bei den Christlichsozialen sichtsliche Unlust.

Der Ausschuss zur Beratung einer Neuordnung der Gemeindeverfassung und des Gemeindevahlrechtes hielt gestern nachmittag eine Sitzung; sie war von kurzer Dauer und ergab ein sehr mageres Resultat. Der Bürgermeister begrüßte den Ausschuss und teilte mit, daß er den Obermagistratsrat Pawelka, Magistratsrat Gräf und Magistratsoberkommissär Maiz beauftragt habe, an den Sitzungen teilzunehmen. Vor einem Jahre habe er den Magistrat angewiesen, ein Elaborat über die Neuordnung der Gemeindeverfassung und des

Gemeindevahlrechtes auszuarbeiten. Der Obermagistratsrat Pawelka sollte die entscheidenden Vorschläge über die „elementaren Rechte“ der Gemeinde erstatten. Nach dieser einleitenden Erklärung wurden Oberkurator Steiner zum Vorsitzenden, Dr. Hein zum Stellvertreter gewählt; die Sozialdemokraten hatten bestimmt erklärt, auf eine Vertretung im Vorsitz zu verzichten. Nun ergriff Herr Kunschak das Wort zu einer Polemik gegen die Arbeiter-Zeitung, die in ihrer Sonntagsnummer feststellte, daß die Mandate der Stadträte, die aus dem ersten Wahlkörper gewählt sind, bereits abgelaufen seien und diese Stadtratsmandate zu Unrecht ausgeübt werden. Mit beispielloser Ueberhebung suchte Herr Kunschak eine Erklärung der sozialdemokratischen Ausschussvertreter zu provozieren, daß sie mit dieser sehr berechtigten Darstellung des Sachverhalts in der Arbeiter-Zeitung nicht einverstanden seien, und er hatte sogar die Sten, eine derartige Erklärung zu fordern! Gemeinderat Neumann wies dieses Ansinnen mit scharfen Worten zurück und fragte, ob diese Komödie den Zweck haben soll, die dringliche Behandlung der Wahlreform durch müßigen Streit zu verzögern. Hierauf versuchte noch Herr Dr. Gemala sein Sprüchlein gegen die Sozialdemokraten aufzusagen, worauf Neumann erklärte, daß die Sozialdemokraten bereit sind, im Ausschuss zu arbeiten, daß sie aber komödiantischen Versuchen, im Ausschuss Entkräftungsfundgebungen zu inszenieren, keinesfalls Vorschub leisten werden. Solche Dinge machen sie nicht mit und sie würden einem Ausschuss fernbleiben, in welchem derartige Versuche gemacht werden. Die Sozialdemokraten haben nicht die Absicht, in diesem Ausschuss irgend welche Erklärung wegen der Stadtratsmandate abzugeben, da er nicht das zuständige Forum dafür sei.

Nach diesem Zwischenfall, der die Absichten der Herren Kunschak und Dr. Gemala erkennen ließ, nahm Obermagistratsrat Pawelka das Wort. Er hat in diesem „einen Jahr“, wie es scheint, dem angeblichen Auftrag des Bürgermeisters recht wenig Beachtung geschenkt. Er wußte nur vorzuschlagen, die zu behandelnden Fragen in sechs Gruppen einzuteilen:

- Personen in der Gemeinde;
- Wirkungskreis der Gemeinde unter besonderer Berücksichtigung des übertragenen Wirkungskreises;
- Organisation der Gemeindeverwaltung, Gemeindeämter, Anstalten und Unternehmungen;
- Finanzpolitik und Abgabenrecht der Gemeinde;
- Verhältnis der Gemeinde zu Staat und Land;
- Gemeindevahlordnung.

Wie aus dieser Gruppierung ersichtlich ist, soll die Behandlung der wichtigen Frage der Wahlreform in einen Haufen von gemeindepolitischen Fragen, darunter solchen juristischer Natur, eingesponnen werden, offenbar in der Absicht, die Beratung zu komplizieren. Für jede dieser Gruppen soll ein Referent und ein Korreferent gewählt werden. Das ist vorläufig das Um und Auf der Arbeit, die in der gestrigen Sitzung geleistet wurde! Es sieht schon nach dieser ersten Sitzung so aus, daß sich die Notwendigkeit ergeben wird, der Absicht, den Wahlrechtsantrag in akademischen Diskussionen zu ersticken, einen Riegel vorzuschieben. Das werden unsere Genossen, die den Wahlrechtsantrag stellten, sehr rasch bewerkstelligen. Die ganze Sitzung dauerte etwa drei Viertelstunden. Sie hat bereits gezeigt, wie ernst es den Christlichsozialen um die Demokratisierung des Gemeindevahlrechtes und was von dem „Auftrag“, den Weiskirchner „vor einem Jahre“ dem Magistrat gegeben haben will, zu halten ist. Daß jetzt Herrn Pawelka die Ausarbeitung einer Wahlreform nunmehr überlassen ist, kann auch geeignet sein, schon jetzt über die zu erwartenden Vorschläge Schlüsse zu ziehen.

12. IV. 1917

125

## Schönebergs neues Rathaus.

### Eine schlichte Eröffnungsfeier.

Am 28. Mai 1911 wurde feierlich der Grundstein zum neuen Schöneberger Rathaus gelegt, das sich zum größten Teil auf dem alten Schulzen-Alder in der Nähe der Untergrundbahnstation „Stadtport“ erhebt. Doch bis heute harret der machtvolle Bau, der nach einem Entwurf der Architekten Jürgensen und Bachmann von der städtischen Rathausbaudeputation ausgeführt wurde und eine Fläche von 7375 qm bedeckt, noch der eigentlichen Einweihung. Ja, obwohl er schon seit geraumer Zeit zum größten Teile in Benutzung genommen ist, weist er noch eine ganze Reihe Räume in unfertigem Zustande auf. Die kriegerischen Verhältnisse sprechen eben auch hier mit. So befindet sich in der stattlichen Vorhalle neben den prächtigen Türen aus Bronze ein schlichter Briefkasten aus Holz. Die Beschlagnahme der Bronze verhinderte eine andere Ausföhrung; auch die Zigarrenablagen aus gestanztem Eisenblech wollen sich nicht recht in das Gesamtbild fügen. Nach dem Kriege wird hier vieles stattlicher werden und mancher Ersatzstoff schwinden. Aber auch schon jetzt können die Schöneberger auf ihr Rathaus stolz sein, das gestern zum ersten Male offiziell bestichtigt wurde.

Oberbürgermeister Dominicus hatte dazu die Vertreter der Bürgerschaft und die zahlreichen Ehrenbeamten der Stadt geladen. Mit dieser Bestichtigung war eine schlichte Feier verbunden, in der Oberbürgermeister Dominicus das Rathaus der Öffentlichkeit übergab. In der großen Wandelhalle, der sogenannten Brandenburghalle, die sechs Künstler aus der Pracht-Schule mit Ansichten aus der Mark geschmückt haben, begann der Rundgang. Man hielt dann Umschau im großen Bürgersaal, in dem die Ausmalung der Decken und Wände noch fehlt, erfreute sich im „Alt-Schöneberger Saal“ der Erinnerungen an Schönebergs dörfliche Zeit, verweilte im Stadtverordneten-Sitzungssaal, sah sich die verschiedenen Beratungszimmer an. (Wir haben, als der Verein für die Geschichte Berlins diesem machtvollen Bau einen Besuch abstattete, die Einrichtungen im einzelnen geschildert.)

Zum Schluß wurden die Ratsstuben im Ratskeller, der freilich nicht in Betrieb ist, aufgesucht. Unter all den Kuriositäten hier festelten zwei Hirschgeweihe besonders die Aufmerksamkeit der Besucher. Diese Geweihe gehörten zwei Hirschen, die am 21. Oktober 1915, dem Tage des 500jährigen Hohenzollernjubiläums, in Schöneberg auf ganz eigenartige Weise erlegt wurden. Das eine der Tiere lief in ein Schaufenster, das andere wurde in den Straßen Schönebergs, das in seinem Wappen zwei Hirsche führt, von einem Schuhmann „verhaftet“.

### Verträge mit Gemeinden.

Das Oberverwaltungsgericht hat sich in einer Entscheidung vom 4. Juni 1915 in einer wichtigen Frage in Gegensatz zum Reichsgericht gestellt. Die Städteordnung sowohl wie die Landgemeindeordnungen und die Reichsordnung schreiben vor, daß Urkunden, in denen eine Gemeinde eine Verpflichtung übernimmt, hinsichtlich der Unterschrift und des Siegels bestimmte Formen innehalten müssen. Daraus hat das Reichsgericht in ständiger Rechtsprechung den Satz abgeleitet, diese Form bilde die Voraussetzung, unter der das Willensorgan der Gemeinde eine für diese verbindliche Erklärung abgeben könne. Es folgt daraus u. a., daß nur mündliche Verträge nichtig sind. Dem widerspricht das Oberverwaltungsgericht. „Reineswegs“ heißt es in den Gründen, „ist dem Wortlaute des Gesetzes zu entnehmen, daß die Gemeinde nur durch schriftliche Willenserklärungen in der angegebenen Form verpflichtet werden könnte. Auch aus dem Zwecke des Gesetzes ergebe sich eine solche Auffassung nicht.“ Das Reichsgericht entnimmt dem Wortlaut und dem vermeintlichen Zwecke der Bestimmung die Deutung, daß die den Formvorschriften nicht entsprechende Erklärung außerhalb der Vertretungsmacht des Vorstandes läge und deshalb als nicht abgegeben zu gelten hätte. In diesem Sinne ist das Gesetz aber nicht aufzufassen. „Darüber, wann ein bürgerliches Rechtsgeschäft die Schriftform erfordert, entscheidet vielmehr das bürgerliche Recht, seine Normen gelten in gleicher Weise für juristische wie für natürliche Personen. Will eine Verbandsperson am rechtsgeschäftlichen Leben teilnehmen, so muß auch sie sich dann, aber auch nur dann, wenn das bürgerliche Recht dies erfordert, zur Abgabe der verpflichtenden Erklärung durch ihre Organe der Schriftform bedienen. Selbstverständlich haben zur Rechtsgültigkeit der schriftlichen Willenserklärung ihre Organe hierbei die in den Gemeindeverfassungsgesetzen aufgestellten öffentlich-rechtlichen Erfordernisse über die Form von Urkunden, die die Gemeinde Dritten gegenüber verbinden sollen, zu erfüllen. Wo das bürgerliche Recht aber die Schriftlichkeit zur Gültigkeit eines Rechtsgeschäfts nicht vorschreibt, sind die Organe einer Verbandsperson an die Beobachtung der für Urkunden der gedachten Art durch die Gemeindegesetze erforderlichen Form nicht gebunden.“

**[Die Gemeindevahlreform.]** Bezirksvorsteher Dr. Ing. Leopold Blasel schreibt uns: In einer der letzten Gemeinderatssitzungen erfolgte die Wahl der Mitglieder einer Kommission, die das rückständige Wiener Gemeindevahlrecht verbessern soll. Dieses Wahlrecht, das ein Kurienwahlrecht ist und in die moderne Zeit wie ein Fossil hineinragt, hat mit seiner Angliederung der vierten Kurie nur im preussischen Dreiklassenwahlrecht ein Analogon. Mit Sturmesbrausen ist die neueste Zeit dahergekommen und hat sogar die bis dahin uneinnehmbare Feste des Junkertums, das sich verzweifelt an das veraltete Wahlrecht mit öffentlicher Abstimmung klammert, hinweggesetzt. Es ist eben jetzt kein Platz mehr für ein anderes als das allgemeine Wahlrecht, und ein solches muß daher auch für den Wiener Gemeinderat gefordert werden. Allein das einfache Majoritätsprinzip birgt sehr große Ungerechtigkeiten, indem oft die Hälfte, ja manchmal sogar die Majorität der Wähler, unvertreten bleibt — ein Uebelstand, der durch das System der Stichwahlen entsteht und der die politische Moral der Parteien vollständig untergräbt. Als einfaches Beispiel seien die Wahlen aus dem vierten Wahlkörper der letzten Wahlperiode angeführt. Während die christlichsoziale Partei zirka 120.000 Stimmen errang, vereinigten die Kandidaten aller anderen Parteien im ersten Wahlgange

140.000 Stimmen auf sich, demnach war die erstere also entschieden in der Minorität. Das Ergebnis der Stichwahlen war jedoch nach den Kompromissen eine Majorität für die christlichsozialen und eine Minorität für die sozialdemokratischen Mandate und die zahlreichen bürgerlich-freiheitlichen Minderheiten gingen bis auf ein Mandat leer aus. Es ist dies für eine Stadt, deren Budget so groß ist wie jenes eines kleinen Königreiches, ein entschiedener Verlust, denn im freiheitlichen Bürgertum steckt die große Menge der Intelligenz, die ja schließlich das schaffende und erwerbende Element im Staat und Stadt ist, und die Intelligenz ist es auch, die Handel und Industrie zur Blüte bringt. Die Größe Deutschlands, das sich als unüberwindlich gezeigt hat, strömt aus der Intelligenz seiner Städte auf das ganze Reich. Aber auch die Masse der Steuern trägt diese Schichte, und es wäre nur recht und billig, daß allen Männern, die sich jetzt im Schützengraben als gleichwertig erwiesen haben, auch das gleiche Wahlrecht zuteil werde. Für all diese Kreise muß auch das Recht beansprucht werden, in der Verwaltung der Stadt, zu deren Haushalt sie einen nicht geringen Teil beitragen, vertreten zu sein. Das aber ermöglicht nur ein Verhältniswahlrecht, bei welchem auch die Minoritäten zur Geltung kommen und die korrumpierenden Stichwahlen entfallen. Es gibt also für Wien nur das allgemeine und gleiche Verhältniswahlrecht, das alle Schichten der Bevölkerung erfasst und das allen Schichten zu einer Vertretung verhilft. Es wäre ein schwerer Fehler, das freiheitliche Bürgertum in die Reihen der radikalsten Parteien zu treiben, und diesen Weg müßten viele gehen, die ohne Gewissenszwang sich nicht den Reaktionären anschließen könnten.

## Der Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das nächste Verwaltungsjahr.

Voranschläge zur Bedeckung des Defizits: Straßenbahn-, Gas- und Strompreiserhöhung.

Gestern hat, wie gemeldet, beim Bürgermeister eine Konferenz der Obmänner des Gemeinderates stattgefunden, welcher die drei Vizebürgermeister und die Chefs der städtischen Ämter beiwohnten. Wie bereits berichtet, wurde in der Obmännerkonferenz der Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Verwaltungsjahr 1917/18 vorgelegt. Es handelte sich allerdings vorläufig nur um die Rohbilanz. Die Versammlung empfing die Mitteilung, daß der Hauptvoranschlag ein Defizit von 27 Millionen Kronen aufweist. Von diesem Defizit können 17 Millionen Kronen durch die Vorratbestände gedeckt werden, so daß 10 Millionen Kronen unbedeckt bleiben.

Es sind nun für die Bedeckung in der Obmännerkonferenz folgende Vorschläge aufgetaucht:

Es sei der Strompreis für Lichtzwecke um 20 Prozent zu erhöhen, der Strompreis für Kraftzwecke um 15 Prozent;

der Preis für Leuchtgas von 17 auf 19 Heller für den Kubikmeter zu erhöhen;

auf den städtischen Straßenbahnen einen einheitlichen Tarif von 20 Heller einzuführen;

die Gemeinde habe eine Petition an die Regierung zu richten, daß man ihr auch über das Jahr 1917 hinaus das Recht erteile, eine Wertzuwachssteuer einzuführen;

die Gemeinde soll an die Regierung eine Petition richten, um die Bewilligung einer Erhöhung des städtischen Zuschlages zur Totalitätensteuer auf 100 Prozent.

Wir haben bereits vor einiger Zeit gemeldet, daß die Gemeinde Wien sich mit dem Plan trägt, auf den städtischen Straßenbahnen einen Einheitstarif einzuführen. Dieser Einheitstarif soll nun 20 Heller betragen. Damit würde der heute in Geltung befindliche Fahrchein von 16 H. und 22 H. außer Kraft kommen und durch einen einheitlichen Zwanzighellerfahrchein ersetzt werden. Es ist schon der Plan aufgetaucht, auch die Arbeiterarten im Frühverkehr um zwei Heller zu erhöhen, doch hat dieser Vorschlag keine Zustimmung gefunden. Der Fahrpreis für die Sommerfahrcheine dürfte wie bisher mit 30 H. berechnet werden. Unmittelbar an die Obmännerkonferenz schloß sich eine Sitzung des Stadtrates, die sich mit denselben Gegenstände beschäftigte.

Die Angelegenheit kommt in der nächsten Woche nach Pfingsten vor den Magistrat, dann in den Stadtrat und hierauf in den Gemeinderat, wo in der zweiten Hälfte des Juni bereits die Budgetdebatte beginnen wird.

## Die Zinskreuzer und das Defizit der Gemeinde Wien.

Der Gebärungsabgang im Haushalte der Gemeinde Wien beträgt, wie wir schon im Abendblatte berichtet haben, rund 27 Millionen Kronen. Für die nächste Zeit will man sich auf die Bedeckung nur eines Teiles dieses Gebärungsabganges beschränken. Durch die Annahme des 20 Heller-Einheitstarifes auf den Straßenbahnen und durch die Erhöhung der Gas- und der Licht- und Kraft-Strompreise — das Ausmaß haben wir schon mitgeteilt — dürften etwa 9—10 Millionen Kronen hereingebracht werden.

Durch die Verteuerung des Straßenbahnverkehrs, der Gasbeleuchtung, des elektrischen Lichtes und der elektrischen Kraft würde danach erst ein Drittel des Defizits bedeckt werden und die anderen zwei Drittel (18 Millionen Kronen) wären späterhin mittels noch weitergehender Maßnahmen hereinzubringen. In dieser Richtung böte nun un-

zweifelhaft eine zweckentsprechend abgestufte Erhöhung der Zinskreuzer einen zielführenden Ausweg, einen Weg, dessen Beschreiten überdies verhältnismäßig wenig schwer empfunden würde. Voraussetzung wäre hierbei freilich der endliche Uebergang zu einer von sozialen Gesichtspunkten geleiteten Differenzierung der Zinskreuzerbelastung. Auf Grund der jetzigen Mietzinsen in Wien läßt sich sagen, daß jeder mehr eingehobene Zins Heller die Zuschlagseinnahme um mehr als vier Millionen Kronen steigert. Die Stadt Wien wäre nun in der Lage, auf Grund früherer Ermächtigungen den Zuschlag noch um 6 Heller zu vergrößern, also ohne hierzu eine neue landesgesetzliche Vollmacht einholen zu müssen. Es wäre nun doch wohl zu erwägen, ob nicht eine Erhöhung der Zinskreuzer in Betracht zu ziehen wäre, falls man bei der Bemessung der Zuschläge sozial differenzieren, also unter sorgfamer Schonung der wenig Bemittelten und bei gleichzeitig stärkerer Belastung der Leistungsfähigen vorginge. Also keine Erhöhung bei den Wohnungen mit kleinen Mietzinsen etwa bis 1000 Kronen. Eine geringe Erhöhung (1 Heller pro Zinskrone) bei Wohnungen zwischen 1001 und 2000 Kronen, eine größere Erhöhung (2 Heller pro Zinskrone) bei Mieten zwischen 2001 und 3000 Kronen, ferner 4 Heller bei Mieten von 3001 bis 5000 Kronen und endlich 6 Heller pro Zinskrone bei allen noch höheren Mieten. Die Durchführung dieser differentialen Bemessung der Zinskreuzer würde, da die Zinsfassionen ja jeden Mietzins einzeln verzeichnen, mit ganz geringer Mehrarbeit gegenüber dem jetzigen Vorgange verbunden sein. Und unzweifelhaft entspräche diese Differenzierung der Zinskreuzer den berechtigten Anforderungen der Wohnungspolitik. Im Haushalte der Gemeinde Wien wäre auf diesem Wege das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben sofort erreichbar.

(Die freiherrlich bürgerlichen Gemeinderäte und die Abänderung des Gemeindefratuts.) Auf Einladung des Verbandes der freiherrlich bürgerlichen Gemeinderäte fanden in den letzten Tagen zwei Versammlungen von freiherrlichen Reichsratsabgeordneten, Gemeinderäten, Bezirksräten und Vertretern der freiherrlichen politischen Vereine statt in welcher die Stellungnahme der Partei in der Gemeindefratreform festgestellt wurde. An der leitenden Referat des Vorsitzenden Gemeindefrat Dr. Heim knüpfte sich eine lebhafte Diskussion, an welcher sich die Reichsratsabgeordneten Baron Hoch, Dr. Neumann, Dr. Ofner, die Gemeinderäte Lohner, Dr. Mittler, Dr. v. Dorn, Dr. Granitsch, Neustadt, die Bezirksräte Lotties, Dr. Stieglitz, Dr. Brady und Hoffmann beteiligten. Es ergab sich volle Uebereinstimmung darüber, daß die Partei für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eintreten solle, wobei jedoch den jeweiligen Minderheiten durch Einführung des Verhältniswahlrechtes eine entsprechende Vertretung gewährleistet werden müsse. Von sämtlichen Rednern wurde auch die Notwendigkeit der Einführung der Wahlpflicht betont. Ebenso sprach sich die Versammlung zugunsten des Frauenwahlrechtes aus.

## Wiener Angelegenheiten.

### Der Voranschlag für das Jahr 1917/18

Der Stadtrat beschloß in seiner letzten Sitzung nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hof, die Gemeindefürsorge zur Grund-, Erwerb-, Renten- und Besoldungssteuer im kommenden Verwaltungsjahre im gleichen Ausmaße einzusetzen wie bisher. Ferner wurde der Magistrat beauftragt: 1. die erforderlichen Schritte zur Erlangung der legislativen Verlängerung der Wirksamkeit nachfolgender gesetzlicher Bestimmungen einzuleiten: a) Landesgesetz vom 27. Juni 1910, womit die Gemeinde Wien zur Einhebung einer kommunalen Abgabe von gebrannten geistigen Flüssigkeiten ermächtigt wurde; b) Landesauschußbeschuß vom 23. Mai 1916, womit eine Gemeindeabgabe von Wertzuwächse von Liegenschaften im Gebiete der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien eingeführt wurde; c) Landesauschußbeschuß vom 23. Mai 1916, womit die Erhöhung der Gemeindeabgabe auf den Besitz von Hunden für das Steuerjahr 1917 auf 20 K. bewilligt wurde; 2. den niederösterreichischen Landesauschuß zu ersuchen, der Zuschlagsfreiheit der Einkommensteuer auch für die Zeit vom 1. Jänner 1918 an zuzustimmen und der Gemeinde Wien den gleichen Anteil an den Ueberweisungen aus dem Ertrage der Realsteuern, der Bier- und Branntweinsteuer zuzugestehen, der bis Ende 1917 vereinbart war; 3. die Erledigung des Ansuchens um Erhöhung des Totalisateursteuersatzes von 40 auf 80 Prozent bei der Regierung zu betreiben.

In der Donnerstag im Rathause abgehaltenen Obmännerkonferenz wurden verschiedene Vorschläge zu Maßnahmen, die zur Deckung des Defizits im Voranschlage für das Jahr 1917/18 dienen sollen, gemacht und besprochen. Am meisten würde wohl die geplante Erhöhung der Preise für Leuchtgas um 2 Heller pro Kubikmeter und jene für den elektrischen Strom sowohl zu Licht als auch zu Kraftzwecken für die Allgemeinheit fühlbar sein. Von dieser Erhöhung verspricht man sich allein eine Mehreinnahme von 6 bis 7 Millionen Kronen, was also fast ausreichen würde, um das Defizit von 10 Millionen zu decken. Freilich bliebe abzuwarten, ob diese Preiserhöhung vom Publikum nicht mit einer Einschränkung des Verbrauches beantwortet würde.

Weiters wurde die Einführung eines einheitlichen Tarifs für die elektrische Straßenbahn erwogen, und zwar sollen an Stelle der 16-Heller- und 22-Heller-Karten nur solche zu 20 Heller zur Ausgabe gelangen, während die 30-Heller-Fahrscheine sowie die Preise für die Kinder- und Arbeiterkarten weiter bestehen bleiben sollen. Durch diese Einführung würde jedenfalls die Manipulation, die jetzt besonders den neuangestellten Kräften stets einige Schwierigkeiten bereitet, sehr vereinfacht werden. Ob sie ein besonderes materielles Resultat erzielen würde, bleibt allerdings abzuwarten, da ja wohl die Ausgabe der 22-Heller-Fahrscheine stark überwiegt. Ferner wurde beschloffen, daß der Gemeinderat um die Bewilligung petitionieren solle, auch über das Jahr 1917 hinaus eine Wertzuwachssteuer einzuführen und den städtischen Zuschlag zur Totalisateursteuern auf 100 Prozent erhöhen zu dürfen. Die Vorschläge wurden noch am selben Tage dem Stadtrate vorgelegt und werden im Laufe der nächsten Woche im Magistrat und im Gemeinderate zur Debatte gelangen.

**Der Finanzplan der Stadt Wien.**

Deckung des Abganges von 27 Millionen aus Klassenbeständen und aus dem Ergebnisse der Preiserhöhungen bei Straßenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerken.

Der Haushalt der Stadt Wien weist ein sehr großes Defizit auf: 27 Millionen! Die Ursachen dieses großen Abganges haben wir bereits ausführlich erörtert: Die neuen Steuererlasse, die Zuschläge zu den Erwerbsteuern, die Sanitätszuschläge, die 3prozentige Erhöhung der Frachttarife, die vermehrten Kosten aus der Sanitätspflege zur Verhütung der Ausbreitung der Kriegsepidemien, die Verluste aus dem Lebensmittelgeschäft, die Kohlentenerung, und vor allem die Steigerung der Löhne und Gewährung von Feuerungszulagen und die Durchführung der Lehrergehaltsregulierung. Hat doch die Gemeinde Wien für die erhöhten Personalauslagen und für die Kosten der Lehrergehaltsregulierung im derzeitigen Verwaltungsjahre allein zwanzig Millionen gebraucht. 20 Millionen für die Kriegszulagen der Beamten und Angestellten und für die Lehrergehaltsregulierung per Jahr — die Ziffer spricht für sich selbst genug!

Wenn wir hiemit die Lage der städtischen Finanzen kurz besprechen, beziehen wir uns auf Mitteilungen, welche uns heute im Rathause von wohlunterrichteter Seite gegeben wurden:

Das Defizit beträgt rund 27 Millionen — in Budapest, wie bemerkt sei, 37 Millionen. Von diesen 27 Millionen werden 17 Millionen aus den Klassenbeständen bedeckt, so daß noch eine Summe von 10 Millionen aufzubringen ist. Es ergibt sich da die eigentümliche Lage, daß die Gemeinde einerseits über Geld in Hülle verfügt, da ihr aus den Anleihen Riesensummen zur Verfügung stehen, andererseits aber sich in arger Verlegenheit befindet. Denn die Anleihegeber dürfen nicht für die laufenden Ausgaben, wie für die Gehaltserhöhungen usw. verwendet werden.

Eine Umlagenerhöhung wird ganz gewiß nicht vorgenommen. Auch von neuen Steuern ist keine Rede. Der Finanzplan der Gemeindeverwaltung geht vielmehr dahin, durch Tarif- und Preiserhöhungen bei den größten ihrer städtischen Unternehmungen, den Straßenbahnen, den Gas- und Elektrizitätswerken ein Mehr an Einnahmen zu erzielen, das jene zehn Millionen deckt.

Es werden also in den nächsten Tagen die Direktionen der genannten städtischen Großbetriebe und die magistratischen Aemter Berechnungen aufstellen und prüfen, welche Tarifierhöhungen unumgänglich notwendig sind, um die fehlende Summe dem Stadtsäckel zuführen zu können.

Bei den städtischen Straßenbahnen wird der Einheitstarif eingeführt werden. Der „20-Seller-Tarif“, der solange schon angekündigt worden ist, kommt nun doch. Im allgemeinen wird ein gewisser Ausgleich eintreten: Der Fahrgast wird einmal statt 22 Heller 20 Heller und dann statt 16 Heller 20 Heller bezahlen. Freilich, bei jenem großen Teil der Angestellten und Bediensteten, die z. B. in einem der inneren Bezirke (Wieden, Neubau, Alsergrund usw.) wohnen und ihren Beruf in der Inneren Stadt ausüben, wird sich die Preiserhöhung schon deutlich fühlbar machen. Die kleinen Leute werden nun für jede ihrer Fahrten vier Heller mehr bezahlen müssen, das wären angenommen zwölf Heller Fahrpreiserhöhung im Tag, für kleine Leute eine empfindliche Teuerung!

Die Gaswerke dürften um zwei Heller per Kubikzentimeter teurer werden. Es sei da bemerkt, daß das Gaswerk der Gemeinde Wien als letztes aller Gaswerke in Europa mit seinen Preisen in

Die Tarifierhöhung bei den Elektrizitätswerken wird ungefähr so wie vor einigen Monaten vor sich gehen: Die kleinen Verbraucher werden geschont, die größeren stärker herangezogen werden. (Auf der letzten Tagung der Vereinigung der Elektrizitätsgesellschaften ist schon der Beschluß gefaßt worden, eine Erhöhung der Preise vorzunehmen. Anmerkung.)

Dies der städtische Finanzplan, der in kurzer Zeit dem Stadt- und Gemeinderate vorliegen und dort zweifellos genehmigt werden wird.

### Das Defizit im Wiener Gemeindehaushalt.

Der Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Verwaltungsjahr 1917/18 weist ein Defizit von 27 Millionen Kronen auf. Der Obmännerkonferenz wurde am Freitag eine Rohbilanz vorgelegt, die dieses wenig erfreuliche Ergebnis der Verwaltungskunst der gegenwärtigen Gemeinderatsmajorität darlief. Gleichzeitig wurden ihr die Bedeckungsvorschläge mitgeteilt. Das Defizit soll durch Heranziehung der Klassenbestände im Betrag von 17 Millionen Kronen gedeckt werden; die Bedeckung für die verbleibenden 10 Millionen Kronen soll in einer Erhöhung des elektrischen Lichtpreises um 20 Prozent, in einer Erhöhung des Preises für elektrische Energie um 15 Prozent, in einer Erhöhung des Leuchtgases um zwei Heller für den Kubikmeter (das ist von 17 auf 19 Heller) und schließlich in einer Erhöhung des Straßenbahntarifs gefunden werden. Die Preiserhöhung der Straßenbahntarife soll sich in der Form eines Einheitsstarifs vollziehen.

Das Defizit überrascht nicht. Die Obrigkeit trieb schon Jahre hindurch darauf hin und die Sozialdemokraten haben im Gemeinderat immer darauf hingewiesen, daß ein Zustand in dem die finanzielle Lage des Stadthaushalts durch die Vorgewirtschaft, durch Klassenrevirements bedenklicher Art und durch Schiebungen präliminierter Posten verschleiert wird, unhaltbar sei. Von Jahr zu Jahr wurden die Klassenbestände in stets steigendem Maße zur Deckung des Defizits herangezogen, wurden Rücklagen zu Erneuerungszwecken angegriffen und für andere Zwecke, als sie bestimmt waren, verwendet. Nun all diese Kunststücke nicht hinreichen, wird das Defizit, allerdings noch nicht in vollem Umfang, einbekannt. Wohl konnte es verurteilt werden. Die Straßenbahn wurde ausgebaut, neues Baugelände erschlossen, das durch neue Straßenzüge im Wert gesteigert wurde. Die Gemeinde wendete, um das Stadtgebiet zu erweitern, viel Geld zu Investitionen auf. Die Sozialdemokraten verlangten schon unter Dr. Lueger die Einführung der Wertzuwachssteuer, aber sie stießen auf taube Ohren. Die Baugrundspekulation wucherte empor und die Gemeinde hatte das Nachsehen. Große Einkünfte gingen für die Gemeinde dadurch verloren. Die Straßenbahntarife wurden erhöht. Unmittelbar nach der letzten Erhöhung war die Einführung des Einheitsstarifs, der die 16 Heller-Fahrscheine um vier Heller erhöht, die 22 Heller-Fahrscheine um zwei Heller ermäßigt, in Aussicht genommen; wurde doch schon mit der Drucklegung der Fahrscheine bereits begonnen. Nun werden neben dieser Tarifverteuerung auch Änderungen in den Tarifgebieten eintreten, die erst genau überprüft werden müssen, um zu erkennen, ob nicht der 30 Heller-Tarif eine Ausdehnung erfährt und dadurch eine weitere Verteuerung des Fahrpreises eintritt. Die Fahrten vom Betriebsbeginn bis 7 Uhr 30 Minuten morgens sollen um zwei Heller, von zwölf auf vierzehn Heller erhöht werden. Die Direktion der Straßenbahnen rechnet einen Verlust bei dem Werktagfrühverkehr heraus, weshalb ihrer Ansicht nach die Erhöhung eine Notwendigkeit sei. Dann mache auch die Erhöhung des 16 Heller-Fahrpreises auf 20 Heller, weil sonst der Preisunterschied zu hoch wäre, die Erhöhung der Preise beim Frühverkehr zur „Notwendigkeit“; Die Obmännerkonferenz hat die Vorschläge vorläufig zur Kenntnis genommen, ohne daß die Parteivertreter irgend eine Erklärung über ihren Inhalt ausgegeben hätten.

Die sogenannten direkten Steuern sollen in gleicher Höhe eingehoben werden; es ist bei manchen nicht ohne sehr bedenklichen Verfassungsverstoß möglich. Die kommunale Abgabe von gebrannten geistigen Flüssigkeiten ist ein Landesgesetz; sie soll nun ohne Gesetz verlängert werden. Die Wertzuwachssteuer, voriges Jahr eingeführt, basiert überhaupt nur auf einem „genehmigten“ Landesausschußbeschlusse; es könnte ihre Rechtsgültigkeit beim Verwaltungsgerichtshof unsicher angefochten werden. Die Unmöglichkeit eines Zustandes, in dem die verfassungsmäßige Vertretung des Landes nicht besteht, wird immer sichtbar. Aber auch das wird sichtbar, daß die auf dem Wahlrecht aufgebaute Gemeindevertretung unfähig ist, die Aufgaben zu erfüllen, die ihr die Gegenwart stellt. Schlagend beweist das die Tatsache, daß die gegenwärtige Gemeinderatsmajorität das Gleichgewicht im Stadthaushalt immer wieder nur dadurch herbeizuführen sucht, daß sie den Verkehr ständig verteuert.

### Die Wiener Gemeindevahlreform.

Der Wahlreformausschuß des Wiener Gemeinderates, der am 11. Mai die erste Sitzung abhielt, trat erst diesen Freitag zur zweiten Sitzung zusammen. Auch ihr Ergebnis ist sehr dürftig! Es wird immer deutlicher, daß die Majorität und ihre Vertreter in dem Wahlreformausschuß nicht bekennen wollen, wie sich sie zu der Aenderung der Wahlordnung stellen. Deshalb suchen sie die Zeit zu vertrödeln mit einer Vielrederei über die Aenderung des Gemeindestatuts, wemgleich vieles davon mit der Aenderung des bestehenden Wahlsystems in keinem Zusammenhang steht. Obermagistratsrat Pawella hatte in der Sitzung ein umfangreiches Referat über die Personen in der Gemeinde erstattet, dem eine förmliche Plünderung des Handwörterbuches für Staatswissenschaft die stoffliche Unterlage bot. Er sprach über die Rechte der Gemeindeangehörigen, der „Pflichtmitglieder“, das sind die Gemeindegemeinen, und der „Auswärtigen“ und hielt einen lang und breit angelegten Vortrag historischen Inhalts. Die Besprechung der Erwerbung des Heimatsrechtes veranlaßte ihn, zu enthüllen, daß er die Absicht habe, den Auswärtigen bei der Bewerbung um das Wiener Heimatsrecht noch mehr Schwierigkeiten als bisher zu bereiten. Einige magere Vträge, die man sich erst genau ansehen muß, waren das Ergebnis der dreispurigen Ausführungen Pawellas. Gemeinderat Neumann bemerkte hierzu, daß das Wichtigste und Dringendste die Verhandlung über die Aenderung der Wahlordnung sei. Die Bevölkerung müsse vor allem erfahren, welche Absichten bestehen, das gegenwärtige Wahlrecht zu beseitigen. Es ist nicht auszuhalten, daß starke Minoritäten in den einzelnen Bezirken Wiens nicht zur Geltung kommen, wodurch die Mehrheit der Bevölkerung von der Teilnahme an der Verwaltung der Gemeinde Wien ausgeschlossen sei. Auch die Minoritäten haben ein Recht auf verhältnismäßige Vertretung in der Gemeinde, und daraus ergebe sich die Forderung nach dem Verhältniswahlrecht, den Proporz. Die Sozialdemokraten verlangen Beseitigung der Wahlkörper, gleiche Mandatszahlen in den Gemeindebezirken, Verhältniswahlrecht, Sicherung von Mandaten für die Frauen und ein analoges Wahlrecht für die Bezirksvertretungen. Er beantragt, von der Beratung der einzelnen Punkte, die zur Aenderung des Gemeindestatuts aufgestellt wurden, abzusehen und vor allem die Wahlreform zur Diskussion zu stellen. Das Referat Pawellas sei den Mitgliedern des Wahlreformausschusses zugänglich zu machen, worauf erst über die darin enthaltenen Vträge die Debatte nach Erledigung der Wahlreform zu eröffnen wäre. Kunschak sprach gegen die sofortige Verhandlung über die Wahlreform. Man habe in der Zeit keine gebundene Marschroute. Es fehle an den verfassungsmäßigen Instanzen für die Genehmigung der Wahlordnung und man habe daher mit ihrer Beratung Zeit. Es sprachen noch Granitsch, David, Skaret, Emmerling, Sain für den Antrag Neumann, Eglauer, Breuer, Semala gegen ihn. Auch ein Vermittlungsantrag Mittlers, die Vträge, die von Obermagistratsrat Pawella gestellt wurden, der Schlussberatung zu unterziehen und dann die Wahlreform zu besprechen, fand nicht die Unterstützung der Majorität und bei der Abstimmung wurde sein Antrag wie auch der Antrag Neumanns abgelehnt. Es wird nun in dem langsamen Tempo „fortgearbeitet“ und erst in vielen Wochen später wird man erfahren, wie sich Herr Pawella und die Majorität des Gemeinderates die Wahlreform vorstellen. Vorläufig wird versucht, der Opposition ein Bein zu stellen. Die Herren, die Pawella zum Referenten machten, hoffen, die Minorität werde bei der Aenderung des Gemeindestatuts in eine Falle gehen. Das wird nicht gelingen und sie werden daher schließlich Farbe bekennen müssen. Die bürgerlichen Frauen aber dürften bald gewahr werden, daß die Versprechungen, die ihnen Weiskirchner macht, recht wenig Wert besitzen.

## Das Defizit im Wiener Stadthaushalt und seine Bekämpfung.

### Forderung nach Reichsummittelbarkeit Wiens.

Unter dem Vorjize des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner fand, wie aus dem Rathause gemeldet wird, heute eine Konferenz der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt, in welcher die bereits bekannten Anträge des Stadtrates über die Zuwendung einer einmaligen Aushilfe und über Lohnerhöhungen für die Bediensteten der städtischen Straßenbahnen zur Kenntnis genommen wurden. Hieran knüpfte sich eine längere Debatte über die Bedeckung der hiedurch bedingten Mehrauslagen, an welcher sich sämtliche Mitglieder der Konferenz beteiligten.

Im Bürgerklub berichtete der Bürgermeister über die an die Bediensteten der städtischen Straßenbahnen zu gewährenden Aushilfen und Lohnerhöhungen. Direktor Spängler begründete die gestellten Anträge und erwähnte hierbei besonders, daß bezüglich der Unterbeamten die Vorarbeiten noch nicht fertiggestellt seien, daß aber schon in den nächsten Tagen eine eigene Vorlage dem Gemeinderate unterbreitet werden soll. Die Anträge des Stadtrates wurden einstimmig angenommen.

Der Budgetreferent berichtete über die morgen dem Gemeinderat vorzulegenden Anträge hinsichtlich der Erhebung der Gemeindefußschläge zu den direkten Steuern im Verwaltungsjahre 1917/18 und der Vorkehrung wegen Fortbestehens von befristeten Einnahmequellen der Gemeinde Wien. Auch diesen Anträgen wurde zugestimmt.

### Gehalts- und Lohnaufbesserungen für 120 Millionen Kronen.

Zu diesen amtlichen Mitteilungen erfahren wir: Die Obmännerkonferenz ist nach langer Debatte über die Bedeckung der für die Erhöhung der Bezüge der Straßenbahnen notwendigen 82 Millionen Kronen auseinandergegangen, ohne einen Beschluß zu fassen. Es lagen Berechnungen vor, daß für die eventuell notwendig werdende Erhöhung der Gehalte und Löhne der Lehrer, städtischen Beamten und Pensionisten sowie der Beamten und Bediensteten der städtischen Unternehmungen eine Summe von 120 Millionen Kronen notwendig werden würde, was 30 Prozent des kommunalen Budgets gleichkommt. Als der Magistrat vor kurzem dem Stadtrat den Hauptvoranschlag für 1917/18 mit einem Defizit von rund 25 Millionen Kronen vorlegte und beantragte, 15 Millionen zur Deckung den Kassenbeständen zu entnehmen und den Rest durch Erhöhung der Straßenbahntarife und der Preise für Gas und elektrischen Strom aufzubringen, waren darin die Lohnerhöhungen für die Straßenbahner, die erst später gefordert und bewilligt wurden, nicht inbegriffen. Diesen Ansprüchen auf Regulierung der Bezüge werden zweifelsohne andere folgen: Die Beamten, die Lehrerschaft, die Pensionisten und die Angestellten der kommunalen Betriebe.

Vom Gemeinderate wird morgen zur Befriedigung der Ansprüche der Straßenbahner ein Kredit von 82 Millionen Kronen angefordert werden. Die vorerwähnten Steigerungen von Abgaben reichen zur Deckung dieses Kredits nicht aus.

### Vorschläge zur Bedeckung.

In der Obmännerkonferenz überwog deshalb heute die Ansicht:

1. Die Unterbeamten der städtischen Straßenbahnen zunächst von der Lohnregulierung auszunehmen und diese auf die Wagenführer, die Schaffner und die Schaffnerinnen und auf das Werkstättenpersonal zu beschränken.

### Weiterreichende Erhöhung der Straßenbahntarife.

2. Da die beabsichtigte Einführung des einheitlichen Straßenbahntarifes von 20 H. und die Erhöhung der Frühverkehrs- und der Kinderkarten um je 2 H. nicht ausreicht, die bestehenden Straßenbahntarife um je zwei oder vier Heller zu erhöhen, also Karten zu 18 oder 20 H., zu 24 oder 26 H. und zu 32 oder 34 H. einzuführen.

3. Falls eine allgemeine Sagen- und Lohnerhöhung bewilligt wird, die Erschließung neuer Einnahmequellen neben der Erhöhung der Preise für Gas und elektrischen Strom und der Gebühren für den Wertzuwachs an Liegenschaften, sowie der Verdoppelung des städtischen Zuschlages zur Lotteriesteuer zu suchen.

### Die Reichsummittelbarkeit Wiens.

4. In Erwägung zu ziehen, ob nicht die Reichsummittelbarkeit Wiens, die Loslösung der Gemeinde Wien von der Finanzgebarung

des Landes Niederösterreich anzustreben ist, wodurch die Steuerkraft der Reichshauptstadt ausschließlich für Wien reserviert und ein Betrag von dreißig bis vierzig Millionen für das Wiener Budget frei würde.

5. Von einer allgemeinen Erhöhung der Umlagen unbedingt abzusehen.

Ein Beschluß wurde, wie gesagt, nicht gefaßt. Die weit-ausgreifenden finanziellen Fragen werden wohl in einem Zusammenhang mit der Reform des Gemeindestatuts und mit der Abänderung der Gemeindevahlordnung kommen. Die Reichsummittelbarkeit Wiens löst die Christlichsozialen der Reichshauptstadt von ihren Parteigenossen auf dem flachen Lande los, eine Gemeinschaft, die viel zu lange zugunsten der agrarischen Interessen in die Waagschale fiel.

## Das Defizit im Gemeindebudget und die Steuerkraft Wiens.

Von Dr. Rudolf Schwarz-Siller.  
Gemeinderat der Stadt Wien.

Wien, 4. Juni.

Durch Berichte aus dem Rathaus ist bereits vor einiger Zeit bekannt geworden, daß die Gemeindeverwaltung mit einem nicht unbedeutenden Fehlbetrag im Budget zu rechnen haben wird. Eine derartige Mitteilung kann im Hinblick auf die Kriegsverhältnisse nicht unerwartet kommen. Der Gemeinde sind im Laufe des Krieges eine Reihe großer Aufgaben zugewachsen, die außerordentliche Aufwendungen notwendig gemacht haben, sie mußte und muß ihren Beamten und Angestellten mit Rücksicht auf die täglich wachsende Teuerung ihre besondere Fürsorge zuteil werden lassen, insbesondere ist sie als Großunternehmerin durch die jetzt notwendig werdende Lohnpolitik, im ganzen handelt es sich um rund 40.000 Angestellte, zu größeren Ausgaben auf diesem Gebiete schon aus moralischen Gründen verpflichtet. Um das Defizit zu decken, um für die erhöhten Ausgaben entsprechende Einnahmen zu schaffen, hat die Gemeinde verschiedene Mittel und Wege, wie Schaffung neuer Einnahmequellen (Wertzuwachsabgabe usw.), Erhöhung bestehender Umlagen und Abgaben, schließlich Erhöhung der Monopolpreise der städtischen Unternehmungen. Um ihren Haushalt pflichtgemäß in Ordnung zu bringen, wird die Gemeinde alle oben genannten Mittel zur Anwendung bringen müssen, da durch Ersparungen wohl kaum während der außerordentlichen Verhältnisse irgend etwas erzielt werden könnte. Die Anwendung irgend eines dieser Mittel bedeutet aber zweifellos eine neuerliche Belastung der hauptstädtischen Bevölkerung, gleichgültig, ob die Einnahmeerhöhung auf eine Steigerung des Straßenbahntarifes, des Tarifes für elektrischen Strom, für Gas usw., oder durch Steigerung der Zuschläge und Umlagen zu den direkten Steuern erfolgt. Derartige Belastungen drücken aber in erster Linie erfahrungsgemäß auf die breiten Kreise des mittleren und kleineren Bürgertums, das von der Kriegsnöte ohnehin schon in schwerer Weise getroffen ist.

Ein Ruf wird jetzt sicherlich nicht verstummen, der schon früher von einzelnen im politischen Kampfe erklungen, aber im Lärm der Schlagworte untergegangen war: die Steuerkraft der Wiener, ohnehin bis aufs äußerste angespannt, muß, soweit es sich nicht um Bedürfnisse des Reiches handelt, voll und ganz der Stadt Wien erhalten bleiben. Wir können es nicht mehr ertragen, daß ein bedeutender Anteil unserer Steuererträge der Sanierung der Finanzwirtschaft anderer Verwaltungskörper zufließt. Uns wird und kann heute niemand begreiflich machen, daß wir für Leistungen für andere herangezogen werden sollen, zu einer Zeit, da uns das Leben bereits so schwer geworden ist, daß nur äußerste Anspannung aller Kräfte die Fortdauer der Existenz ermöglicht. Die Steuerkraft der Wiener trägt keine weitere Belastung. Die letzte wirtschaftliche Volkszählung, die vor kurzer Zeit stattgefunden hat, hat gezeigt, daß wir weit, aber sehr weit davon entfernt sind, eine reiche oder auch nur wohlhabende Stadt genannt werden zu können. Man muß schon während der Kriegszeit, insbesondere nach Kriegsende, den Wienern Zeit geben, Atem zu holen, tausende mittlerer und kleiner Existenzen müssen die Möglichkeit ihres Wiederaufbaues erhalten. Ein übermäßiger Steuerdruck würde alles im Keime erlöten. Die Steuerkraft der Wiener muß daher in erster Linie der Stadt Wien erhalten bleiben.

Wir müssen unsere finanzielle Unabhängigkeit vom Lande Niederösterreich erringen. Einstmals hatte der Gedanke der Reichsunmittelbarkeit Wiens Aktualität, er war Kampfruf im politischen Streite. Seither haben wir die Landesverordnung vom 21. Oktober 1907 über uns ergehen lassen müssen. Wenn man aber jetzt daran geht, das Statut der Gemeinde Wien zu ändern, wenn man ihr politisches und wirtschaftliches Leben auf neue Grundlagen stellen will, dann muß unter den wichtigsten Forderungen ebenbürtig der Forderung nach

er Wahlrechtsänderung, ja über dieser noch die Forderung der Unabhängigkeitserklärung der Gemeinde Wien von der Finanzwirtschaft des Landes Niederösterreich sein, an welcher wir mit 5 Prozent zu unseren Lasten beteiligt sind. Die heutige Situation ist eine Anomalie, ein Anachronismus. Für die Großstadt Wien, für die Hauptstadt des Kaisertums Österreich können die wichtigsten Schicksale nicht mehr in den ständischen Sälen des Landhauses entschieden werden. Das war einmal. Wenn nichts sonst, so hat der große Weltkrieg die Stadt Wien endlich mündig gemacht.

### Der Hauptvoranschlag der Stadt Wien.

In der gestrigen Sitzung des Stadtrates wurde die Beratung über den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Verwaltungsjahr 1917/18 fortgesetzt. Bei der Verhandlung der Gruppe VII (Markt- und Approvisionierungsangelegenheiten) brachte Stadtrat Grünbeck Beschwerden über die Gebarung der Zentralstellen vor. Er wünschte insbesondere die möglichste Dezentralisierung der Abgabestellen für unbedingt erforderliche Lebensmittel und einen Schutz der kleinen Geschäftsleute vor Drangsalierungen. Kleine Übertretungen werden an den Pranger gestellt, während die Bevölkerung den großen Preistreibern schutzlos ausgeliefert sei. Die Gemeinde soll es ferner ablehnen, auf den Märkten Aue zu verkaufen. — Stadtrat Wippl wünscht Vorkehrungen gegen das Unstellen und fordert insbesondere die ehestmöglichste Errichtung des Marktes an der Kreuzung der Triesterstraße und Quellenstraße. — Stadtrat Schöber kritisiert die Regierungsverordnung über die Obstverwertung und stellt den Antrag, den Magistrat anzuweisen, daß wegen Abgabe von Einsiedezucker an die Bevölkerung Schritte unternommen werden. Er fordert ferner die sofortige Beschlagnahme der gesamten Obsternste und die Erlassung eines Ausführverbotes für Obst. Er bespricht auch die Regelung der Milchabgabe an die Kleinverschleißer und wünscht schließlich, daß das von der neuen Brotfabrik zu erzeugende Brot ausschließlich den Bäckern zum Verschleiß übergeben wird. — Berichterstatter Vizebürgermeister Hoff reflektiert in seinem Schlußwort ausführlich auf die vorgebrachten Wünsche.

## Die „Unabhängigkeitserklärung der Gemeinde Wien“.

Die außerordentlichen Aufwendungen, zu denen sich die Gemeinde Wien im Interesse ihrer Angestellten und der Marktversorgung der Stadt genötigt sah, haben, wie es nicht anders zu erwarten war, im Haushalt der Gemeinde einen nennenswerten Gelbabgang verursacht. Es ist ein Defizit vorhanden, für das Deckung gesucht werden muß. Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller tritt nun heute in einem Wiener Blatte für die Loslösung der Stadt Wien vom niederösterreichischen Landtage auf und sieht darin die Sicherheit, daß die Steuerkraft der Wiener, die keine weitere Belastung mehr ertrage, nicht stärker mehr in Anspruch genommen werde.

Wir müssen unsere finanzielle Unabhängigkeit vom Lande Niederösterreich erlangen. Einmal hatte der Gedanke der Reichsunmittelbarkeit Wiens Aktualität, er war Kampfruf im politischen Streite. Seither haben wir die Landesverordnung vom 21. Oktober 1907 über uns ergehen lassen müssen. Wenn man aber jetzt daran geht, das Statut der Gemeinde Wien zu ändern, wenn man ihr politisches und wirtschaftliches Leben auf neue Grundlagen stellen will, darn muß unter den wichtigsten Forderungen, ebenbürtig der Forderung nach der Wahlrechtsänderung, ja über dieser noch die Forderung der Unabhängigkeitserklärung der Gemeinde Wien von der Finanzwirtschaft des Landes Niederösterreich sein, an welcher wir mit 85% zu unseren Lasten beteiligt sind. Die heutige Situation ist eine Anomalie, ein Anachronismus für die Großstadt Wien, für die Hauptstadt des Kaisertums Österreich können die wichtigsten Schicksale nicht mehr in den ständischen Sälen des Landhauses entschieden werden. Das war einmal. Wenn nichts sonst, so hat der große Weltkrieg die Stadt Wien endlich mündig gemacht.

Das klingt ja sehr pathetisch. Leider ist nicht viel dahinter an dieser Weisheit. Abgesehen davon, daß eine solche „Unabhängigkeitserklärung“ ohne Genehmigung des Landtages nicht gemacht werden kann — und der Landtag ist weder in absehbarer Zeit zu erwarten, noch ist seine Zustimmung wahrscheinlich — ist auch die Berechnung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller nur oberflächlich. Viele Millionen von den Steuereingängen, die in Wien zur Verrechnung kommen, stammen von Betrieben und Unternehmungen, die nicht in Wien, sondern im Südbahngebiet Niederösterreichs oder sonstwo in einem der großen Industriegebiete sich befinden und dort mit Schulen, Straßenbauten usw. das Land belasten, aber am Orte ihrer Direktion in Wien fahieren und Steuer zahlen. Alle Bahnen versteuern in Wien, die meisten Fabriken, selbst große landwirtschaftliche Betriebe, Molkereien usw. Es ist entweder Gedankenlosigkeit oder Demagogie, von 85% Steuerleistung Wiens zu reden, ohne dazu zu sagen, daß diese 85% zu einem erheblichen Teil nicht aus Wiener Steuerquellen kommen. Die ganze „Unabhängigkeitserklärung“ Dr. Schwarz-Hillers hat also einige Schönheitsfehler.

**Die Notwendigkeit der Reichsunmittelbarkeit von Wien.**

**Zahlen als Beweis.**

Von Gemeinderat Dr. Rudolf Schwarz-Viller.

Wien, 6. Juni.

Nachdem mein Artikel über die Notwendigkeit der finanziellen Unabhängigkeitserklärung Wiens vom Lande Niederösterreich bereits eine Reihe von Diskussionen und Anfragen an mich hervorgerufen hat, will ich zunächst noch eine Reihe von Ziffern anführen, welche die hohe Bedeutung dieser Frage für breitere Massen unserer Bevölkerung wohl in unbestreitbarer Weise feststellen.

1. Landeserfordernis, bestritten von Wiener Steuerträgern, nach dem Hauptrechnungsabschluss für das Verwaltungsjahr 1914/15. Landeszuschläge

	Kronen
zur Grundsteuer . . . . .	69.693 55
zur Hauszinssteuer . . . . .	22.997.122 72
zur 5prozentigen Steuer . . . . .	295.386 85
zur allgemeinen Erwerbsteuer . . . . .	2.608.914 44
zur Erwerbsteuer von den zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen . . . . .	10.859.311 21
zur Rentensteuer . . . . .	621.770 47
zur Besoldungssteuer . . . . .	875.385 22
zur ehemaligen Erwerbsteuer . . . . .	29 01
zur ehemaligen Einkommensteuer . . . . .	4 76
zusammen . . . . .	38.327.618 23

Was für eine Last allein die Abfuhr von Zuschlägen zur Hauszinssteuer, 5prozentigen Steuer, allgemeinen Erwerbsteuer und Besoldungssteuer von zusammen 26.776.809 Kronen 23 Heller für eine Bevölkerung bedeutet, von welcher mehr als ein Viertel zur Klasse der Mindestbemittelten (nicht Minderbemittelten) gehört, braucht wohl nicht erst erörtert zu werden.

2. Die Zuschläge des Landes bewegen sich seit 1898 stetig nach aufwärts. So betrug der Zuschlag bei der Grundsteuer im Jahre 1898 25 Prozent, im Jahre 1916 30 Prozent, bei der Hauszinssteuer 25 Prozent, beziehungsweise 28 Prozent, bei der 5prozentigen Steuer 30 Prozent, beziehungsweise 33 Prozent, bei der allgemeinen Erwerbsteuer erster und zweiter Klasse 20 Prozent, beziehungsweise 31 und 32 Prozent, bei der dritten und vierten Klasse 20 Prozent, beziehungsweise 23 Prozent, bei der Erwerbsteuer nach dem zweiten Hauptstück 20 Prozent, beziehungsweise 35 Prozent, bei der Rentensteuer 25 Prozent, beziehungsweise 32 Prozent, bei der Besoldungssteuer 25 Prozent, beziehungsweise 31 Prozent. Hierbei muß noch bemerkt werden, daß die Zuschläge zu den obgenannten Steuern für das Land um 1 Prozent bis 4 Prozent höher sind als für die Gemeinde, daß sich aber darin zeigt, daß die Steuerkraft der Wiener vielmehr noch für das Land als für ihre eigene Stadt in Anspruch genommen wird. Da das Landesbudget mit einem nicht unbedeutenden Fehlbetrag abschließt, so bleibt die Furcht vor weiteren Steigerungen der Zuschläge für das Land nur allzu sehr begründet.

3. Auch bei den sogenannten Ueberweisungen, Personalsteuer-, Branntweinsteuerüberweisungen usw., kommt die Stadt Wien bei der geltenden Halbierung zu kurz, sowohl wenn man das Verhältnis der Bevölkerungsziffern als auch wenn man das Kommunerungs-, beziehungsweise Aufbringungsverhältnis in Betracht zieht.

Es soll noch ein andermal ausführlich gezeigt werden, welchen Beschwernissen die Wiener Bevölkerung entgegengeht, wenn sie jetzt nicht den Mut und die Kraft aufbringt, für ihre Unabhängigkeit zu kämpfen. Die im Kriege vollbrachten Leistungen müssen auch ein Anrecht auf notwendige Entschädigungen geben. Quo vadis? muß sich jeder Wiener Bürger fragen, wenn er von den ungeheuren Lasten hört, welche die Gemeinde heute bereits übernehmen muß und noch zu übernehmen haben wird. Auch für Wien wird die Stunde schlagen, da es den Weg ins Freie finden wird.

\* Die kommunalwirtschaftlichen Aufgaben der Stadt nach dem Kriege. Der Volkswirtschaftliche Klub in Bozsony schreibt für die Lösung dieser Frage einen Preis von 500 Kronen aus. Die Preisarbeit soll alle jene Aufgaben bezeichnen, welche nach dem Kriege auf den Gebieten der städtischen Finanzpolitik, der Gewerbeförderung, des Handels und Verkehrs, sowie der damit verbundenen sozialpolitischen Fragen durch die Stadt Bozsony gelöst werden sollen. Die mit fremder Handschrift oder in Maschinenschrift geschriebenen Preisarbeiten, ferner ein mit einem Motto versehenes Kuvert, das den Namen des Verfassers verschlossen enthält, sind bis spätestens den 1. Dezember 1917 an die Adresse des Klubsekretärs (Dr. Max Fejer, Lorenzertorgasse Nr. 6, 2. St.) einzureichen. Die Preisarbeit muß einen Mindestumfang von drei Druckbogen besitzen. Der Volkswirtschaftliche Klub behält sich vor, die preisgekrönten oder belobten Arbeiten nach Uebereinkunft mit dem Autor ihrer Bestimmung entsprechend der Stadt Bozsony zu überlassen, doch verbleibt das Eigentumsrecht dem Verfasser. Die eingelangten Arbeiten werden durch eine Jury geprüft, welche der Volkswirtschaftliche Klub aus praktischen und wissenschaftlichen Fachleuten zusammengestellt hat.

### Altonaer Gemeindeangelegenheiten.

#### Städtische Kolleien.

Eine gemeinschaftliche öffentliche Sitzung der Städtischen Kollegien fand unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Schnadenburg am Montag abend im Rathause statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Oberbürgermeister in einem ehrenden Nachruf des verstorbenen Stadtverordneten Reese. Darauf nahm die Tagesordnung ihren Anfang mit dem Magistratsantrag über die Aufhebung der Stelle eines Gefangenen-Oberaufsehers und Uebertragung der Gefängnisverwaltung an einen Exekutiv-Polizeisergeanten. Die Vorlage wurde ohne weiteres genehmigt. Ein Antrag der Schlachthaus-Kommission und der Kommission für Verkehr und Grundeigentum auf Erweiterung der Gleisanlage auf dem Fischmarkt (11 500 Mark) fand nach kurzer Besprechung Annahme. Dem Antrage der Einquartierungs-Kommission auf Erhöhung der Vergütungssätze für die Bewährung von Unterkunft im Kriege wurde zugestimmt.

Bei dem Antrag der Gesundheits-Kommission auf Aenderung der Gebühren-Ordnung für die Benutzung der Leichenhalle an der Nordreihe entstand eine längere Besprechung; da keine Einigung zu erzielen war, wurde beschlossen, die Vorlage nochmals der Kommission zu überweisen.

Die Zustimmung der Städtischen Kollegien zur Erhöhung einiger Haushaltsabschnitte (Kammer-Kommission) erfolgt ohne Besprechung. Ebenso die Firmenänderung der Städtischen Spar- und Leihkasse.

Der Antrag der Kommission für Verkehr und Grundeigentum auf den Bau eines zweiten Gleises der Induftriebahn in der Roonstraße (16 000 Mark) wurde ebenfalls debattelos erledigt. Der folgende Antrag über Erhöhung der Feuerungszulagen an städtische Beamte, Angestellte und Arbeiter nach Maßgabe der in Hamburg und Preußen bewilligten Sätze wurde von Senator Schönning eingeführt. Prof. Bracl bemängelt bei der Vorlage das Fehlen genauer Angaben

über die einzelnen Feuerungsätze. Auch sei ihm unklar, warum die vor drei Monaten bewilligten Zulagen noch nicht zur Auszahlung gelangt sind. Auch Stadtv. Justizrat Löwenthal wünscht die vorherige Bekanntgabe der einzelnen Sätze. Nachdem noch mehrere Redner sich zur Sache geäußert hatten, weist Oberbürgermeister Schnadenburg in einer Schlussbemerkung darauf hin, daß die Auszahlung der rückständigen Zulagen bald erfolgen wird. Der Antrag wird angenommen.

Im Anschluß an den Antrag der Lebensmittelkommission auf Vermehrung um zwei Mitglieder aus dem Arbeiterstande gab der Oberbürgermeister in längerer Rede einen Ueberblick über die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln. Im allgemeinen sei er der Ansicht, daß keine Ursache bestehe zur Schwarzseherei. Wenn auch die augenblickliche Trockenheit sehr unerwünscht sei, so müsse man doch die Größe des Gebiets bedenken, das Deutschland mit seinen Verbündeten und den besetzten Ländern ausmacht. Der blieszjährigen Ernte und dem kommenden Winter sehe er mit Optimismus entgegen. Darauf hielt der Vorsitzende der Lebensmittelkommission, Dr. von Reichenstein, einen ausführlichen Vortrag über das neue Elberfelder Kartensystem. Stadtv. Schottke äußerte sich über die Fischversorgung. Stadtv. Stoll bekämpfte besonders scharf eine Preiserhöhung für Milch und Brot, die in Aussicht stehen soll. Stadtv. Warburg meint, daß alle Erörterungen über die Lebensmittelversorgung in der Hauptsache zwecklos sind, da wir auf die Verhältnisse im allgemeinen keinen Einfluß haben.

Wie zu erwarten stand, rief die Vorlage über

#### Gas- und Kohlenversorgung

eine ausgedehnte lebhafte Aussprache hervor. Der erste Antrag, betr. die Ostkohlenschiele, fand nach der nötigen Klärung durch Direktor Lichteim schnell Annahme. Dagegen entspann sich bei dem Antrag über die Einschränkung des Gasverbrauches eine überaus lange und stellenweise erregte Erörterung. Direktor Lichteim suchte die Notwendigkeit der Vorlage, die in dem andauernden großen Kohlenmangel ihren Grund habe, zu beweisen. Da die bisherige Maßnahme der Sperrzeiten nicht den beabsichtigten Erfolg gehabt habe, bleibe nichts anderes übrig, als ein wirksameres Mittel anzuwenden, und ein solches sei die beantragte Rationierung. Stadtv. Schmarje hält die praktische Durchführung dieser Maßnahme für äußerst schwierig. Der große Gasverbrauch gegen das Vorjahr hat seinen Grund nur in der Mangelhaftigkeit der Gasqualität, die dazu zwingt, drei- bis fünfmal mehr Gas zu verbrauchen als früher. Stadtv. Brehme verwirft auch den Antrag, den er trostlos nennt, und rügt ebenfalls die geringe Heizkraft des Gases. Stadtv. Esch hat schwere Bedenken gegen den Antrag und sieht in der Gasperierung von zwei Uebeln das kleinste. Außerst ungerecht ist die Strafe, den Mehrverbrauch mit 50 Pf. für das Kubikmeter zu berechnen, da der Verbraucher gar nicht weiß, wann er die vorgeschriebene Verbrauchsgrenze überschritten hat. Stadtv. Leo erteilt der Vorlage ebenfalls eine eindeutige Absage und fragt an, ob es nicht vielleicht besser sei, die Kohlenmengen, die für Gasfabrikation gebraucht werden, den Einwohnern zu überlassen für Kochzwecke, und die Gasfabrikation einzustellen. Direktor Lichteim erklärt, daß er wohl wisse, daß die Beschaffenheit des Gases schlecht sei, aber aus diesen Kohlen, die er anzunehmen gezwungen sei, ließe sich kein besseres Produkt herstellen. Stadtv. Justizrat Warburg sieht in der Rationierung nicht solche Härte wie in der Sperrung, da diese besonders für den Arbeiter, der sehr früh aufstehen muß, eine harte Maßnahme bedeute. Auch Stadtv. Stoll bekämpft die Vorlage, kritisiert die schlechte Beschaffenheit des Gases und die hohen Gasrechnungen. Wenigstens solle man mit der Rationierung noch drei Monate warten, bis die Zeit des Einkochens von Gemüsen und Früchten vorüber sei. Altona müsse bei der Reichskohlenstelle mit großem Nachdruck vorstellig werden, damit eine Besserung herbeigeführt werde. Da inzwischen die Zeit sehr vorgerückt ist und sich noch sieben Redner zum Wort gemeldet haben, erklärt der Oberbürgermeister, daß er es für zweckmäßig halte, diese wichtige Vorlage noch einmal der Kommission zu überweisen, und zwar sei er dafür, daß außer der Gas-Kommission auch noch die Lebensmittelkommission zu den neuen Beratungen hinzugezogen werde. Dieser Vorschlag fand einstimmig Annahme. Darauf trat geheime Sitzung ein.

Das Stadtverordnetenkollegium hielt am Montag abend, 6 1/2 Uhr, im Rathause unter dem Vorsitz des Bürgerverwalters, Geh. Justizrats J. G. Max Schmidt eine Sitzung ab. Der Vorsitzende gedachte ehrend des verstorbenen Stadtverordneten Reese. Bei der Wahl von neun Schiedsmännern wurden acht wiedergewählt, für Bahrenfeld wurde Bezirks-Schornsteinjägermeister Jöhrens neu gewählt. Als Schärer zu der Pferdeaushebungs-Kommission wurde Frick

Frick bestimmt. Gegen die vom Magistrat beschlossene endgültige Anstellung des Polizeisergeanten Krosch, des Oberrevisors Sengespeil als Oberaufseher der Gaswerks-Verwaltung und des Ingenieurs Dalldorf als Ingenieur für den Außendienst bei den Gas- und Wasserwerken wurden keine Bedenken erhoben. Bei der Wahl eines Mitgliedes zur Lebensmittel-Kommission an Stelle des zum Heeresdienst einberufenen Stadtverordneten Ostertag wurde auf Anregung des Stadtverordneten Sievert beschlossen, ein Besuch an die Militärverwaltung zu richten um Befreiung des Ostertag von Straßburg nach Bahrenfeld, damit er auch fernerhin an den Sitzungen der Lebensmittel-Kommission teilnehmen könne.

## Der Lastenausgleich.

Eine Groß-Berliner Frage.

Jüngst wurde in einer hiesigen Tageszeitung von „zuständiger Stelle“ die Frage des von den östlichen Gemeinden Groß-Berlins betriebenen Lastenausgleichs wieder angeschnitten und die Regierung dringend ersucht, noch in diesem Herbst dem Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Dabei ließ die „zuständige Stelle“ durchblicken, daß sich die westlichen Gemeinden ohnungslos zu ihrem eigenen Schaden in die Gefolgschaft von Berlin und Schöneberg begeben hätten.

Hierzu wird uns aus westlichen Vorortkreisen, die durchaus nicht so kurzfristig sind, um nicht zu wissen, was ihnen frommt, geschrieben:

Die westlichen Vororte denken gar nicht daran, sich nach Berlin eingemeinden zu lassen; diese Absicht ist klar und deutlich der Stadt Berlin gegenüber ausgesprochen worden, z. B. auch noch, als die Gemeinschaft zum Ankauf der englischen Gasgesellschaft zwischen Berlin und den westlichen Vororten eingegangen worden ist. Deshalb liegt auch gar kein Grund für die Regierung vor, etwo aus besonderem Mißtrauen gegen das Problem „Groß-Berlin“ den von dieser Gemeinschaft abgegebenen Kaufgeboten den Zuschlag nicht zu erteilen.

Eine anderweite gemeindliche Verfassung, als wie sie gegenwärtig für Groß-Berlin besteht, wird allerdings auch in den westlichen Vororten für erforderlich erachtet, und auch der Lastenausgleich läuft ja im Grunde genommen hierauf hinaus, allerdings in der rohesten Form, daß die wohlhabenderen Gemeinden einfach tributpflichtig gemacht werden sollen zugunsten der weniger wohlhabenden. Hiergegen wenden sich mit Recht Berlin und die westlichen Vororte, die aber auch ihrerseits durchaus die Notwendigkeit einer gewissen Wirtschaftsgemeinschaft anerkennen, nur eben unter Aufrechterhaltung der bewährten Grundsätze unserer Selbstverwaltung, d. h., daß die bezahlen sollen, auch ein Wort mitzureden haben über die Veranstaltungen, zu denen sie die Aufwendungen beisteuern sollen. Hier die geeignete Form zu finden, ist allerdings eine recht dankenswerte Aufgabe für die Staatsregierung, und es darf wohl insbesondere an die Tätigkeit des königlichen Kommissars für die Verwaltungsreform, des Unterstaatssekretärs Dr. Drews, die Hoffnung geknüpft werden, daß dieser erfahrene Verwaltungsbeamte, der sich dabei allerdings etwas von der herkömmlichen Sorge unserer Bürokratie vor einem „zu mächtigen Berlin“ und von der ausgesprochenen Vorliebe für „ländliche Einrichtungen“ wird freemachen müssen, an der verständigen Lösung der Frage Groß-Berlin außerhalb einer Eingemeindung und eines Lastenausgleichs nicht achtlos vorübergehen werde.

## Frankfurter Angelegenheiten.

## Frauenstimmrecht.

Der Fortschrittliche Volksverein hatte für Donnerstag abend eine Mitgliederversammlung in den Memnaniaaal einberufen, die auch von Frauen stark besucht war. Als erster Punkt stand die Frage des Frauenstimmrechts auf der Tagesordnung. Frä. Dr. Schulz begründete einen Antrag der weiblichen Mitglieder des Fortschrittlichen Volksvereins, der ersucht wird, bei den Fraktionen der Fortschrittlichen Volkspartei im Reichstag und preussischen Landtag mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die Fraktionen bei der im Gange befindlichen Verfassungsrevision sowohl für das aktive und passive Wahlrecht der Frauen unter den gleichen Bedingungen wie für die Männer eintreten, als auch bei jeder gegebenen Gelegenheit für die absolute Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne ihre Stimme abgeben. Zur Empfehlung des Antrags führte Frä. Dr. Schulz die bekannten Gründe an, die sich für das Frauenstimmrecht als Grundlage der politischen und rechtlichen Gleichstellung beider Geschlechter geltend machen lassen.

Bankdirektor Maier verlas sodann einen Brief des früheren langjährigen Vorsitzenden des Vereins, Prof. Dr. Möller, der sich für das Frauenstimmrecht aussprach. Der Redner empfahl auch selbst die Annahme des Antrags. Redakteur Dr. Goldschmidt bekannte sich als Gegner des Frauenstimmrechts. Er trat wohl dafür ein, der Frau alle Berufe zu öffnen, für die sie sich eignet, und sie auch in weitergehendem Maße als bisher am öffentlichen Leben teilnehmen zu lassen, meinte aber, daß es sich bei den extremsten Zielen der Frauenbewegung um ein falsch angewandtes Gleichheitsideal handle, das in der verschiedenartigen Veranlagung und den anders gearteten Aufgaben von Mann und Frau keinerlei Stütze finde und daß unsere Aufgabe sein müsse, der Frau wieder mehr Gelegenheit zu geben, sich auf ihrem eigentlichen Gebiet, in der Familie, zu betätigen, als sie politisch mit dem Manne gleichzustellen. Frau Dr. Kempf trat diesen Ausführungen entgegen, ebenso Landtagsabgeordneter Dr. Heilbrunn, der sich auch gegen die politischen Erwägungen wandte, aus denen vielfach das Frauenstimmrecht bekämpft wird. In dem großen wirtschaftlichen und politischen Kampf der Zukunft, der uns bevorstehe, habe die Frau vielleicht ein feineres Gefühl für die Lebensnotwendigkeiten der Familie als der Mann gegenüber den Entscheidungen, die am grünen Tisch in Berlin fallen. Deshalb solle die Frau bei den vielen Fragen des öffentlichen Lebens, an denen sie beteiligt ist, auch ein Mitbestimmungsrecht haben, wie es ihr nur durch die Anerkennung der politischen Rechte gewährleistet werden könne. Es sprachen sich noch Frä. Peimbach, Frau Thea Wolff, Frä. Oberlehrer Dr. Reichhaus für, Herr Behringer und Herr Lindheimer gegen das Frauenstimmrecht aus. Zum Schluß empfahl Landtagsabgeordneter Oeser den Antrag der weiblichen Mitglieder, wobei er die Frage aufwarf, ob es nicht richtiger wäre, den Frauen eine gesonderte Vertretung innerhalb des Parlaments zu geben, durch die ihnen das aktive wie das passive Wahlrecht gewährleistet würde. Bei dem bevorstehenden Neuaufbau des Reiches nach innen wie nach außen sei es aber auf alle Fälle notwendig, alle Volksgenossen, also auch die Frauen, zur Mitarbeit heranzuziehen.

Bei der Abstimmung ergab sich eine Mehrheit für den Antrag. Die Erledigung der weiteren Tagesordnung, insbesondere die Berichterstattung über den Preuentag der Fortschrittlichen Volkspartei, wurde auf nächsten Donnerstag verschoben.

# Frankfurter Zeitung

15. / 11. 1917 15

169

## Stadtvorordneten-Versammlung.

= Frankfurt, 14. Juni.

Die seiner Zeit vom Magistrat eingebrachte Vorlage auf Errichtung einer auf der Volksschule aufgebauten Uebergangsklasse für hervorragend begabte Volksschüler hatte durch die Stadtvorordneten-Versammlung grundlegende Veränderungen erfahren, die letzten Endes auf die Abschaffung der Vorschulen und die Einführung der Einheitschule hinausliefen. Der Magistrat erklärte heute in einem längeren Schreiben, daß er nicht imstande sei, den von der Stadtvorordneten-Versammlung an die Vorlage geknüpften Bedingungen beizutreten, er behalte sich jedoch vor, auf die Frage des Aufstiegs begabter Volksschüler zu geeigneter Zeit zurückzukommen. Eine vom Stadtv. Korfj (Vp.) abgegebene Erklärung der Fortschrittlichen Volkspartei gibt dem Bedauern über diese Haltung des Magistrats Ausdruck und spricht die Erwartung aus, daß die angekündigte neue Vorlage in besserer Weise als die zu Fall gekommene die Aufgabe, den Ausbau des niederen Schulwesens in zeitgemäßer Weise zu fördern, erfüllen werde. In gleichem Sinne äußert sich Stadtv. Dr. Quard (Soz.), der dies weiterhin die Frage aufwarf, in welcher Weise die durch die Aufhebung der Vorschulen zu erwartenden Mehrkosten aufgebracht werden sollen.

Der Ausschussbericht über die Erhöhung der Feuerungszulagen für die städtischen Beamten und Angestellten wurde auf Antrag des Stadtv. Dr. Herz (Vp.) zum Zweck einer nochmaligen Besprechung an den Finanzausschuss zurückverwiesen.

Die Errichtung einer städtischen Mitleiderstelle, über die für den Finanz- und Organisationsausschuss Stadtv. Dr. Herz (Vp.) berichtete, wurde genehmigt, nachdem Stadtv. Dr. Quard (Soz.) eine Reihe von Wünschen bezüglich ihrer Organisation und der Zuziehung von Fachleuten vorgebracht hatte.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete die Anfrage des Stadtv. Berneder (Vpl.) und Gen. wegen der

### Kartoffelversorgung.

Der Fragesteller schilderte eingehend die gegenwärtigen unhaltbaren Zustände, die genau wie die Kalamitäten 1916 auf die verkehrte Verteilungs- und Preispolitik der Reichskartoffelstelle zurückzuführen seien. Dagegen müsse mit aller Entschiedenheit von der Stadt protestiert und es müsse rechtzeitig Vorjorge getroffen werden, daß sich solche Vorkommnisse nicht wiederholen.

Stadtrat Dr. Köhler gab einen Ueberblick über die getroffene Versorgungsregelung. Von den 550 000 Zentnern, die Frankfurt von der Reichskartoffelstelle aus Pommern zugewiesen erhalten habe, seien bis zum Eintritt der Frostperiode nur etwa 250 000 Zentner geliefert gewesen. Nach dem Aufhören des Frostwetters habe die Reichskartoffelstelle die Lieferungen aus Pommern sistiert und angeordnet, daß die Stadt Frankfurt ihren Bedarf, der auf 200 000 Zentner geschätzt wurde, aus der Provinz zu decken habe. Es konnten jedoch nur 150 000 Zentner angeliefert werden. Auf die eindrucksvollen Vorstellungen der Stadt seien ihr dann noch weitere 100 000 Zentner aus der Provinz Posen zugewiesen worden; diese habe jedoch erklärt, daß sie zur Lieferung nicht imstande sei, und habe tatsächlich bis heute nur einige wenige Wagen geliefert. Aus Hessen ständen noch 17 000 Zentner aus, auf deren Heranschaffung man jedoch gleichfalls nicht mit Bestimmtheit rechnen könne. An eine geregelte Versorgung mit Kartoffeln sei in den nächsten Wochen daher nicht zu denken, wenn die Stadt auch hoffe, von Zeit zu Zeit einige Pfund auf den Kopf ausgeben zu können. Wegen der Versorgung mit Frühkartoffeln sei die Stadt schon im Februar an die Berliner Stellen heranzetretet, habe indes einen definitiven Bescheid bis heute noch nicht erhalten können, da die Erhebungen über die Anbaufläche noch nicht abgeschlossen seien. Dagegen habe die Stadt die Zusicherung erhalten, daß sie in diesem Jahre die Frühkartoffeln aus ihren natürlichen Versorgungsgebieten, Hessen und der Pfalz, erhalten werde, sodas man sicher sein könne, daß die unglücklichen Experimente des Vorjahres sich nicht wiederholen werden. Allerdings sei es nicht möglich gewesen, mit Hessen zum Abschluß eines Lieferungsvertrages zu kommen.

Stadtv. Zielowski (Soz.) zweifelt nicht daran, daß die Stadt alles getan habe, was in ihren Kräften stand. Die Tatsache, daß täglich wahre Völlerwanderungen sich aufs Land ergössen, zeige, daß noch Kartoffeln vorhanden seien; sie sollte man reiflos erfassen.

Nach weiterer Debatte wurde folgender Antrag des Stadtv. Berneder (Vp.) einstimmig angenommen:

Die Stadtvorordneten-Versammlung legt gegen die Behandlung, die die Stadt durch die Reichskartoffelstelle erfahren hat, insbesondere dagegen entschieden Verwahrung ein, daß bei Aufstellung des Verteilungsplans der Stadt zugewiesene Lieferungskreise ihr trotz bestimmter Zusicherung nachträglich wieder entzogen worden sind und sie auf Kreise verwiesen wurde, die zur Lieferung nicht mehr fähig waren. Der Magistrat wird ersucht, diese Entschließung der Reichskartoffelstelle, dem Kriegsernährungsamt und dem Staatskommissar für das Ernährungswesen in Preußen zur Kenntnis zu bringen.

16. Okt. 1917

150

**Erhöhung des Tarifs für städtische Elektrizität.** Der infolge des Krieges eingetretene Minderverbrauch an Elektrizität, die erhöhten Arbeitslöhne und gesteigerten Kohlenpreise haben einen beträchtlichen Rückgang in den Einnahmen der städtischen Elektrizitätswerke Berlins bewirkt. Die halb zur Einführung kommende Kohlensteuer wird weitere Mindereinnahmen bewirken. Der Magistrat Berlin gedenkt nun die Einnahmen der Elektrizitätswerke durch Einführung einer Zählermiete zu erhöhen. Er hat schon beschlossen, für einen Zähler von 0,75 Kw.

0,50 M., für 2 Kw. Zähler 0,75 M. usw. zu erheben; für einen 20 Kw. sollen 4 M. und über 20 Kw. 5 M. berechnet werden. Dafür sollen die Bestimmungen über Mindestverbrauch fortfallen. Ein Feuerungszuschlag angesichts der Erhöhung der Kohlenpreise und Löhne (9,5 Millionen M.) erscheint angezeigt. Der Stadtverordnetenversammlung wird ein solcher Zuschlag von 25 v. H. vorgeschlagen werden mit der Beschränkung, daß er auf die Rechnungen nach dem Pauschaltarif und auf die Bodenflächengebühren bei dem Einheitstarif nicht erhoben wird. Bei langfristigen Verträgen kann der Zuschlag ebenfalls nicht erhoben werden. Die Merbeinnahmen dürften sich auf rund 5 Millionen Mark belaufen, und zwar erst vom 1. Oktober d. J. ab. (Der Minderertrag der städtischen Elektrizitätswerke wird auf 13 Millionen Mark geschätzt.) Diese Erhöhung bedarf natürlich für die Abnehmer in den Vororten noch der Genehmigung der beteiligten Gemeinden.

## Einschränkung des Wasserverbrauchs.

Budapest, 19. Juni.

Die Aufrechterhaltung des Betriebes der kommunalen Wasserwerke ist infolge Mangels an nötigen Materialien und Arbeitskräften mit den größten Schwierigkeiten verbunden. Zu diesen Schwierigkeiten gesellt sich nun auch die überall herrschende Dürre, infolge deren einerseits die Wasserproduktion verringert, andererseits aber der Wasserverbrauch gesteigert wird.

Der in einigen Stadtteilen, besonders aber in der Budaer Gebirgsgegend eingetretene Wassermangel hatte vor kurzem den Magistrat veranlaßt, dem Publikum die größte Sparsamkeit im Wasserverbrauch ans Herz zu legen, da durch den übermäßigen Verbrauch von Wasser sich der Wassermangel in gewissen Stadtteilen bis zur Unerträglichkeit steigern würde. Leider hat das Publikum diese Mahnung nicht sehr beherzigt, denn der tägliche Wasserverbrauch hat um nichts abgenommen; dieser Umstand nötigt jetzt den Magistrat, strengere Maßregeln anzuwenden, um das Publikum zu sparsamem Wasserverbrauch zu zwingen.

Hinsichtlich der Menge des der Bevölkerung täglich zur Verfügung stehenden Wassers ist das Budapester Publikum auch heute noch besser daran als die Einwohner vieler Großstädte des Auslandes. Die von den Wasserwerken produzierte Wassermenge beträgt

2.600.000 Hektoliter pro Tag; die Einwohnerzahl mit einer Million gerechnet, entfällt auf das Budapester Publikum eine Menge von 260 Litern pro Tag und Kopf, eine Menge, die bei einiger Sparsamkeit unbedingt genügen müßte.

Allein in Budapest wird viel Wasser verschwendet, denn es wird nicht nur zum Trinken und zu den nötigen Haushaltzwecken verwendet, sondern auch zu Abkühlungszwecken, zur Reinigung der Höfe, zur Bepflanzung der Gärten, zur Versorgung großer Springbrunnen usw. Zudem befinden sich die Wasserleitungen vieler Häuser in schadhafte Zustände, so daß das Wasser Tag und Nacht aus der Wasserleitung rinnt.

Da durch die Wasserverschwendung die Bewohner einzelner Stadtteile, wo der Druck in der Wasserleitung geringer ist, sogar des nötigsten Trinkwassers beraubt werden, sind die einschränkende Verfügungen des Magistrats, die zum Besten dieser unter einer unerträglichen Wassernot leidenden Einwohner getroffen werden, nur zu billigen. Von diesen Maßregeln wird das Publikum durch folgende Kundmachung verständigt:

1. Es ist verboten, die auf dem Gebiete der Hauptstadt befindlichen Höfe, Gärten und zu Gartenzwecken eingerichteten Gebiete, ferner die öffentlichen Parks, Gassen, Straßen und Plätze mit Hilfe von Schläuchen zu waschen, zu besprengen usw., die Springbrunnen mit Wasser zu versorgen, das Wasser in Hof- oder Gartenbehältern zu sammeln.

2. Die Wasserversorgung der vom Kristinavároser Pumpwerk versehenen Stadtteile wird durch die Verminderung des normalen Druckes in dem Leitungsnetze in der Zeit zwischen 10 Uhr abends und 6 Uhr früh derart eingeschränkt, daß während dieser Zeit in den höher gelegenen Gegenden überhaupt kein Wasser und an den tiefer gelegenen Stellen nur im Parterre der Gebäude Wasser zur Verfügung steht. Von dieser Einschränkung werden folgende Straßen, Plätze usw. betroffen: Várkertpart, Margit-rakpart, Margit-főrut, Széna-tér, Dóttrom, Toldy-Ferenc- und Donáti-utca, Albrecht-ut, Silló- und Entőház-utca, Jbl-Millős-tér, Apród-, Báralja- und Magut-utca, Kristina-főrut, Szent-János- und Aranykasz-utca, Kerepi-tér, Hadnagy- und Gorgony-utca, Fehérvári-ut, Kemenes-utca, Drlay-utca (unterer Teil) und Mészöly-utca.

Die Wasserversorgung jener Stadtteile, die der die Kristinavároser Pumpstation mit jener in der Dra-ut verbindenden Rohrleitung angeschlossen sind, wird täglich von 10 Uhr abends bis 6 Uhr früh eingestellt.

Infolge dieser Beschränkung erhalten in der erwähnten Zeit kein Wasser:

a) die Immobilien im Istenegyi dűlő: in der Diana-ut, Tra-ut, in der namenlosen Straße längs der Grundstücke Nr. 9872—9704 und in dem Teile der Istenegyi-ut zwischen dem hauptstädtischen Straßenräumerhaus und der Golubvilla;

b) die Teile der Rémetvölgyi-ut im Orbánhegyi und im Mártonhegyi dűlő: in der Rakul- und Tamás-ut, in der Mártonhegyi-ut bis zum Grundstücke Nr. 10296, in dem von diesem Punkte ausgehenden Hohlwege bis zur Bűröl-utca, ferner in dem Gebiete zwischen der Márcsi-utca und der Orbánhegyi-ut;

c) die Immobilien zwischen dem Farkasréter Friedhofe, der Süveg-utca, der Sashegyi-, der Lejtó-ut und der Vas-Bereben-utca.

Wir machen das Publikum aufmerksam, daß überall dort, wo die Beistellung von Wasser von 10 Uhr abends bis 6 Uhr früh eingeschränkt oder eingestellt ist, die Badeöfen auch in dem Falle nicht geheizt werden dürfen, wenn sich in der Leitung zufällig Wasser befindet, da infolge des möglichen Ausbleibens von Wasser eine Explosion erfolgen könnte.

Diese Einschränkungen teilen wir dem Publikum mit der Mahnung mit, daß jeder den Einschränkungen zuwiderlaufende Wasserverbrauch, der die Grenzen des normalen Hausgebrauches überschreitende und der nüchternen Sparsamkeit zuwiderlaufende Verbrauch des Wassers der Wasserleitung, das Ablassen des Wassers durch die in schlechtem Zustande befindlichen Hausleitungen im Sinne des § 21 des Wasserlieferungsstatuts mit einer Geldstrafe bis 100 Kronen belegt wird, daß wir ferner im Falle einer unerlaubten Wasserentnahme die hierzu benützten Mittel (Schläuche, Gestellrohre usw.) konfiszieren und im Falle größerer Mißbräuche den Betreffenden mit Rücksicht auf die obwaltende öffentliche Gefahr die Wasserbeistellung entziehen werden.

Der Magistrat der Hauptstadt.

### Das Gemeindevahlrecht der Frauen.

Die Katholische Frauenorganisation für Niederösterreich hat nach eingehenden Beratungen ihre Stellungnahme zu dem im Gemeinderat in Verhandlung stehenden Gemeindevahlrecht der Frauen in folgender Zuschrift an Bürgermeister Dr. Weiskirchner dargelegt:

**Euer Excellenz!** Die Katholische Frauenorganisation für Niederösterreich nimmt Gelegenheit, Euer Excellenz ihren aufrichtigsten Dank abzustatten für die wiederholt geäußerte Anerkennung, welche Euer Excellenz der Arbeit der Wiener Frauen, unter deren Hauptvertreterinnen sich auch die Katholische Frauenorganisation zählen darf, angedeihen lassen.

Zugleich erlaubt sich die Katholische Frauenorganisation für Niederösterreich zur Frage des Frauen-Gemeindevahlrechtes, das als konkreter Dank der Gemeinde Wien an ihre Frauen in den letzten Sitzungen des Gemeinderates ventilirt wurde, folgenden Standpunkt Euer Excellenz zur Kenntniss zu bringen.

1. Die Katholische Frauenorganisation für Niederösterreich betont gleichfalls die Notwendigkeit, der Frau eine unmittelbare Einflußnahme auf das wirtschaftliche und soziale Leben in der Gemeinde einzuräumen, doch hält sie diese Einflußnahme nicht so sehr durch die Zuerkennung des Gemeindevahlrechtes gegeben, als vielmehr durch die Aemterfähigkeit der Frau in den kommunalen Ressorts des Armenwesens, der Kinder- und Jugendfürsorge, der Approvisionierung, Wohnungsfürsorge usw.

2. Zur Lösung der Gemeindevahlrechtsfrage aber stellt sie folgende Anträge:

a) Wenn überhaupt, dann ist den Frauen zugleich mit dem aktiven auch das passive Wahlrecht zuzuerkennen. b) Um Zwistigkeiten in der Familie, wie sie durch Wahlagitation entstehen können, auszuschalten, ist es günstig, die Frauen als Wähler nicht in die bereits aufgestellten Wahlkörper einzureihen, sondern in einem eigenen (fünften) Wahlkörper zu

erfassen und diesem eine Anzahl von durch Frauen zu besetzenden Mandaten zuzuerkennen. c) Um lokale Wahlumtriebe auszuschalten, wäre unbedingt das Proporzwahlrecht für diesen V. Wahlkörper einzuführen. d) Unumgänglich notwendig wäre die Festlegung der Wahlpflicht. e) Endlich müßten alle Vorkehrungen getroffen werden, um eine Beeinflussung zu verhindern (Wahlzelle). f) Für die Abgrenzung des Kreises der Wahlberechtigten lassen sich wohl schwer andere Grenzen ziehen, als die durch Zuständigkeit und Unbescholtenheit gegebenen, für das passive Wahlrecht durch den Nachweis einer gewissen Befähigung.

Mit der zuversichtlichen Erwartung, daß Euer Excellenz die Vorschläge der Katholischen Frauenorganisation für Niederösterreich einer geneigten Würdigung unterziehen werden, zeichnet

der Vorstand der K. Fr.-Organisation  
für Niederösterreich.

6.1.1917

№ 7  
Freitag (Morgen)

Erste Beilage zur Vossischen Zeitung.

1917  
5. Januar

# Achtung vor der Selbstverwaltung.

Das versagende K. G. A. — Aus der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Vorsteher Michel et eröffnete die erste Sitzung im neuen Jahr mit einer herzlichen Begrüßung an die Versammlung und gedachte zugleich der Ablehnung des Friedensangebots unseres Kaisers. So ist denn die Hoffnung auf Frieden wieder in weite Ferne gerückt, aber unsere tapferen Truppen werden weiter in ihrem stets bewiesenen Heldennut und ihrer Todesverachtung ausstehen. Mit einem dreifachen Hurra auf den Kaiser, in das die Versammlung mit Ausnahme der Sozialdemokraten einstimmte, schloß die Ansprache.

Bei der darauf vorgenommenen Vorstandswahl wurden wiederum Stadtverordneter Michel als Vorsteher, die Stadtverordneten Cassel und Heimann als erster bzw. zweiter Stellvertreter wiedergewählt, ebenso die bisherigen Beisitzer. Alsdann beschäftigte man sich mit den Kosten der eigenen Wassergewinnung. Der verstorbenen Stadtverordnete Dr. Herzberg hatte seinerzeit eine zum Beschluß erhobene Anregung gegeben, den Magistrat zu ersuchen, genaue Ermittlungen darüber anstellen zu lassen, wie sich in den verschiedenen städtischen Anstalten die Kosten der eigenen Wassergewinnung gegenüber den Kosten bei der Entnahme von Wasser aus den städtischen Wasserwerken stellen. Der Magistrat ist diesem Ansuchen aber nur hinsichtlich der städtischen Badeanstalten in einer Vorlage nachgekommen, über die Stadtverordneter Koeert (fr. Fr.) im Namen des vorbereitenden Ausschusses berichtete. Auf Antrag des Ausschusses beschloß die Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, die Grundzüge, nach denen das Wasser der eigenen Anstalten berechnet werde, einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Der nun folgende Punkt der Tagesordnung gibt Gelegenheit zu zeigen, wie wenig trotz der Neuorientierung das Recht der Selbstverwaltung der Gemeinden von der Regierung geachtet wird.

## Das Wohnungsgesetz.

Zum Wohnungsgesetz liegt folgender Antrag St. V. Cassel, Mommson, Dr. Raempf, Körte, Liebenow und Rosenow vor: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, durch Vorstellungen bei der königlichen Staatsregierung und bei den beiden Häusern des Landtages auf Beseitigung der Gefahren hinzuwirken, welche der Selbstverwaltung der Gemeinden dadurch drohen, daß das beim Landtage eingereichte Wohnungsgesetz durch Ausdehnung der Befugnisse der Ortspolizeibehörde die bisherigen Rechte der Gemeinden bei Festsetzung der Straßen- und Baufluchtlinien und in der Wohnungsfürsorge wesentlich beschränkt und einengt.“

Stadtver. Cassel legt an Hand der einzelnen Bestimmungen des neuen Wohnungsgesetzes dar, daß die Städte dadurch gehindert werden, das Wohnungsbedürfnis nach eigenem Ermessen zu bestimmen. Tugend eine Begrenzung für eine solche Einschränkung der kommunalen Befugnisse habe die Regierung nicht gegeben. Die bisherigen Bestrebungen der Gemeinden, die Wohnungs-, Bau- und Straßenpolizei im vollen Umfange übertragen zu erhalten, werden durch diese Vorlage völlig aussichtslos. Zu begrüßen sei, daß der Vorstand des Preussischen Städtetages auf Anregung des Stadtrat Dr. Luther schon gegen diese Verringerung der kommunalen Selbstständigkeit protestiert hat. Die Selbstverwaltung kann in der Tat nur gedeihen, wenn ihr nicht von vornherein polizeiliche Fuhangeln in den Weg gelegt werden. (Sehr richtig!)

Oberbürgermeister Wermuth. Ich habe zunächst die Ehre, Ihnen Namens des Magistrats die herzlichsten Wünsche zum Jahreswechsel darzubringen. Möge unsere gemeinsame Arbeit auch in diesem Jahre gefeiert sein, wie sie es bisher war. (Bravo!) Auch der Magistrat ist der Ansicht, daß das Wohnungsgesetz in verschiedenen Beziehungen eine Einengung der Selbstverwaltung

vorsteht. Da diese Beeinträchtigung die preussischen Städte in ihrer Gesamtheit trifft, hat der Vorstand des Preussischen Städtetages in einer an den Landtag und die Staatsregierung gerichteten Vorstellung gegen die uns beschwerenden Bestimmungen Einspruch erhoben. Mit dem bekannten Erlaß des Ministers des Innern über das Wesen der Selbstverwaltung und ihre Bedeutung für das Staatswohl ist in der Tat eine derartige Einengung, wie sie das Wohnungsgesetz bringt, kaum, wenn überhaupt in Einklang zu bringen. (Sehr richtig!) Sehr empfindlich besonders für Berlin sind die Bestimmungen, wonach die Wohnungsaufsicht, die doch nur geübt werden kann als eine pflegliche Gemeindegewalt der polizeilichen Beeinflussung unterstellt wird. Seit Jahren bemühen wir uns auf das lebhafteste, wenigstens die Wohnungspolizei überwiesen zu erhalten, der Entwurf aber trägt, nachdem schüchternen Anfänge sich vor einigen Jahren gezeigt hatten, diesem Wunsche wiederum gar keine Rechnung. Deshalb hat auch der Magistrat allen Anlaß, sich dem Vorgehen des Preussischen Städtetages anzuschließen und es vom Standpunkt der Berliner Interessen aus zu verstärken. (Lebh. Beifall.)

Stadtver. Körte (fr. Fr.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit dem Antrag. — Stadtver. Hoffmann (Soz.): Das Wohnungsgesetz ist der drastischste Beweis für die sog. Neuorientierung. Selbst in einer Zeit, wo den Gemeinden ungeheure Opfer zugemutet werden, macht man nicht die geringsten Anstalten dazu, die Selbstverwaltung etwas mehr auszudehnen. Im Gegenteil, wir haben Aussicht, über kurz oder lang unter das Szepter eines Steiniger geleitet zu werden. Bestände ein wirklich freies Wahlrecht in Preußen, hätte die Regierung es gar nicht wagen können, mit einer solchen Vorlage zu kommen. Wir fordern nicht Einschränkung, sondern Ausbau der Selbstverwaltung. (Bravo! bei den Soz.)

Der Antrag wird sodann angenommen. Die Lebensmittelfrage wird hierauf von zwei Seiten angeschnitten.

## Die Versorgung Berlins mit Lebensmitteln.

Von den Stadtver. Barłowski und Gen. (Soz.) liegt folgende Anfrage vor:

Ist der Magistrat bereit, beim Kriegsernährungsamt für eine gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Lebensmittel auf Land und Stadt insbesondere auch dafür zu wirken, daß Milch, Fett, Gemüse und Kartoffeln nicht bei den Erzeugern zum Zweck der Preistreiberi zurückgehalten werden, so daß die Versorgung Berlins ausreichender und billiger als bisher geschehen kann?

Zu dieser Anfrage hat die sozialdemokratische Fraktion der Versammlung eine Reihe von Richtlinien für die Organisation der Lebensmittelversorgung unterbreitet.

Die beiden bürgerlichen Fraktionen stellen folgenden dringlichen Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei den zuständigen Reichs- und Staatsbehörden dahin vorstellig zu werden, daß 1. die Bestrebungen der Gemeindeverwaltungen, durch den Anlauf einzelner Lebensmittel aushilfsweise den Bedürfnissen der Bevölkerung Genüge zu leisten, nicht durch Beschlagnahme der eingekauften Waren seitens der zuständigen Reichsorganisationen und der Zentraleinkaufsgesellschaft zwecks anderweitiger Verteilung vereitelt werden; 2. die den Reichsstellen übertragene Fürsorge zwecks Lieferung von Nahrungsmitteln an die Verbraucher nicht zum Nachteil der großen Gemein-

den dadurch beiseite geschoben wird, daß den Gemeinden der Anlauf dieser Lebensmittel aufgegeben wird, ohne daß diese in der Lage sind, auf Grund der bestehenden Verhältnisse die Lösung der Aufgaben bewirken zu können.“

Stadtver. Wurm (Soz.): Wiederum sind wir durch die Not der Verhältnisse gezwungen, gegen Mißstände zu protestieren, die sich auf dem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung immer wieder bemerkbar machen. Schon bei unserer letzten Interpellation mußte ich sagen, daß der Fehler im ganzen System der Bewirtschaftung liegt. Die Gemeinden stehen den Verhältnissen vollkommen machtlos und rechtlos gegenüber. Tatsache ist, daß Nahrungsmittel auf dem Lande zurückgehalten werden, um die Preise immer höher zu steigern. Das ist eine schwere Verschuldigung, die ich erhebe, die aber durch die Tatsachen als berechtigt erwiesen wird. Ein Beweis dafür ist zum Beispiel die jetzige Kartoffelknappheit. Der neueste Erlaß des Herrn von Datocki ist geradezu eine Bankrotterklärung der ganzen Staatsgewalt gegenüber dem passiven Widerstand der Agrarier. (Sehr richtig!) Redner kritisiert weiter im einzelnen die Mißgriffe bei der Versorgung mit Gemüse, Obst, Eiern, Milch. Die Milch wird zurückgehalten zum Nutzen der Rinder, denen die Landwirte Vollmilch geben. (Hört! Hört!) Dem kann nur begegnet werden durch Herabsetzung der Rinderpreise. Ein großer Mißstand liegt darin, daß von all diesen Lebensmitteln die Selbstversorger weit mehr bekommen als die Städter. Auch der Appell der Hindenburgbriefe an die Selbstversorger, sie möchten freiwillig Lebensmittel für die Schwerverwundeten hergeben, hat wenig genutzt. Jetzt gibt Herr v. Datocki den Städten den guten Rat, mit den Erzeugern Lieferungsverträge zu schließen unter Duzierung des freien Handels. Von einem freien Handel kann aber in dieser Kriegszeit, wo wir von aller Zufuhr aus dem Ausland abgeschnitten sind, überhaupt keine Rede sein. Nach unserer Ueberzeugung ist das jetzige System der Lebensmittelversorgung nicht an zu viel Zwang gescheitert, sondern daran, daß

## zu wenig durchgreifende Maßnahmen

getroffen wurden. Eine Versorgung ist nur möglich, wenn ein Zwang für den Lieferanten vorhanden ist, der auch kontrolliert werden kann und wenn Stadt und Land gleichmäßig bedacht werden. Von diesem Gesichtspunkte gehen unsere Richtlinien aus. Daß der Produktionszwang nicht unmöglich ist, beweist die Tatsache, daß im Operationsgebiet des Oberbefehlshabers Ost die Zwangsbewirtschaftung mit gutem Erfolge durchgeführt ist. (Hört! Hört!) Unser Antrag kommt — leider — noch nicht zu spät, denn die Ernährungsverhältnisse werden auch noch auf lange Jahre nach dem Kriege hinaus beschränkt sein. Die Erfahrung der Vergangenheit beweist, daß mit noch so ernsten Mahnungen nichts erreicht wird. Das Kriegsernährungsamt hat durch seinen neuesten Erlaß vollkommen die Waffen gestreckt vor Herrn v. Schorlemer und den einflussreichen Kreisen, die hinter ihm stehen. Man will jetzt die Gemeinden zu Prügelknaben machen für all die Mißstände, die dadurch hervorgerufen sind, daß man nicht wagt, energisch gegenüber der agrarischen Mißwirtschaft aufzutreten. (Sehr richtig!) Wir hoffen, daß der Magistrat mit der Energie, die wir an ihm gewöhnt sind, für die von uns vorgeschlagene Regelung an den maßgebenden Stellen eintritt. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Stadtver. Dr. Berg II (L.) betont, daß seine Freunde es nicht für angebracht hielten, die Gegensätze von Stadt und Land in dieser Zeit noch zu verschärfen, schließt sich aber im übrigen den Ausführungen des Vorredners in vielen Punkten an. Ein großer Mißstand ist, daß die verschiedenen Reichsstellen nicht genügend Hand in Hand arbeiten. Zur Beratung der von den Sozialdemokraten vorgelegten Richtlinien halten wir die Lebensmitteldeputation für die geeignete Stelle. Unserem Antrag bitte ich Sie zuzustimmen.

Stadtver. Kuhlmann (fr. Fr.) wendet sich gegen die Forderung des Produktionszwanges. Die Folge wäre die passive Resistenz der Landwirte. (Unruhe b. d. Soz., Zuruf: Sehr patrio-

Nach der Defilierung gab der Herr Erzherzog seiner vollsten Zufriedenheit und Anerkennung über die vorzügliche Haltung und Defilierung der Soldaten des kroatischen Etappenbataillons Ausdruck.

## Der Kaiser über die Wiener Gemeindeverwaltung.

Im Namen der zahlreichen Funktionäre der Wiener Gemeindeverwaltung, die in der jüngsten Zeit mit kaiserlichen Auszeichnungen bedacht wurden, erschienen gestern das Präsidium des Gemeinderates, Vertreter der Gemeinderäte und der Bezirksvorsteher und drei der obersten Beamten der Stadt Wien in Dankaudienz beim Kaiser. Die Abordnung der Stadt Wien genoss schon in der Einteilung im Rahmen des Zeremoniells eine Auszeichnung: Sie wurde unmittelbar nach den Hofchargen vom Monarchen empfangen; es folgte später eine Anzahl von anderen Abordnungen und Würdenträgern. Auf die Anrede des Bürgermeisters Exz. Dr. Weiskirchner erwiderte der Kaiser, daß er mit der Verleihung jener Auszeichnungen „seinem Dank und seiner Anerkennung für die auf dem Gebiete der autonomen Verwaltung seit Kriegsbeginn erworbenen Verdienste Ausdruck geben“ wollte und sprach von der „traditionellen, unermüdblichen Pflichterfüllung der Organe der Wiener Gemeindeverwaltung“. Diese Worte unseres Kaisers bedeuten für die Wiener Stadtverwaltung ganz außerordentlich hohes Lob, das alle die Mandatäre und Beamten, die im Dienste der Vaterstadt Wien aufopfernd tätig sind, mit stolzer Genugtuung erfüllen wird. In der Chronik der Kaiserstadt soll dieser Tag verzeichnet werden als ein Ehrentag unserer Stadtverwaltung!

Ueber die Audienz berichtet die Rathauskorrespondenz:

Unter Führung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner erschien gestern eine Abordnung der Gemeinde, bestehend aus den drei Vizebürgermeistern Pierhammer, Hof und Rain, dem Oberkurator v. Steiner, dem Gemeinderate Dr. Hein, Bezirksvorsteher Spitaler, Magistratsdirektor Dr. Rächtern, Buchhaltungsdirektor Hillinger, Oberbaurat Trnka, bei Kaiser Karl in Audienz.

Von Exzellenz Grafen Hunyady in den Audienzsaal geführt, richtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner folgende Ansprache an den Monarchen:

„In tiefster Ehrfurcht naht sich dem Throne Eurer Majestät eine Abordnung freigewählter Vertreter und Beamten der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, welche durch die Guld und Gnade Eurer Majestät jüngst mit ehrenvollen Auszeichnungen bedacht worden ist. Diese Auszeichnungen, mit denen 44 freigewählte Funktionäre, 50 Beamte und 2 Diener begnadet wurden, sind uns um so kostbarer, als sie für die Tätigkeit verliehen worden sind, die wir während der bisherigen schweren Kriegszeit in der Gemeindeverwaltung zu leisten hatten. Wir suchten die uns durch die Kriegsverhältnisse auferlegten schweren Aufgaben in der Weise zu erfüllen, wie sie der Kampf, in den das Vaterland gedrängt worden ist, verlangt und wie sie dem in den härtesten Proben des Schicksals immer bewährten Rufe der Kaiserstadt entspricht. Wenn wir heute Eurer Majestät ehrfurchtsvoll die Bitte vorbringen, unseren untertänigsten Dank für die uns allergnädigst verliehenen Auszeichnungen zu genehmigen, so bitten wir zugleich, Eurer Majestät unser Gelöbniß unterbreiten zu dürfen, daß wir als treue Oesterreicher und Wiener in diesem Kampfe mit unserem ganzen Willen und Können unsere Pflicht weiter erfüllen werden, bis unsere Feinde den für sie aussichtslosen Kampf aufgeben und der ersehnte Friede die Völker Eurer Majestät für die dem Vaterlande gebrachten Opfer entschädigt. Mögen Euer Majestät wie in der Heldenthat der Krieger, so in dem Opfermut der Bürger Allerhöchstihres weiten Reiches die Stütze finden für die schweren Herrscherpflichten, die der allmächtige Gott Euer Majestät auferlegt hat!“

Der Kaiser erwiderte:

„Es hat Mir eine aufrichtige Freude bereitet, Meinem Danke und Meiner Anerkennung für die auf dem Gebiete der autonomen Verwaltung seit Kriegsbeginn erworbenen Verdienste sichtbaren Ausdruck geben zu können. Die gegenwärtige große Zeit hat die Organe der Wiener Gemeindeverwaltung vor eine besonders schwere Aufgabe gestellt, und ich bin überzeugt, daß sie in ihrer traditionellen, unermüdblichen Pflichterfüllung durchhalten werden, bis ein ehrenvoller Friede, wie Ich ihn von Gottes gnädigem Beistande erhoffe, den Opfermut Meiner geliebten Völker lohnen wird.“

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat dann, die einzelnen Mitglieder der Abordnung vorstellen zu dürfen. Der Kaiser reichte jedem der Herren die Hand und sprach erneut den einzelnen Mitgliedern der Abordnung seine Anerkennung aus. Insbesondere betonte der Monarch im Gespräche mit den drei Vizebürgermeistern, daß er seine ganze Fürsorge der Approvisionierung zu wende und daß sowohl er wie alle verantwortlichen Organe bemüht seien, diese schwierigen Verhältnisse im

19.1.1917  
M

**Das Lagerhaus der Stadt Wien im ersten und zweiten Kriegsjahre.**

(1. August 1914 bis 31. Juli 1916.)

Das Lagerhaus der Stadt Wien hat seit dem Ausbruche des Krieges im Dienste der Approvisionnement der Zivilbevölkerung und der Armee eine wichtige Stellung eingenommen und eine gegenüber der Friedenszeit um ein Vielfaches gesteigerte Tätigkeit entfaltet, die in dem folgenden Vergleiche mit dem Geschäftsjahre 1913 zum Ausdruck kommt. Dabei hat sich der Verkehr im Kriege unter viel ungünstigeren Umständen (Mangel an geschulten Arbeitskräften, Schwierigkeiten im Bahnverkehr etc.) abgewickelt als im Frieden. Das Anwachsen des Umsatzes zeigen folgende Ziffern:

**Umsatz der Menge nach:**

Es wurden eingelagert im letzten Friedensjahre vom 1. Jänner 1913 bis 31. Dezember 1913 1.91.162 q, im ersten Kriegsjahre vom 1. August 1914 bis 31. Juli 1915 2.220.624 q und im zweiten Kriegsjahre vom 1. August 1915 bis 31. Juli 1916 4.001.320 q.

Es wurden ausgelagert im letzten Friedensjahre vom 1. Jänner 1913 bis 31. Dezember 1913 1.279.284 q, im ersten Kriegsjahre vom 1. August 1914 bis 31. Juli 1915 2.195.779 q und im zweiten Kriegsjahre vom 1. August 1915 bis 31. Juli 1916 3.768.859 q.

Gesamtumsatz im letzten Friedensjahre vom 1. Jänner 1913 bis 31. Dezember 1913 2.570.446 q, im ersten Kriegsjahre vom 1. August 1914 bis 31. Juli 1915 4.416.403 q und im zweiten Kriegsjahre vom 1. August 1915 bis 31. Juli 1916 7.770.179 q.

**Umsatz dem Werte nach:**

Es wurden eingelagert im letzten Friedensjahre vom 1. Jänner 1913 bis 31. Dezember 1913 im Werte von 24.872.110 K, im ersten Kriegsjahre vom 1. August 1914 bis 31. Juli 1915 im Werte von 90.575.520 K und im zweiten Kriegsjahre vom 1. August 1915 bis 31. Juli 1916 im Werte von 253.481.261 K.

Es wurden ausgelagert im letzten Friedensjahre vom 1. Jänner 1913 bis 31. Dezember 1913 im Werte von 26.757.380 K, im ersten Kriegsjahre vom 1. August 1914 bis 31. Juli 1915 im Werte von 71.168.930 K und im zweiten Kriegsjahre vom 1. August 1915 bis 31. Juli 1916 im Werte von 195.529.474 K.

Gesamtumsatz im letzten Friedensjahre vom 1. Jänner 1913 bis 31. Dezember 1913 im Werte von 51.629.490 K, im ersten Kriegsjahre vom 1. August 1914 bis 31. Juli 1915 im Werte von 161.744.450 K und im zweiten Kriegsjahre vom 1. August 1915 bis 31. Juli 1916 im Werte von 454.010.735 K.

Der Gesamtumsatz belief sich sohin im ersten Kriegsjahre auf rund 4 1/2 Millionen Meterzentner im Werte von rund 162 Millionen Kronen und im zweiten Kriegsjahre auf rund 7 3/4 Millionen Meterzentner im Werte von rund 454 Millionen Kronen.

Im Vergleiche zum Gesamtumsatze des Jahres 1913 ergibt sich im ersten Kriegsjahre eine Erhöhung um rund 2 Millionen Meterzentner und im Werte um rund 110 Millionen Kronen und im zweiten Kriegsjahre um rund 5 Millionen Meterzentner und im Werte um rund 402 Millionen Kronen.

Der höchste Lagerstand betrug:  
im letzten Friedensjahre (am 27. November 1913) 409.878 q  
während der beiden Kriegsjahre (am 26. Mai 1916) 804.351 „  
und ist daher gegen das Jahr 1913 um . . . . . 394.473 q  
gestiegen.

**Es belief sich:**

Im letzten Friedensjahre auf 86 Waggons die mittlere Tagesbewegung, auf 205 Waggons die höchste Tagesbewegung;  
im ersten Kriegsjahre auf 150 Waggons die mittlere Tagesbewegung, auf 350 Waggons die höchste Tagesbewegung;  
im zweiten Kriegsjahre auf 264 Waggons die mittlere Tagesbewegung, auf 904 Waggons die höchste Tagesbewegung.

**Die Steigerung beträgt:**

Im ersten Kriegsjahre 64 Waggons die mittlere Tagesbewegung, 145 Waggons die höchste Tagesbewegung;  
im zweiten Kriegsjahre 178 Waggons die mittlere Tagesbewegung, 700 Waggons die höchste Tagesbewegung.

Der höchste Versicherungswert des Warenlagers während der beiden Kriegsjahre wurde am 27. Juli 1916 mit . . . . . 91.441.237 K erreicht und war gegen den im Jahre 1913 von . 9.513.980 „ um . . . . . 81.927.257 K höher.

Die Bewältigung des auf das äußerste gesteigerten Bahnverkehrs war nur unter Ausbietung aller Kräfte und unter Ausdehnung der Arbeitszeit auf alle Sonn- und Feiertage möglich.

Die vergrößerten Geleiseanlagen (gesamte Geleiselänge über 15 km) haben, insbesondere zu Zeiten starken Güterandranges und bei Verkehrsstörungen, zur Entlastung der Wiener Bahnhöfe wesentlich beigetragen. Die Lagerhausbahnhöhe, die fast während des ganzen Krieges dem Verkehre offen erhalten werden konnten, ermöglichten eine regelmäßige Versorgung der Reichshauptstadt und machten sie von den Verkehrseinstellungen auf den übrigen Bahnhöfen unabhängig.

**Der Geldumsatz betrug in der Zeit vom**

1. Jänner 1913 bis 31. Dezember 1913 . 38.678.262 K 91 h  
im ersten Kriegsjahre . . . . . 107.996.748 „ 46 „  
im zweiten Kriegsjahre . . . . . 444.037.234 „ 64 „

Der Geldumsatz des zweiten Kriegsjahres zeigt somit gegen die Zeit vom 1. Jänner 1913 bis 31. Dezember 1913 eine Erhöhung um 405.358.971 K 73 h oder rund 405 Millionen Kronen.

Das Lagerhaus der Stadt Wien wurde im Kriege von der Heeresverwaltung, dem Staate und der Gemeinde Wien in großem Ausmaße bis an die äußerste Grenze seiner Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen.

Die Heeresverwaltung errichtete im Lagerhause Exposituren des k. u. k. Militärverpflegsmagazins Wien. Der Gesamtumsatz an Gütern des genannten Magazins belauft sich auf über 17.656 Waggons. Das Lagerhaus hatte die Zusammenstellung von Militärverpflegszügen, Verladungen von Sanitäts- und Kriegsmaterialie, sowie die gesamten Verladungen aus dem Hauptdepot der Osterreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuze durchzuführen.

Die Inanspruchnahme des Lagerhauses durch staatliche Behörden und offizielle Institutionen war eine

das Lagerhaus der Stadt Wien im Jahre  
und seinen Fruchtsorten

mannigfache. Das Lagerhaus hatte zahlreiche infolge der Mobilisierung vom Transporte zurückgehaltene Sendungen und weiters Bergungsgüter aus evakuierten Gebieten in großen Massen aufzunehmen.

Mit der staatsmonopolartigen Gestaltung des Getreidehandels trat der freie Handelsverkehr in vielen Artikeln immer mehr zurück und es nahmen die Einlagerungen der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt und der Futtermittel-Zentrale, der Österreichischen Zentral-Einkaufs-Gesellschaft u. S. und anderer offizieller Korporationen einen stetig steigenden Umfang an.

Von größter Bedeutung war das städtische Lagerhaus aber für die Approvisionierung Wiens als Empfang-, Lager- und Ausgabestelle für die von der Gemeinde Wien eingelagerten und in den Verkehr gebrachten Vorräte.

Für die Gemeinde wurden in den beiden Kriegsjahren an Approvisionierungsgütern insgesamt 14.150 Waggons umgesetzt, und zwar wurden:

im ersten Kriegsjahre . . . . .	rund 2400 Waggons	eingelagert,
" " " " " " " " " " " "	1700	ausgefolgt,
" zweiten " " " " " " " " " "	3300	eingelagert,
" " " " " " " " " " " "	2750	ausgefolgt.

Außerdem wurden im Durchzugsverkehre ungefähr 2000 Waggons unmittelbar an Mühlen oder an die Verbrauchsstellen weitergeleitet.

Es wäre der Gemeinde Wien oft nicht möglich gewesen, in so wirksamer Weise in die Approvisionierung Wiens einzugreifen, wenn sie nicht über ihre eigenen großen Bahnhof- und Magazinanlagen und die kaufmännischen und technischen Betriebseinrichtungen im städtischen Lagerhause hätte verfügen können. Die ausgedehnten, luftigen Lagerräumlichkeiten und die modernen maschinellen Einrichtungen haben es ermöglicht, große Getreide- und Mehlmengen, sowie sonstige Approvisionierungsgüter in großen Massen in der denkbar günstigsten Weise zu lagern und sachgemäß zu behandeln.

Für die Gemeindeverwaltung der Stadt Wien war es ein unschätzbarer Vorteil, daß sie schon im Frieden auch in vor-schauender Weise dem städtischen Lagerhause ihre stete Förderung zugewendet und das Unternehmen ausgestaltet hat.

Aber auch in der Kriegszeit war die Gemeindeverwaltung darauf bedacht, das Lagerhaus auszugestalten und die Einrichtungen für die Unterbringung und der Umsetzung der Approvisionierungsgüter in Wien zu erweitern. Durch das Zusammenwirken der Zentralstellen mit der Donauregulierungs-Kommission, der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt und der Gemeinde ist eine neue große Anlage, die Lagerhäuser im Freudenauer Winterhafen entstanden. Der Umsatz dieser am 4. April 1916 in Betrieb genommenen Anlagen betrug bis zum 31. Juli 1916 1215 Waggons im Werte von rund 12 Millionen Kronen, der höchste Lagerstand am 26. Juli 1916 976 Waggons im Werte von 10 Millionen Kronen. Die Anlage im Winterhafen wirkte insbesondere an der Bewältigung der rumänischen Getreideimporte mit, deren glatte Abwicklung ohne den Bestand des Lagerhauses nicht möglich gewesen wäre.

Eine weitere noch bedeutungsvollere Ausgestaltung haben die städtischen Lagerhausanlagen durch das Kühl-Lagerhaus erfahren, das die Gemeinde mit einem Aufwande von 5 Millionen

Kronen zur Erleichterung der Versorgung mit dem Verderben unterliegenden Lebensmitteln errichten ließ. Der Umsatz betrug in der Zeit von der Eröffnung (11. Mai 1916) bis 31. Juli 1916 6,574.908 kg im Werte von 32 Millionen Kronen; der höchste Lagerstand betrug am 26. Juli 1916 3,031.971 kg im Werte von 15 Millionen Kronen.

Eine neuerliche Erweiterung erfuhr das Lagerhaus der Stadt Wien durch den Anlauf des früheren Lagerhauses S. & W. Hoffmann in Wien, XX., Handelskai 3, das als „Speicher Zwischenbrücken“ dem Lagerhause angegliedert ist. Durch diesen Speicher, der 1000 Waggons Getreide faßt, ist die gesamte Aufnahmefähigkeit des Lagerhauses der Stadt Wien auf 10.000 Waggons gestiegen, das ist der halbe Jahresbedarf der Stadt Wien. Der Umsatz betrug vom Tage der Übernahme (16. Mai 1916) bis 31. Juli 1916 2528 Waggons im Werte von rund 13 Millionen Kronen, der höchste Lagerstand betrug am 9. Juni 1916 714 Waggons im Werte von rund 3 1/2 Millionen Kronen.

Das laufende Geschäftsjahr hat eine neuerliche bedeutende Steigerung des Verkehrs gebracht.

Aus diesen Daten geht hervor, daß das Lagerhaus durch seine technische und kommerzielle Ausgestaltung ein blühendes, den Handel und Verkehr belebendes Unternehmen geworden ist, auf das sich die Gemeinde bei der Durchführung der Lebensmittelversorgung stützen kann.

(Lghs.=B. 15181/16.)

monatlich . . . . .	R. 3 —
vierteljährig . . . . .	R. 8 80
halbjährig . . . . .	R. 17 60
ganzzjährig . . . . .	R. 35 20

vierteljährig . . . . .	R. 15.—
-------------------------	---------

„Illustrierten Sonntags-Beilage“	
monatlich . . . . .	20 Heller mehr

*Westungaris*

## Kirlibaba abgewiesen. an der Beresina. Bahn Kowel—Luck. netenhanse.

an Mann, Material und Geld zur Verfügung stehen würden. Ohne behördliche Organisation, ohne Zusammenfassung aller verfügbaren geistigen und physischen Arbeitskräfte und ohne Durchdringung des Ganzen von dem sozialpolitischen Grundgedanken jeder modernen Volksfürsorge würde selbst bei glänzendster Dotierung alles nur Stück- und Flickwerk bleiben, in seinen wohltätigen Folgen nach wie vor der kühlenden Wirkung des Wassertropfens auf einen heißen Stein vergleichbar sein.

Einer der Antragsteller und nebenbei in dieser Stadtvertretung auch einer der gründlichsten Kenner der einschlägigen Fachliteratur nahm gegen den Magistratsvorschlag, der auf eine langfristige Einschmelzung des Armendepartements in die zukünftige soziale Abteilung hinzielte, mit aller Entschiedenheit Stellung. Er bezeichnete es nachgerade als das Endziel der sozialen Stadtfürsorge, daß die almosenartige Armenpflege, wie sie bisher gehandhabt wird, allmählich überflüssig werde. Und als da der vorstehende Obergespan die sehr naheliegende Zwischenbemerkung machte, Arme und Reiche werde es immer geben, da repositierte der schlagfertige Redner sehr geschickt folgendermaßen: „Mit solchem Pessimismus ist kein moderner Fortschritt zu machen; eine Besserung der sozialen Verhältnisse kann nur durch fanatisches Vertrauen in die Möglichkeit einer Ausgleichung der sozialen Gegensätze erreicht werden.“

Wir stehen hier dem im politischen Leben nicht eben seltenen Falle gegenüber, daß bei scheinbaren Gegnern recht haben. Licht und Schatten, Glück und Mißgeschick, Wohlstand und Armut werden immer gleichzeitig vorhanden sein solange es aber auf Erden eine menschliche Gesellschaft gibt, waren die Gegensätze zwischen der besitzenden Klasse und dem Massenelend nie so haarstark zugespitzt, wie sie jetzt als Folgeübel des grausigsten aller Völkerkriege zutage treten. Und nie vorher bildete es eine wichtigere Aufgabe jeder städtischen Kulturgemeinschaft, nach Menschenmöglichkeit zur Milderung dieser krassen Gegensätze beizutragen, als eben jetzt. Der Staat wird (vorausgesetzt, daß in der sogenannten „Volksvertretung“ Herz und Sinn für die richtig erfasste soziale Fürsorge vorhanden ist) leider noch lange nicht in der Lage sein, hierzu die ausreichenden finanziellen Mittel aufzubringen; die Städte aber können trotz ihrer finanziellen Ueberlastung Mittel und Weg zur stufenweisen Besserung finden. Ein solches Mittel und ein solcher Weg aber ist vor allem in der herzhafte zugreifenden, vor keiner Schwierigkeiten zurückschreckenden Organisationstätigkeit gegeben.

Die Art und Weise, wie in dieser Angelegenheit — gerade durch die unrichtige Vermittlung

### Städtischer Socialismus.

Am Montag dieser Woche befaßte sich die Generalversammlung unserer Stadtrepräsentanz mit einem sehr zeitgemäßen Antrag, den fünfzehn Mitglieder des Municipalausschusses eingebracht hatten. Es handelt sich um die Errichtung einer sozialpolitischen Abteilung im Rahmen des städtischen Magistrates. Der Zweck ist die behördliche Vernehmung all jener Aufgaben, die in einem modernen Stadtwesen auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt zu lösen sind. Vom Säuglingsstuh bis zur Altersversorgung und von der Krankenpflege bis zur Wohnungsfürsorge. Diese Aufgaben haben sich, infolge des nunmehr dritthalb Jahre währenden Weltkrieges schon beträchtlich vermehrt und werden demnächst schier ins Unabsehbare anwachsen.

Bisher besteht in unserem Rathause nur ein sogenanntes Armendepartement, dem einerseits die Armensektion und andererseits der städtische Wohlfahrtsausschuß ratend und helfend zur Seite stehen. Alle drei genannten Körperschaften funktionieren seit Jahr und Tag überaus erfolgreich und dankenswert. Was aber jene soziale Fürsorge anbelangt, die über das Maß der momentanen und teilweisen Vinderung der Massenarmut hinausgeht, ist die bisherige Organisation weder den riesigen Anforderungen der Jetztzeit, noch viel weniger aber den Aufgaben der Zukunft derart gewachsen, wie es in einer modernen Stadt wünschenswert und nachgerade unvermeidlich erscheint. Einige fleißige Beamte plagen sich pflichtgemäß mit der Verteilung von Unterstützungen und eine Anzahl selbstlos tätiger Repräsentanten läßt sich das aufreibende Tagewerk charitativer Mühewaltung mit so dankenswertem Eifer angelegen sein, daß es an deutlich nachweisbaren Einzelerfolgen keineswegs mangelt. Am großen Ganzen aber könnte diese Art der einschlägigen Wohlfahrtübung auch dann nicht genügen, wenn ihren Organen zehnmal ausgiebigere Hilfsmittel

Auffassung könne und werde sich die Staatsregierung nicht entziehen und sie werde die nöthigen Gesetze vorurtheilslös in eine Form bringen, von der sie glaubt, daß sie dem beabsichtigten Zweck unbedingt entspricht. Der Minister wies weiter darauf hin, wie glänzend sich die deutschen und preußischen Staatseinrichtungen in den gewaltigen Stürmen der Zeit bewährt haben und betonte, wenn der Krieg eines bewiesen hat, dann ist es der hohe Werth, den die preußischen und deutschen monarchischen Staatseinrichtungen haben. Dieser Beweis muß ungeschmälert erhalten werden. Der Minister kam schließlich auf die Ablehnung des hochherzigen Friedensangebotes der Mittelmächte durch die Entente zu sprechen und erklärte, das deutsche Volk werde der Mahnung des Kaisers folgen und zu Stahl werden. Die Feinde sind jetzt am Vekten. Wir werden siegen.

#### Neue deutsche Steuern.

Berlin, 14. Februar. Dem „Lokalanzeiger“ zufolge wird dem am 22. d. zusammentretenden Reichstage eine Reihe neuer Steuerprojekte vorgelegt werden. In Frage kommen drei Steuerprojekte, nämlich eine Reichsabgabe auf den Eisenbahnverkehr, eine auf Kohle wahrscheinlich in Form einer Förderabgabe und ein 20prozentiger Zuschlag auf die Kriegsgewinnsteuer.

#### Lokal-Anzeiger.

##### Hauptstädtischer Municipalausschuß.

Die Kohlennoth. — Das Säuglingshospital. — Interpellation.

Budapest, 14. Februar. Die Tagesordnung der heutigen ordentlichen Generalversammlung des hauptstädtischen Municipalausschusses umfaßte fast ausschließlich belanglose Gegenstände, deren Erledigung nur kurze Zeit beanspruchten. Länger verweilte die Generalversammlung beim Bericht des Bürgermeisters Stephan Bárczy über die Kohlenfrage, der an Ausführlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Es war ein tieftrauriges Bild, welches der Bürgermeister da vorführte, und aus seinen Ausführungen klang die Besorgniß heraus, daß wenig Hoffnung vorhanden sei, daß in absehbarer Zeit eine Wandlung zum Bessern eintreten werde. Sicher sei nur die von der Kohlenkommission der Hauptstadt zugetheilten 40 Waggons ungarischer Kohle, alles Andere schwebte in der Luft und sei ganz und gar unberechenbar. Die erhaltenen Versprechungen bezüglich der Gaskohle sind bisher eben nur Versprechungen geblieben. Seit der energischen Intervention der Hauptstadt sind insgesamt 43,000 Meterzentner Gaskohle angelangt, während seit dieser Zeit 80,000 Meterzentner verbraucht wurden, so daß die Reserven um weitere 40,000 Meterzentner abgenommen haben. Der Bürgermeister erwähnte am Schlusse seiner Rede zur größtmöglichen Sparsamkeit und dankte dem Publikum für dessen Langmuth, die es der Kohlennoth gegenüber bewiesen hat. An den Bericht knüpfte sich eine längere Debatte, nach welcher der Bericht zur Kenntniß genommen wurde. Die Tagesordnung wurde rasch erledigt und die Sitzung um halb 8 Uhr geschlossen.

Präsident Oberbürgermeister-Stellvertreter Stephan Bárczy eröffnet die Sitzung um 7/8 Uhr. Zunächst macht er der Generalversammlung die traurige Mittheilung, daß der Stadtrepräsentant Johann Filó gestorben ist. Auf seinen Antrag wird das Andenken des Verbliebenen protokolларisch beewigt und beschlossen, den Sinterbliebenen das Beileid des Municipalausschusses auszusprechen. An Stelle des Verbliebenen wird das Ersatzmitglied Dr. Emerich Simonyi einberufen. An der Hand der Einläufe theilt Präsident mit, daß der Ministerpräsident den Municipalausschuß von dem Dank des Königs für die Neujahrsgratulation verständigigt. Der Verifikationsausschuß verständigigt den Municipalausschuß, daß Dr. Julius Baránsky auf-gehört hat, Stadtrepräsentant zu sein. Baránsky wird aus der Reihe der Stadtrepräsentanten gestrichen. Hierauf wird ein Schreiben Dr. Wilhelm Gerst's verlesen, in welchem er auf sein Stadtrepräsentantenmandat verzichtet. Das Schreiben wird zur Kenntniß genommen. An seine Stelle wird Oskar Kalina einberufen. Alfred Wellisch hat anläßlich der 25. Jahreswende seiner Wahl zum Stadtrepräsentanten für die Erziehung von Kriegswaisen 50,000 K. gestiftet. Dem Stifter wird Dank votirt. Es wird noch über mehrere Spenden berichtet. Im Sinne eines Generalversammlungsbeschlusses soll über die Approvisionirung der Hauptstadt Bericht erstattet werden. Der Magistrat bittet diesmal um Nachsicht, weil er von anderen Dingen in Anspruch genommen ist. Hierauf wird die Kandidirung von vier Magistratsnotären, zwei Fiskalen, einem Waisenamts-Vizepräsidenten und zwei Waisenamtsbeisitzern verlesen.

### Hauptstädtischer Munizipalrat.

— Ordentliche Generalversammlung. —

Budapest, 14. Februar.

In der heutigen Generalversammlung erstattete Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy, wie vorauszusehen war, Bericht über die behördlichen Maßregeln zur Bekämpfung der Kohlenmiserie. Er wälzte die Verantwortung für die Kohlennot von der Leitung der Kommune ab, indem er in erschöpfender Weise die unaufhörlichen Bemühungen des Magistrats und aller anderen berufenen Faktoren, die Kohlenfrage in befriedigender Weise zu lösen, schilderte. Er sprach auch über die Lage der Gaswerke und berichtete, welche Zusicherungen von Seiten der Regierung und des Kriegsministers zur Behebung der Schwierigkeiten des Kohlentransports der Hauptstadt geworden und gab zum Schlusse seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß es dank den in Aussicht gestellten energischen Maßnahmen gelingen werde, die Frage der Kohlenversorgung der Hauptstadt binnen kürzester Zeit den allgemeinen Erwartungen entsprechend zu lösen.

An den Bericht knüpfte sich eine kurze, doch lebhaftere Debatte, die Dr. Alexander Petö mit heftigen Angriffen gegen die österreichische Regierung eröffnete. Zur Unterstützung seiner Ausführungen wiederholte er alle jene Argumente, die er bereits in der jüngsten Sitzung der Finanzkommission ins Treffen geführt hatte.

Der Bericht des Bürgermeisters wurde schließlich angenommen, und jeder erwartet nimmehr, daß die vom Bürgermeister angekündigte Besserung der Lage baldigst eintreten werde.

Die Generalversammlung nahm folgenden Verlauf:

#### Vor der Tagesordnung.

Vor der Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, stellvertretender Oberbürgermeister Dr. Stefan Bárczy, mit überaus warmen Worten des Ablebens des Stadtrepräsentanten Johann Filo, und beantragte, das Andenken des Verbliebenen im Protokoll zu verewigen. (Zustimmung.)

Sobann meldete der Präsident, Dr. Julius Baránski, sei in die neue Wählerliste nicht aufgenommen worden, infolgedessen er seines Stadtrepräsentantenmandats verlustig wurde; er teilte ferner mit, Staatssekretär Dr. Wilhelm Vers habe seine Stadtrepräsentantenstelle wegen zu großer Inanspruchnahme durch Amtsgeschäfte niedergelegt.

Die Generalversammlung nahm die Abdankung Vers' mit Bedauern zur Kenntnis und berief das Ersatzmitglied Oskar Kallina an seiner Statt ein.

An Stelle Filo wurde Dr. Emerich Simonyi, an Stelle Dr. Baránski Dr. Karl Schmidlechner einberufen.

Der Ministerpräsident hat die Hauptstadt verständigt, der König habe für die Neujahrswünsche des hauptstädtischen Munizipiums seinen herzlichsten Dank ausgesprochen. Diese Mitteilung des Vorsitzenden wurde mit lebhaften Ausrufen aufgenommen.

Stadtrepräsentant Alfred Bellisch hat aus Anlaß der 25. Jahreswende seiner Wahl zum Stadtrepräsentanten 50.000 Kronen gestiftet, mit der Bestimmung, daß die Zinsen der Stiftung 18 Jahre hindurch zur Erziehung der Waisen gefallener Budapester Krieger, nach diesem Zeitraum aber zur Bekleidung armer Schulkinder verwendet werden. Der Pester Lloyd hat aus seiner Spendensammlung 2500 Kronen zur Beschaffung von Heizmaterial für die Armen der Hauptstadt, der Landesverein der Schweinhändler 2450 Kronen zur Versorgung armer Bürger mit Lebensmitteln, Herr S. L. Urban zum Andenken an seinen im Kriege gefallenen Schwiegerohn Kornel Hevesi 500 Kronen für die Armen gespendet. Den Spendern wurde Dank votiert.

#### Bericht des Bürgermeisters über die Kohlenfrage.

Unter allgemeiner Aufmerksamkeit erstattete nun Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy einen ausführlichen Bericht über die Schritte, die die hauptstädtische Behörde zur Behebung des Kohlenmangels bisher unternommen hat, sowie über die Resultate der Bemühungen der Hauptstadt. Zunächst beschäftigte sich der Bürgermeister mit den Ursachen des Kohlenmangels. Infolge der Unzulänglichkeit der ungarischen Kohlenproduktion benützt das Publikum zumeist preussische Kohle. Der Bedarf beträgt in normaler Zeit zirka 50.000 Waggons jährlich, von welcher Menge in den Kriegsjahren circa vier Fünftel zugeführt wurden. Im vorigen Jahre geriet jedoch die Zufuhr infolge Waggonmangels ins Stocken. Trotzdem die Hauptstadt alles tat, um die Kohlenzufuhr zu sichern, haben sich die Zustände nicht gebessert. Zuletzt haben

die Vertreter der Hauptstadt in der am 9. d. M. beim Minister des Innern stattgefundenen Enquete die Behebung der Transportbeschwerden und die Beschleunigung der Zufuhr von preussischer Kohle urgiert.

Die Hauptstadt hat auch versucht, durch Beschaffung von im Privatbesitz befindlichen Waggons auf eigene Kosten preussische Kohle einzuführen, doch auch dieser Versuch ist mißlungen.

Mit allen Mitteln trachtete die Hauptstadt, die Ansprüche des Handels zu befriedigen. Zu diesem Zwecke wurde am 26. Mai 1916 beschlossen, 2000 Waggons Kohle zu beschaffen, doch traf infolge des Waggonmangels und der Linien Sperre nur ein kleiner Teil der Kohle hier ein.

Vergebens hatte sich die Hauptstadt an die Staatsbahnen um Ueberlassung von Vorräten gewendet; sie bekam keine Kohle.

Im vorigen Monat trat die Hauptstadt mit Rücksicht auf den gänzlichen Mangel an preussischer Kohle mit dem Ersuchen an die Regierung heran, daß wenigstens die Zufuhr von ungarischer Kohle gefördert werde. Die Landes-Kohlenkommission versprach, vom 3. d. M. an täglich 40 Waggons ungarische Kohle nach Budapest schaffen zu lassen, doch trifft nur ein Teil dieser Menge hier ein. Die eingeführte Kohle verteilt die Hauptstadt unter die Kleinhändler.

Zur Verteilung unter die Armen kaufte der Magistrat 100 Waggons Kohle, von welcher Menge bisher nur die Hälfte eingetroffen ist.

Der Bürgermeister sprach sodann von den Schwierigkeiten der Zustraffung, die jetzt durch das Eingreifen des Militärs behoben wurden.

Zur Dedung des Bedarfs der Hauptstadt an Holz wurden mit 72 Holzproduzenten Verträge zur Lieferung von insgesamt 24.700 Waggons Holz abgeschlossen, doch auch die Zufuhr des Holzes läßt viel zu wünschen übrig. Kann die Zufuhr in nächster Zeit beschleunigt werden, so ist die Dedung des Bedarfs der Hauptstadt gesichert.

Aus all dem geht hervor, daß die hauptstädtische Behörde, die volkswirtschaftliche Sektion und deren Leiter, sowie der zuständige Bezirksbürgermeister alles aufgeben haben, um die Interessen der Bevölkerung zu wahren. Leider aber wurden ihre Bestrebungen nicht von dem erwünschten Erfolg gekrönt.

#### Der Kohlenbedarf der Gaswerke.

Der Bürgermeister sprach sodann über die Lage der Gaswerke. Der Bedarf der Gaswerke ist im Sommer 500—600, im Winter 1200—1400 Tonnen pro Tag. Um im Winter auch in dem Falle von Transportbeschwerden nicht in Verlegenheit zu geraten, sammeln die Gaswerke in den Sommermonaten Reservevorräte für 2—3 Monate, aus denen die im Winter eintreffenden ungenügenden Kohlenmengen ergänzt werden. Im Jahre 1915 ist es jedoch der Gasfabrik nicht mehr gelungen, ausreichende Reservevorräte zu sammeln und da die Gaswerke wegen der ungenügenden Zufuhr ihre Vorräte ständig stark in Anspruch nehmen mußten, sind die Reservevorräte immer mehr zusammengeschrumpft, und zu Beginn des Winters verfügte die Gasfabrik nur mehr über sehr unbedeutende Vorräte.

Die Direktion der Gaswerke beschäftigte sich in allen ihren Sitzungen mit der Kohlenfrage, urgierte fortwährend die Kohlenzufuhr und machte wiederholt auf die Gefahren aufmerksam, die dem Betrieb der Gasfabrik drohen, falls sie nicht rechtzeitig mit Kohle versehen würde. Auch der Magistrat tat alles, um den Kohlenmangel der Gaswerke zu beheben und der Bürgermeister intervenierte wiederholt persönlich sowohl bei der ungarischen als auch bei der österreichischen Regierung im Interesse der Dedung des Kohlenbedarfes der Gaswerke. Die Intervention hatte auch einigen Erfolg, doch Ende des verfloffenen Jahres haben sich die Verhältnisse wieder verschlimmert und wenn nicht anlässlich der Krönungsfeier 240.000 Meterzentner Kohle für die Gaswerke eingetroffen wären, hätte der Betrieb kaum länger aufrechterhalten werden können.

Im Februar gestaltete sich die Lage so ungünstig, daß sich die Leitung der Gaswerke mit dem Gedanken trug, den Betrieb der Gaswerke einzustellen, falls nicht dringende Hilfe käme. Am 9. Februar verfügte die Gaswerke nur mehr über einen für kaum zehn Tage genügenden Vorrat. Auf wiederholte Vorstellungen von Seiten der Hauptstadt wies endlich die österreichische Regierung für Februar 340.000 Meterzentner Kohle zur Dedung des Bedarfs der Budapester Gaswerke an und versprach, für März weitere 300.000 Meterzentner anzumessen. Diese Mengen würden vollständig ausreichen. Leider aber stellte die Zentral-Transportleitung nicht die nötige Anzahl von Waggons zur Verfügung, so daß die Zufuhr der versprochenen Kohle nicht gesichert erschien. In der am 9. d. M. abgehaltenen Kohlenenquete, beziehungsweise noch vorher wurde uns von Seiten der Regierung endlich die Zusicherung, es werde alles geschehen, um die für die Gaswerke bestimmten Kohlensendungen raschestens nach Budapest gelangen zu lassen. Am 11. d. M. wurde der Bürgermeister vom Kriegsminister telegraphisch verständigt, er habe die Beistellung der zum Transport der Kohle für die Gaswerke nötigen Waggons verfügt.

Die Lage wird sich also — so schloß der Bürgermeister seinen Bericht — binnen kurzem günstiger gestalten, und es steht zu hoffen, daß wir die Krisis glücklich überstehen werden und die Einstellung des Betriebes der Gaswerke vermieden werden kann. Allein auch das Publikum selbst muß uns in unseren Bestrebungen unterstützen, indem es so sparsam, als möglich mit dem Gas umgeht. Auch die zu Hause gebliebenen Bürger müssen die Entbehrungen ertragen, die uns der Krieg auferlegt, sie sollen darin mit jenen mitweilern, die an der Front für das Vaterland kämpfen. (Einenruf.) Unser Publikum hat auch bisher anerkennenswerte Geduld an den Tag gelegt, möge es auch weiterhin die Heimsuchungen, die der Kriegszustand mit sich bringt, ertragen. Die Behörde der Hauptstadt wird bestrebt sein, diese Heimsuchungen nach Möglichkeit zu mildern.

Der Bericht des Bürgermeisters wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

#### Die Debatte.

Dr. Alexander Petö bedauert, daß die Schritte, die die Hauptstadt zur Behebung des Kohlenmangels unternommen, stets mit Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgt seien. Derartige Aktionen haben nur Erfolg, wenn sie öffentlich unternommen werden. (Zustimmung.) Er befreit nicht, warum die Zensur unserer Presse nicht gestattet wolle, sich mit der Kohlenmiserie zu beschäftigen. Der in Ungarn herrschende Kohlenmangel sei nicht begründet;

Österreich habe ihn geschaffen, die österreichische Regierung, der österreichische Reich (Verhätter Beifall.) In Oberberg werde die Kohlenzufuhr nach Ungarn abichtlich vereitelt, bis dahin gelange unsere Kohle, weiter aber könne sie nicht.

Redner beschäftigt sich sodann mit den Schwierigkeiten der Zustraffung der Kohle und wendet sich in scharfen Worten gegen das Vorgehen der Fuhrwerksbesitzer, die das Publikum in der unerhörtesten Weise ausbeuten. Sie respektieren nicht die behördlichen Preise und fordern oft dreifache Preise, so daß der Transport oft teurer zu stehen komme als die Kohle selbst. Redner ersucht den Bürgermeister, mit Hilfe der Polizei jeden Mißbrauch in dieser Hinsicht zu verhindern und die Fuhrwerksbesitzer mit den strengsten Mitteln zur Einhaltung der festgesetzten Tarife zu zwingen. (Verhätter Beifall.) Leider leiste auch das Publikum selbst diesen Mißbräuchen Vorschub, indem es einander überbiete, um sich ein Fuhrwerk zu verschaffen. Zum Schlusse bringt Redner die neue Regelung der Sperrstunde zur Sprache; er bezeichnet es als eine Ungerechtigkeit, daß während die Kinos bis 10 Uhr geöffnet sein dürfen, die Vergnügungsorte ganz geschlossen und dadurch Hunderte von Existenzen gefährdet wurden. Er bittet den Bürgermeister, seinen Einfluß auszubieten, um diese Existenzen zu retten.

Emil Bértes glaubt nicht, daß die Regierung der Hauptstadt kein Wohlwollen entgegenbringe. Redner hält die Frage der Verantwortlichkeit in der Kohlenfrage für nicht geklärt.

Anton Becseh bemerkt, daß während die Budapester Gaswerke keine Kohle haben, die österreichischen Gaswerke alle versorgt werden.

Magistratsrat Dr. Emil Vita reflektierte auf die gegen die Fuhrwerksbesitzer gerichteten Bemerkungen Dr. Petös und erklärte, die Polizei werde streng darauf achten, daß das Publikum zu Klagen keinen Anlaß habe.

Magistratsrat Dr. Johann Buzáth betonte, die Regierung habe niemals ihre Intervention zur Behebung des Kohlenmangels verweigert, doch ebensovienig könne man die hauptstädtische Behörde für die Kalamität verantwortlich machen, denn sie habe alles getan, was in ihren Kräften stand, um die Kohlenfrage in befriedigender Weise zu lösen.

Die Generalversammlung nahm sodann den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

#### Die Mitglieder der Wohlfahrtszentrale

Zu Mitgliedern der Wohlfahrtszentrale wurden folgende Stadtrepräsentanten gewählt: Ignaz Urányi, Johann Brodner, Dr. Eugen Szulácsi, Gustav G. Ehrlich, Friedrich Glid, Alexander Hahóthy, Friedrich Herzfeld, Jwan Hüvös, Johann Kaczán, Dr. Ernst Kovács, Samuel Kratauer, Dr. Emerich Német, Dr. Franz Ripta, Dr. Jakob Schreyer, Dr. Josef Stern, Johann Sziget, Julius Szevula, Stefan Szűz, Dr. Josef Waigand, Julius Zboray.

#### Spitalsfragen

Zu der bekannten Vorlage über die Errichtung eines Spitals und einer Pflegeanstalt für Säuglinge sprachen Anton Steinhardt, Dr. Josef Waigand und Anton Becseh; der letztere Redner äußerte den Wunsch, daß auch in den Fabriken Pflegeanstalten für Säuglinge errichtet werden, in denen die in den Fabriken arbeitenden Mütter ihre Kinder pflegen könnten. Er beantragte die Einleitung einer hierauf abzielenden Aktion und wünscht, daß die Regierung um entsprechende materielle Unterstützung dieser Aktion ersucht werde.

Nachdem noch Magistratsrat Dr. Eugen Márkus gesprochen hatte, wurde die Vorlage samt dem Antrag Becsehs angenommen.

Bei Verhandlung der Vorlage über den Kauf des Gebäudes der kommunalen Anstalt für Geburtshilfe stellte Dr. Wilhelm Meißels den Antrag, daß nach dem Kriege möglichst in jedem Spital eine Abteilung für Geburtshilfe geschaffen werde. Sowohl die Vorlage, als auch der Antrag Dr. Meißels wurden angenommen.

#### Dienstbotenbücher mit Photographien.

Dr. Moriz Füredi wünschte in einer Interpellation, daß die Dienstbotenbücher mit Photographien versehen werden. Viele Dienstmädchen verschaffen sich falsche Dienstbücher und verüben unter falschem Namen allerlei Gaunereien. Keine Hausfrau wisse, ob sie nicht eine Verbrecherin im Hause habe. Er bittet den Bürgermeister, beim Minister des Innern dahin zu intervenieren, daß die Dienstbotenbücher cheftens mit Photographien versehen werden. Die Interpellation wurde an den Magistrat geleitet. Die übrigen Punkte der Tagesordnung waren rasch erledigt.

## Frauen in der städtischen Verwaltung.

Berliner Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung zeichnete sich durch eine wohlthuende Kürze aus. Eine Reihe von Vorlagen wurde ohne jede Erörterung angenommen. Zuerst berichtete Stadtv. Knauer (fr. Fr.) über die Vorlage, die eine Erhöhung der Bezahlung der ständigen Vertreter und Vertreterinnen an den Gemeindegemeinschaften vorsieht. Der Ausschuss unterbreitete folgende Anträge:

Die jährige Bezahlung mit 1,20 M. für die Stunde soll erhöht werden für wissenschaftliche Vertreterinnen auf 1,50 M. und für technische auf 1,35 M. 2. Die Entschädigung von je 1882 M. an etwa 80 Stellvertreterinnen soll erhöht werden auf 1728 M. für die wissenschaftlichen und 1560 M. für die technischen Vertreterinnen. 3. Die jährige Gewährung von 1120 M. Grundgehalt plus 540 M. Mietsentschädigung mit zusammen 1660 M. an männliche Stellenverwalter (Schulamtsbewerber) soll erhöht werden durch Hinzufügung einer Ortszulage von 400 M. auf abgerundet 2064 M. 4. Es sollen alle Vertreterinnen nach einjähriger Tätigkeit vom Tage des Lehrauftrages ein festes Monatshonorar von 120 bzw. 108 M. erhalten.

Nach Annahme dieses Antrages beschäftigte man sich mit der Vorlage über die Errichtung einer besonderen Kriegsflursorge für die Arbeiter und Angestellten der Schuhwaren-Industrie. Nach einem kurzen Bericht des Stadtv. Sonnensfeld (N. L.) hieß man die Vorlage mit den vom Ausschuss beschlossenen Änderungen gut. Bei der Vorlage, die Verpflegungskosten in den städtischen Heimstätten ein wenig zu erhöhen (für Personen über 14 Jahren von 2,50 M. auf 3 M.) kommt es zu einer kurzen Auseinandersetzung zwischen Stadtv. Weyl (S.), Stadtrat Kalisch und Stadtv. Lepp II. (L.). Die beiden Redner betonen, daß trotz dieser (unwesentlichen) Erhöhung die Stadt noch erhebliche Zuschüsse leistet.

Etwas lebhafter ging es zu, als man sich wieder der Frage wandte, Frauen in die städtischen Deputationen aufzunehmen. Der Magistrat hat sich mit der Zuwahl von Frauen mit beratender Stimme in die Deputationen für die städtischen Krankenanstalten, die städtische Irrenpflege, Gewerbe-Deputation, Abteilung für Arbeitsnachweis, Deputation für Wohnungswesen, Deputation für die städtischen Fach- und Fortbildungsschulen, Deputation für die Schulspeisung, Städtische Stiftungsdeputation, Städtische Markthallendeputation sowie in die Kuratorien der städtischen Heimstätten und der städtischen Hospitäler einverstanden erklärt. Die an den Minister des Innern gerichtete Vorstellung wegen entsprechender Änderung der Verordnungsordnung liegt zur Kenntnisnahme vor.

Stadtv. Cassel (L.) beantragt Ausschussberatung. Es wird im Ausschuss die Zahl der Deputationen, in die Frauen zu delegieren sind, und die Zahl der zu delegierenden Frauen zu vereinbaren sein. Durch Kenntnisnahme allein können wir diese Sache nicht erledigen; wir müssen mit darüber beschließen.

Oberbürgermeister Vermuth: Es handelt sich hier lediglich um eine Verständigung über die Zusammensetzung der Deputationen. Sie werden zugeben, daß wir in dieser Frage schnelle Arbeit geleistet haben. Sollten nun durch die Ausschussberatung Ver-

### Eine 4 1/2 prozentige Wiener Kommunalanleihe.

Wir erhalten das nachstehende Communiqué: „Generaldirektor Rötter der Länderbank hat gestern namens des unter Führung der Bodenkreditanstalt und der Länderbank stehenden Konsortiums der Wiener Banken, welchem auch die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien angehört, dem Herrn Bürgermeister ein Angebot auf Übernahme von Nominalen 250,000,000 K. 4 1/2 prozentige sechzigjährige Obligationen der Stadt Wien überreicht. Von dem Erlös dieser Anleihe sollen 100,000,000 K. zur Rückzahlung der im Jahre 1916 zur Ausgabe gelangten 5 1/2 prozentigen Kassenscheine der Stadt Wien, welche per 15. September 1917 zur Parirückzahlung gelündigt werden sollen, verwendet werden, während der Rest im Sinne des Landesgesetzes vom 18. Juli 1914 für die Errichtung von Untergrundbahnen, andre Investitionen und Notstandsbauten zu dienen hat.“

Das bemerkenswerteste Moment an dem voranstehend mitgeteilten Anleiheabschluß der Kommune Wien mit dem Anleihekonsortium ist der für die Anleihe vereinbarte Zinsfuß von 4 1/2 Prozent. Noch vor nicht ganz einem Jahre, am 15. März 1916, hat die Gemeinde Wien an dasselbe Konsortium eine Anleihe im Betrage von 100 Millionen Kronen begeben und mußte sich damals für die in diesem Betrag emittierten Kassenscheine zu einem 5 1/2 prozentigen Zinsfuß bereit finden. Diese Kassenscheine wurden von dem Konsortium zu 94 1/2 Prozent übernommen und zu 97 Prozent im Wege der Zeichnung weitergegeben. Die 100 Millionen Kronen waren allerdings in kaum zwei Tagen in der letzten Hand untergebracht und haben in kürzester Zeit den Parikurs überschritten. Der ursprüngliche Rückzahlungstermin sollte der 15. März 1921 sein, wobei die Gemeinde Wien sich jedoch die frühere Rückzahlung gegen dreimonatige Kündigung vorbehielt. Von der Möglichkeit macht nun die Gemeinde Wien Gebrauch, indem, wie im Communiqué bekanntgegeben wird, die 100 Millionen 5 1/2 prozentigen Kassenscheine per 15. September 1917 zur Kündigung gelangen werden. Zu diesem Termin wird die Einlösung zum Nominalbetrag erfolgen.

An Stelle der 5 1/2 prozentigen Kassenscheine werden gemäß der neuen Vereinbarung mit dem Anleihekonsortium 4 1/2 prozentige, innerhalb sechzig Jahren zu amortisierende Obligationen begeben, wobei gleichzeitig der Anleiheabschluß auf weitere 150 Millionen Kronen 4 1/2 prozentiger Obligationen lautet. Die Grundlage für die Anleihebegebung bietet der Gemeinde Wien das Landesgesetz vom 18. Juli 1914. Mit diesem Gesetz wurde die Kommune ermächtigt, eine Anleihe bis zu 375 Millionen Kronen abzuschließen. Als Zweck der Anleihe wurde im Gesetz speziell die Aufbringung des Erfordernisses für ein Investitionsprogramm, das innerhalb sechs Jahren zur Durchführung kommen sollte, bestimmt. Insbesondere war ein Betrag von 150 Millionen für den Bau von Untergrundbahnen vorgesehen, weiter 105 Millionen für Investitionen für die städtischen Unternehmungen, namentlich die Erweiterung der Werke der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Erweiterung des Gaswerkes und des Elektrizitätswerkes, Ausgestaltung der Kraftanlage Böttlingdorf und Errichtung einer 29.7 Millionen präliminiert für Pflasterungsarbeiten und Erwerbung von Steinbrüchen, 2.5 Millionen für die Errichtung von Spiel- und Sportplätzen, 4 Millionen für sanitäre Maßnahmen, 2.45 Millionen für Gartenanlagen, 4.3 Millionen für Badeanstalten, 2 Millionen für Kunst- und Denkmalpflege, 1 Million für die Errichtung eines gewerblichen Musterlagers bestimmt.

Die Sanktionierung des Landesgesetzes erfolgte eine Woche vor Ausbruch des Krieges. Die geplanten Investitionen wurden damit unvermeidlich hinausgeschoben. Es ist nun

jedemfalls als erfreuliches Zeichen zu begrüßen, wenn die Kommune nunmehr den Augenblick für gekommen erachtet, die Durchführung des Investitionsprogramms wieder in Angriff zu nehmen. Wie aus dem Communiqué hervorgeht, sind die 150 Millionen, die außer den 100 Millionen, welche als Erfordernis für die Einlösung der 5 1/2 prozentigen Kassenscheine aufgenommen werden, zur Emission gelangen, in erster Linie für den Bau der Untergrundbahnen bestimmt. Man erinnert sich hierbei, daß vor wenigen Wochen in der Gemeinde ein spezielles Bureau für Untergrundbahnen organisiert wurde. Alles deutet sonach hin, daß für diese Investition, die wohl zu den wichtigsten der Gemeinde Wien zu zählen ist, rechtzeitig gerüstet wird, damit unmittelfach nach Friedensschluß mit den Arbeiten begonnen werden könne.

Die Gemeinde Wien ist in der Lage, darauf hinzuweisen, daß ihr Kredit von bester Beschaffenheit ist. Denn keine der vielen Kriegsankleihen, die in allen europäischen Staaten aufgenommen werden mußten, konnte unter 5 Prozent untergebracht werden. Dabei verlautet, daß der Uebernahmesturs, welchen das Konsortium der Gemeinde Wien zugestanden hat, sehr vorteilhaft sei. Der Finanzminister hat gestern abend die Zustimmung zur Anleihe gegeben, womit die unumgänglichste Voraussetzung zum Anleiheabschluß erfüllt war.

Für heute ist eine Sitzung der Obmännerkonferenz im Gemeinderat anberaumt, welcher Bürgermeister Dr. Weiskirchner das Offert des Anleihekonsortiums vorlegen wird. Nächsten Freitag dürfte dann die Erledigung in einer Sitzung des Gemeinderates erfolgen, worauf die Anleihe dem Publikum zur Zeichnung angeboten werden wird.

### Die Bedingungen der neuen Wiener Kommunalanleihe.

Wie bereits gemeldet, haben die Obmänner der Gemeinderatsparteien in einer vorgestern abgehaltenen Sitzung den Bericht des Bürgermeisters über das Anbot des Wiener Bankenkonsortiums wegen Begebung eines 4 1/2-prozentigen Anlehens im Nominalbetrage von 250 Millionen Kronen entgegengenommen. Nämlich liegt der vom Stadtrat genehmigte Bericht des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner an den Gemeinderat vor, welcher letzterer in seiner morgen stattfindenden Plenarsitzung über die Begebung der Anleihe Beschluß fassen wird.

Der Bericht weist zunächst auf die gesetzliche Grundlage der Anleiheaufnahme hin, wie sie in der Ermächtigung gegeben ist, die das Landesgesetz vom 18. Juli 1914 betreffend die Beschaffung eines Betrages von 275 Millionen Kronen im Wege einer Kreditoperation für die Gemeinde Wien enthält. Im Gesetz sind detailliert die verschiedenen Investitionen eingezählt, deren Erfordernis aus der Anleihe bestritten werden soll, darunter 150 Millionen Kronen für den Bau von Untergrundbahnen, 64 Millionen Kronen für Zwecke der Straßenbahnen, 55 Millionen Kronen für Automobilomnibusse u. Auf Rechnung dieser Anleihe hat die Kommune im März 1916 5 1/2-prozentige Kassenscheine mit fünfjähriger Laufzeit im Betrage von 100 Millionen Kronen begeben. Dieser Betrag ist noch zum größten Teil unverbraucht, da infolge des Krieges die Investitionsfähigkeit der Gemeinde stark eingeschränkt war.

Der Bericht des Stadtrates fährt dann fort: „Am so mehr muß aber die Gemeinde darauf gefaßt sein, daß nach dem Friedensschluß, mit welchem denn doch in absehbarer Zeit gerechnet werden kann, ein großer Bedarf sich geltend machen wird, um alle Vorkündigten nachzuholen. Straßenherstellungen werden in großem Umfang nötig sein, die Kantalisierungspläne, insbesondere im 21. Bezirk, müssen ausgeführt werden, die Umgestaltung des Sanitäts- und Humanitätsstrichungen wird nach dem Kriege ein dringendes Bedürfnis sein, die Abproktonierung, für welche nach dem Anlehen vom Jahre 1908 ein bedeutendes Kreditrest aufrecht ist, wird weitere Anlagen erfordern, für Straßenüberbrückung und Verbesserung der Abfallstoffe werden zweckmäßige Einrichtungen getroffen werden müssen, die städtischen Straßenbahnen, Gaswerke und Elektrizitätswerke werden, um den erhöhten Anforderungen zu genügen, die notwendigen Ergänzungen zu erhalten haben, und schließlich wird schon im Interesse einer entsprechenden Wohnungsfürsorge mit dem **Bau von Schnell-Untergrund** Bahnen nicht lange gezögert werden dürfen. Für alle diese Aufgaben, die der Gemeinde bevorstehen und deren Durchführung der Bevölkerung auch die nach dem Kriege so notwendige Gelegenheit zu Erwerb und Verdienst bieten soll, werden die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, und es erscheint daher als ein Gebot der Vorsicht, für den weiteren Bedarf rechtzeitig vorzusehen, zumal als nach dem Kriege der Geldmarkt aller Wahrscheinlichkeit nach von den verschiedensten Seiten in Anspruch genommen werden wird. Außerdem muß aber die Gemeinde darauf bedacht sein, ihre schwappende Schuld von 100 Millionen Kronen je eher je lieber in eine amortisierbare, langfristige Schuld umzuwandeln, um einer möglicherweise eintretenden Zwangslage im Zeitpunkt der Einlösungspflicht zu entgehen. Es bleibt ihr ja ohnehin noch die Sorge für die Einlösung der im Jahre 1921 fälligen 66 Millionen Markkassenscheine.“ Unter diese Umstände könne der Gemeinde das Anbot eines unter Führung der Bodenbesitzerschaft und der Länderbank stehenden Konsortiums von Wiener Geldinstituten auf Übernahme eines Obligationenanlehens von 250 Millionen Kronen nur erwünscht sein. Die Gemeinde würde, wie der Bericht schließlich hinzufügt, durch die Annahme dieses Angebotes die Kassenscheinschuld von 100 Millionen Kronen loswerden und die für eine längere Reihe von Jahren erforderlichen Zinsausgaben erlangen. Die Bedingungen seien in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse, die sich voraussichtlich auch nicht so bald ändern dürften, nicht ungünstige, und es sei kaum zu erwarten, daß sich in absehbarer Zeit eine vorteilhaftere Anlehensmöglichkeit bieten wird. Die Mehrbelastung der Gemeinde durch den Anlehensdienst werde vorläufig keine allzu drückende sein, und späterhin werde eine finanzielle Neuordnung auch im Gemeindehaushalt ohnehin nicht vermieden werden können.

Dem Protokoll über die mit dem Bankenkonsortium vereinbarten Anleihebedingungen ist zu entnehmen:

Eine verstärkte Tilgung oder Gesamtlösung des innerhalb sechs Jahren durch jährliche Al-pari-Auslösung mittels gleichlautender Annuitätanlehens ist vor dem Jahre 1927 nicht statthaft. Kapital und Zinsen sind dem Inhaber frei von jedem Abzug und jeder gegenwärtigen oder zukünftigen österreichischen Steuer ausbezahlt und übernimmt die Gemeinde Wien alle solchen Steuern samt Zuschlägen, insbesondere die Rentensteuer, zur eigenen Zahlung. Den Obligationen dieser Anleihe ist die Mindestsicherheit zuerkannt.

Das Bankenkonsortium übernimmt die 250.000.000 K. 4 1/2-prozentigen Obligationen zum Kurs von 90 Prozent. Sollte der Emissionskurs mit mehr als 92 1/2 Prozent angesetzt werden, so erhöht sich der Übernahmekurs um die Hälfte des Mehrbetrages.

Um die Einlieferung der 5 1/2-prozentigen Kassenscheine vom Jahre 1916 zur Rückzahlung vor dem 15. September 1917 zu begünstigen, wird das Bankenkonsortium Abgaben in Obligationen der neuen 4 1/2-prozentigen Kommunalanleihe gegen 5 1/2-prozentige Kassenscheine vom Jahre 1916 vornehmen, welche von demselben zum Nennwerte in Zahlung genommen werden. In allen solchen Fällen wird das Konsortium die neuen 4 1/2-prozentigen Kommunalobligationen um 3/4 Prozent unter dem für den Verkauf gegen bar fixierten Verkaufskurs abgeben. Diese Begünstigung wird jedoch nur bis 15. März 1917 gewährt werden.

Das Bankenkonsortium wird sich bemühen, den aus der Anleiheoperation resultierenden Barwert bei der österreichischen Regierung, beziehungsweise der Postsparkasse, zur Verzinsung zu veranlagen mit der Maßgabe, daß die österreichische Regierung, beziehungsweise die Postsparkasse, sich verpflichtet, den Betrag, der zur Einlösung der am 15. September 1917 fälligen 5 1/2-prozentigen Kassenscheine vom Jahre 1916 erforderlich ist, am 12. September 1917, den Rest zwei Monate nach Friedensschluß fällig zu machen. Hinsichtlich dieses Restes soll jedoch seitens der Regierung, beziehungsweise der Postsparkasse, dem Bankenkonsortium das Recht zugestanden werden, denselben auf Verlangen der Gemeinde Wien nach Ablauf von zweieinhalb Monaten, vom Erlagstage gerechnet, jederzeit vierzehntägig zur Rückzahlung aufzufordern. Das Konsortium wird der Gemeinde Wien das hieraus entstehende Guthaben mit 4 Prozent verzinsen.

Ohne schriftliche Zustimmung des Bankenkonsortiums darf die Gemeinde Wien vor dem 31. Dezember 1918 keinerlei Begebung städtischer Anlehen vornehmen. Mit dieser Offerte bleibt das Bankenkonsortium der Gemeinde Wien bis 5. März 1917 im Wort. Sollte sich in der Zwischenzeit der Kurs einer der fünf österreichischen Kriegsanleihen gegenüber dem Tageskurs um 3 Prozent oder mehr ermäßigen, steht dem Konsortium das Rücktrittsrecht zu.

Sonder-Abdruck.

Wien während der Kriege.

Unsere

wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

ist, wie aus dem Steigen der Einlagen bei den Geld-Instituten, den Banken und Sparkassen zu entnehmen ist, noch nicht erschöpft.

Auch die

Steuereingänge

waren im Monate Jänner befriedigend.

Die Einzahlungen beim Wiener städtischen Steueramte betragen im Jänner:

	1917	1916
an Staatssteuern, und zwar:		
an Realsteuern . . . . .	K 1,281.391·38	K 1,078.837·50
„ Erwerbsteuern . . . . .	8,745.694·66	7,775.462·49
„ Einkommensteuer . . . . .	4,999.794·87	3,843.615·80
„ Rentensteuer . . . . .	808.368·51	650.674·59
„ Besoldungssteuer . . . . .	166.976·45	320.444·04
„ Tantiemenabgabe . . . . .	281.030·20	328.464·48
„ Militärtaxen . . . . .	42.624·67	95.483·50
„ Kriegsgewinnsteuer . . . . .	2,907.263·74	—
„ Kriegszuschlägen . . . . .	7,395.754·61	—
„ Rentabilitätszuschlägen . . . . .	930.217·58	—
„ Verzugszinsen . . . . .	105.895·21	79.842·27
„ Landesumlagen . . . . .	3,571.000·—	2,828.000·—
„ Gemeindeumlagen . . . . .	4,330.000·—	3,425.000·—
„ sonstigen Abgaben . . . . .	687.988·12	529.175·33
Zusammen . K	36,254.000·—	K 20,955.000·—

Seit Beginn des laufenden Verwaltungsjahres (1. Juli 1916) betragen die Steuereinzahlungen **206,474.000 K** gegen 164,129.000 K in der gleichen Zeit des vergangenen Verwaltungsjahres.

Über die **Erwerbsverhältnisse** der arbeitenden Bevölkerung gibt der Ausweis des

städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes

folgendes Bild:

Arbeitsvermittlung	Stellenangebote	Stellen-gesuche	Stellenvermittlungen
Metallverarbeitung, Maschinen zc.	149	165	118
Holzverarbeitung . . . . .	123	115	100
Baugewerbe und Spengler . . . . .	125	80	67
Leder- und Textilindustrie, Papier und graphische Fächer . . . . .	76	70	67
Kleidermacher . . . . .	69	77	49
Hotel- und höheres Arbeitspersonal	111	207	104
Bäcker . . . . .	99	168	102
Kaffeefieber . . . . .	348	500	293

	Stellenangebote	Stellen-gesuche	Stellenvermittlungen
Verkehrsbedienstete und nicht qualifizierte Arbeiter . . . . .	983	758	802
Gewerbliche Frauenarbeit . . . . .	511	672	437
Lehrlinge . . . . .	23	17	11
Summe .	2.617	2.829	2.150
Dienstvermittlung . . . . .	5.903	5.074	3.368
Zusammen .	<b>8.520</b>	<b>7.903</b>	<b>5.518</b>

In den **Wohnungsverhältnissen** hat sich nach der Zahl der Kündigungen und Zwangsräumungen gegen den Vormonat keine wesentliche Änderung ergeben.

Eine starke Zunahme hat die **Benützung der**

unentgeltlichen Auspeisung

erfahren, die Zahl der täglich ausgegebenen **Speiseportionen** ist im Jänner bis auf **75.000** gestiegen. Auch die entgeltliche Auspeisung in den **Kriegsküchen** hat zugenommen; die Zahl der Kriegsküchen betrug 32, die Zahl der ausgegebenen Speiseportionen in den vier Jännerwochen **736.575**. Es hängt das mit den Schwierigkeiten der

Lebensmittelversorgung

zusammen, die im abgelaufenen Monate insbesondere durch die außerordentlich ungünstigen Witterungsverhältnisse wesentlich vergrößert wurden. Die Zufuhren an **Gemüse und Kartoffeln** litten unter dem strengen Frost. Während eines großen Teiles des Monats konnten **Kartoffel** nur aus den Mieten der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden. Zeitweise konnten anstatt der Kartoffel nur deutsche Kohlrüben („Brucken“), die sonst nur wenig auf den Markt kommen, ausgegeben werden. Die **Fleischzufuhren** deckten knapp den Bedarf und als große Wohltat erwies sich der Vorrat der Gemeinde an **Gefrierfleisch**, das zu mäßigen Preisen in Verkehr gebracht wurde. Durch die **städtische Lebensmittelverorgungsstelle** wurden seit Beginn ihrer Tätigkeit (anfangs November) 26.723 Hasen, 1367 Rehe, 166 Hirsche dem Konsum zugeführt.

Die **Fettversorgung** war spärlich, wenn auch die Butterzuschübe aus Oberösterreich einige Besserung bewirkten. Der **Siernot** konnte durch Ausgabe von Kühleiern einigermaßen abgeholfen werden. Besonders empfindlich gestaltete sich die **Milchnot**; die Bahnzufuhren im Jänner sanken bis auf 9,062.984 l.

Auch die **Kohlenversorgung** litt unter den Transport-schwierigkeiten. Auf dem Nordbahnhofe wurden 98.059 t Steinkohle zugeführt und 87.353 t abgeführt, der Vorrat am Monatsende betrug 57.000 t gegen 79.000 t im Vorjahre.

Nachstehend folgen die Ausweise des städtischen Markt-amtes über die Beschickung der Märkte mit Lebensmitteln.

23. II. 1917

III  
LW

Sonder-Abdruck

Hier befindet sich das Original

Der Auftrieb auf dem  
**Schlacht- und Stechviehmarkte in St. Marx**

betrug im Jänner:

	1916	1917
an Rindern . . . . .	15.084 Stück	9.056 Stück
„ Kälbern . . . . .	18.059 „	7.624 „
„ Lämmern . . . . .	340 „	299 „
„ Schafen . . . . .	1.513 „	10.225 „
„ Schweinen . . . . .	43.875 „	2.209 „

In der

**Großmarkthalle**

wurden zugeführt im Jänner:

	1916	1917
an Rindfleisch . . . . .	2.127.822 Kilogramm	414.345 Kilogramm,
„ Kalbfleisch . . . . .	12.996 „	562 „
„ Schaffleisch . . . . .	848 „	266 „
„ Schweinefleisch . . . . .	569.535 „	144.322 „
„ Kälbern . . . . .	8.302 Stück	1.826 Stück
„ Schafen . . . . .	4.335 „	8.451 „
„ Schweinen . . . . .	4.462 „	4.542 „
„ Lämmern . . . . .	68 „	1.833 „

An

**sonstigen wichtigen Lebensmitteln**

kamen auf die Märkte im Jänner:

	1916	1917
an Gemüse . . . . .	42.049 Meterzentner	36.924 Meterzentner
„ Kartoffeln . . . . .	12.190 „	33.304 „
„ Obst . . . . .	25.406 „	5.547 „
„ Butter . . . . .	544 „	228 „
„ Eiern . . . . .	2.764.340 Stück	456.560 Stück.

Die

**Kleinhandelspreise**

der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände stellten sich in der letzten Jännerwoche folgendermaßen:

	per Kilogramm	525	—	1150
Rindfleisch . . . . .	per Kilogramm	525	—	1150
Schweinefleisch . . . . .	„	770	—	1400
Schweineschmalz . . . . .	„	960	—	—
Schweinespeck . . . . .	„	930	—	1000
Butter . . . . .	„	1060	—	1450
Margarine . . . . .	„	960	—	1200
Eier . . . . .	Stück	20	—	44
Milch . . . . .	Liter	48	—	56
Mehl . . . . .	Kilogramm	67	—	120
Brot . . . . .	„	50	—	57.5
Kartoffel . . . . .	„	18	—	—
Sauerkraut . . . . .	„	62	—	64
Bohnen . . . . .	„	90	—	220
Zwiebel . . . . .	„	70	—	124
Zucker . . . . .	„	113	—	120
Petroleum . . . . .	Liter	44	—	48
Steinkohle . . . . .	50 kg	300	—	352
Braunkohle . . . . .	50 „	160	—	290

Die

**Krankensbewegung**

in den Zivilspitälern einschließlich der daselbst verpflegten Militärpersonen gestaltete sich im Jänner folgendermaßen:

	1916	1917
Anfänglicher Krankenstand . . . . .	11.829	11.127
Zuwachs . . . . .	9.280	9.845
Abgang durch Entlassung . . . . .	8.756	8.575
Abgang durch Ableben . . . . .	901	864
Schließlicher Krankenstand . . . . .	11.452	11.583

Im übrigen wurde auch der

**Gesundheitszustand der Bevölkerung**

durch die kalte Witterung ungünstig beeinflusst, wenn auch der Durchschnitt der letzten Jahre nicht erreicht wurde. Die **Sterbeziffer** auf 1000 Einwohner betrug in den vier Jännerwochen 15 gegen 12.9 im Dezember und 15.5 im Jänner des Vorjahres. Unter den **Erkrankungen** machte sich seit Mitte des Monats die Influenza ziemlich bemerkbar, dagegen sind Scharlach und Diphtherie stark zurückgegangen. Von Blättern und Cholera ist die Zivilbevölkerung frei geblieben, an Flecktyphus sind 11 Flüchtlinge und 2 Einheimische erkrankt.

Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

**Dr. Richard Weiskirchner.**

# Das Budget der Hauptstadt für 1917.

— 37 1/2 Millionen Defizit. —

Budapest, 26. Februar.

Die hauptstädtische Finanzsektion hat heute das dritte Kriegsbudget der Hauptstadt, das Budget für 1917, herausgegeben. Die durch den Kriegszustand hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse, durch die der kommunale Haushalt gewaltsam aus seinem normalen Rahmen geschoben wurde, haben, wie den beiden ersten Kriegsbudgets, auch dem heutigen Budget ihren unverkennbaren Stempel aufgedrückt. Den riesigen Anforderungen, die der Kriegszustand an die Finanzen der Hauptstadt stellt, vermögen die normalen Einnahmsquellen der Kommune, die übrigens von den Verhältnissen ebenfalls ungünstig beeinflusst wurden, nicht zu entsprechen, und so ist es kein Wunder, daß das Defizit des Haushaltes jährlich in sozusagen arithmetischer Progression steigt. Das jetzige Budget weist ein Defizit von nicht weniger als 37 1/2 Millionen aus, worin das im vorjährigen Budget mit 19 1/2 Millionen ausgewiesene Defizit mitinbegriffen ist. 37 1/2 Millionen! Fürwahr, eine erschreckend hohe Ziffer, die die traurige Lage unseres kommunalen Haushaltes klar spiegelt. Soll die Zahlungsfähigkeit der Hauptstadt, was naturgemäß im Interesse der ganzen Bevölkerung liegt, erhalten bleiben, muß diese furchtbare Ziffer unbedingt bedeutend herabgedrückt werden, denn sonst müßte der bereits in seinen Grundfesten erschütterte Haushalt früher oder später vollständig zusammenbrechen.

Schon seit Monaten wendet die Leitung der Hauptstadt alle Mittel an, um das Gleichgewicht im Haushalte einigermaßen wieder herzustellen; wo es nur anging, wurden die Ausgaben herabgesetzt und die Einnahmen vermehrt. Die sogenannte Zwanziger-Subkommission hielt eine Menge von Konferenzen, um die Finanzlage der Hauptstadt nach Möglichkeit zu sanieren; sie sann auf neue ergiebige Einnahmsquellen, regte die Einführung neuer Steuern an, deren zwei bereits vom Municipalausschuß angenommen wurden und nur noch der Genehmigung durch den Minister des Innern harren. Da die bisherigen Ergebnisse der Sanierungsversuche nichts weniger als befriedigend sind, wird die genannte Kommission und werden alle anderen berufenen Faktoren der Hauptstadt ihre Bemühungen zur Verbesserung der Finanzlage der Kommune fortsetzen müssen. Noch eine Menge fertiger

Steuervorschläge ist zu erledigen, und die Bevölkerung kann sich darauf gefaßt machen, daß sie zur Herstellung des finanziellen Gleichgewichts im Haushalte der Kommune stark mitwirken müssen. Diese Opfer, die dem Publikum auferlegt werden, sind unerlässlich, und wenngleich die Leistungsfähigkeit des Budapesters Publikums bereits sehr stark in Anspruch genommen ist, wird es auch die neuen Opfer ohne Murren bringen müssen, handelt es sich doch um das Schicksal, um die Zukunft unserer geliebten Hauptstadt, die durch den unabwendbaren Druck der außerordentlichen Verhältnisse dieser außerordentlichen Zeiten in eine fatale Lage geraten ist. Aus dieser Lage muß sie nun zum Besten der gesamten Bevölkerung befreit werden!

Der vom Magistratsrat Dr. Josef Csapov, Chef der Finanzsektion, und dem Überrechnungsrat Franz Acs unterzeichneten Budgetvorlage entnehmen wir folgende Daten:

Die Bilanz des Budgetpräliminates gestaltet sich wie folgt:

	Ausgaben Kronen	Einnahmen Kronen	Defizit Kronen
Ordentliche	121.688.551	92.468.608	29.221.853
Außerordentliche	11.519.908	2.950.805	8.569.608
Zusammen	133.208.459	95.417.003	37.791.456

Mit den Resultaten des Budgets für 1916 verglichen, weist das Präliminare für 1917 folgende Steigerungen auf:

	Kronen
Bei den ordentlichen Ausgaben	15.650.375
Bei den außerordentlichen Ausgaben	6.451.778
Zusammen	22.102.153
	Kronen
Bei den ordentlichen Einnahmen	2.702.356
Bei den außerordentlichen Einnahmen	1.111.358
Zusammen	3.813.714

Das Resultat ist daher um 18.288.439 k. ungünstiger und somit ist, das im Budget für 1916 ausgewiesene Defizit von 19.508.017 k. mitgerechnet, für das Jahr 1917 ein Defizit von 37.791.456 Kronen zu gewärtigen.

Eine Steigerung weisen folgende wichtigeren Posten der ordentlichen Ausgaben auf:

- Amortisation der Schulden: 3.050.607 k, infolge der Aufnahme von zwei Anleihen im vorigen Jahre;
- Unterrichtswesen: 2.410.256 k, wovon 284.000 k auf die die Systemisierung neuer Stellen, 450.360 k aber auf die Kriegszulage der Angestellten entfallen;
- Kommunaler Instrumentenbetrieb: 1.121.700 k;
- Reinlichkeitswesen: 749.128 k, infolge der Erhöhung der Löhne und der Preise der Fuhrwerke;
- Central-Heizmaterialiendepot: 734.487 k, infolge der Erhöhung der Preise der Heizmaterialien;
- Wasserleitung: 645.480 k, wovon 411.050 k auf die Steigerung der Kohlenpreise entfallen;
- Mindererschlachthaus: 610.880 k, zum Teile infolge des größeren Bedarfes an Futtermitteln, zum Teile infolge der Steigerung der Löhne, der Erhaltungskosten der Gebäude usw.;
- Wohlfahrtsinstitutionen: 581.184 k;
- Öffentliche Beleuchtung: 467.657 k;
- Desinfektionsanstalten: 408.877 k;
- Bedarf der Bureaus: 315.802 k, infolge der Erhöhung der Papierpreise um 150 Prozent und der Arbeitsgebühren um 50 Prozent;
- Dotierung des Armenfonds: 305.064 k;
- Bezüge des Verwaltungspersonals: 298.900 k;
- Ausgaben für die Feuerwehr: 288.570 k, wovon 150.000 k auf eine Erhöhung der Bezüge der Mannschaft entfallen.

Außerordentliche Ausgaben:  
Defizit des Haushaltes im Jahre 1915: 5.186.270 k;  
Sebarungsdefizit der Spitalsfonds im Jahre 1915: 781.801 k.

Die Gesamterhöhung der ordentlichen Ausgaben beträgt 16.424.884 k, die der außerordentlichen Ausgaben 6.756.118 k.

Von den Einnahmen weisen die folgenden eine Steigerung auf:

- Kommunaler Instrumentenbetrieb: 1.192.500 k;
- Central-Heizmaterialiendepot: 815.000 k;
- Benützung öffentlicher Gebiete: 811.582 k;
- Kommunalfeuerverschlag: 500.000 k;
- Wohlfahrtsinstitutionen: 397.523 k;
- Gaswerke: 496.493 k;
- Mindererschlachthaus: 315.300 k;
- Wasserleitung: 313.350 k;
- Haushälterei: 279.500 k;
- Central-Materialiendepot: 223.100 k.

Von den außerordentlichen Einnahmen weisen die Zins-einnahmen der Darlehensgelder eine Steigerung um 1.075.000 Kronen auf.

Die Gesamtsteigerung der ordentlichen Einnahmen beträgt 6.556.539 Kronen, die der außerordentlichen Einnahmen 1.135.000 Kronen.

Eine Verminderung ist bei folgenden Ausgaben zu erwarten:

- Zoll- und Gefäßmanipulation 88.296, Straßenbau 405.000, Pflasterungen 48.800, Instandhaltung der Straßen 62.200, Kanalisierung 169.460 Kronen.
- Die Verminderung der ordentlichen Ausgaben beträgt 774.509, die der außerordentlichen 298.340 Kronen.

Von den Einnahmen weisen die folgenden eine Abnahme auf:

- Gaswerke 1.271.300 (infolge der Steigerung der Betriebskosten), Konsumsteuer 788.802, Pflasterungsgebühren 530.000, Schweineeschlachthaus 434.838, Kanalsabgebühren 168.000, Baupolizeigebühren 121.000 Kronen.

Die Verminderung der ordentlichen Einnahmen beträgt insgesamt 3.854.183 k.

Zum Schlusse beschäftigt sich der Bericht der Finanzsektion mit der Frage der Deckung des Defizits:

Die Höhe unseres Haushaltdefizits — so heißt es in dem Bericht an dieser Stelle —, sowie die steigende Tendenz des Defizits mahnen uns, unseren Haushalt noch während des Krieges zu ordnen. Nach dem Kriege wird ein neues Leben anbrechen und die Herstellung der riesigen Schäden, die der Krieg angerichtet hat, das Erwecken der uns Stoden geratenen wirtschaftlichen Tätigkeit zu neuem Leben usw. werden die Behörde der Hauptstadt vor gewaltige, heute noch nicht abzuschätzende Aufgaben stellen. Eine Vorbedingung zur Lösung dieser Aufgaben ist aber eine dauernde Sicherung des Gleichgewichtes in dem Haushalte der Kommune.

Dazu empfiehlt die Sektion folgende Mittel:

Vor allem muß der Ertrag der nutzbringenden hauptstädtischen Institutionen in ein den Betriebs- und Produktionskosten entsprechendes Verhältnis gebracht, es müssen ferner die vom finanziellen Gesichtspunkte wichtigeren behördlichen Tarife einer Revision unterzogen, der Hauptstadt neue Einnahmsquellen erschlossen und schließlich der kommunalfuerverschlag und der Hauszinskreuzer als die Hauptsteuerquellen der Hauptstadt den Umständen entsprechend erhöht werden.

Das Budget ist, wie wir bereits erwähnt haben, noch nicht als endgültig zu betrachten; die Zwanziger-Subkommission vor die es zunächst gelangt und die die Aufgabe hat, Vorschläge zur Sanierung der Finanzlage der Hauptstadt zu machen, wird es einer sorgfältigen Revision unterziehen und bestrebt sein, das Endergebnis nach Möglichkeit zu verbessern. Erst wenn die Subkommission ihre Arbeit beendet hat, wird die Finanzkommission und schließlich der Municipalausschuß sich mit der Budgetvorlage samt den Vorschlägen der Subkommission beschäftigen.

Die Zwanziger-Subkommission wird schon Donnerstag vormittag mit ihrer schweren Arbeit beginnen.

## Berliner Stadtparlament.

Arbeitsnachweis. — Arzt und Kriegerfamilien.

Die Frage der Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises beschäftigte gestern nochmals eingehend die Berliner Stadtverordneten-Versammlung, obwohl — wie Stadtv. Dove (A. L.) als Berichterstatter des Ausschusses ausführte — kein grundsätzlicher Widerspruch gegen die Vorlage sich zeigte. Der Ausschuss empfiehlt folgende Beschlusfassung:

Die Versammlung stimmt der Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises gemäß den Grundsätzen der Vorlage zu und ist damit einverstanden, daß die Einrichtungen des Zentralvereins für Arbeitsnachweis und der angeschlossenen Facharbeitsnachweise gegen Übernahme der Verpflichtungen des Zentralvereins übernommen werden. Sie willigt insbesondere in die Übernahme der Mietverträge des Zentralvereins und in die Übernahme des Personals des Vereins unter den bisherigen Gehaltsbedingungen.

Als Leiter des Zentralvereins soll ein Direktor als Gemeindebeamter mit einem Jahresgehalt von 8500 M., steigend alle zwei Jahre um 500 M. bis auf 10 000 M., angestellt werden.

Sie ersucht gleichzeitig den Magistrat a) mit dem Verband Märkischer Arbeitsnachweise in Verhandlungen darüber zu treten, daß der bestehende Stellenvermittlungsnachweis für Handlungsgehilfen sowie die Lehrstellenvermittlung für Groß-Berlin von der Stadt Berlin übernommen und den übrigen Nachweisen, die am 1. April 1917 in die städtische Verwaltung übergehen, angegliedert wird; b) nach Uebernahme des Arbeitsnachweises durch die Stadt die Bildung einer selbständigen Deputation gemäß § 59 der Städteordnung in die Wege zu setzen.

Der Ausschuss hat gleichzeitig eine Reihe von Grundsätzen aufgestellt, die die Regelung des Beamtenverhältnisses bezieht zu übernehmenden Bediensteten des Zentralarbeitsnachweises, die Kuratorien der Facharbeitsnachweise usw. betreffen und u. a. auch den Satz enthalten, daß die Mitwirkung der Frauen in der Deputation und den Kuratorien in geeignetem Maße anzustreben ist.

Der Berichterstatter betont, daß der neue Arbeitsnachweis nicht unbedingt als ausschließliche Arbeitsvermittlungsstelle zu gelten habe; man wolle insbesondere nicht in bestehende tarifliche Rechte eingreifen. Lediglich die freie Vermittlung soll ausgeschlossen sein.

Stadtv. Ritter (Soz.) will die Vorlage an den Ausschuss zurückverweisen, da in letzter Stunde im Ausschuss eine Entschliebung gefaßt worden sei, nach der Tariffacharbeitsnachweise mit Vermittlungszwang dem Arbeitsvermittlungsamte nicht angeschlossen werden dürfen. Dem Winnen seine Freunde nicht zustimmen. — Stadtv. Sonnenfeld (A.) hält eine Zurückverweisung für unnötig. Der Vermittlungszwang ist gerade für die Arbeiter sehr drückend. Zum mindesten muß dem Arbeitgeber bzw. dem Arbeitssuchenden die Freiheit bleiben, auch ohne Inanspruchnahme einer Arbeitsvermittlungsstelle Arbeit zu vergeben bzw. anzunehmen. Redner stellt einen Antrag in dieser Richtung.

Stadtrat Fischbeil: Die Streitfrage wie alle anderen grundsätzlichen Fragen des Arbeitsnachweiswesens sollten nach Ansicht des Magistrats aus der Vorlage herausbleiben und in der neu zu schaffenden fachverständigen Deputation unter Beteiligung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf Grund der Erfahrungen der Praxis entschieden werden. An einen Vermittlungszwang ist im übrigen gar nicht gedacht. Interessant ist, daß die Strick-Dunderschen z. B. erklärt haben, sie könnten dem Antrag Sonnenfeld nur zustimmen, wenn eingestimmt würde: „sofern nicht tariflich etwas anderes bestimmt ist“. Natürlich legen wir großen Wert darauf, daß die Kommunalisierung des Arbeitsnachweiswesens unter dem Motto vor sich geht: Arbeitgeber und Arbeitnehmer benutzt den städtischen Arbeitsnachweis.

In der weiteren Erörterung beteiligen sich die Stadtv. Reiff (Fr. Fr.), Sonnenfeld (A.), Brunsow (A.), Cassel (A.). Stadtv. Ritter (Soz.) zieht auf Grund der Erklärungen des Stadtrats Fischbeil den Antrag auf Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuss zurück und erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage. — Auch die Stadtv. Brunsow (A.), Cassel (A.), Stadtrat Fischbeil, Oberbürgermeister Wermuth nehmen noch zu Einzelheiten der Vorlage das Wort.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage in der Fassung des Ausschusses angenommen. Ebenso stimmt die Versammlung den vom Ausschusse nach hinzugefügten Grundsätzen, die dem Magistrat empfohlen werden sollen, zu. Abgelehnt wird dagegen die letzte

geblieben! Der erste Einfall ist immer der beste. Jetzt von neuem dieser Kampf... Seine Mutter hatte recht... Goethe und Frau von Stein... Er atmete tief auf und strich sein Haar zurück.

„Mutter, Du bist ein Advokat, ich weiß nicht, ob Gottes oder des Teufels. Du kannst schwarz in weiß verwandeln und man merkt es nicht... Ich sehe Dich noch.“

Er winkte ihr zu und ging rasch hinaus.

„Aber nur nicht! Niemanden sonst!“ rief sie ihm nach.

Sie sank erschöpft in einen Sessel und schloß die Augen. Das war ihr Sohn! Was für einen tiefen Nied in ihn sie getan hatte!... Und in sich selbst auch. In die eigene Vergangenheit. All das Uebertriebene, Verstriegene, das Gefahr drohende in Rudolfs Charakter... erinnerte das nicht an Brandstifter? Und wenn ihr Sohn einmal an sich selbst zugrunde ginge, geschah es vielleicht, weil er im Zwiespalt

# Ankündigung.

## Steuerfreies, mündelsicheres 4 1/2% Anlehen der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom Jahre 1917 im Betrage von 250,000.000 Kronen.

Die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien ist auf Grund des Beschlusses des Gemeinderates vom 19. Mai 1914, Pr. Z. 7200, durch das niederösterreichische Landesgesetz vom 18. Juli 1914 (L. G. Bl. Nr. 97) ermächtigt worden, einen Betrag von 275 Millionen Kronen im Wege einer Kreditoperation zu beschaffen. Von diesem Betrage sind bestimmt:

Für den Bau von Amtshäusern	K 1.300.000
den Bau des städtischen Museums	2.850.000
Grund- u. Häusererwerbungen, für Kasernenkonstruktionen, für den Wald- u. Wiesengürtel	30.400.000
die Errichtung von Spiel- und Sportplätzen	2.500.000
Feuerwehrzwecke	1.550.000
Pflasterungen, Erwerbung von Stein- und Schotterbrüchen	29.700.000
Kanalisationen	6.550.000
Straßenüberbauzwecke, sowie für die Beseitigung und Verwertung der Abfallstoffe	5.250.000
Brückenbauten und Unterführungen	17.000.000
Wasserversorgung	6.250.000
Gartensanlagen	2.450.000
Friedhofszwecke	3.700.000
das Jubiläumsspital, sonstige Sanitätseinrichtungen und Bekämpfung der Tuberkulose	4.000.000
Badenanstalten	4.300.000
Versorgungshäuser, Kinderpfleganstalten	8.000.000
Kunst- und Denkmalpflege	9.000.000
ein gewerbliches Meisterlager	1.000.000
Aufnahme eines Stadtplanes	1.000.000
den Bau von Schnellbahnen (Untergrundbahnen)	150.000.000
die Gaswerke	24.300.000
die Elektrizitätswerke	10.250.000
die Straßenbahnen	64.000.000
die Leichenbestattungsunternehmung	1.000.000
die Stellwagenunternehmung (Automobil-Omnibus)	5.550.000

Auf Grund dieser gesetzlichen Ermächtigung werden zufolge Beschlusses des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 23. Februar 1917, Pr. Z. 2100, Teilschuldverschreibungen im Nennbetrage von

### 250,000.000 Kronen

als erster Anleihenstilbetrag ausgegeben. Der Erlös dieser Teilschuldverschreibungen soll in erster Linie dazu dienen, die von der Gemeinde Wien am 15. März 1916 auf Grund des gleichen Gesetzes ausgegebenen 5 1/2% Kassenscheine von 100,000.000 Kronen, welche für den 15. September 1917 zur Rückzahlung im Nennwerte aufgekündigt werden, einzulösen.

Die Teilschuldverschreibungen werden in deutscher Sprache anschließend in Kronenwährung ausgestellt, lauten auf den Inhaber, werden ab 15. März 1917 mit jährlich 4 1/2% im halbjährigen, am 15. März und 15. September jedes Jahres im nachhinein fälligen Raten verzinst und in längstens 60 (sechzig) Jahren durch jährliche Auslosungen mittels einer gleichbleibenden Annuität unter Zuzuwachs der ersparten Zinsen nach Maßgabe des den Schuldverschreibungen beigedruckten Tilgungsplanes zum Nennwerte rückgezahlt. Die Stadt Wien behält sich jedoch das Recht vor, vom Jahre 1927 ab die Auslosungen zu verstärken, oder auch sämtliche noch nicht ausgelosten Schuldverschreibungen mit mindestens dreimonatiger Frist auf einen Zinsabzahlungsstermin zu kündigen. Diese Kündigung wird im „Amtsblatt der Stadt Wien“ und in der amtlichen „Wiener Zeitung“ verlautbart werden.

Die Kapitalrückzahlung findet gegen Einlieferung der Schuldverschreibungen unter Abrechnung der etwa fehlenden, noch nicht fälligen Zinsscheine an den Überbringer statt. (Siehe auch unten die Einstellung der Verzinsung bei Eintritt des Rückzahlungstermines.)

Die Zinszahlung erfolgt gegen Einlieferung der fälligen Zinsscheine an den Überbringer — ebenso wie bei allen früheren Anleihen der Gemeinde Wien — frei von jedem Abzug und jeder gegenwärtigen oder künftigen österreichischen Steuer. Alle diese Steuern samt Zuschlägen, ebenso die Rentensteuer, trägt die Gemeinde Wien.

Von den Schuldverschreibungen und Zinsscheinen sind einerseits mit Rücksicht auf das Gesetz vom 25. März 1902, B. G. Bl. Nr. 70, andererseits infolge Abstattung der mit dem Erlaß des k. k. Finanzministeriums vom 24. September 1914, Z. 70429, vorgeschriebenen Pauschalgebühr keine Stempel- und unmittelbaren Gebühren zu entrichten.

Die Einlösung der Teilschuldverschreibungen und der Zinsscheine erfolgt kostenfrei in Wien bei der Hauptkassa der Stadt Wien, der k. k. priv. allgem. Oesterr. Boden-Credit-Anstalt, der k. k. priv. Oesterr. Länderbank, der Anglo-Oesterr. Bank, dem Wiener Bank-Verein, der k. k. priv. Oesterr. Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, der Niederösterr. Escompte-Gesellschaft, der Union-Bank, der Centralparkasse der Gemeinde Wien, der Allgem. Depositen-Bank, der k. k. priv. Bank & Wechselstuben-Actien-Gesellschaft „Mercur“, der k. k. priv. allgem. Verkehrsbank und der Wiener Lombard- und Escompte-Bank.

Die Verpflichtung der Einlösung der Zinsscheine verjährt nach österreichischem Rechte nach 3 Jahren, die Verpflichtung zur Einlösung der Schuldverschreibungen nach 30 Jahren vom Fälligkeitstago (§§ 1473 und 1480 s. b. G. B.).

Der Gesamtbetrag von 250,000,000 Kronen ist in folgende Abschnitte eingeteilt, und zwar:

30,000 Abschnitte à K 200.—
10,000 „ „ „ 500.—
40,000 „ „ „ 1,000.—
25,000 „ „ „ 2,000.—
20,000 „ „ „ 5,000.—
4,900 „ „ „ 10,000.—

Die Schuldverschreibungen tragen im Faksimile die Unterschriften des Bürgermeisters und zweier Mitglieder des Stadtrates. Der Zinsscheinbogen besteht aus 30 Halbjahrs-Zinsscheinen, beginnend per 15. September 1917, und einem Erneuerungsscheine.

Die Verlosungen werden am 15. September jedes Jahres öffentlich und unter notarieller Beurkundung vorgenommen, und zwar die erste am 15. September 1917. Die Rückzahlung der ausgelosten Schuldverschreibungen erfolgt 6 Monate nach der Auslosung.

Die Serien und Nummern der gezogenen Schuldverschreibungen, sowie der Rückzahlungstermin werden sofort nach der Ziehung im „Amtsblatt der Stadt Wien“ und in der amtlichen „Wiener Zeitung“ bekannt gemacht. In diesen Zeitungen werden auch alle anderen, auf den vorstehenden Anleihenstilbetrag bezüglichen Bekanntmachungen veröffentlicht.

Mit dem Eintritte des Rückzahlungstermines hört jede weitere Verzinsung der fälligen Schuldverschreibungen auf; es werden daher bei der Einlösung die fehlenden, erst nach diesem Zeitpunkt fälligen Zinsscheine vom Kapitalbetrage in Abzug gebracht.

Bis zu der spätestens bis 1. Juli 1917 erfolgenden Fertigstellung der endgültigen Stücke des Anleihenstilbetrages werden auf den Inhaber lautende Interimsscheine in Abschnitten zu 200, 500, 1000, 2000, 5000 und 10,000 K ausgegeben. Diese Interimsscheine werden seinerzeit in Gemäßheit näherer Bekanntmachung kostenfrei, jedoch ohne Verpflichtung betreffs Gleichheit der Abschnitte und Nummern, bei der betreffenden Ausgabe gegen endgültige Stücke umgetauscht werden.

Für die Sicherheit dieses Anleihenstilbetrages haftet die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien mit ihrem Vermögen und ihrer gesamten Steuerkraft.

Die obigen Teilschuldverschreibungen genießen auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 2. September 1914, B. G. Bl. Nr. 243, die Mündelsicherheit, sie können somit zur fruchtbringenden Anlage von Kapitalien der Stiftungen, der unter öffentlicher Aufsicht stehenden Anstalten des Postsparkassensamtes, dann von Pupillar-, Fideikommiß- und Depositengeldern und zum Börsenkurse, jedoch nicht über dem Nennwerte, zu Dienst- und Geschäftskautionen verwendet werden.

Die Gemeinde Wien wird die Zulassung der Schuldverschreibungen zur Belohnung bei den Geschäftstestellen der Oesterr.-ung. Bank erwirken.

Die Ergebnisse der letzten Haushaltsabschlüsse der Stadt Wien waren folgende:

### Für 1912:

Ordentliche Einnahmen	K 187,824,760.88
Ordentliche Ausgaben	164,066,038.25
Der Ueberschuß von	K 23,758,722.61

sowie außerordentliche Einnahmen aus Anleihen und anderen außerordentlichen Einnahmequellen in der Höhe von . . . . . 57,761,654.93

daher zusammen . . . . . K 81,520,377.54

dienten zur Bestreitung der außerordentlichen Ausgaben des Jahres 1912, insbesondere für den Ausbau der städtischen Straßenbahnen, Gaswerke und Elektrizitätswerke, für die Erwerbung und den Ausbau des Brauhauses der Stadt Wien, für den Bau der II. Hochquellenleitung und der Wientalwasserleitung, für die Erwerbung von Grundstücken und Realitäten, für den Bau von Schulen, Amtshäusern und Anstaltgebäuden, für Brückenbauten und Neupflasterungen, für Feuerwehr-, Markt- und Friedhofszwecke etc. per . . . . . 68,411,967.75

wozu sich ein schließlicher Ueberschuß von . . . . . K 16,088,399.79

ergab.

### Für 1913:

Ordentliche Einnahmen	K 181,763,509.20
Ordentliche Ausgaben	169,105,627.91
Der Ueberschuß von	K 12,657,881.29

sowie außerordentliche Einnahmen aus Anleihen und sonstigen außerordentlichen Einnahmequellen in der Höhe von . . . . . 44,801,149.90

daher zusammen . . . . . K 57,459,031.19

wurden zur Bestreitung der außerordentlichen Ausgaben des Jahres 1913, und zwar ebenfalls für die bei 1912 angeführten Zwecke per . . . . . 86,517,883.30

verwendet und ergab sich ein schließlicher Ueberschuß von . . . . . K 981,647.83

### Für das erste Halbjahr 1914.

(Infolge Änderung des städtischen Budgetjahres mußte nach den Bestimmungen des Gemeindestatuts auch die Gemeinde ihr Budgetjahr ändern, so daß sich für das erste Halbjahr 1914 ein abgegrenzter Rechnungsabschluß ergab.)

Ordentliche Einnahmen	K 94,163,506.58
Ordentliche Ausgaben	87,539,751.87
Der Ueberschuß von	K 6,623,754.71

sowie außerordentliche Einnahmen aus Anleihen und sonstigen außerordentlichen Einnahmequellen in der Höhe von . . . . . 30,266,256.21

daher zusammen . . . . . K 36,890,010.92

wurden zur Bestreitung der außerordentlichen Ausgaben des ersten Halbjahres 1914, und zwar ebenfalls für die bei 1912 angeführten Zwecke per . . . . . 89,942,351.29

verwendet und ergab sich ein schließlicher Ueberschuß von . . . . . K 3,924,659.63

Der Rechnungsabschluß für 1914/15 ergibt:

an ordentlichen Einnahmen	K 185,805,601.28
an ordentlichen Ausgaben	174,549,671.36
sein Ueberschuß von	K 11,255,929.92

Werden diesem die außerordentlichen Einnahmen von . . . . . 56,992,142.98 zugerechnet, so ergibt sich ein Betrag von K 68,248,072.90

Bei Gegenüberstellung der außerordentlichen Auslagen im Betrage von . . . . . 74,149,054.71 ergaben sich allerdings Mehrausgaben von . . . . . 5,900,981.81 wogegen aber der Wert des Gemeindegütervermögens in diesem Jahre eine Steigerung von K 23,532,730 aufweist.

### Der Vermögensstand der Gemeinde Wien betrug am Ende des Verwaltungsjahres 1914/15, d. h. am 30. Juni 1915:

Gemeindevermögen	K 952,989,263.99	Passivstand	K 684,631,736.64	Reines Aktivum	K 98,357,527.35
Gemeindegut (darunter der Wert der Wasserleitungen per K 174,130,000)	409,457.90				409,457.90
Gemeindeigentum	K 1,342,447,168.99		K 834,631,736.64		K 507,815,432.35

Beim Aktivstande per K 1,342,447,168.99 ist auf den bedeutenden kaufmännischen Wert der Unternehmungen der Gemeinde Wien nicht Rücksicht genommen.

In den Passiven von K 834,631,736.64 sind folgende Anleihen enthalten:

30 Millionen (Gulden)-Prämienanleihen 1874 (wird im Jahre 1924 getilgt)	K 12,540,000.—
35 „ Kronen-Anleihen (Wasserleitungs-Anleihen) vom Jahre 1894	33,690,000.—
60 „ Kronen-Anleihen (für die Errichtung städt. Gaswerke) vom Jahre 1898	58,290,000.—
30 „ Kronen-Anleihen (für die Errichtung städt. Elektrizitätswerke) vom Jahre 1900	29,280,000.—
285 „ Kronen-Anleihen (Investitions-Anleihen) vom Jahre 1903	279,80,000.—
360 „ Kronen-Anleihen (Investitions-Anleihen) vom Jahre 1908 (I. Emission 200,000,000 K)	198,100,000.—

Die letztgenannten 3 Anleihen sind binnen 30 Jahren vom Zeitpunkte der Begebung zu tilgen. 60 Millionen Mark Kassenscheine vom Jahre 1913, auf Rechnung des unbegabenen Teiles des 300 Millionen Kronen-Anlehens (tillig am 15. Mai 1916) . . . . . 71,025,000.— zusammen . . . . . K 682,905,000.—

Die Stadt Wien ist ferner an folgenden, nicht direkt von ihr ausgegebenen Anleihen beteiligt:

Anteil an der Schuld des Donauregulierungsfonds 1870, 1875 und 1899	K 6,799,982.75
Anteil an der Schuld der Kommission für Verkehrsanlagen in Wien	52,401,447.18
Anteil an dem sogenannten Anglesschen Anleihen	187,130.—

Es ergibt sich somit als Summe der ausstehenden Anleihenbeträge K 741,543,559.93 Zugunsten des 1894er Anlehens wurde das Pfandrecht auf dem der Gemeinde Wien gehörigen Grundbesitze, Grund. E. Z. 12, Katastralgemeinde Hirschwangertor, Gerichtsbezirk Gloggnitz, bestellt und bucherlich eingetragen. Sonstige Vorzugsrechte früherer Anleihen vor dem gegenwärtigen oder umgekehrt bestehen nicht.

Nach dem 30. Juni 1915 wurden die obigen Mark-Kassenscheine per 60,000,000 Mark um 5,000,000 Mark vermehrt und die Laufzeit bis 15. Mai 1921 verlängert, und weitere Kassenscheine im Gesamtbetrage von 100,000,000 Kronen ausgegeben, die aus dem neuen Anleihen getilgt werden sollen. Wien, im Februar 1917.

### Für die Gemeinde Wien

Der Bürgermeister: **Dr. Richard Weiskirchner**  
Vize-Bürgermeister: **Heinrich Hierhammer** und **Franz Hoß**

## Allgemeine Verkaufsbedingungen.

Die auf Grund der vorstehenden Ankündigung emittierten **Nominale K 250.000.000.—**

mündelsicheren steuerfreien 4 1/2% Schuldverschreibungen der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Emission 1917, gelangen durch die nachstehend verzeichneten Institute, u. zw.:

- Anglo-Oesterreichische Bank, Wiener Bankverein, K. k. privilegierte allgemeine österreichische Boden-Credit-Anstalt, K. k. priv. Oesterreichische Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, Allgemeine Depositen-Bank, Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft, K. a. s. kön. privilegierte Oesterreichische Länderbank, K. k. priv. Bank- und Wechselstuben-Actien-Gesellschaft „Mercur“, Union-Bank, K. k. priv. Allgemeine Verkehrsbank, Wiener Lombard- & Escompte-Bank, Zentralsparkasse der Gemeinde Wien
- sowie durch deren Filialen und Exposituren zur Begebung.

Der Verkaufspreis beträgt bis auf Weiteres: **K 93.— für je K 100.— Nominale.**

Die 5 1/2% Kassenscheine der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Emission 1916, welche laut Prospekt per 15. September 1917 zur Rückzahlung *à pari* gekündigt werden, können unter den

nachstehenden Bedingungen gegen die steuerfreie mündelsichere 4 1/2% Anleihe der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Emission 1917, umgetauscht werden.

Die Anmeldung und die Einreichung zum Umtausche hat bis längstens 15. März 1917 inklusive zu erfolgen.

Der am 15. März 1917 fällige Kupon bleibt Eigentum des Besitzers, während alle später fälligen Kupons an den Kassenscheinen zu haften haben.

Im Tausche gegen die 5 1/2% Kassenscheine v. J. 1916 wird die neue Anleihe mit Kupon per 15. September 1917 zum Kurse von 90% erlassen. Die 5 1/2% Kassenscheine der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Emission 1916, werden zum vollen Nennwerte in Zahlung genommen. Beim Umtausche wird überdies eine Vergütung von 1/2% für je K 100.— Nominale der Kassenscheine v. J. 1916 gewährt.

Der Umtausch wird Valuta per 15. März 1917 abgerechnet, so daß die Verzinsung von Stückzinsen entfällt.

Anmeldungen auf die neuen Obligationen im Tausche gegen die 5 1/2% Kassenscheine v. J. 1916 finden im Anmasse des Nominales der einreichenden Kassenscheine volle Berücksichtigung.

Bis zur Ausfertigung der definitiven Schuldverschreibungen gelangen Interimsscheine zur Lieferung, welche seinerzeit bei der Anrabeinstelle gegen definitive Titres kostenlos ausgetauscht werden.

Mit dem freihändigen Verkaufe der neuen Anleihe wird am 16. März 1917 begonnen; Bis dahin werden Vorausmeldungen entgegengenommen, über deren Berücksichtigung jede Anmeldestelle entscheidet.

H. 1917

Jahresgeneralversammlung des Bürgervereines.

Der in unseren Gemeindeangelegenheiten als tonangebend zu bezeichnende Bürgerverein hielt Freitag um 5 Uhr nachmittags im Rahmen seiner ordentlichen Monatsitzung auch seine Generalversammlung unter dem Vorsitze seines hochverdienten Präsidenten Johann Andreas Bäuml er ab.

Präsident Bäuml er begrüßte in herzlichen Worten die erschienenen Mitglieder und betonte, daß diesmal die Jahresgeneralversammlung, im Rahmen einer Monatsitzung stattfindend, was allerdings schon vor einigen Jahren der Fall war.

Wenn die Wahlen hiedurch entfallen — setzt der Vorsitzende fort — so kann ich nur berichten,

daß ja der Ausschuß vollzählig ist und Sie mit dem Präsidium noch ein Jahr Geduld haben müssen.

Rückblickend auf das verflossene Jahr, müssen wir leider sagen, daß der von Millionen so sehr ersehnte Friede infolge der Bosheit unserer Feinde noch immer nicht kommen kann, demgemäß das schreckliche Menschenmorden und Verlezerkfordern noch kein absehbares Ende hat! Trotzdem die edlen Führer der Mittelmächte die Friedenshand darboten, um ihren Völkern wieder den Segen der friedlichen Arbeit zu ermöglichen, wurde dies doch von den Führern unserer Gegner in wahnsinniger Frivolität schroff zurückgewiesen, damit einige Scheusale, — die mit einem Nero verglichen werden können, — unterstützt durch eine feile Presse dem Fanatismus, Haß und besonders dem Gaouis mus weiter fröhnen können!

Redner gedenkt nun des Ablebens weil. König Franz Joseph I. und der Thronbesteigung König Karls IV., sowie des Empfanges des Königspaars gelegentlich der Krönungsfahrt im Pozsonher Bahnhofe.

Auf die Tätigkeit des Vereines übergehend, konstatiert der Bericht, daß die Mitglieder mit regem Interesse teilgenommen haben. Es wurde uns durch die Freundlichkeit des Herrn Magistratsrates Sch i e r — dem wir hiefür unseren besten Dank aussprechen — jedesmal die Tagesordnung der städtischen Generalversammlung mit den darauf bezughabenden Magistrats-, resp. Sektionsanträgen vorgebracht; dieselben wurden je nach der Wichtigkeit eingehend besprochen, um so wohl vorbereitet die im Interesse der Stadt uns am besten dünkenden Anträge durchzubringen.

Wir alle wissen, welche Mühen und Sorgen die Versorgung unserer Stadt mit Nahrungsmitteln unserem Bürgermeister machte, dem einige Klubmitglieder nach Möglichkeit beistanden; so schwer die Sorgen, die der Krieg der Stadt im finanziellen, sowie in Angelegenheit der Ernährung und Beleuchtung auch brachte, so gelang es doch immer wieder dem geehrten Herrn Bürgermeister im Vereine mit dem Magistrat und unter Mithilfe zahlreicher Mitbürger, das Necessarste abzumenden. Gerechtweise wird, wenn von den Schwierigkeiten der Versorgung der Stadt, in diesen schweren Kriegsjahren gesprochen wird, stets eines Mannes gedacht werden — der zwar nicht unser Klubmitglied ist — der sich durch sein aufopferndes, uneigennütziges Arbeiten wohl den Titel eines Ehrenbürgers verdient hat! Es ist dies Herr Johann Ludwig, dem auch wir unseren Dank darbringen.

Bei all den schweren Ereignissen haben wir auch eines erfreulichen Glanz- und Lichtpunktes zu gedenken, als uns die Mitteilung wurde, daß die Universitätsfrage derart gelöst wird, daß dieselbe innerhalb der Stadt erbaut werden soll. Feierlich bekräftigt wurde dies, als am 19. November 1916 durch Seine k. u. k. Hoheit Erzherzog Albrecht mit einer im Marmor zu verewigenden Rede im Beisein seiner durchlauchtigsten Mutter, sowie der Großen des Landes die feierliche Uebergabe des ehemaligen Primatial-Sommerpalais stattfand. Unsere liebe Vaterstadt steht hiedurch auf einem Punkte, welcher in ihrer Entwicklungsgeschichte zu den bedeutendsten Marksteinen für alle Zeiten gelten wird. Es ist wohl natürlich, daß hiezu von unserer Stadt noch sehr große finanzielle Opfer gebracht werden müssen. Doch diese werden für die Kultur und zur Verwirklichung eines unserer heftigsten Wünsche gebracht. Um aber diese Opfer erträglich zu machen, wird ein jeder mit bestem Wissen und Können mitwirken, unser Bürgerklub seine besten Kräfte stellen müssen; damit die Stadt es schaffe.

Und wenn dann doch endlich der heißersehnte Friede kommen wird, müssen noch mehr alle unsere Kräfte angespannt werden, um die Schäden zu sanieren und um an dem Aufschwung unseres Vaterlandes auch unsere Stadt teilnehmen zu lassen.

Deshalb appelliere ich heute schon an die Mitglieder des Bürgerklubs, besonders an die jüngeren: besuchen Sie recht zahlreich unserer Sitzungen, sowie auch die städtische Generalversammlung, damit wir jede Angelegenheit immer nur so entscheiden, wie selbe für das Wohl der Stadt am besten ist. Besonders müssen wir uns hiebei vor Augen halten, daß die Stadt die finanziellen Lasten nur mit Vermeidung aller nicht unerläßlichen Ausgaben ertragen solle. Deshalb sei unsere Lösung: Sparsamkeit am rechten Orte!

Und so bitte ich alle Mitglieder des Bürgerklubs, haben wir bei allen städtischen An

gelegenheiten immer das Herz am rechten Fleck und klaren Verstand, denn das, was wir für die Stadt schaffen, schaffen wir für uns und unsere Nachkommen, aber auch für das ganze liebe Vaterland, das blühen und gedeihen möge fort und fort!

Nach den wiederholten erfolgten Zustimmung- und Ehnenrufen ersuchte Präsident Bäuml er den Sekretär, Konzipisten August Kren dl, um Verlesung seines Jahresberichtes. Der Bericht sagt:

Vor die städtische Generalversammlung geriet auch im vergangenen Jahre keine solche Angelegenheit von größerer Bedeutung zur Verhandlung, die auf das Leben der Stadt einen größeren Einfluß ausgeübt hätte. Unter den unsere Stadt interessierenden Ereignissen ist zu erwähnen die allerhöchste Auszeichnung unseres Herrn Obergespanns Aurel v. Bartal, den Se. Majestät anlässlich der Enthebung von seiner Stelle als Regierungs-Kommissär als Anerkennung für seine hervorragenden Verdienste, die er sich mit seiner eifervollen und erfolgreichen Amtstätigkeit erworben hat, mit dem kleinen Kreuz des St. Stephans-Ordens auszeichnete. Ferner hat Seine Majestät als Anerkennung für die anlässlich der Zeichnung für die Kriegsanleihe-Obligationen erworbenen Verdienste den Chefs mehrerer hiesiger Finanzinstitute den Titel eines kön. Rates verliehen. Unter den Ausgezeichneten waren auch Edmund von Merenni und Denez Trebitsch, die Mitglieder unseres Vereines sind.

Auf die Entwicklung unseres Vereines ist besonders günstig und erfreulich jene Tatsache, daß im Laufe des vergangenen Jahres 16 neue Mitglieder in unseren Verein eingetreten sind. Diese Mitglieder sind folgende: Ludwig Braun, Philipp Eichner, Ludwig Diamant, Egon Doppler, Josef Grub, Geza K o i s s, Ludwig Lanfranconi, Julius Magen, Ernst Reichidler, Dr. Andreas Baher, Julius Prügler, Johann Pus, Emmerich Thallner, Eugen Szalay, Andreas Steiner und Lothar Wimmer, unter denen sich 8 städtische Repräsentanten befinden. Um die Werbung von neuen Mitgliedern hat sich besonders unser Vizepräsident Max Steiner in aufopfernder Weise bemüht, wofür ihm der Verein gewiß innigsten Dank schuldet. Die Anzahl unserer Mitglieder hat sich Ende des vergangenen Jahres auf 167 erhöht, unter denen 80 städtische Repräsentanten sind. Zum Militärdienst sind unter unseren Mitgliedern 20 eingerückt.

Anlässlich der Repräsentanten-Ersatzwahl, die infolge des Ablebens des Direktors des Staatskrankenhauses i. P. Dr. Josef Pantoscel ausgesprochen wurde, hat der Verein den kön. Gewerbeoberinspektor Geza K o i s s, Mitglied unseres Vereines, kandidiert und die Wahl endete mit dem Siege unseres Kandidaten.

Der unerbittliche Tod entriß im vergangenen Jahre aus der Reihe unserer Mitglieder die Municipalausschuhmitglieder David Samel und Zazar G e s t e t t n e r, deren Verdienste seinerzeit in der Monatsgeneralversammlung schon gewürdigt und protokolllarisch verewigt wurden.

Der Bericht, sowie auch jener des Vereinskassiers A u g l e r wurde einstimmig zur Kenntnis genommen und ihm wie auch den Revisoren Jakob D u s c h n i s und Franz Schönbek für ihre Mühewaltung der Dank ausgesprochen, welcher über Antrag des Präsidenten der hiesigen Presse, deren Redakteure zumeist Vereinsmitglieder sind, für ihre dem Vereine gewährte Unterstützung und Förderung seiner Bestrebungen. (Ehnenrufe.)

Sodann hielt Vizepräsident Max Steiner folgende Festrede:

„Der Bürgerverein hält heute — sagt Redner — seit Ausbruch des Krieges das dritte Mal seine ordentliche Generalversammlung; leider noch immer im Zeichen des Krieges und wir beklagen es tief, daß die Hoffnung auf einen baldigen ehrenvollen Frieden, welchen wir im Vorjahre an dieser Stelle gehegt haben, sich bisher nicht erfüllt hat. Unsere Gedanken weilen auch heuer bei unseren Brüdern, die weit draußen die Unbilden der rauhen Witterung geduldig ertragen, einer Welt voll Feinden die Stirne bieten, um in diesem uns aufgezwungenen Kampfe unser geliebtes Vaterland zu verteidigen und zollen wir vom Herzen kommend tiefste Dankbarkeit allen, denen wir es zu danken haben, daß der Feind aus unserer Heimat vertrieben und daß unsere Stadt von den Greueln und Schrecken des Krieges nicht unmittelbar getroffen wurde.“

Wir glauben unerschütterlich an den Gott der Gerechtigkeit, der hoffentlich in baldiger Zeit unserem vielgeprüften Vaterlande einen segensreichen, ehrenvollen Frieden schenken wird und dann, meine Herren, ist es unsere Aufgabe, die Wunden, die dieser unselige Krieg dem Lande und auch unserer Stadt getan, wieder zu heilen und wir werden mit doppeltem Eifer unsere friedliche Tätigkeit wieder aufnehmen. Den Witwen und Waisen, die ihr Teuerstes beweinen, können wir in ihrem Schmerze nur trösten und es wird unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß diese ihres Beschützers beraubten Waisen zu nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft erzogen werden.

Wie ernst und traurig auch die jetzigen Zeiten sind, so dürfen wir die Hoffnung auf eine bessere, schönere Zukunft nie verlieren. Ich muß sagen, daß wir, wenn wir an unsere geliebte Vaterstadt denken, voll Zuversicht in die Zukunft blicken dürfen. Die rastlos arbeitende, fleißige, nüchterne und sparsame Bürgerschaft dieser Stadt wird gewiß bei Eintritt der normalen Zeiten mit Anspannung ihrer Kräfte ihre friedliche Arbeit fortsetzen, um die schweren Lasten, die uns infolge des Krieges erwarten, tragen zu können. Mein die Aufgabe der Stadt ist, die Vorbedingungen zu schaffen, daß sich verschiedene Berufskreise mit Erfolg betätigen können, damit der Wohlstand der Bevölkerung erstarke und die Steuerkraft unserer Mitbürger gehoben werde.

Wir bedürfen daher im öffentlichen Leben solcher Männer, die in ihrem Berufe ernst und strebsam, im öffentlichen Leben in selbstloser Weise die Interessen der Stadt fördern und mitarbeiten. Unser Verein, der die größte Anzahl der Stadtrepräsentanten zu seinen Mitgliedern zählt, wird eine eminent wichtige Aufgabe zu erfüllen haben, und deshalb ist es von größter Wichtigkeit, daß wir bei unseren Mitgliedern das Interesse für die Angelegenheiten der Stadt wachhalten, dieselben zu den Arbeiten heranziehen und es auf diese Weise möglich machen, daß der Verein für die Stadt segensreich wirke.

Wir hatten in Pozsony immer das Glück, solche Bürger zu besitzen, die ihre Fähigkeiten und ihre Arbeitskraft dem öffentlichen Wohle widmen und wir besitzen auch heute eine Anzahl von Männern, die das Vertrauen der Bevölkerung besitzen, ihr Bestes einzusetzen zur Förderung unserer geliebten Vaterstadt.

Wenn ich nun das Wort ergreifen habe, so geschah es heute hauptsächlich, um einen unserer Besten zu feiern, der vor wenigen Tagen, am 23. Februar, sein 70jähriges Geburtsfest feierte. Es ist dies, der von uns allen verehrt und hochgeschätzte Präsident: Herr Andreas Bäuml er, er ist das Prototyp eines Menschen, der über glänzende Tugenden verfügend, überall seine Pflicht erfüllt hat. Ein geborener Pozsonyer, war er durch 40 Jahre Inhaber eines gewerblichen Betriebes und die Hürde des Gemeinbestandes. In seinem Berufe unermüdblich, rechtschaffen tätig, suchte er in seinen Mußestunden Zerstreuung in der Natur und Wissenschaft und trotzdem er keine Hochschulstudien genossen, vertiefte er sich mit derselben Gründlichkeit, mit der er alles, was er unternahm, vollführte, in das Studium der Pflanzenkunde, auf welchem Gebiete er so hervorragende Resultate aufzuweisen hatte, daß sein Name als Kornphäe auf dem Gebiete der Botanik allgemein bekannt ist.

Wenn wir das an guten Taten reiche Leben unseres Präsidenten vor Augen führen, so erglänzt von den vielen Juwelen seines Wirkens am hellsten seine Tätigkeit innerhalb seiner Gemeinde. Die Erbauung des neuen Diakonissenheimes, dieser Bruchanstalt im Interesse der Armen und Kranken, ist sein Werk und was er im Rahmen seiner Gemeinde geleistet, wird dereinst in goldenen Lettern verzeichnet werden. Jedoch an allen edlen Bestrebungen in dieser Stadt hat J. A. Bäuml er stets in hervorragender Weise teilgenommen. Wir fanden und finden ihn stets in erster Reihe und ist mit der wollen wir, die Mitbürger dieses Mannes, anläßlichen Wärme seines reichempfindenden Herzens gern und willig tätig dort, wo es not tut und auch bei unserer Stadt ist J. A. Bäuml er stets ganz außerordentlich tätig gewesen.

Dank und Anerkennung sind zwei Empfindungen, die den Menschen, der sie empfängt, für alle Mühe und Aufopferung entschädigen, die er bei Ausübung seines Arbeitens, sei es Ehren- oder Pflichtamt gewesen, hatte.

Herzlichen Dank und aufrichtige Anerkennung

# Berlins dritter Kriegshaushalt.

## Rede des Stadtkämmerers BÖB.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Zum dritten Male haben sich die Väter der Reichshauptstadt mit einem Kriegshaushalt zu beschäftigen. Die Einbringung des Stadthaushalts, den gestern Kämmerer BÖB in längerer Rede erläuterte, gab zugleich Anlaß, sich über das Verhältnis der verschiedenen Gemeinden Groß-Berlins zueinander auszulassen.

Bevor die eigentliche Auseinandersetzung über den Stadthaushalt begann, teilte Oberbürgermeister Bermuth mit, daß die ärztliche Behandlung der Kriegerfamilien vorläufig auf die Dauer eines Monats in der bisherigen Weise fortgeführt werde. Es seien noch neue Verhandlungen mit der Ärztekammer notwendig. Die zur Regelung dieser Angelegenheit bestimmt bis zum 15. März versprochene Magistratsvorlage werde auf jeden Fall den Stadtverordneten vor Ablauf eines Monats zugehen. Bei Beginn der Sitzung wurde der neugewählte soz. Stadtv. Redakteur Eichhorn eingeführt.

Die Ausführungen des Stadtkämmerers BÖB gaben ein ungeklärtes Bild von der durchaus gesunden Finanzlage Berlins. Besonders beachtet wurden seine Betrachtungen über den Lastenausgleich. Im Einzelnen führte er aus:

Unsere allgemeine Finanzlage ist durch und durch gesund und sicher. Die Hauptabkühlziffern des neuen Stadthaushalts bleiben mit rund 377 Millionen nur wenig hinter denen des laufenden Jahres zurück. Der über das Ganze schweifende Blick läßt mehrere Bedeutendes erkennen, zunächst den starken Rückgang der Werksüberschüsse mit rund 6 1/2 Millionen, dann die ohne neues Anziehen der Steuerkränze wesentlich höhere Ergiebigkeit der Steuer, ein Plus von rund 8 1/2 Millionen Mark und schließlich gewisse ohne Rücksicht auf die in dieser Zeit sonst doppelt gebotene Sparsamkeit auftretende Mehr- und Neuausgaben sozialer Art. Wasserwerke, Kanalwerke und Güter und einige kleinere Werkverwaltungen, hierunter der Osthafen und Lante weisen günstigere Ergebnisse auf, herbeigeführt durch Sparsamkeit und bestimmte Wirkungen des Krieges, letzteres bei den Gütern, Lante und dem Osthafen. Dagegen zeigen der Viehmarkt mit Schlachthof und Fleischbeschau bedeutende Mindereinnahmen infolge Rückgang des Viehhandels und der Schlachtungen, ein Ungünstiger von rund 3,2 Millionen Mark. Es konnte selbstverständlich nicht daran gedacht werden, den Fehlbetrag durch Erhöhung der Gebühren kurzzeitig auszugleichen, weil die so erzielten Mehreinnahmen in höheren Fleischpreisen zum Ausdruck hätten kommen müssen.

Kommt die Reichskohlensteuer — und sie wird wohl kommen! —, so müssen unsere Gas- und Elektrizitätswerke von der im Gesetzentwurf vorgesehenen Möglichkeit der Abwälzung der Steuer auf die Abnehmer alsbald Gebrauch machen. Die Stadt wird nach meiner Schätzung insgesamt nicht weniger als 6 1/2 Millionen Mark Kohlensteuer an das Reich abzuführen haben, eine Summe, die einen großen Teil unserer Werksüberschüsse überhaupt verschlingen würde, wollten wir sie aus eigener Tasche beden.

### Verkehrssteuern und Straßenbahnetat.

Die Einnahmen der Straßenbahnen werden nach dem Voranschlag für 1917 die Ausgaben gerade decken. Wir geben uns hiermit zufrieden. Die Stadt Berlin hat niemals daran gedacht, eine Erhöhung ihrer Straßentarif während des Krieges vorzunehmen, und darf mit einem Teil der Vororte zusammen das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, eine allgemeine Verkehrsstariferhöhung in Groß-Berlin bisher ver-

hindert und hierdurch der Bürgerschaft eine schwere Kriegslast ferngehalten zu haben. Man kann an sich Zweifel haben, ob die neuesten beiden Reichssteuern schon jetzt eine unbedingte Notwendigkeit sind. Man kann aber nicht zweifelhaft sein, daß die Verkehrssteuer, soweit sie den Lokalverkehr einschließlich des Vorortverkehrs — in Berlin auch des Stadt- und Ringbahnverkehrs — der Städte und Großstädte erfassen will, die schwersten Bedenken wachrufen muß. Jede Verkehrssteuer trifft in erster Reihe die Städte und weniger das flache Land. Eine Verkehrssteuer aber, die auch den Lokalverkehr heranzieht, macht unmittelbar den Eindruck und hat die Wirkung einer Vorausbelastung der Städte vor dem Lande. Hiergegen müssen die Städte Einspruch erheben. Groß-Berlin und Berlin selbst aber müssen sich besonders wehren, weil die Verkehrssteuer das kaum gebannte Gespenst der Verkehrsstariferhöhung in Groß-Berlin mit Gewalt wieder hervorholt. Im Interesse unserer wertvollen Bevölkerung, die wahrlich nicht leicht an den Lasten des Weltkrieges trägt, müssen wir dringend hoffen und wünschen, daß der Reichstag die Verkehrssteuer, soweit sie den Ortsverkehr trifft, nicht annimmt. Eine Freilassung nur der Straßenbahnen und Untergrundbahnen, nicht auch der Vorort- und Stadt- und Ringbahnen, würde übrigens die Straßen- und Untergrundbahnen zu einer Erhöhung ihrer Tarife geradezu drängen, weil andernfalls sie unter der Flut der von den Staatsbahnen abwandernden Fahrgäste ertrinken würden. Große Verkehrsstockungen müßten eintreten, wenn in die heutige Verkehrsverteilung Groß-Berlins plötzlich willkürlich eingegriffen werden würde.

### Die Einkommen- und die Gewerbesteuer

werden im laufenden Jahre, dessen Ergebnisse überhaupt nicht ungünstig werden zu wollen scheinen, angenehm überraschen. Für 1917 kann das Mehr der Einkommensteuer von 8 1/2 Millionen und der Gewerbesteuer von 2,8 Millionen als vorläufig geschätzt bezeichnet werden. Noch einmal werden die Kriegsgewinne der letzten Jahre voll in die Erscheinung treten. Daß auch die Einkommensteuer um 100 000 M. höher angelegt werden konnte, ist immerhin erwähnenswert. Es kann aber nicht bestritten werden, daß der städtische Haus- und Grundbesitz durch den Krieg wirtschaftlich besonders schwer getroffen wird. Er war schon vor dem Kriege nicht auf Rosen gebettet, und die Lösung der Realcreditfrage bereitete schon lange allen Beteiligten Kopfzerbrechen. Es ist bei alledem in erster Reihe die Kriegsgesetzgebung des Reichs, die die jetzigen ungemein schwierigen Verhältnisse geschaffen hat. Deshalb darf die Stadt mit den Hausbesitzern bestimmt erwarten, daß zunächst Reich und Staat mit ihren Mitteln eingreifen werden. Das Schätzungsamt- und das Stadtschaftsgesetz sind in mancher Hinsicht als Danaergeschenke anzuspüren, sie können nicht einmal als Abschlagszahlung angesehen werden. Für die Mitwirkung der Stadt hat die letzte Groß-Berliner Wohnungsstatistik vielleicht einen Fingerzeig gegeben. Der Prozentsatz der leeren Wohnungen, besonders der Kleinwohnungen, ist in Berlin bedeutend größer als in den Vororten. Die modern ausgestatteten Wohnungen der Vororte werden vom besser gestellten Arbeiter ebenso wie zum Teil auch von den Wohlhabenden vorgezogen. Eine durchgreifende Melioration der Wohngebäude, wohl unter finanzieller Hilfeleistung der Stadt, wird ebenso der Volksgesundheit als den wirtschaftlichen Interessen der Hausbesitzer als schließlich den Stadtfinanzen dienen. Inwieweit die Stadt auf dem Gebiete des Realcredits allgemein den Hausbesitzern unter die Arme greifen kann, bedarf sorgfältiger Vorarbeiten, die eingeleitet sind. Wir haben dem Willen zur pflichtlichen Behandlung des Hausbesitzes auch bisher schon greifbaren Ausdruck verliehen und im Kriege allein an Mietbeihilfen bis Ende des vorigen Monats rund 42 Millionen Mark aufgewendet, das ist erheblich

mehr, als der Ertrag der Grundsteuer und der Bruttoertrags an Kanalgebühren eines ganzen Jahres.

### Gegen den Lastenausgleich.

Noch einiges muß ich zur Frage des Groß-Berliner Lastenausgleichs sagen, der neuerdings wieder einmal infolge einer Eingabe mehrerer östlicher und südlicher Vororte in der Gemeindefinanzkommission des Abgeordnetenhauses erörtert worden ist. An der Spitze der Bittsteller stehen der Kreis Niederbarnim und die Städte Dichtenberg und Neukölln. Die finanzielle Kriegsnöte gibt ihnen den Anlaß, ein Vorgehen der Staatsregierung während des Krieges zu fordern. Man fürchtet wohl mit Recht, daß nach dem Kriege Wichtigeres zu tun sein möchte. Es ist nun zunächst merkwürdig, daß Vororte wie Dichtenberg und Neukölln von finanziellen Mäßen reden und auf den reichen Westen und Berlin hindeuten, fast im selben Augenblick, in dem sie durch ihre Verwaltungskörper Einkommensteuerauslässe beschließen, die niedriger sind als die der großen westlichen Vororte und ebenso hoch wie die Berlins, Zuschläge, die, verglichen mit anderen preussischen Städten, niedrig zu nennen sind.

Die beiden genannten Vororte und andere betreiben durch die Art der Bewertung ihres Grundbesitzes, durch die Tarife ihrer Werke und andere Verwaltungsmaßnahmen eine Politik, welche Berlin und die westlichen Vororte unterbietet. Soll Berlins Bürgerschaft Steuern zahlen, damit Dichtenberg und Neukölln usw. noch bequemer als bisher mit uns in wirtschaftlichen Wettbewerben treten können? Im Osten und Süden und Norden Groß-Berlins wohnen zahlreiche Arbeiter. Dasselbe ist der Fall in einem Teil der westlichen Vororte, und in Berlin gibt es mehr Arbeiter und kleine Leute als in den petitionierenden Vororten zusammen! Warum sollen die Berliner, Schöneberger und Charlottenburger Arbeiter zugunsten derjenigen in den östlichen Vororten höhere Lasten tragen? Etwa nur deshalb, weil im gleichen Gemeindegürtel auch wohlhabende Leute wohnen? — Oder wie denkt man sich die Lösung? Die östlichen Vororte haben sich gehütet, bestimmte Vorschläge über den von ihnen gewünschten Lastenausgleich zu machen.

Bergeblick fragt der Groß-Berliner, warum es in Groß-Berlin Duhende von prunthafte Rathhäusern mit zugehörigen ungeheuren Beamtenapparaten gibt, die in zahllosen Streitigkeiten und Prozessen gegeneinander arbeiten? Warum werden in der einen Gemeinde diese, in der anderen jene Steuern erhoben? Warum bestehen hier private, dort kommunale Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke, Straßenbahnen usw.? Warum besitzen die einen Krankenhäuser und ausgezeichnete hygienische und soziale Einrichtungen, die anderen nicht? Warum wird durch künstliche Mittel der Geschäfts- und gewerbliche Verkehr, der sich in natürlicher Weise im Zentrum zusammen findet, auseinander gezerrt usw. usw.?

Meine Herren, das ist in der Tat ein Verwaltungselend schlimmster Art, unter dem die Einwohnerschaft Groß-Berlins leidet, für das es nur ein Heilmittel gibt, die Eingemeindung! und das wir nur tragen müssen aus Rücksichten, die nichts zu tun haben mit den Interessen der vier Millionen Groß-Berliner, auf die es allein ankommen sollte. Mit aller Entschiedenheit und im Verein mit den zahlreichen Vororten, mit denen uns gleiche Interessen verbinden, werden wir uns jedem Lastenausgleich widersetzen. Möge dieses heute wirrduchelnander arbeitende und kämpfende sich vielfältig selbst schädigende Groß-Berlin in der kommenden neuen Zeit bald ein einheitliches kommunalpolitisches Ganzes werden, in dem alle Kräfte zum Wohle der Gesamtheit wirken und an der richtigen Stelle angelegt werden! (Beifall.)

Stadtv. Cassel (R.): Wir erkennen die Fürsorge der Stadt für die Kriegsteilnehmer und ihre Familien an; ebenso die Anstrengungen im Interesse der Lebensmittelveilung, an denen besonders die Stadträte Fischel, Alberti und Simonsohn hervor-

habe ihn ungefähr auswendig gelernt: Meine Ehe ist eine Angelegenheit innerster Art, und keine leichte. Sie ist ganz im Gefühlleben begründet und hat weiter keine materielle Grundlage. Denn jeder sorgt für sich selbst. Also will ich nicht, daß andere Menschen an diesen inneren Vorängen teilnehmen, namentlich nicht Menschen, die mir gut sind, denen diese Ehe nur eine Sorge mehr ist, und die beim besten Willen nicht imstande sind, meine Gefühle zu teilen."

"Glauben Sie wirklich, Konstanze, daß es den Menschen so schwer wird, Sie zu lieben?"

Konstanze verzicht schmerzlich den Mund —  
"Aber wissen Sie, lieber Freund, wie weit ich imstande bin, eine Liebe zu belohnen?"

Gerhard Stein hat schweigend am Tisch gefessen und babet eine Zigarette nach der anderen geraucht. Nun rückt er plötzlich an seinem Hut.

"Mir fällt plötzlich — zu spät wohl — ein, daß Sie meine Anwesenheit als überflüssig empfinden könnten —"

"Aber nein," sagt Oskar Sundermann. "Wenn ich recht verstehe, gehören Sie zum nahen Freundeskreis — und wir sind ja hier in derselben Angelegenheit."

"Doch haben Sie vielleicht etwas Besonderes mit Konstanze zu besprechen —"

"Nichts, was Sie nicht hören dürften, Herr Stein. Seitlich hat in seinem letzten Brief an die Eltern von seiner Frau gesprochen und ihren Schutz für sie erbeten."

Konstanze reißt den Kopf.

## Der Haushaltsplan der Stadt Köln.

Köln, 16. März.

Die städtischen Körperschaften haben gestern die Beratungen über den Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 1917 begonnen. Die Aufstellung dieses neuen Kriegshaushaltsplanes steht unter der Einwirkung der ungewöhnlichen wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Weltkriegs. Die umfangreichen Ausgaben für die Kriegsfürsorge, die Zurückhaltung auf sonst wichtigen Gebieten und die Unsicherheit in der Gestaltung der künftigen Verhältnisse geben ihm das Gepräge. Die Verwaltung hat, wie wir bereits mitgeteilt haben, den Etat balanciert, trotz Umkehrung der bisherigen Steuerläge; das war ihr möglich, da sie den Steuerausgleichsfonds angegriffen und für einen Teil der Ausgaben den Anleiheweg beschritten hat. Sie glaubt, daß die Vermehrung der Schulden gerechtfertigt sei, da andere Städte in viel geringerem Maße die Zinslast der Kriegsschulden im Etat berücksichtigen. Zur Begründung des Standpunkts der Verwaltung machte Oberbürgermeister Wallraf längere Ausführungen, die wir bereits in unserer heutigen Ersten Morgen-Ausgabe ausführlich mitgeteilt haben. Ihnen schlossen sich solche der Stadtverordneten Mönning von der Zentrumsfraktion und Eitel von der liberalen Fraktion an.

Stadtverordneter Mönning führte in längeren Darlegungen u. a. folgendes aus: Der Etat ist von denselben guten Finanzgrundlagen getragen, die seit langem unsern Haushaltsplan beherrschen. Nach diesen Grundfragen sind bei den großen Werken gewaltige Summen zu finden, die man zurückgestellt hat. Die Erneuerungs- und Erweiterungsfonds der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke lassen allein erkennen, wie vorsichtig in diesem Jahre bei der Etaufstellung gearbeitet worden ist. Der Krieg hat uns gelehrt, daß es wünschenswert ist, mehr als vorher die großen Städte, insbesondere Köln, mit den ländlichen Vororten in nähere Beziehung zu bringen; aus diesem Gesichtspunkte heraus haben denn auch die Stadtverordneten Rings, Lohr und Camerly den Antrag eingebracht, die im Bau begriffene Straßenbahnstrecke Bickendorf-Neuer Friedhof bis Mengeneich weiterzuführen und zu prüfen, ob es sich empfiehlt, den frühern Plan, eine Straßen- bzw. Vorortbahn bis nach Brauweiler zu bauen, wieder aufzunehmen, um so eine bessere Versorgung der Stadt Köln mit Gemüse zu ermöglichen. Jedemfalls wird die Verpflegungsfrage nach dem Kriege eine große Rolle spielen. Es wäre zu wünschen, daß man der Verwaltung bald Gelegenheit gibt, die Verhandlungen, die vor dem Kriege nicht zu Ende geführt werden konnten, wieder aufzunehmen und mit der Landwirtschaft in der Provinz und andern Verbänden wieder anzuknüpfen zum Abschluß großzügiger Lieferungsverträge, um auf diese Weise die Produktion in Fleisch und Gemüse möglichst schnell nach dem Kriege wieder zu heben und zu fördern. Herr Mönning bedauert, daß man im neuen Etat nicht wie sonst Zuschüsse zum Ausbau der Torstraßen vorsehen könne, und verzeichnet den Wunsch weiter Kreise, für die Errichtung von Wohnungen und Wohnbezirken möglichst viel zu tun. Er bat das Stadtoberhaupt nochmals zu erwägen, ob man nicht eine Änderung in der Bauklasseneinteilung aus Grund der Erfahrungen des Krieges eintreten lassen solle. Das Gelände der frühern Ummwallung, das als Villenklasse vorgesehen sei, werde im Laufe der nächsten Jahre kaum zur Bebauung gelangen; es liege vielleicht im Interesse der Allgemeinheit, in bezug auf dieses Gelände eine Änderung vorzunehmen, die eine bessere Wohngelegenheit gebe. Die Sparkasse habe mit Rücksicht auf die Kursrückgänge einen nicht so großen Überschuf wie früher, sei aber gleichwohl in der Lage gewesen, auf die neue Kriegsanleihe wieder 20 Millionen zu zeichnen. Hieran möge die Bürgerschaft sich ein Beispiel nehmen, und es möge jeder nach Kräften sich an der Anleihe beteiligen zur Stärkung von Staat und Stadt. Der Redner erinnert schließlich an einen frühern Beschluß, den Arbeitern allmählich die Feiertage auszusparen, was auch bis auf die letzten zwei Jahre durchgeführt worden sei. Er glaubt, daß der Etat es vertagen könne, wenn man jetzt wieder einen der Feiertage hinzunehme. Ein weiterer Vorschlag des Redners geht dahin, eine Kommission zu bilden, die die Aufgabe hat, zu prüfen, was bei Beendigung des Krieges geschehen muß, um eine Anzahl von Einrichtungen der Stadt, wie für Säuglingsfürsorge, Kinderhorte, erhöhte Schulspflegung, Schulfrühstück und dergleichen, allmählich in die Friedenszeit überzuleiten. Wenn der Krieg zu Ende sei, werden diese Unternehmungen noch lange bestehen bleiben. Was

## die Deckung des Defizits

im neuen Etat angeht, so ist Herr Mönning der Meinung, daß man ohne Bedenken aus dem Ausgleichsfonds denselben Betrag wie im Vorjahre entnehmen könne, der ja dafür vorhanden sei, in schweren Zeiten ihn zum Balancieren des Etats anzugreifen. Der Redner nimmt zum Schluß Veranlassung, der hochherzigen Geschenkgeber, die im Laufe des Jahres viel und reiche Geschenke gemacht haben, zu gedenken, sowie der Verwaltung, und zwar dem Oberbürgermeister, den sämtlichen Beigeordneten, allen Beamten, Angestellten und Arbeitern Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit auszusprechen und sich aber auch dem Dank des Oberbürgermeisters an die Bevölkerung anzuschließen. Dabei hebt er hervor, daß insbesondere die Verpflegung in Köln im Verhältnis zu andern Städten gut gewesen sei.

Stadtverordneter Eitel, der Sprecher der liberalen Fraktion, teilte nicht die optimistische Auffassung der Verwaltung und des Vorredners und wies besonders auf die gewaltige Zinslast hin, die die Stadt für die großen Kapitalien zu tragen habe. Er führte u. a. aus: Es ist schwierig, zum Haushaltsplan hier zu sprechen, weil wir wohl uns mit den einzelnen Plänen befassen, aber die gesamte Finanzwirtschaft nicht so übersehen können, um uns ein genaues Bild machen zu können. Es fehlt uns ganz und gar die Übersicht über die außerordentlichen Ausgaben infolge des Krieges. Der Herr Oberbürgermeister hat gesagt, daß andere Städte an dieser Tatsache gänzlich vorbeigehen, während Köln sie durchaus würdige. Den Stadtverordneten jedoch fehlt der Überblick darüber, wie hoch sich die Verpflichtungen belaufen, die wir bis jetzt übernommen haben, und inwieweit die Mittel in Zukunft in Anspruch genommen werden, um die großen Beträge zu verzinsen und zu amortisieren. Ich stimme mit dem Herrn Oberbürgermeister überein, wenn er sagt, daß wir trotz des guten Haushaltsplans nicht allzu optimistisch sein sollen. Ich kann der rofigen Stimmung des Vorredners nicht voll und ganz beipflichten. Es ist richtig, daß wir für die schlechten Jahre den Ausgleichsfonds geschaffen haben; diesen haben wir aber bereits für 1915 in Anspruch genommen und werden aus ihm bis 1919 gleiche Raten entnehmen. Gegenüber der gewaltigen Zinslast, die wir heute schon zu zahlen haben und die sich noch weiter steigern wird, hege ich Bedenken, ob die Auffüllung des Ausgleichsfonds in der Weise stattgefunden hat, daß man sagen kann, sie genüge zur Ausgleichung des Defizits. Eine sehr vorsichtige Finanzverwaltung hätte daran denken können, schon jetzt Sorge zu tragen, daß der Ausgleichsfonds in größerem Maße gestärkt werde. Ich gestehe offen, daß, wenn die Verwaltung uns einen Plan vorgelegt hätte, in dem eine Erhöhung der Einkommensteuer vorgesehen wäre, meine Freunde ihm Widerstand kaum würden entgegengebracht haben. Ich will keinen Antrag stellen, vielmehr es der Verwaltung überlassen, zu überlegen, ob nach dieser Richtung noch etwas mehr hätte geschehen können zur Stärkung des Ausgleichsfonds. Was den Haushaltsplan der großen Werke betrifft, so zeigen sie gewiß ein erfreuliches Bild. Ich weiß aber nicht, ob man bei den Gas- und Elektrizitätswerken irgendwie auf die Kohlensteuer Rücksicht genommen hat, inwieweit dadurch unser Haushaltsplan belastet wird, so daß, wenn nicht eine Erhöhung des Preises für Gas und Elektrizität eintritt, wir trotz des guten Abchlusses nicht die Erträge aus den Werken haben werden wie bisher. Auch in bezug auf die Straßenbahn darf nicht übersehen werden, daß infolge des Krieges für die Erneuerung des Unterbaus wie auch des rollenden Materials wegen Mangels an Arbeitskräften usw. sehr wenig geschehen ist. Ich fürchte, daß nach dem Krieg sich eine so starke Abnutzung zeigt, daß die eingesehten Summen nicht ausreichen, um die dann entstehenden Kosten zu decken. Ich bin kein Prophet, in Finanzangelegenheiten aber immer etwas pessimistisch, und wir wissen nicht, was uns bis zum Kriegsende noch alles bevorsteht, und so müssen wir genügend vorsorgen, um dann die notwendig werdenden Anschaffungen decken zu können. Sodann möchte ich noch

Berlins Haushaltsplan für 1917.

Aus der Berliner Stadtverordneten-Versammlung.

Der städtische Haushaltsplan bildete den wichtigsten Beratungsgegenstand in der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Meine Herren, der Stadthaushaltsplan für 1917 ist ein Kriegshaushalt wie seine Vorgänger in 1915 und 1916, aufgestellt nach dem im Krieg bewährten Grundsatze.

Die Hauptabschluszziffern des neuen Stadthaushalts bleiben mit rund 377 Millionen

nur wenig hinter denen des laufenden Jahres zurück. Der über das Ganze schweifende Blick läßt mehreres Bedeutsames erkennen, zunächst den starken Rückgang der Wertsüberschüsse mit rund 6 1/2 Millionen, dann die ohne neues Anziehen der Steuerkrabe wesentliche höhere Ergiebigkeit der Steuern, ein Plus von rund 8 1/2 Millionen Mark, und schließlich gewisse ohne Rücksicht auf die in dieser Zeit sonst doppelt gebotene Sparsamkeit auftretende Mehr- und Neuansgaben sozialer Art.

Wasserwerke, Kanalwerke und Güter und einige kleinere Betriebsverwaltungen, hierunter der Osthafen und Lanke weisen günstigere Ertragnisse auf, herbeigeführt durch Sparbarkeit und bestimmte Wirkungen des Krieges, letzteres bei den Gütern, Lanke und dem Osthafen. Dagegen zeigen der Viehmarkt mit Schlachthof und Fleischbeschau bedeutende Mindereinnahmen infolge Rückgangs des Viehauftriebs und der Schlachtungen, ein Ungünstiger von rd. 3,2 Mill. M.

Das Steigen der Löhne und Materialpreise, die bei den Gas- und Elektrizitätswerken und bei den Straßenbahnen eine so unangenehme Wirkung auf die Überschüsse ausgeübt haben, muß im allgemeinen als eine Erscheinung der Kriegswirtschaft wohl oder übel hingenommen werden. Man muß aber doch sagen, daß es ein Unterschied ist, ob diese Mehrkosten die mit entsprechenden Gewinnen arbeitende Kriegsindustrie treffen oder den öffentlichen Interessen dienende kommunale Werke, denen nicht einmal die Heeresverwaltung ausreichende Preise für ihre Erzeugnisse bewilligt.

Die Reichskohlensteuer

— und sie wird ja wohl kommen! — so müssen unsere Gas- und Elektrizitätswerke von der im Gesetzesentwurf vorgesehenen Möglichkeit der Abwälzung der Steuer auf die Abnehmer alsbald Gebrauch machen. Die Stadt wird nach meiner Schätzung insgesamt nicht weniger als 6 1/2 Mill. M. Kohlensteuer an das Reich abzuführen haben, eine Summe, die einen großen Teil unserer Wertsüberschüsse überhaupt verschlingen würde, wollten wir sie aus eigener Tasche decken.

Meine Herren, die Einnahmen der Straßenbahnen werden nach dem Voranschlag für 1917 die Ausgaben gerade decken. Wir geben uns hiermit zufrieden. Die Stadt Berlin hat niemals daran gedacht, eine Erhöhung ihrer Straßenbahntarife während des Krieges vorzunehmen und darf mit einem Teil der Vororte zusammen das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, eine allgemeine Verkehrsstarkehöhung in Groß-Berlin bisher verhindert und hierdurch der Bürgerschaft eine schwere Kriegslast ferngehalten zu haben.

Die Verkehrssteuer

so weit sie den Lokalverkehr einschließlich des Vorortverkehrs — in Berlin auch des Stadt- und Ringbahnverkehrs — der Städte und Großstädte erfassen will, die schwersten Bedenken wachrufen muß. Jede Verkehrssteuer trifft in erster Reihe die Städte und weniger das flache Land. Eine Verkehrssteuer aber, die auch den Lokalverkehr heranholt, macht unmittelbar den Eindruck und hat die Wirkung einer Vorausbelastung der Städte vor dem Lande. Hiergegen müssen die Städte Einspruch erheben. Groß-Berlin und Berlin selbst aber müssen sich besonders wehren, weil die Verkehrssteuer das kaum gebannte Gespenst der Verkehrsstarkehöhung in Groß-Berlin mit Gewalt wieder hervorholt.

Für 1917 kann das Mehr der Einkommensteuer von 6 1/2 Millionen und der Gewerbesteuer von 2,6 Millionen als vorläufig geschätzt bezeichnet werden. Daß auch die Kinossteuer um 100 000 Mark höher angelegt werden konnte, ist immerhin erwähnenswert. Der um ein wenig geringere Ertrag der Grundsteuer hat kaum etwas mit der Lage der Haus- und Grundbesitzer zu tun. Der Magistrat glaubt an dem bisher bewährten System der Grundsteuer festhalten zu müssen. Es kann aber nicht bestritten, muß sogar betont werden, daß der städtische Haus- und Grundbesitz durch den Krieg wirtschaftlich besonders schwer betroffen wird.

Die Bedeutung des Realkredits

für das Wirtschaftsleben und besonders für die großen Städte macht unzweifelhaft notwendig, ihn in jeder im Rahmen der Leistungsfähigkeit der Stadtfinanzen möglichen Weise zu stützen und zu fördern. Wir haben dem Willen zur pfleglichen Behandlung des Hausbesitzes auch bisher schon greifbaren Ausdruck verliehen und im Kriege allein an Mietbeihilfen bis Ende des vorigen Monats rund 42 Mill. M. aufgewendet, das sind erheblich mehr, als der Ertrag der Grundsteuer und der Bruttoeinnahme an Kanalgebühren eines ganzen Jahres.

Frage des Großberliner Lastenausgleichs

der neuerdings wieder einmal infolge einer Petition mehrerer östlicher und westlicher Vororte in der Gemeindefinanzkommission des Abgeordnetenhauses erörtert worden ist. In der Spitze der Bittsteller stehen der Kreis Niederbarnim und die Städte Lichtenberg und Neukölln. Die finanzielle Kriegsnot gibt ihnen den Anlaß, ein Vorgehen der Staatsregierung während des Krieges zu fordern. Man fürchtet wohl mit Recht, daß nach dem Kriege Wichtigeres zu tun sein möchte. Ein allgemeiner Lastenausgleich im Staatsbereich wie in einzelnen Wirtschaftsgebieten ist theoretisch denkbar, aber praktisch unerreichbar, weil er die Aufhebung der Selbstverwaltung bedeuten würde.

Die Eingemeindung!

und das wir nur tragen müssen aus Rücksichten, die nichts zu tun haben mit den Interessen der vier Millionen Groß-Berliner, auf die es allein ankommen sollte! Meine Herren, mit aller Entschiedenheit und im Verein mit den zahlreichen Vororten, mit denen uns gleiche Interessen verbinden, werden wir uns jedem Lastenausgleich widersetzen. Möge dieses heute wirr durcheinander arbeitende und kämpfende, sich vielfältig selbst schädigende Groß-Berlin in der kommenden neuen Zeit bald ein einheitliches kommunalpolitisches Ganzes werden, in dem alle Kräfte zum Wohle der Gesamtheit wirken und an der richtigen Stelle angelegt werden!

Die Aussprache.

Hierauf äußerten sich die Vertreter der drei Gruppen über Einzelheiten des Haushaltsplans. Stadtv. Cassel (l.) erkannte an, daß der Haushaltsplan im ganzen vorsichtig und gut aufgestellt ist, betonte aber, daß es sich doch nur um einen Kriegsetat handle, bei dem man nicht den Maßstab der Gestaltung unserer Finanzen bei einer friedlichen Entwicklung legen darf. Redner verweilte des längeren bei der Lage des städtischen Grundbesitzes. Die gesamte Bevölkerung habe das höchste Interesse an guten und gesunden Wohnungen und deshalb an einer möglichst guten Lage unseres Grundbesitzes! Das Stadtstaatsgesetz könne er nicht so niedrig einschätzen, halte es vielmehr für Pflicht der Städtgemeinde, Bildung solcher Stadtstaaten durch Kredit zu unterstützen. Er ging dann des weiteren auf die Frage des Lastenausgleichs ein. Was man für das ganze Land früher für unmöglich erklärt habe, wolle man jetzt Berlin zumuten. Dieser ganze Vorschlag, gegen den sich früher alle preussischen Minister im Jahre 1911 erklärt haben, sei direkt verfassungswidrig. Wir haben alle Interesse daran, daß das Schulwesen floriert, namentlich das Volksschulwesen. Das kann aber verfassungsgemäß nur dadurch erreicht werden, daß wenn die Mittel der Gemeinden nicht ausreichen, der Staat mit seinen Mitteln eingreift. Wenn der Zweckverband, wie angestrebt wird, die Verteilungsstelle bilden soll, so würde das die Selbstverwaltung schwer erschüttern, denn die Selbstverwaltung, die dann kommt, haben wir schauernd schon erlebt. (Beifall.) Stadtv. Heymann (Soz.) erkannte an, daß der Magistrat und die sämtlichen städtischen Beamten in dieser so schweren Kriegszeit mit großem Pflichtgefühl ihren Aufgaben gerecht zu werden versucht haben. Lebhafte Beschwerde müßte aber über die Massenpeinung geführt werden. Es dürfe nicht so weitergehen, daß Männer und Frauen stundenlang an den Ausgabestellen warten, um das vorbestellte und vorausbezahlte Essen in Empfang zu nehmen und dann zu hören, daß kein Essen mehr da ist.

Klärung des Oberpräsidenten an eine Aenderung des Zweckverbandes nicht zu denken ist und erklärte dies als ein „vielversprechendes“ Symptom für die so oft besprochene Neuorientierung.

Nach Stadtv. Romm (Fr. Fr.) beleuchtete Einzelheiten des Etats kritisch, wobei er sich den letzten Worten des Vorredners von ganzem Herzen anschloß. Er hielt es u. a. auch für notwendig, daß mit aller Energie gegen den Gedanken des Lastenausgleiches Front gemacht werden müßte. Diese Frage hänge mit der Frage der Selbstverwaltung der Gemeinden auf das innigste zusammen. Das müßte den Herren von Neukölln, die sich immer wieder als Sturmbock gegen die Selbstverwaltung einfinden lassen, möglichst deutlich gelagt werden. Alle solche Maßregeln sind Flickschustereien, wie der Zweckverband selbst. (Allseitige Zustimmung.)

Nachdem Stadtrat Döflein erklärt hatte, daß der Magistrat sich bemühe, allen Beschwerden bezüglich der Massenpeinung gerecht zu werden, und nach nochmaliger Entgegnung des Stadtv. Heymann wurde die Aussprache geschlossen.

Der Etat ging an den Ausschuß.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgte zunächst die Einführung des Redakteurs Emil Eichhorn (Soz.) durch den Stadtv. Vorsteher Wichelet. Alsdann machte Oberbürgermeister Wermuth die Mitteilung, daß die bestimmt in Aussicht gestellte Vorlage über die ärztliche Behandlung der Kriegerverwundeten noch etwas hinausgeschoben werden müsse. Es habe sich inzwischen die Notwendigkeit und Möglichkeit neuer Verhandlungen mit der Ärztekammer herausgestellt. Es sei mit der Ärztekammer vereinbart worden, die alten Abmachungen vorläufig noch auf einen Monat zu verlängern. Die Magistratsvorlage werde bestimmt noch vor Ablauf dieses Termins der Versammlung zugehen.

20. II. 1917

8

# Sonder-Abdruck

## Wien während des Krieges.

	1916	1917
an Militärtagen . . . . . K	72.894.24	K 26.855.19
„ Verzugszinsen . . . . . „	81.260.90	„ 86.698.66
„ Kriegsgewinnsteuer . . . . . „	—	„ 2.388.512.20
„ Kriegszuschlägen . . . . . „	—	„ 4.128.379.95
„ Rentabilitätszuschlägen „	—	„ 4.206.216.33
„ Landesumlagen . . . . . „	5.255.000.—	„ 6.390.000.—
„ Gemeindeumlagen . . . . . „	14.594.000.—	„ 16.009.000.—
„ sonstigen Abgaben . . . . . „	178.653.18	„ 148.012.61

Zusammen . K 37,232.000.— K 53,040.000.—

Die Einzahlungen im Februar 1917 waren somit um **15,708.000 K höher** als im Februar 1916 und die seit Beginn des Verwaltungsjahres (1. Juli 1916) mit **259,514.000 K um 58,053.000 K höher** als in der gleichen Zeit des vergangenen Verwaltungsjahres.

Die große Geldflüssigkeit, aber auch die günstig Beurteilung der Kreditwürdigkeit der Gemeinde Wien kam darin zum Ausdruck, daß es der Gemeinde gelang im Februar an ein Wiener Bankensortiment

### 250 Millionen Kronen

Obligationen mit 4 1/2 Prozent Verzinsung und sechzig-jähriger Laufzeit zum Kurse von **90.25** zu begeben und dadurch sowohl ihre im Vorjahre ausgegebenen 100 Millionen Kronen 5 1/2-prozentiger Kassenscheine mit fünfjähriger Laufzeit einzulösen, als auch diese Geldmittel für die in den nächsten Jahren erforderlichen Investitionen bereitzustellen.

Die Nachfrage nach den neuen Schuldverschreibungen der Gemeinde Wien ist eine so starke, daß die **Kassenscheine**, die am 15. September 1917 mit dem Nennwerte zur Einlösung kommen, im Umtausch gegen die neuen Schuldverschreibungen aber eine Begünstigung genießen, noch immer mit einem **Aufgelde** gehandelt werden.

Über die Verhältnisse auf dem **Arbeitsmarkte** geben die Ausweise des

### städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes

nachstehendes Bild:

Arbeitsvermittlung	Stellenangebote	Stellengesuche	Stellenvermittlung
Metallverarbeitung, Maschinen etc.	155	172	135
Holzverarbeitung . . . . .	128	124	108
Baugewerbe und Spengler . . . . .	89	59	54
Leder- und Textilindustrie, Papier und graphische Fächer . . . . .	72	68	65
Kleidermacher . . . . .	88	95	76
Hotel- und höheres Arbeitspersonal	107	192	91
Bäder . . . . .	78	158	77
Kaffeestube . . . . .	399	478	328
Verkehrsbedienstete und nicht qualifizierte Arbeiter . . . . .	1277	986	988
Gewerbliche Frauenarbeit . . . . .	458	566	397
Behrlinge . . . . .	45	14	14
Summe . . . . .	2.896	2.912	2.333
Dienstvermittlung . . . . .	5.178	4.712	3.456
Zusammen . . . . .	<b>8.074</b>	<b>7.624</b>	<b>5.789</b>

Die

### öffentliche unentgeltliche Ausweisung

wurde im Februar von **80.000**, die entgeltliche Verköstigung in den städtischen

### Kriegsküchen

von **25.000** Personen in Anspruch genommen.

Die **Verhältnisse in den Wohnungsmieten** sind ziemlich unverändert geblieben und es kann nur als eine Vorsorge für die spätere Zukunft betrachtet werden, wenn vor kurzem eine **Verordnung** erlassen wurde, welche die Mieter gegen ungerechtfertigte Preissteigerung und Kündigung, andererseits aber auch die Hausbesitzer gegen ihre Hypothekargläubiger zu schützen bestimmt ist.

Große Sorgen bereitet der Gemeindeverwaltung im abgelaufenen Monate die

### Lebensmittelbeschaffung.

Die **Kartoffelzuschübe** kamen infolge des starken Frostes völlig zum Stillstande und auch die Entnahme der Kartoffeln aus den Erdmieten war durch die ungünstige Witterung erschwert. Die **Gemüsezufuhren** auf die Märkte waren sehr unzureichend, von **Obst** kamen fast nur steirische Äpfel in Betracht. Auch der **Fleischmarkt** war gering besetzt, an **Fett**, insbesondere an **Butter**, war ständig Mangel, die **Milchanlieferung** sank auf 9 Millionen Liter im Monat, so daß nach Versorgung der Kinder auf den Kopf der Bevölkerung kaum ein Achtelliter abgegeben werden konnte. Die Versorgung mit **Eiern** hat sich ein wenig gebessert.

Besondere Schwierigkeiten ergaben sich infolge der strengen anhaltenden Kälte bei der **Kohlenversorgung**, wenn auch über besondere Anordnung des Kaisers, von Seite der Regierung und der Militärbehörden alles geschah, um der Gemeinde die Versorgung insbesondere der ärmeren Bevölkerung mit Brennmaterial zu ermöglichen. Die unzureichende Kohlenzufuhr in den letzten Monaten hatte auch die städtischen Elektrizitätswerke in ernste Verlegenheit gebracht; da ihre noch im Herbst sehr beträchtlichen Vorräte immer mehr zusammenschmolzen, mußten empfindliche Einschränkungen des Verbrauches elektrischer Energie angeordnet und auch der Verkehr der elektrischen Straßenbahn wesentlich eingeschränkt werden. Die **Steinkohlenzufuhren** auf dem Nordbahnhofe beliefen sich im Monate Februar auf 85.000 t, die Abfuhren auf 118.000 t, so daß der Vorrat am Ende des Monats auf 19.600 t sank, gegen 70.000 t im Jahre 1916 und 82.000 t im Jahre 1915.

Nachstehend folgen die Ausweise des städtischen Marktamtes über die Beschickung der Wiener Märkte.

Auf dem

### Wiener Schlacht- und Stechviehmarkte St. Marx

wurden im Februar zugeführt:

20. III. 1917

82

# Sonder-Abdruck

Wien während des Krieges.

	1916	1917
an Rindern . . . . .	15.424 Stück	10.469 Stück
„ Kälbern . . . . .	17.724 „	7.091 „
„ Lämmern . . . . .	692 „	642 „
„ Schafen . . . . .	444 „	2.949 „
„ Schweinen . . . . .	40.053 „	13.617 „

Die Zufuhren an Vieh und Fleisch in der

## Großmarkthalle

betragen im Februar:

	1916	1917
an Rindfleisch . . . . .	2.038.909 Kilogramm	1.078.788 Kilogramm
„ Kalbfleisch . . . . .	8.443 „	656 „
„ Schaffleisch . . . . .	442 „	838 „
„ Schweinefleisch . . . . .	548.526 „	148.221 „
„ Kälbern . . . . .	9.186 Stück	2.378 Stück
„ Schafen . . . . .	501 „	4.462 „
„ Schweinen . . . . .	4.392 „	2.734 „
„ Lämmern . . . . .	110 „	2.745 „

An

## sonstigen wichtigen Lebensmitteln

kamen auf die Märkte im Februar:

	1916	1917
an Gemüse . . . . .	35.948 Meterzentner	19.009 Meterzentner
„ Kartoffeln . . . . .	10.064 „	23.492 „
„ Obst . . . . .	18.041 „	1.790 „
„ Butter . . . . .	587 „	115 „
„ Eiern . . . . .	8.174.030 Stück	750.760 Stück

Die Preise der

## wichtigsten Bedarfsartikel im Kleinhandel

stellten sich in der letzten Februarwoche wie folgt:

	Seller
Rindfleisch . . . . . per Kilogramm	760 — 1100
Schweinefleisch . . . . . „	700 — 1040
Schweinespeck . . . . . „	930 — 1000
Schweineschmalz . . . . . „	960 — —
Margarine . . . . . „	833 — 1000
Butter . . . . . „	1060 — 1450

	Seller
Eier . . . . . „ Stück	31 — 43
Milch . . . . . „ Liter	48 — 56
Mehl . . . . . „ Kilogramm	67 — 120
Brot . . . . . „	57.1 — —
Kartoffel . . . . . „	20 — —
Zwiebel . . . . . „	96 — 136
Sauerkraut . . . . . „	62 — 110
Bohnen . . . . . „	90 — 220
Zucker . . . . . „	114 — 122
Petroleum . . . . . „ Liter	50 — —
Steinkohle . . . . . „ 50 kg	350 — 420
Braunkohle . . . . . „ 50 „	160 — 300

Auch die

## Gesundheitsverhältnisse der Bevölkerung Wiens

waren im abgelaufenen Monat durch die außergewöhnliche Witterung ungünstig beeinflusst.

In der **Krankensbewegung** in den Spitälern kam dies zwar weniger zum Ausdruck, wie folgender Ausweis zeigt:

	Februar	
	1916	1917
Anfänglicher Krankenstand . . . . .	11.829	11.127
Zuwachs . . . . .	9.280	9.895
Abgang durch Entlassung . . . . .	8.756	8.575
Abgang durch Ableben . . . . .	901	864
Schließlicher Krankenstand . . . . .	11.452	11.583

Aber im allgemeinen stieg die Sterblichkeitsziffer bei tausend Einwohner auf 21.2 gegen 15.0 im Jänner und 17.2 im Februar des Vorjahres. Wesentlich dazu beigetragen hat das starke Umsichgreifen der Influenza, wie überhaupt die Erkrankungen der Atmungsorgane, die bei älteren oder durch Verkalkung und Lungenleiden geschwächten Personen vielfach tödlich verlief.

Ganz außerordentlich gering war dagegen der Stand der Infektionskrankheiten. Von Scharlach wurden nur 191 Fälle beobachtet gegen 261 im Vormonate und 562 im Februar 1916; von Diphtherie ebenfalls 191 Fälle gegen 374 im Vormonate und 352 im Vorjahre; von Bauchtyphus 12 Fälle gegen 30 im Jänner und 26 im Februar 1916. An Flecktyphus sind 22 galizische Flüchtlinge und 2 Wiener, zumeist infolge Verkehrs mit dem Flüchtlingslager in Deutschbrod erkrankt; hievon ist eine Person gestorben. Erkrankungen an Blattern und Cholera sind nicht vorgekommen.

Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

Dr. Richard Weiskirchner.

## Berlins Haushalt genehmigt.

Die Sozialdemokraten lehnen den Gesamtetat ab.

Eine Reihe von Einzelkapiteln waren in der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung, die fast ausschließlich der Feststellung des Haushalts gewidmet war, durchzusprechen, bevor man den Haushalt, der in Einnahme und Ausgabe mit rund 377 Millionen Mark abschließt, verabschiedete. Unfänglich schien es, als ob der Redeeifer einzelner sozialdemokratischer Vertreter noch eine außerordentliche Sitzung nötig machen würde. Doch bald erledigte man kurz und sachlich die einzelnen Kapitel; hier und da gab der Berichterstatter eine knappe Erläuterung.

Nur zum Schluß gab es eine förmlich dramatische Szene. Stadtv. Seimann (Soz.) hatte die nicht leichte Aufgabe, die Erklärung dafür abzugeben, daß seine Freunde auch in diesem Jahre dem Haushalt die Zustimmung versagen. Als Hauptgrund dafür führte er die Erhöhung der Kur- und Pflegekosten in den städtischen Krankenhäusern an. Seine Freunde seien außerstande, der zur Balancierung des Etats gewählten Erhöhung der Kurkosten in einer Zeit zuzustimmen, wo der Krieg der Bevölkerung die schwersten Wunden schlägt. Es sei anzuerkennen, daß der Magistrat in allen seinen Gliedern voll auf seine Schuldigkeit zur Erfüllung seiner Pflichten für Ernährung der Bevölkerung getan habe, aber bezüglich der Massenspeisung bestehen doch mancherlei Mängel, die der Verbesserung dringend bedürfen. Es scheine doch, als ob die Verwaltung den Beschwerden nicht mit dem nötigen Nachdruck nachgehe. Stadtv. Cassel (L.) wies auf das Geschaubte in der Begründung Seimanns hin. Er wolle nicht untersuchen, was die Sozialdemokraten, die in den zweieinhalb Kriegsjahren eifrig in der städtischen Verwaltung mitgearbeitet hätten, zu ihrer Ablehnung des Haushalts veranlaßt hätte. Dann betonte der Redner die außerordentlichen Bemühungen aller Vertreter des Magistrats, die Lebensmittelversorgung so gut als möglich zu gestalten. Auch bei der Massenspeisung sei Großartiges geleistet worden. Mängel stellten sich hier und da bei einem solchen Niesenbetrieb schon einmal ein.

Aus dem weiteren Verlauf der Beratungen sei noch folgendes hervorgehoben:

Stadtv. Benz (Soz.): Unsere Krankenhäuser und ihre Leistungen im Kriege stehen auf der Höhe. Ein Schmerzenskind ist nur unser Militär-Lazarett in Buch. Für dieses Lazarett gibt es keinen Etat, keinen Verwaltungsbericht. Von seinen 2400 Betten sind monatelang nur 1200 belegt gewesen. Dabei werden in unseren städtischen Krankenhäusern bürgerliche Kranke zurückgewiesen, weil diese mit kranken Soldaten überfüllt sind. So lange in Buch Plätze frei sind, sollten Militärkranke in unsere städtischen Krankenhäuser nicht aufgenommen werden. (Bravo!) — Stadtv. Selberg: Es sind seinerzeit der Militärverwaltung eine bestimmte Anzahl Betten in den einzelnen Krankenhäusern zur Verfügung gestellt worden. Diese Zahl müssen wir auch frei halten. Wir haben auch Betten frei, wo das Lazarett in Buch überfüllt war. Wenn jetzt Betten frei sind, so hängt das damit zusammen, daß im Winter keine großen Offensiven waren. Abgewiesen sind in unsern Krankenhäusern keine Kranken, die sofort hätten aufgenommen werden müssen.

Stadtv. Dr. Isaac (L.): Auch wir bedauern es außerordentlich, daß in Buch so viele Betten leer stehen. Aber wir müssen die Stellen in Berlin offen halten, da viele Soldaten ihre Verletzung nach Berlin beantragen, weil sie hier ihren Angehörigen näher sind, und weil ferner für die Behandlung einiger spezieller Krankheiten in Buch die nötigen Einrichtungen fehlen. — Stadtv. Dr. Jabeck (Soz.) bemängelt, daß das Pflegepersonal in den Irrenanstalten noch keine Kriegszulage erhalten hätte. Sehr schlecht sei auch die Verpflegung des Pflegepersonals sowie der Kranken, die an Gewicht abgenommen hätten.

Bürgermeister Dr. Reide: Eine Kriegszulage haben lediglich die Ärzte in den Krankenhäusern erhalten, in denen sich Lazarette befinden. In den Irrenanstalten befinden sich keine Lazarette. An Gewicht haben wir alle im Kriege abgenommen. (Lebhafte

Und das alles tut Ihr nicht allein, weil das mal Heinrichs Frau war, Ihr tut es, weil sie selbst Euch entzündet, weil sie Euch seelisch mit Beschlag belegt hat.

„Und wenn es so wäre?“

„Das sagst Du so leicht, mein Freund. Ich aber sehe einen befriedigenden Ausgang wieder nur in einer materiellen Erlebigung — wie ich das nenne. Seid Ihr willens oder in der Lage, Konstantin in oder annähernd so auszuhalten und zu

**Wien nach dem Kriege.**

**Dr. Weiskirchner über Großstadtfragen.**

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat gestern abend in der Urania ein Programm über den Ausbau Wiens nach dem Kriege entwickelt. Der Bürgermeister verstand darunter, wie er sagte, in erster Linie die Wohlfahrt aller Bewohner in dieser großen Stadt, die nur so bei Erfüllung dieser Voraussetzung an den ideellen Werten ihrer alten Kultur festhalten könne. Es ist begreiflich, daß man den Ausführungen des Stadtoberhauptes über diese Fragen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Natur, die nun in Einzelvorträgen von Fachleuten in der Urania näher besprochen werden sollen, mit großem Interesse entgegen sah. Ein Kreis gespannter Zuhörer folgte auch sehr aufmerksam der Entwicklung dieses großstädtischen Programms, das, wenn auch zum Teil schon in Beschlüssen der Gemeindeverwaltung festgelegt und dadurch bekannt, doch wieder viele neue Pläne und Absichten aufzeigte.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner, bei seinem Erscheinen auf das lebhafteste empfangen, begrüßte die dankenswerte Idee, im Rahmen der Urania eine Vortragsreihe über Großstadtfragen zu halten. Die Vorträge seien geeignet, die Wiener mit Wien und seinen wichtigsten Lebensfragen vertraut zu machen. Je mehr Bewohner der Stadt an den Vorgängen in der Verwaltung, an ihren Aufgaben, an der Art der Lösung verständnisvollen, regen Anteil nehmen, umso inniger und tiefer werden sich die Wechselbeziehungen zwischen Bevölkerung und Rathaus gestalten. In der Zusammenfassung aller schaffenden und wirkenden Kräfte unseres Gemeinwesens, sagte der Bürgermeister, habe ich stets eine der vornehmsten Aufgaben des Wiener Bürgers erkannt. Wien ist durch seine Lage, durch seine geschichtliche Entwicklung, durch kaiserlichen Schutz und Schirm, durch bürgerlichen Fleiß und die Arbeitskraft seiner Bewohner zur Großstadt geworden. Um aber eine gesunde Entwicklung Wiens für die Zukunft zu gewährleisten, um seine vornehme Stellung im Rahmen der Weltstädte zu behaupten, müssen wir nicht nur an den ideellen Werten alter Kultur festhalten und neue ideale Werte schaffen, sondern auch den neuen Richtlinien industrieller und kommerzieller Entwicklung folgen und auf die soziale Schichtung der großstädtischen Bevölkerung sorgfältig Bedacht nehmen. Diese Entwicklung wird durch eine Neuorganisation der städtischen Verwaltung und insbesondere durch technische Einrichtungen zu fördern sein, aber immer mit dem Vorbehalt, daß die Wohlfahrt der Bewohner durch diese Entwicklung nicht leide und daß vor allem die Nachteile, welche das Zusammendrängen so vieler Menschen auf einen engen Raum naturgemäß mit sich bringt, durch Fürsorgemaßnahmen ausgeglichen werden. Darin liegt der Kern der Großstadtfragen, und die Schwierigkeit ihrer Lösung wächst mit der Größe der Stadt und der Zahl der Bewohner.

Unser Streben wird dahin gehen müssen, daß unsere alte liebe Vaterstadt auch in Zukunft das ihr eigentümliche Gepräge behält, und möge es uns auch gelingen, den Volkstypus in seinen guten Grundzügen weiter zu erhalten. Damit jedem Wiener seine Scholle heilig sei und die Angelegenheiten der Stadt sich als eine Herzensangelegenheit aller Bewohner erweisen.

Kamillo Sitta steht mit Recht auf dem Standpunkt, daß zur Erreichung eines solchen Zieles der Städtebau nicht bloß eine technische, sondern im eigentlichen und höchsten Sinne eine Kunstfrage sein muß. Das Neue, was wir schaffen, soll im geläuterten Sinne der Neuzeit nach dieser klassischen Idee entsprechen, denn Schlichtheit widerspricht nicht der Schönheit. Die Erhaltung unserer einzig dastehenden landschaftlichen Umrahmung und die Herstellung eines entsprechenden Abschlusses der Stadt durch die Höhenstraße ist eine der bedeutungsvollen Aufgaben. Das Grün in der Stadt und um die Stadt wollen wir treu behüten und insbesondere dafür sorgen, daß unsere Jugend nicht zu kurz komme und durch Jugendspielfläche in frischer, freier Luft in die Lage versetzt werde, sich körperlich zu kräftigen und freundliche Erinnerungen an die Jugendzeit zu bewahren.

Der Bürgermeister verweist dann auf die Anregungen, die der Oesterreichische Ingenieur- und Architektenverein in seiner Schrift „Wien nach dem Krieg“ veröffentlicht hat, wertvolle Anregungen, die sich auf die Bauordnung, auf die Boden- und Wohnungspolitik, die Schaffung neuer Kunst- und Ruhbauten, die Donauregulierung und insbesondere

auf die Regelung des Verkehrswezens beziehen. Im innigsten Zusammenhang mit der Verkehrsfrage stehen die Aufgaben, welche der Stadt hinsichtlich der Bereitstellung des erforderlichen Baulandes für Industrie und Gewerbe und hinsichtlich der Wohnungsfürsorge erwachsen. Bei der Wohnungsfrage in der modernen Großstadt kommen allerdings noch andre Aufgaben, die mit ihr zusammenhängen, zur Bedeutung.

Die Gemeinde Wien hat ein eigenes Wohnungsamts geschaffen, um alle jene Zweige der städtischen Verwaltung, welche das Wohnungswesen betreffen, zusammenzufassen. Die Beschaffung möglichst zahlreicher, gesundheitlich befriedigender und möglichst billiger Wohnungen ist ein Ziel, welches über das Amt im engeren Sinne hinausgeht, indem es die Frage privater und gemeinnütziger Bautätigkeit, die Frage einer neuen Bauordnung, der sanitären Wohnungspolizei und aller mit dem Wohnwesen zusammenhängenden finanziellen Fragen aufrollt. Dazu kommen die besonderen Fragen, welche sich auf die Wohnungsergänzung (Schrebergärten), die Fürsorge für kinderreiche Familien und namentlich die Sorge für die heimkehrenden Krieger, die Kriegerheimstättenbewegung, in welcher letzterer Frage die Wiener Gemeindeverwaltung bahnbrechend die Initiative ergriffen hat. Allen diesen Bestrebungen der jüngsten Zeit ist eigentümlich, daß sie die Wohnungsfrage nicht mehr an sich, sondern als einen Teil der Bevölkerungspolitik erfassen und mit der Wohnungsfrage auch jene der wirtschaftlichen Betätigung zu lösen suchen.

Im Laufe der angefügten Vorträge wird übrigens immer klarer zutage treten, in welchem unlöslichen Zusammenhang alle die Fragen stehen, welche mit dem Sammelnamen „Großstadtfragen“ auf das Programm der Urania gesetzt wurden.

Noch vor zwanzig Jahren war die Arbeitslosenfürsorge eine Agende des Armendepartements. Erst im Jahre 1898 wurde das städtische Arbeits- und Dienstvermittlungsamts geschaffen, das eine sozial fruchtbare Tätigkeit entwickelt hat. Aber immer größere Aufgaben treten an die öffentlichen Korporationen in ihren Pflichten heran, die rechten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen zu ergreifen. Ich gedenke, sagte er Bürgermeister, dem Gemeinderat die Errichtung eines eigenen Arbeiterfürsorgeamtes vorzuschlagen, dessen besondere Wichtigkeit mir anlässlich der Vorträge bei der Demobilisierung gegeben erscheint. Hat sich die Arbeitslosenfürsorge vor 20 Jahren aus den Agenden der Armenpflege losgelöst, so wird in Zukunft immer mehr die Armenpflege den rein armenrechtlichen Charakter auf einen kleineren Kreis der Großstadtbevölkerung beschränken und in ihrer übrigen Betätigung soziales Gepräge annehmen. Speziell der heutige Vortrag des Herrn Dr. Hornek wird die künftigen Aufgaben auf diesem wichtigen Verwaltungsgebiet kennzeichnen. Das Ausmaß der Militärversorgung für die Kriegsverwundeten ist reformbedürftig, die Reform ist noch nicht erfolgt. Der Uebergang der Kriegs- zur Friedenswirtschaft wirkt die Frage der Fortzahlung des staatlichen Unterhaltsbeitrages auf. Wir haben nach Kriegsschluß mit Neuerungen in der sozialen Fürsorge zu rechnen, und die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz ist als Anstalt für weitere sozialpolitische Reformen zu betrachten. Jugendfürsorge, Wohnungsfürsorge, Bekämpfung der Tuberkulose und Lues, zentrale Organisation der Arbeitsvermittlung, Berufsberatungen werden die Ueberleitung der Armenpflege in die soziale Wohlfahrtspflege beschleunigen.

Was den Vortrag über die Lebensmittelversorgung anlangt, so erscheint diese Frage heute als die wichtigste. Die Gemeinde hat keine gesetzliche Pflicht zur Fürsorge für die Approvisionierung. Das Notrecht der Kriegszeit hat ihr erst diese Aufgabe überwiesen. Die Gemeinden haben Markteinrichtungen zu schaffen und den Lebensmittelverkehr zu überwachen. Die Gemeinde Wien hat selbst im Krieg dieser Verpflichtung im weitestgehenden Maß entsprochen. Lagerhäuser wurden gebaut, ein mächtiges Kühlhaus ist entstanden, eine Mühle wurde dem Einfluß der Gemeinde erworben, der Kontinanzmarkt ist im Bau begriffen. Zweifellos ist aber, daß die Approvisionierungspolitik der Stadt nach dem Kriege eine andre sein muß als vor dem Kriege. Vor allem muß die Produktion der Nahrungsmittel im Inland gesteigert werden, neue Verbindungen zwischen Erzeuger und Verbraucher müssen durch Vermittlung der Stadtverwaltungen geschaffen und die Organisation des gesamten Marktverkehrs in der Stadt von einer Stelle aus durchgeführt werden. Ueber eines dürfen wir uns allerdings nach dem heutigen Stande nicht täuschen. Ich beschwöre die Regierung, alle Kräfte einzusetzen, um die Produktion der

Nahrungsmittel so zu steigern, daß bei der Verteilung noch eine Ration zustande kommt, die dem einzelnen des Lebens Notdurft fristen läßt.

Die Wiener Bevölkerung hat durch 32 Kriegsmomente mit Opfermut und geduldiger Hingebung die Leiden dieses unheiligen Krieges getragen, und wir werden nicht verzagen. Aber unsere Sehnsucht gilt der Friedenszeit, in der wir zur Ehre und zum Ruhme unserer Stadt schaffen und bauen werden. (Lebhafte Beifall.)

Es folgte sodann der Vortrag des Dr. Hornek über „Armen- und Wohlfahrtspflege nach dem Kriege“, über den wir morgen berichten werden.

17./IV. 1917

99

# Obmänner-Konferenz.

## Bericht

über die 67. Sitzung der Obmänner-Konferenz vom  
14. Februar 1917.

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Anwesende: Die Vize-Bürgermeister Hierhammer und Hof; die Gem.-Räte v. Steiner, Schmid, Leitner, Dr. Hein, Dr. v. Dorn, Dr. Schwarz-Hiller und Reumann; ferner Magistrats-Direktor Dr. Rächtern, Ober-Magistratsrat Dr. Mayr, Stadtbau-Direktor Goldemund, die Direktoren Karel und Spängler.

Entschuldigt: Gem.-Rat Staret.

Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär v. Radler.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und berichtet über die Audienz der Obmänner-Konferenz vom gestrigen Tage beim Arbeitsminister.

Der Arbeitsminister habe der Obmänner-Konferenz einen Ausweis über die Versorgung der drei kohlenbezugsberechtigten Klassen vorgelegt. Wien gehöre in die dritte Klasse. Da in der letzten Zeit nicht einmal die erste und zweite Klasse voll befriedigt werden konnten, sei selbstverständlich die dritte Klasse ganz leer ausgegangen.

Nachdem die Mitglieder der Konferenz dem Arbeitsminister die gegenwärtigen Verhältnisse in Wien geschildert hatten, habe der Arbeitsminister vorgeschlagen, gemeinschaftlich mit ihm zum Kriegsminister sich zu begeben. Vor dem Kriegsminister habe er, der Bürgermeister, die Verhältnisse abermals mit allem Nachdrucke geschildert. Oberst Kreneis vom Kriegsministerium, der Chef der Zentral-Transportleitung, habe darauf hingewiesen, daß die Verhältnisse am Kohlenmarkte ungünstig seien. Die schlechten Transportverhältnisse, dann der Umstand, daß den ungarischen Mühlen und Staatsbahnen Kohlen geliefert werden müssen, habe die Situation verschärft. Nach Ungarn müßten noch 15.000 Waggons Kohle geliefert werden. Nach Durchsprechung der Kohlenbezugsquellen der Elektrizitätswerke habe der Kriegsminister versprochen, den Auftrag zu geben, daß den städtischen Elektrizitätswerken ein entsprechendes Kohlenquantum zugeschoben werden müsse. Das Elektrizitätswerk brauche knapp berechnet täglich 1100 t, hievon haben die inländischen Gruben 780 t zu liefern, 320 t die oberschlesischen, auf deren Lieferung man sich wegen der dort herrschenden Kohlenknappheit und des Waggommangels nicht verlassen könne. Deshalb müßten auch diese 320 t bei inländischen Gruben sichergestellt werden; er könne auch nicht zugeben, daß das Elektrizitätswerk von der Hand in den Mund lebe, deshalb müsse auch ein Vorrat geschaffen und deshalb um 80 t mehr aus den inländischen Gruben geliefert werden. Darum beantrage er für das Elektrizitätswerk 400 t mehr aus dem Inlande. Am Nachmittage des gestrigen Tages habe im Arbeitsministerium eine Sitzung der Kohlen-Kommission stattgefunden, in welcher die obige Kohlenmenge von 1180 t für das Elektrizitätswerk sichergestellt wurde und in welcher der Chef der Zentral-Transportleitung Oberst Kreneis erklärte, die Zustellung dieses Quantums an das Elektrizitätswerk zu übernehmen.

Am selben Tage sei er noch zum Minister des Innern, Baron Handel, zu einer Besprechung berufen worden, an welcher auch Minister Baernreither teilnahm. Diesen beiden Herren war die Ausarbeitung der Verordnung über die Einschränkung der Abgabe von elektrischer Energie für motorische Zwecke übertragen worden. Den beiden Ministern habe er ebenfalls die Lage geschildert und erklärt, daß er die Einstellung des Mittagsverkehrs auf den Straßenbahnen für sehr unangenehm halte, daß jedoch die Möglichkeit bestehe, das entsprechende Kohlenquantum zu erhalten, um diese Maßnahme zu verhüten. Um 9 Uhr abends habe ihn der Arbeitsminister telephonisch in Kenntnis gesetzt, daß sich der Ministerrat mit dieser Angelegenheit beschäftigt habe und daß der Gemeinde das verlangte Quantum zugesprochen wurde.

Der Bürgermeister gibt hierauf den nachstehenden Erlaß des Ministeriums für öffentliche Arbeiten vom 14. Februar 1917, betreffend die Kohlenanforderung des städtischen Elektrizitätswerkes in Wien, bekannt:

„An

den Herrn Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

in Wien.

Ich beehre mich, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß ich unter einem auf Grund des § 2 der Ministerial-Verordnung vom 11. November 1914, R.-G.-Bl. Nr. 314, die in der nachstehenden Zusammenstellung angeführten Kohlenwerksunternehmungen zur Lieferung der dort angegebenen Kohlenmengen an die städtischen Elektrizitätswerke verpflichte.

Ich lade Euer Exzellenz ein, die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke anzuweisen, sich mit den Direktionen der zur Kohlenlieferung verpflichteten Bergbau-Unternehmungen, beziehungsweise rücksichtlich der Lieferung der k. k. Berg-Direktion in Brüx mit der Firma Ed. J. Weinmann, Kohlen Großhandlung in Auffig an der Elbe, wegen der angemessenen Schadloshaltung für die angeforderte Kohle ins Einvernehmen zu setzen und in dieser Beziehung ein gütliches Übereinkommen anzustreben, widrigens diese Schadloshaltung gemäß § 2 der eingangs zitierten Verordnung vom Gerichte in außerstreitigem Verfahren festzusetzen sein wird.

Gleichzeitig ordne ich an, daß mit der Lieferung der angeforderten Kohlenmenge unverzüglich, daher auch vor Vereinbarung des hierfür zu zahlenden Preises zu beginnen ist.

Schließlich beehre ich mich Euer Exzellenz zur Kenntnis zu bringen, daß die mit meinen Erlässen vom 28. Jänner 1916, Z. 4369/XIII, und vom 1. Februar 1917, Z. 10006/XIII a, getroffenen Verfügungen zur Lieferung von Kohle an die städtischen Elektrizitätswerke in Wien unter Einem außer Kraft gesetzt werden.

Zwecks Sicherstellung des Zuschubes der mit diesem Erlasse angeforderten Kohlenmengen habe ich die Einreihung der städtischen Elektrizitätswerke in die erste Gruppe der bei der Zuweisung von bevorzugten Eisenbahnwagen zu berücksichtigenden Industrieunternehmungen und die unbedingte Beistellung der Wagen veranlaßt.

Wenn ich auch im Hinblick auf die Situation, in welche die städtischen Elektrizitätswerke geraten sind und die hieraus zu besorgenden Folgen alles darangesetzt habe, um selbst

**Kommunal-Angelegenheiten.****Hauptstädtischer Municipalausschuß.**

— Ordentliche Generalversammlung. —

Budapest, 18. April.

Der hauptstädtische Municipalausschuß hatte heute ein großes Pensum zu bewältigen; nicht weniger als 76 — darunter einige ziemlich wichtige — Magistratsvorlagen harrten der Erledigung, und außerdem waren einige freigewordene Stellen zu besetzen. Mehrere der Vorlagen riefen größere Debatten hervor, und es war bereits halb 9 Uhr geworden, als die Generalversammlung geschlossen werden konnte. Wie gewöhnlich, begegnete auch diesmal der Bericht über die Approvisionnement der Hauptstadt lebhaftem Interesse; die Redner übten an der Tätigkeit der leitenden Organe der hauptstädtischen Approvisionnement wohlwollende Kritik, was sie jedoch nicht hinderte, auf einige Uebelstände hinzuweisen. Schließlich wurde der Bericht einstimmig zur Kenntnis genommen und die Stadtväter gaben ihrer Anerkennung für die erwähnten Funktionäre durch lebhafte Ovationen Ausdruck. Auch die Frage des Budapester Handelshafens wurde von den Stadtrepräsentanten großer Aufmerksamkeit gewürdigt und die in dieser Frage gehaltenen Reden wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Unter den 76 Vorlagen gab es nur zwei, die nicht dem Wunsche des Magistrats entsprechend erledigt wurden.

Die Sitzung nahm folgenden Verlauf:

Vor der Tagesordnung.

Präsident stellvertretender Oberbürgermeister Dr. Stefan Bárczy widmete dem verstorbenen Stadtrepräsentanten Ministerialrat Alois Hořpöskly einen warmen Nachruf und beantragte, an Stelle Hořpösklys das Ersatzmitglied Dr. Eduard Edermann einzuberufen.

Der Vorsitzende meldete sodann, daß die Pester Ungarische Kommerzbank anlässlich ihres Jubiläums 50.000 Kronen für die Armen der Hauptstadt, Herr Arnold Tolnai und Herr Heinrich Beröje 2000 Kronen gespendet haben. Die Generalversammlung sprach den Spendern ihren Dank aus.

Vor der Tagesordnung äußerte Ludwig Herz den Wunsch, daß bei der Bemessung der Einkommen-, Vermögens- und Kriegsgewinnsteuer gegenüber den in verschiedenen Bezirken wohnenden Inhabern von Firmen ein einheitliches Verfahren angewendet werde. Der hierauf bezügliche Antrag des Redners wurde einstimmig angenommen.

Es folgte nun die Tagesordnung.

**Die Ablösung der Budapester Allgemeinen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft.**

Zu dieser Angelegenheit sprach Alexander Stern jun., der sich eingehend mit der Vorlage, besonders aber mit den Resultaten der Schätzung der Anlage beschäftigte. Er sprach dem Magistratsrat Dr. Johann Buzáth für dessen Verdienste um das Zustandekommen der Transaktion seine Anerkennung aus und erklärte, die Vorlage anzunehmen. Nachdem noch Magistratsrat Dr. Johann Buzáth gesprochen hatte, nahm die Generalversammlung die Vorlage einstimmig an.

Der Vertrag des Pächters der Behnsthühle auf dem Elisabeth-ter ist Ende März abgelaufen. Die Sektion für Stadtwirtschaft stellt den Antrag, den Vertrag zu er-

## Eine Million für Berliner Schüler

Hochherzige Stiftung eines dänischen Arztes.

In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung gab es eine sehr erfreuliche Ueberraschung. Stadtverordnetenvorsteher **Michalet** konnte mitteilen, daß ein dänischer Arzt eine Million Mark gespendet habe, für die 15 000 Berliner Schulkinder während des Krieges und bis drei Monate nach seiner Beendigung in der schönen Umgebung von Kopenhagen untergebracht werden sollen. Die Versammlung gab ihrer Freude über diese von wahrhaft edlem Sinn und innigem menschlichen Mitgefühl sprechende Tat einmütig Ausdruck. Sie spendete dem Vorsteher lebhaften Beifall, als er dem hochherzigen Stifter den Dank der Stadt Berlin aussprach.

Die Landfahrt der Schulkinder füllte den wesentlichsten Teil der gestrigen Sitzung aus. Die vom Magistrat geforderte Million für die Schuljugend in Ostpreußen, das 30 000 Kinder unentgeltlich aufnehmen will, wurde einstimmig bewilligt. Nachstehend der Beschlussesbericht:

Die Beratung über die Magistratsvorlage betr. die Erhöhung der Honorarsätze für die beim Berliner städtischen Rettungswesen beschäftigten Ärzte konnte in der vorigen Sitzung nicht zu Ende geführt werden, da Stadtv. Dr. **Weyl** (Soz.) der sofortigen zweiten Beratung widersprochen hatte.

Stadtv. Dr. **Weyl** (Soz.): Wir stimmen der Vorlage jetzt zu in der Erwartung, daß der Magistrat eine entgegenkommende Antwort auf die Beschwerden der Heilgehilfen im Rettungswesen erteilen wird. Diesen Heilgehilfen ist im Gegensatz zu den Ärzten eine Lohnerrhöhung während des Krieges abgelehnt worden. Dabei beziehen sie täglich 3 Mark bei siebenstündigem Dienst und bei anschließender Nachtschicht 5 Mark. Das sind Löhne, die des Berliner Rettungswesens nicht würdig sind! (Sehr richtig!)

Stadtrat **Runge** sagt zu, daß in der nächsten Kuratoriums-sitzung die Wünsche der Heilgehilfen wohlwollend geprüft werden sollen. Die Vorlage wird hierauf angenommen.

Es folgt die Vorlage über die Unterbringung von hiesigen Schülern auf dem Lande während des Sommers und den Beitritt Berlins zu dem Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“. Der Magistrat will dem Verein als Mitglied mit einem Jahresbeitrag von 500 Mark beitreten. In den Ausschuß des Vereins sollen Stadtschulrat Dr. **Fischer** und Geh. Justizrat Professor Dr. **Roske** gewählt werden. Der Verpflegungssatz beträgt täglich 50 Pf. Kriegerfrauen können statt der Zahlung dieses Betrages auf die Kriegsunterstützung für ihr Kind verzichten. Reisekosten entstehen für die Eltern nicht. Eltern, die ihre Kinder während des Sommers zu Verwandten oder Freunden auf das Land schicken wollen, können im Falle der Bedürftigkeit einen Zuschuß zu den Reisekosten aus städtischen Mitteln erhalten. Auch der Verpflegungssatz von 50 Pf. für Kind und Tag kann im Falle der Bedürftigkeit aus städtischen Mitteln gedeckt werden. Der Magistrat ersucht die Versammlung, für diese Unterbringung Berliner Kinder auf dem Lande die Summe von einer Million Mark zur Verfügung zu stellen.

Stadtv. Dr. **Rosenfeld** (Soz.): Wir begrüßen die Vorlage, aber bei ihrer großen Bedeutung für die Berliner Schuljugend wünschen wir eine gründliche Ausschussberatung. An welche Stelle sollen sich die Eltern wenden, deren Kinder nach ihrer Meinung zu Unrecht zurückgewiesen sind? Wer entscheidet über die Frage, ob Bedürftigkeit vorliegt? Hätten wir schon ein Jugendamt, so wäre das die geeignete Stelle zur Regelung dieser Fragen. So wäre das Beste die Einsetzung einer gemischten Deputation.

Stadtv. Dr. **Tropfle** (L.): Meine Freunde hätten die Hilfe gerne ausgedehnt auf die Schüler höherer Lehranstalten. Den zum Arbeiten hinausgeschickten älteren Kindern sollte die Fleischzulage zugute kommen.

Stadtv. Dr. **Isaac** (L.) wünscht Berücksichtigung der städtischen Güter bei der Versendung der Kinder. Die Herrschaft **Laake** sollte diesem Zwecke erschlossen werden.

Stadtschulrat Dr. **Fischer**: Durch Einsetzung eines Ausschusses oder einer gemischten Deputation würden 3 bis 4 Wochen verloren gehen, während wir beabsichtigen, schon Anfang Mai die ersten großen Flüge mit solchen Kindern hinauszuschicken. Einige hundert Kinder sind bereits durch Vermittlung des Vaterländischen Frauenvereins und des Charlottenburger Vereins fortgegangen. Neuerdings hat ein dänischer Arzt eine Million Mark zur Ver-



### Vericht des Bürgermeisters.

Hochgeborener Herr Obergespan!  
Eöbllicher Municipalausschuß!  
Ueber den Monat April l. J. beehre ich mich, folgendes zu berichten:

In allerhöchster Gegenwart Ihrer k. und k. Majestät Königin Zita konstituierte sich am 14. April in Budapest in der königlichen Burg der Landeskriegsfürsorgetrat, dessen patriotische, hehre Aufgabe im Interesse der zentralen Leitung jener Agenden des unter der Oberhoheit des Ministerpräsidenten stehenden Landeskriegsfürsorgetrates ist, welche mit der Fürsorge für die Kriegsinvaliden und deren Familie sowie für die Kriegswaisen und Wittven zusammenhängen, die ständige Berührung und das Zusammenwirken mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kreisen zu sichern. In dieser konstituierenden Sitzung des Landeskriegsfürsorgetrates waren alle jene geistlichen und weltlichen Behörden, öffentlichen Ämter ferner mit der öffentlichen Gesundheitspflege, öffentlichen Wohltätigkeit, Kinder- und Frauenschutz sich beschäftigenden Fachleute, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen vertreten, welche im Sinne des über die Fürsorgeinstitution der Invaliden und ihrer Familien, ferner der Kriegswittven und Kriegswaisen verfügenden Ministerpräsidialerlasses Zahl 900 vom Jahre 1917 im Landeskriegsfürsorgetrat Platz finden. Se. Exzellenz der Herr Ministerpräsident geruhete mich als Vorsitzenden des Waisensuhles diesem Räte beizuziehen, welcher ehrenden Einladung ich pflichtgemäß, doch mit freudiger Bereitwilligkeit entsprechend ich das Glück hatte, in allerhöchster Anwesenheit Ihrer Majestät unserer Königin an dieser bedeutungsvollen konstituierenden Sitzung teilzunehmen, unsere Stadt und unseren Waisensuhl zu vertreten.

In Verbindung mit diesem berichte ich, daß im Sinne des zitierten Erlasses Zahl 900/917 M. B. auch in unserer Stadt demnächst die Konstituierung der Lokalorgane der Landeskriegsfürsorgeorganisation: der städtischen und unter dem Präsidium des Herrn Obergespans der municipalen Kriegsfürsorgekommission stattfinden wird.

Eöbllicher Municipalausschuß! Ein schwerer Schlag, ein schmerzlicher Verlust traf Se. Hochgeborenen unseren hochverehrten Herrn Obergespan mit dem unerwarteten Hinscheiden seines einzigen Bruders des k. u. k. Kämmerers Bela Bartal von Belehaza. Wir hegen nicht nur aufrichtige und warme Teilnahme für unseren Herrn Obergespan, sondern fühlen infolge des zwischen Sr. Hochgeborenen und unserer Stadt bestehenden innigen Verhältnisses und gegenseitiger Anhänglichkeit alle zusammen mit Sr. Hochgeborenen seinen Schmerz. Eöbllicher Municipalausschuß! Berleihen wir diesen unseren Empfindungen im Protokolle unserer heutigen Generalversammlung und in unserem an Se. Hochgeborenen zu richtenden Kondolenzschreiben Ausdruck.

Mit aufrichtigem Bedauern berichte ich, daß der städtische Tierarzt Wilhelm Rosival am 21. April verstarb. Der Verewigte trat im August 1911 in städtische Dienste. Bei Ausbruch des Weltkrieges wurde er einberufen und hat seither Kriegsdienste geleistet und wirkte daher nur während der dem Kriege vorangehender dreier Jahre tatsächlich als städtischer Tierarzt.

Doch auch während dieser kurzen Zeit verrichtete er seine amtlichen Agenden stets pünktlich und zur Zufriedenheit.

Behufs Sammlung der zur Sicherstellung der öffentlichen Verpflegung nötigen Daten ordnete das Ministerium mit Erlaß Zahl 1377/1917 M. B. die Konstriktion der Zivilbevölkerung an deren ständigem Wohnorte sowie die Aufnahme des Standes an Kindern, Pferden, Schafen und Schweinen an.

Die Konstriktion der Zivilbevölkerung erfolgte am 1., 2. und 3. Mai nach dem Stande vom 30. April, und zwar nach Haushaltungen unter Spezifizierung der männlichen und weiblichen Bevölkerung nach Berufs- und Altersklassen. An densel-

ben Tagen wird auch der Tierbestand nach Eigentümern aufgenommen. Die Aufnahme der bebauten Flächen erfolgt bis 5. Mai wirtschaftsweise und bezieht sich auf sämtliche im Gemeindegebiet befindliche Ackergründe und erstreckt sich auf sämtliche mit Korn, Roggen, Gerste und Hafer bebauten Flächen.

Die Mehlerversorgung der Stadt betreffend berichte ich, daß gelegentlich der letzten Anweisung des Landes-Zentralernährungsamtes unser Monatskontingent abermals um drei Waggons herabsetzte infolgedessen statt der ursprünglich kontingentierten 64 Waggons, welche schon vorher auf 60 Waggons herabgesetzt wurden, diesmal nur 57 Waggons zu unserer Verfügung gestellt wurden und zwar 42 Waggons Weizen- und Kornmehl und 15 Waggons Kukurumehl. Dementsprechend waren wir über Auftrag des Zentralernährungsamtes genötigt, die tägliche Kopfquote von 240 Gramm auf 200 Gramm herabzusetzen.

Außer dieser Herabsetzung der Kopfquote werden wir aber in Folge Auftrages des Landes-Zentralernährungsamtes auch genötigt sein, in der Verabfolgung des Koch-, resp. weißen Mehles, einige Veränderungen ins Leben treten zu lassen. Das genannte Amt traf nämlich die Verfügung, daß aus Weizen und Roggen fortan nur 90 Prozent Mehl ausgemahlen werden dürfen, außerdem wurde bezüglich des Weizenmehles die neuerliche Verfügung getroffen, daß statt den bisherigen 15 Prozent Backmehl und 20 Prozent Kochmehl in Zukunft nur 15 Prozent Backmehl und 10 Prozent Kochmehl herzustellen ist. Damit wird die dergestalt entfallenden 10 Prozent Kochmehl nicht, wie dies andere Municipalitäten beabsichtigen, mit Kukurumehl ersetzt, eventuell die Back- und Kochmehlrationen dementsprechend abermals herabsetzen müssen, werden wir nächstens auf die Mehllantweisungen per 50 Dekka vorläufig versuchsweise 35 Dekka reines oder Kochmehl und 15 Dekka Weizenbrotmehl, welches letzteres auch zum Einbrennen verwendet werden kann, ausfolgen. Wenn diese Art der Mehlerverteilung, bei welcher in jeder Haushaltung per Woche und Kopf 35 Dekka weißes Mehl zu Mehlspeisen zur Verfügung stünde, den Ansprüchen des Publikums entspricht dann werden wir diese Art der Verteilung, vorausgesetzt, daß die neu erfolgenden Anweisungen dies ermöglichen, auch weiter aufrecht erhalten; im entgegengesetzten Falle wären wir leider genötigt, die Wochenration per 50 Dekka Weizenmehl herabzusetzen.

Mit Erlaß Zahl 1438—1917 M. B. stellte das kön. ung. Ministerium die Höchstpreise für Milch und für die einzelnen Milchprodukte fest. Laut diesem Erlasse ist der Höchstpreis für Vollmilch zwischen dem Produzenten einerseits und dem Milchhändler, Milchgenossenschaft, Aufarbeitungsanstalt und Milchsammlerstelle per Liter, an Ort und Stelle übernommen, 50 Heller, in Städten mit Municipalrecht, daher auch bei uns 56 Heller, hingegen in Budapest ab Aufgabestation 60 Heller. Nachdem wir für unsere Stadt bei diesem Preise überhaupt keine Milch bekommen können, müssen wir schon jetzt im Sinne der mit unseren Milchlieferanten geschlossenen Verträge einen, den Maximalpreis übersteigenden Preis bezahlen; und nachdem unsere Lieferanten nach Erscheinen des Erlasses sogleich erklärten, daß sie zu dem, in dem Erlasse festgesetzten Maximalpreise keine Milch liefern können und lieber die Milchwirtschaft aufgeben, war ich, damit die Versorgung der Stadt mit Milch nicht noch schwerer, eventuell unmöglich werde, auf Grund des § 2 des zitierten Erlasses gezwungen, den Präsidenten des Zentral-Landesernährungsamtes zu ersuchen, einerseits für Bozsony die für Budapest normierten Milchpreise festzusetzen, anderenteils mir die Vollmacht zu erteilen, in Anbetracht der Genehmigung die zum Teil schon höheren Milchpreise aufrechtzuerhalten.

In Verbindung mit diesem kann ich es nicht verabsäumen und halte es für meine Pflicht, dem Eöbllichen Municipalausschuß auch mitzuteilen, daß bezüglich der Versorgung unserer Stadt mit Milch Se. Exzellenz der Präsident des Landes-Zentralernährungsamtes uns mit dankbar anerkennendem Wohlwollen entgegenkommt, indem er über meine in konkreten Fällen vorgebrachten Bitten sozusagen aufertourlich, sofort die nötigen Verfügungen traf, um einsteils un-

terer Stadt die zum Konsum benötigte Milch nach Möglichkeit zu sichern, dadurch, daß er bei einzelnen Produzenten die Käsebereitung teilweise oder ganz einstellte, andererseits dadurch, daß er einzelne Gemeinden der Komitate Győr, Moson und Sopron in unseren Milchversorgungsbezirk einbezog.

Der kön. ung. Minister des Innern genehmigte mit Erlaß Zahl 36566 l. J. jenen Generalversammlungsbeschluß, mittelst welchem einzelnen städtischen Angestellten eine Familienzulage votiert wurde.

Der kön. ung. Handelsminister verlängerte mit Erlaß Zahl 26271 l. J. die der ungarischen Bank- und Handelsaktiengesellschaft erteilte und bereits einmal verlängerte Konzession für den Bau einer elektrisch betriebenen Lokalbahn, welche von einem geeignet gelegenen Punkte unseres Intravillans unter Berührung der Gemeinden Kecse, Szentgyörgy, Grinad, Bazin, Cajta, Eszard und Terling nach Modor führt, vom 28. April 1917 an gerechnet auf die Dauer eines Jahres.

Nachdem sonstige wichtigere Ereignisse in der öffentlichen Verwaltung unserer Stadt im Monat April nicht vorfielen, bitte ich den Eöbllichen Municipalausschuß diesen meinen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Bozsony am 1. Mai 1917.

Theodor Brody u. v.,  
Bürgermeister.

## Konstituierung der Volkswohlfahrtzentrale der Hauptstadt.

Budapest, 12. Mai.

Die Volkswohlfahrtzentrale der Haupt- und Residenzstadt Budapest, diese großzügige sozialpolitische Schöpfung des Bürgermeisters Dr. Stefan Bárczy, hielt heute um 11 Uhr im Sitzungssaale des alten Abgeordnetenhauses ihre konstituierende Sitzung. Zu diesem bedeutungsvollen sozialen Ereignis fand sich ein überaus zahlreiches, vornehmeres Publikum ein, in dessen Reihen alle jene Persönlichkeiten unserer Gesellschaft bemerkt wurden, die niemals fehlen, wenn es gilt, ein Werk der Nächstenliebe zu fördern, die Not der Mitbürger zu lindern. Es waren unter anderen anwesend: Gräfin Stefan Tísa, Gräfin Albert Apponyi, Gräfin Gabriel Bay, Frau Leo Lánczy, Frau Polyzena Hampel-Pulsthy, Frau Josef Bébi, Augusta Rosenberg, Frau Witwe Ferdinand Báthory, Frau Franz Vecsey, Frau Josef Szabó, die Geheimen Räte Elemér v. Simonitsits, Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Staatssekretär Karl v. Rémethy, Georg v. Lukács, Josef Szterényi, H. M. Hermann Kirchner, Magnatenhausmitglied Isolt Beöthy, die Universitätsprofessoren Baron Alexander Korányi, Generalstabarzt Julius Dollinger, Wilhelm Lauffer, die Ministerialräte Philipp Rottenbiller, Béla Kun, Edmund Glöck, Johann Kampis, Chefredakteur Josef Bébi, Sektionsrat Artur Gáspár, Graf Ladislaus Széchenyi, die Reichstagsabgeordneten Alexander Gießwein, Béla Pálly, Dr.

Franz Springer und Johann Hegedüs, Kurialrichter Szűcs, Oberstadthauptmannstellvertreter János Marlovich, der Direktor der Kinderschulgiga königlicher Rat Wilhelm Reugebauer, Rabbiner Dr. Simon Hevesi, der reformierte Seelsorger Benjamin Gappál, Bildhauer Josef Róna, Maler Max Brud, Privatdozent Wilhelm v. Friedrich, der gewesene Leiter des städtischen Volksunterstützungsbureaus Alexander Hanbai, der Generaldirektor der Gaswerke Dr. Franz Ripka, Generaldirektor Moriz v. Ribáry, Waisenstuhlpräsident Dr. Béla Melly, Oberphysikus Dr. Alexander Szabó, Spitaldirektor Dr. Johann Benhardt, ferner die Mitglieder des Magistrats, zahlreiche Stadtpräsidenten und alle Funktionäre der Wohlfahrtzentrale.

Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy, Präsident der Wohlfahrtzentrale, eröffnete die Sitzung mit einer längeren gehaltvollen Rede. Er begrüßte in warmen Worten die erschienenen Vertreter der Behörden und der Gesellschaft und skizzierte sodann die vielfachen wichtigen Aufgaben der Institution. All diese Aufgaben drückt, sagte er, ein einziges Wort vollständig aus: **Menschenhilfe**. Die Institution muß all das nachholen, was bisher auf dem weiten Gebiete der Nächstenliebe unterlassen wurde, sie muß auch die großen Verluste ersetzen, die der Krieg uns verursacht. Sie wird dieses Ziel erreichen, indem sie das Leben der Dahingeblichenen schützt, sie unterstützt und eine kräftige, gesunde Generation aufzieht, die der ungarischen Nation und ihrem Herzen, der Hauptstadt, eine feste Zukunft, eine glückliche Aera sichert. Der Bürgermeister wirft sodann einen Rückblick auf die bisherige Unterstützungsaktion der Hauptstadt und spricht dem Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tísa, sowie dem Vizepräsidenten der Kriegsfürsorgekommission Elemér v. Simonitsits, die diese Aktion stets wohlwollend gefördert haben, seinen herzlichsten Dank aus. Eingehend schilderte er die Organisation der Volkswohlfahrtzentrale und die Funktion ihrer zahlreichen Sektionen und richtete an die Regierung, an den hauptstädtischen Municipalausschuß und die Budapestener Gesellschaftskreise einen warmen Appell, die Volkswohlfahrtzentrale in ihrer dem Wohle der leidenden Menschheit gewidmeten Tätigkeit nach Kräften zu unterstützen. Aus großen Wunden, so schloß der Bürgermeister seine Rede, blutet die Nation, alte Krankheiten schwächen ihren Organismus. Frisches Blut in die Adern, Schutz gegen die Weiterverbreitung der dem Organismus der Nation anhaftenden Uebel! Was verloren ging, beweinen wir nicht; aber retten wollen wir, was noch verloren gehen kann! Im Interesse der Zukunft der Nation müssen wir die große Arbeit der Mehrproduktion organisieren, der Mehrproduktion in materiellen, geistigen und sittlichen Gütern. Siezu erbitte ich mir Ihre wertvolle Unterstützung!

Die Rede des Bürgermeisters wurde mit lebhaften Applaus aufgenommen.

Es folgte hierauf die Konstituierung der Wohlfahrtzentrale. Geschäftsführender Vizepräsident Vizebürgermeister Dr. Franz Déri verlas die Liste der Mitglieder und der Funktionäre der einzelnen Sektionen. Mitglieder der Wohlfahrtzentrale: in Vertretung der Minister: Ministerialsekretär Dr. Moriz Petri (Ministerpräsidium), Ministerialsektionsrat Dr. Artur Gáspár (Ministerium des Innern), Ministerialsekretär Dr. Moriz Tomesánski (Finanzministerium), Ministerialsektionsrat Dr. Modest Neterda (Unterrichtsministerium), Ministerialsektionsrat Rudolf Márffy-Mantuano (Handelsministerium), Ministerialrat Elemér Lóth (Ackerbauministerium), Ministerialrat Béla Kun (Justizministerium), ferner Oberstadthauptmann-Stellvertreter János Marlovich (Polizei), Direktor Dr. Alexander Szana (staatl. Kinderasyl), in Vertretung der Hauptstadt: die Magistratsräte Aladár Marner, Dr. Edmund Wilber, Ludwig v. Foltusházy, Bátor Hyperlovits, Dr. Eugen Márkus, Dr. Géza Demjen, Dr. Emil Bita und Dr. Eugen Berzel, Waisenstuhlpräsident Dr. Béla Melly, Oberphysikus Dr. Alexander Szabó, Oberfistal Dr. Emerich Szabó, Bezirksvorsteher Anton Kózyabólyi und Direktor Dr. Gustav Thirring; in Vertretung des Municipalausschusses: Ignaz Arányi, Johann Brodeser, Dr. Eugen Csukásy, Gustav G. Ehrlich, Friedrich Glück, Alexander Hahóthy, Friedrich Herczfeld, Jwan Hüvös, Johann Kaczián, Dr. Ernst Kovács, Samuel Krafauer, Dr. Emerich Rémethy, Dr. Franz Ripka, Dr. Jakob Schreyer, Dr. Josef Stern, Julius Szekula, Johann Sziget, Stefan Szűz, Dr. Josef Waigand, Julius Jboray.

Vom Magistrat für drei Jahre gewählte Mitglieder: Geheimer Rat Graf Albert Apponyi, Gräfin Albert Apponyi, Anton Vecsey, Ministerialrat Joltán Bošnják, Ernst Garami, Alexander Hanbai, Dr. Simon Hevesi, Witwe Karl Herich, Samuel Japai, Gräfin Ladislaus Karolgyi, Hofrat Mar Márkus, die Bischöfe Ottokar Prohászka, Alexius Petri, und Paul Ruffy, Geheimer Rat Elemér Simonitsits, Hofrat Franz Székely, Frau Aladár Szilassy, Graf Alexander Teleki, Chefredakteur Josef Bébi, Gräfin Rafael Fidy.

Präsidenten der Sektionen: Graf Julius Andrássy, Frau Stefan Bárczy, Isolt Beöthy, Dr. Julius Dollinger, Baronin Emerich Fejérváry, Graf Andreas Habib-Bartóczy, Roland Hegedüs, Graf Kuno Klebelsberg, Baron Adolf Kohner, Baron Dr. Alexander Korányi, Frau Leo Lánczy, Josef Szterényi, Mikolous Szűts, Gräfin Alexander Teleki, Gräfin Gabriel Bay, Dr. Wilhelm Vázyonyi.

Präsident Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy erklärte nun die Wohlfahrtzentrale als konstituiert.

Baron Alexander Korányi, Präsident der Sektion für Volkshygiene, begrüßt mit Freude die Konstituierung der Institution. Er hebt sodann die Wichtigkeit der Fragen der Volkshygiene hervor und spricht über die Notwendigkeit je intensiverer Schutzmaßnahmen gegen die Tuberkulose. Die Tuberkulose ist, sagte er, die schrecklichste Volkskrankheit Ungarns, der die Gesellschaft allein, ohne behördliche Unterstützung, nicht beizukommen vermag. Wir waren bisher nicht in der Lage, die unsere Heilanstalten verlassenden Kranken zu unterstützen, uns mit ihren Familienverhältnissen zu beschäftigen. Dies wird nun die Wohlfahrtzentrale ermöglichen. Der Kampf gegen die Tuberkulose ist auch jetzt schon sehr wichtig, doch noch viel wichtiger wird er nach der Demobilisierung sein, wenn Tausende von invaliden und kranken Soldaten nach Hause zurückkehren. Wir müssen rechtzeitig alle Vorbereitungen treffen, um einer Verbreitung der Tuberkulose durch die heimkehrenden Krieger vorzubeugen. Dergleichen müssen auch die venerischen Krankheiten radikal bekämpft werden. Da dies die neue Institution ermöglichen wird, muß jeder Menschenfreund ihre Konstituierung mit Freude begrüßen. (Beifall.)

Reichstagsabgeordneter und Stadtpräsident Dr. Franz Springer spricht dem Bürgermeister Dr. Bárczy für dieses Werk seine wärmste Anerkennung aus und versichert ihm, daß der Municipalausschuß die Anstalt stets nach Kräften unterstützen werde. (Beifall.)

Im Namen des Präsidenten des Landes-Volksernährungsamtes Barons Ludwig Kürthy begrüßt Ministerialkonzipist Karl Csiplay die Wohlfahrtzentrale, die stets auf die kräftigste Unterstützung des Volksernährungsamtes rechnen könne. (Ehrenrufer.)

Reichstagsabgeordneter Dr. Alexander Gießwein begrüßt die Institution als langjähriger Bewohner der Hauptstadt, aber auch in seiner Eigenschaft als parlamentarischen Vertreter eines Wahlbezirks der Provinz. Er äußert seine innigste Freude darüber, daß dieser neue Organismus nicht nur materiellen Interessen dienen, sondern sich auch zu einem mächtigen ethischen Faktor gestalten und als solcher zur sozialen Vereinigung unserer Nation beitragen werde. Die Maschinerie des Staates bedürfe einer Triebkraft; diese Triebkraft sei die Gesellschaft, deren Energie die Wohlfahrtzentrale steigern werde. (Beifall.)

Geheimer Rat Josef Szterényi beantragt, das Präsidium zu ermächtigen, an der Geschäftsordnung nach Bedarf im eigenen Wirkungskreise Änderungen vornehmen zu dürfen. (Zustimmung.)

Geheimer Rat Georg v. Lukács fragt, ob es nicht notwendig sei, die Sektion für Volkshygiene in Untersektionen zu teilen, damit der Kampf gegen die schlimmsten Volkskrankheiten mit je größerem Erfolg aufgenommen werden könnte.

Präsident Dr. Stefan Bárczy erwidert, daß dies im Bedarfsfalle geschehen werde.

Direktor Dr. Hugo Csergő unterbreitete hierauf das Budget der Wohlfahrtzentrale und einen Antrag, wonach die Regierung ersucht werde, die Kriegsunterstützung der Familien der Eingerückten zu verdoppeln, die Bestimmung, daß wer einem Verufe nachgeht, auf die Kriegsunterstützung seinen Anspruch hat, aufzuheben und auch die Familien der Kriegsunvaliden kräftiger als bisher zu unterstützen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, worauf Präsident Dr. Stefan Bárczy die Sitzung schloß.

17/11 1912

129

## Hauptstädtlicher Municipalausschuss.

— Ordentliche Generalversammlung —

Budapest, 16. Dez.

Die heutige Generalversammlung des hauptstädtlichen Municipalausschusses hatte eine sowohl quantitativ als qualitativ unbedeutende Tagesordnung zu bewältigen. Trotzdem waren die Bänke des Beratungsraumes dicht besetzt; das große Interesse der Stadtväter galt teils der für heute angelegten Waff zweier Funktionäre, teils einem im Interesse der Hausbesitzer eingebrachten, auf eine Änderung der Mietzinsverordnungen der Regierung abzielenden Antrag. Die Partei der Hausbesitzer war ziemlich stark vertreten, doch noch viel stärker war die der Gegner des Antrages. Diese gaben ihrem Unwillen über die gegen die große Klasse der Mieter sich richtenden Tendenz des Antrages so lauten Ausdruck, daß Stadtrepräsentant Julius v. Ullmann, der den Antrag begründete, oft die größte Mühe hatte, sich verständlich zu machen. Doch er hielt wader der Flut der kräftigsten Zwischenrufe stand, er blieb die Antwort auf sie nicht schuldig, und dank seiner Beharrlichkeit gelang es ihm schließlich, zu sagen, was er sagen wollte. Freilich änderte dies nichts an dem Schicksal des Antrages, der — sicherlich zur größten Genugung aller Mieter — mit großer Majorität abgelehnt wurde.

Die übrigen Angelegenheiten begegneten nur wenigem Interesse und wurden im Sinne der bezüglichen Magistratsanträge erledigt.

Die Generalversammlung eröffnete stellvertretender Oberbürgermeister Dr. Stefan Bárczy, der zunächst die jüngst eingelaufenen Spenden anmeldete. Die Budapester Viehmarkt-Liengengesellschaft hat 4000 Kronen zur Besetzung minderbemittelter Beamten mit unentgeltlichen Mittagessen, Stadtrepräsentant Viktor Herz 1000 Kronen zur Besetzung der Schulkinder im ersten Bezirk mit Frühstück und Herr Josef Lukács 1000 Kronen für die Armen der Hauptstadt gespendet. Den Spendern wurde Dank vollert.

Vor der Tagesordnung wurden mehrere Anträge unterbreitet.

Johann Szigeti stellte einen Antrag auf eine den Interessen der Hauptstadt entsprechende Abänderung der Vorschriften betreffend die Konzessionierung der Lokalbahnen. Johann Szigeti begründete kurz den Antrag, der dann an den Magistrat geleitet wurde.

## Die Wünsche der Hausbesitzer.

Stadtrepräsentant Julius Ullmann und Genossen beantragten, die Regierung in einer Eingabe zu ersuchen, daß den Hausbesitzern gestattet werde, die Mietzins bis zu 1000 Kronen um 12 Prozent, die Mietzins von 1000 bis 3000 Kronen um 15 Prozent und Mietzins über 3000 Kronen in beliebigem Maße, ferner die Gebühr für Zentralheizung um weitere fünf Prozent und die für Warmwasserlieferung um weitere zwei Prozent erhöhen zu dürfen. Die Antragsteller wünschten außerdem, daß die Moralitätsverordnung abgeändert werde, jedoch ohne Schädigung der Interessen der eingerückten Mieter, und schließlich den Ersatz des Schadens, den die Hausbesitzer dadurch erleiden, daß die eingerückten Mieter nur einen Teil des Mietzinses bezahlen.

Die Verlesung des Antrages begleiteten stürmische Rufe des Widerspruchs und viele forderten laut die Verlesung der Namen der Stadtrepräsentanten, die den Antrag unterzeichnet haben.

Diesem lärmend geäußerten Wünsche wurde sofort entsprochen und Magistratsrat-Obernotär Alois Marcher verlas die Namen. Bei einigen Namen wurden ironische Bemerkungen laut, die große Heiterkeit wackten.

Als Julius v. Ullmann mit der Begründung des Antrages beginnen wollte, versuchten ihn die Gegner des Antrages durch heftige Zurufe daran zu verhindern. Der Saal widerhallte von ihren Protestrufen und der Vorsitzende war nicht imstande, Ruhe zu schaffen. Ein wenig legte sich der Sturm erst, als Julius v. Ullmann energisch, mit dem ganzen Aufgebote seiner körperlichen Stimmittel den wirt durcheinander schreienden Stadtvätern zurief:

— Ich habe ein Recht, hier zu sprechen, ich werde von diesem Rechte Gebrauch machen, ohne mich durch solche terroristischen Mittel einschüchtern zu lassen!

— Er hat Recht! Man muß ihn anhören! riefen nun viele und brachten die Gegner einen Moment zum Schweigen. Die Wärmungen wiederholten sich wohl noch öfter, doch war der Widerstand gebrochen und Julius v. Ullmann konnte seine Rede fortsetzen und beenden.

Er begann seine Rede, indem er die Wichtigkeit der Förderung der Bautätigkeit betonte. Er bezeichnete dies als die Hauptbedingung für die Entwicklung der Hauptstadt. Dann schilderte er die Verhältnisse, die die Bautätigkeit lähmen, den Mangel an Arbeitern, die Teuerung der Materialien. Eingehend beschäftigte er sich mit der im November des vorigen Jahres erlassenen Mietzinsverordnung, die die Hausbesitzer empfindlich treffe. Darf man — fragte der Redner — weil fünf Prozent der Hausbesitzer in unerschämter Weise die Lage mißbrauchten und ihre Mieter auswuchern wollten, die übrigen 95 Prozent der Hausbesitzer, die anständigen Elemente der Hausbesitzer, schädigen?

Eine Stimme: Wir werden für die armen Hausbesitzer Spenden sammeln! (Heiterkeit.)

Julius v. Ullmann bemerkte, seine Rede fortsetzend, ein Teil der Presse terrorisiere in rücksichtsloser Weise die Hausbesitzer, ungeachtet dessen, daß diese die größten Lasten zu tragen haben. Die Zinsrückstände, die die Hausbesitzer der Moralitätsverordnung zu verdanken haben, belaufen sich auf nicht weniger als 35 Millionen. Die Hausbesitzer wurden ihres Selbstbestimmungsrechtes bereits vollständig beraubt; während sie einerseits ihre Rechte nicht geltend zu machen veranlaßt, werden ihnen andererseits immer größere Lasten auferlegt. Auch die Hauptlast trage durch die Erhöhung der Preise des Gases und des elektrischen Lichtes sowie der Kohlspreise wesentlich hierzu bei. Die Kosten der Instandhaltung der Häuser sei kolossal gestiegen, die Preise einiger wichtigen Materialien sogar um 400 Prozent. Die Wünsche der Hausbesitzer verdienen daher, berücksichtigt zu werden. Warum sollte zum Beispiel den Heereslieferanten, die Hunderttausende verdienen, der Zins nicht erhöht werden dürfen? Eine beschränkte Steigerung der Mietzins würde aber auch die Arbeiter nicht zugrunde richten.

Stadtrepräsentant Großmann: Die meisten sind im Schützengraben.

Julius v. Ullmann: Auch ich war im Schützengraben, doch Sie habe ich dort nicht gesehen. (Heiterkeit.)

Zum Schluß bittet der Redner die Generalversammlung, sich weder vom Terrorismus eines Teiles der Presse, noch durch demagogische Phrasen beeinflussen zu lassen, sondern objektiv den Antrag zu beurteilen und ihn anzunehmen.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte zwischen dem Vorsitzenden — inzwischen hatte Vizebürgermeister Dr. Theodor Bödy den Vorsitz übernommen — und Dr. Wilhelm Bároni ergriff der letztere das Wort. Er bemerkte, die Generalversammlung sei bereits einmal für die Erfüllung des Wunsches der Hausbesitzer, sie für die Zinsrückstände zu entschädigen, eingetreten. Auch bei dieser Gelegenheit will Redner betonen, daß er diesen Wunsch für berechtigt halte. Was jedoch die prozentuelle Festsetzung der Zinserhöhung betrifft, so sei es unmöglich, ohne vorausgehende Verhandlung der Frage hierüber zu entscheiden. Trotzdem Stadtrepräsentant Ullmann ein hervorragender Fachmann sei, habe er dennoch unrecht, wenn er einen Zusammenhang zwischen den Mietzinsverordnungen und der Stagnation der Bautätigkeit konstruiere. Redner weist auf die Vorteile der jüngsten Wohnungsverordnung hin, durch die das Uebergreifen der allgemeinen Teuerung auf die Mietzins vermindert wurde. Er hält den Antrag für nicht zeitgemäß und spricht sich daher gegen die Verhandlung desselben aus. (Sehafter Beifall.)

Der Antrag wurde mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt.

## Die Tagesordnung.

Die Unterstufung der Aktion, die die Staatsbeamten zur Verbesserung ihrer Lage eingeleitet haben, bilde den Gegenstand einer vom Magistratsrat-Obernotär Alois Marcher unterbreiteten Vorlage. In der Vorlage wird auch der Antrag gestellt, daß die Regierung ersucht werde, alle Begünstigungen, die den Staatsbeamten gewährt werden, auch auf die Kommunalbeamten auszudehnen. Nachdem Béla Perczel in warmen Worten und unter allgemeinem Beifall für die Verbesserung der Lage der Beamten eingetreten war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Zur Vorlage über die Aenderung des Rauchfanglehrerstaats sprach Dr. Moriz Füredi, der hervorhob, daß es auf diesem Gebiete einer gründlichen Reform bedürfe. Die Vorlage befriedige ihn nicht, weshalb er wünsche, daß sie dem Magistrat mit dem Auftrage zurückgegeben werde, sie in entsprechender Weise umzuarbeiten.

Die Generalversammlung nahm mit Stimmenmehrheit die Magistratsvorlage an.

## Interpellationen.

Alexander Frivaldsky richtete an den Bürgermeister eine Interpellation in Angelegenheit der durch das Militär in den Wäldern der Hauptstadt verursachten Schäden. Die Interpellation wurde an den Bürgermeister geleitet.

Dr. Josef Kraemer teilte im Rahmen einer Interpellation mit, der Besitzer des Hauses Beres-Pálnutca 35, ein hoher Ministerialbeamter, habe, um sein Haus an das Kriegsfürsorgeamt zu vermieten, sämtlichen Parteien des Hauses gekündigt. Redner ersucht den Bürgermeister, sich der Parteien, die bei der herrschenden Wohnungsnot der Gefahr ausgesetzt seien, obdachlos zu bleiben, anzunehmen und bei dem Kriegsfürsorgeamt dahin zu intervenieren, daß es auf die Pacht des Hauses verzichte.

Magistratsrat Dr. Emil Vita erklärte, der Magistrat werde im Interesse der Mieter die nötigen Schritte einleiten.

Errichtung eines mohammedanischen Bethauses.  
Vor mehreren Jahren hat Stadtrepräsentant Dr. Rudolf Habas den Antrag gestellt, daß in Budapest ein mohammedanisches Bethaus errichtet werde. Heute berichtete nun der Magistrat über den Stand dieser Angelegenheit und teilte mit, der Unterrichtsminister habe in seiner Antwort auf die in dieser Frage an ihn gerichtete Eingabe der Hauptstadt erklärt, daß er sich mit der Frage beschäftigen werde, sobald ihm konkrete Vorschläge erstattet werden. Um dies zu können, muß nach der Magistratsvorlage zunächst der Platz, an dem das Bethaus errichtet werden soll, festgestellt werden.

Dr. Rudolf Habas nimmt den Bericht des Magistrats dankend zur Kenntnis und ersucht den Magistrat, sich auch weiterhin wohlwollend mit dieser auch in politischer Hinsicht wichtigen Angelegenheit zu beschäftigen.

Julius Székely bittet, sich intensiver mit dieser Angelegenheit, die große sozialkulturelle und politische Bedeutung habe, zu beschäftigen und äußert im Namen des Vereins „Rózsadomb és Vidéke“ den Wunsch, daß das Bethaus neben dem Grabe Gül Babas auf dem daselbst befindlichen hauptstädtischen Grundstück errichtet werde.

Die Generalversammlung wies den Magistrat an, die geäußerten Wünsche zu berücksichtigen.

Die übrigen Angelegenheiten wurden ohne Debatte erledigt.

Padungen nicht festgestellt werden, da die Fahrzeuge aus Beileitzügen herausgeschossen wurden.  
Der Chef des Admiralstabes der Marine."

## Der Krieg mit Frankreich und England.

Gerüchte über eine Demission Poincarés.

— Ein Geheimvertrag zwischen dem Zaren und Poincaré? —

Budapest, 4. Juni. „Az Est“ meldet aus Genf: Die französische Kammer hat eine Entscheidung über die Teilnahme der Sozialisten an der Stockholmer Konferenz noch nicht getroffen, aber die jüngste Rede Ribots und die ganze Stimmung deuten darauf hin, daß sich die Kammer dagegen aussprechen werde.

In der letzten Geheim Sitzung brachten Cachin und Moutet eine Interpellation über die Behauptung der russischen Revolutionäre ein, daß Akten vorhanden seien über eine zwischen dem Zaren und Poincaré abgeschlossene Vereinbarung bezüglich einer gegen Deutschland zu unternehmenden Offensive.

In der Kammer wurde diese Nachricht als vollkommen unrichtig bezeichnet. In Paris hatte sich die Meldung verbreitet, daß Poincaré seine Demission gegeben habe.

Die sozialdemokratischen Blätter richten die heftigsten Angriffe gegen den Präsidenten.

„Journal de Peuple“ sagt, das französische Volk müsse das dümmste der Welt sein, wenn es nicht bemerke, daß es von einem elenden Charlatan regiert werde.

## Letzte Nachrichten.

Friedensdemonstrationen in Kronstadt.

(S.) Petersburg, 4. Juni. In Kronstadt fand eine große Demonstration statt, an der an 30.000 Personen teilnahmen. Es wurde an Seite der Zimmerwalder und für den Frieden demonstriert.

Große Demonstrationen in Nordamerika für die Friedenskonferenz in Stockholm.

(S.) London, 4. Juni. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika, besonders aber in New York, fanden wieder große Demonstrationen statt. Die Demonstranten äußerten sich für die Friedensverhandlungen in Stockholm, verurteilten scharf die von der Regierung geplante Musterung.

Die Demonstranten forderten, daß die Regierung ihre Kriegsziele bekanntgebe.

Neue ungarische Geheimräte.

(S.) Budapest, 4. Juni. Se. Majestät der König geruhte dem Staatssekretär Siegmund Baron Percenyi im Ministerium des Innern und Gabriel von Madarassy im Finanzministerium die wirkliche Geheimratswürde zu verleihen.

Der griechische Dampfer „Aristid“, 12.980 Tonnen, durch ein U-Boot versenkt.

(S.) Madrid, 4. Juni. Ein Unterseeboot hat in der Nähe von St. Andre den Dampfer „Aristid“ (12.980 Tonnen) versenkt. „Aristid“ ist ein griechischer Dampfer, der mit Erz beladen nach England unterwegs war.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 4. Juni. Das Wolffsche Bureau meldet vom 4. d. M. abends:

Am Wyttschaet-Bogen nahm nach einem ruhigen Morgen das Artilleriefener am Nachmittag bedeutend zu.

## Tagesneuigkeiten.

Tageskalender: Dienstag, 5. Juni 1917.

Katholiken und Protestanten: Pontifikat. — Israeliten: Jahr 5677. 15. Siwan. — Sonnenaufgang: 4 Uhr 13 Minuten. — Sonnenuntergang: 7 Uhr 43 Minuten. — Mond: Vollmond 2 Uhr 6 Min. nachmittag.

## Städtische Generalversammlung.

Der städtische Municipalausschuß hielt gestern unter dem Vorsitze des Obergespan Aurel von Bartal seine Junigeneralversammlung ab. Obergespan Aurel v. Bartal dankte zunächst für die Beileidkundgebung des Municipiums, die ihm aus Anlaß des Ablebens seines Bruders zugekommen ist. Hierauf meldet

Obergespan Aurel v. Bartal seinen Rücktritt

an. Da die Regierung ihre Demission eingereicht habe und selbe vom König angenommen wurde, habe auch er seinen Rücktritt angemeldet. Selbstverständlich werde er so lange die Regierung nicht enthoben ist, seinem Amte gemäß die Pflichten erfüllen.

Bürgermeister fgl. Hat Brollh glaubt die Empfindung aller Anwesenden auszudrücken, wenn er das tiefste Bedauern über den Schritt des Obergespanns ausspreche. Wer die unentwegte politische Konsequenz Aurel v. Bartals kennt, hat es natürlich gefunden, daß mit der Demission der Regierung auch er seinen Rücktritt anmelden werde. Lange Zeit hindurch sei Aurel v. Bartal Obergespan der Stadt und stets habe er auf das wärmste die Interessen derselben gefördert. Zwischen Stadt und Aurel v. Bartal hat sich ein Verhältnis herausgebildet, wie es herzlicher noch mit keinem Obergespan war. Schwer traf uns die neuerliche Prüfung des Vaterlandes und wir wollen hoffen, daß die Wolken sich wieder zerstreuen, sollte es aber nicht der Fall sein und sollte Obergespan Aurel von Bartal aus dem Amte scheiden, werde ihn stets die aufrichtigste Liebe und wärmste Sympathie der Bürgerschaft begleiten.

Repräsentant Bela Stekelhuber ist vollkommen der Meinung des Bürgermeisters. Aurel v. Bartal fühlte sich hier nicht als Obergespan, sondern als Bürger dieser Stadt. Er folgte hierbei den Regungen seines Herzens. Einen solcher Obergespan habe Pozsony bisher nicht gehabt. (Ejnenrufe.)

Repräsentant Johann A. Bäumler schließt sich den Worten des Bürgermeisters und jenen des Repr. Stekelhuber im Namen des Bürgervereins an. Der Verkehr der Bürgerschaft mit Obergespan Aurel v. Bartal war nicht der wie mit einem Obergespan, sondern wie mit einem väterlichen Freund. Er hatte die Stadt in sein Herz geschlossen und wir wären aufs tiefste betrübt, wenn Aurel v. Bartal endgültig von uns scheiden würde. Wir hoffen aber, ihn neuerdings als Obergespan begrüßen zu können. (Ejnenrufe.)

Repr. Hofrat Dr. Bela Tauscher will nur kurz konstatieren, daß Obergespan Aurel v. Bartal jederzeit, wenn die Bürgerschaft sich an ihn gewandt hat alles daransetzte um ihren berechtigten Wünschen entgegenzukommen. Aurel v. Bartal war nicht nur ein guter Obergespan, sondern auch ein guter Mensch. Redner hofft, daß Bartal sich heute nicht endgültig verabschiedete. (Ejnenrufe.)

Obergespan Aurel v. Bartal sagt, er sei tief gerührt von den Sympathiekundgebungen. Er wollte sich gewiß heute noch nicht verabschieden, denn man wisse ja noch nicht, wie die Entscheidung vor sich gehen werde und vielleicht werde es ihm möglich sein, im Amte bleiben zu können. Er bedauere, daß er nicht so sein Amt ausfüllen konnte, wie er es selbst gewünscht hätte.

13. VII. 1917

146

gers angeschlossen haben. Infolgedessen bitte er das Haus, es möge beschließen, die Landtagsverhandlungen bis zur Erledigung der Demissionsgesuche zu vertagen. (Lebhafte Rufe auf den Bänken der Majorität: „Es lebe der Banus!“)

Präsident Dr. Medakovic erklärte, da die Mitteilung des Banus vollkommen der richtigen parlamentarischen Gepflogenheit entspreche, stelle er den Antrag, das Haus möge die Vertagung bis zur Erledigung der Regierungsfrage beschließen.

Der Antrag wurde angenommen. Die Majorität bereitete dem Banus beim Verlassen des Saales neuerlich sehr warme Ovationen.

## Eintritt der Opposition in den Wiener Stadtrat.

Von Dr. Rudolf Schwarz-Giller.

Gemeinderat der Stadt Wien.

Wien, 12. Juni.

Im Wiener Gemeinderat hat sich heute nachmittag ein lokalpolitisches Ereignis vollzogen, das an sich gewiß hinter die ungeheuren Geschehnisse auf der großen Weltbühne in seiner Bedeutung zurücktritt; an dem man aber als Wiener, da auch dieses Ereignis dem inneren Wesen nach als Produkt des Krieges bezeichnet werden muß, doch nicht lang- und klanglos vorübergehen sollte. Nach mehr als zwanzigjähriger Pause ziehen wieder Vertreter der Opposition in den Stadtrat ein. Der bisher „kontraktlose Stadtrat“ erhält drei Mitglieder, welche nicht der Kreifen der Majorität entstammen. Für übergroße Freude ist allerdings kein Grund vorhanden. Es muß gewiß zugestanden werden, daß die gemäßigten Elemente der christlichsozialen Majorität, an ihrer Spitze Bürgermeister Dr. Weiskirchner selbst, seit längerer Zeit schon die Unmöglichkeit des gegenwärtigen Zustandes empfanden und sich redlich alle Mühe gaben, einem Verhältnisse ein Ende zu machen, welches der Stadt Wien sicherlich keine Ehre bereite und allen parlamentarischen Sitten der ganzen Welt zuwiderliefe — das Verhältnis einer vollständig durch eine übergroße Majorität von den wichtigsten Geschäften ausgeschlossenen Minorität. Andererseits wird aber die Freude an dem endlichen Durchringen parlamentarischer Sitten im Wiener Gemeinderat durch einige Nebenumstände herabgeschraubt. Vor allem verstimmt es, daß dieses Handreich an die Opposition erst gegen Ende des dritten Kriegsjahres erfolgt, daß es in einem Augenblicke erfolgt, wo schwere Sorgen die Stadt zu bedrücken beginnen und der Wunsch, die Verantwortung mit anderen zu teilen, nur allzu begreiflich ist. Weiter ist die an sich selbstverständliche Einräumung von Sitzen im Stadtrat an die Opposition im Junktum gestanden mit einer unpopulären und meiner Ansicht auch unnötigen Maßregel, der Vermehrung der Stadtratsstellen um drei, so daß es nach außen hin leicht den Anschein erwecken mag, daß um der Opposition willen diese Vermehrung notwendig war, was doch absolut nicht der Fall war. Und dann war die Zahl der der Opposition eingeräumten Stellen — nämlich drei nicht im Verhältnis zu der Zahl der Vakanzten, nämlich dreizehn. Es wäre zum mindesten recht und billig gewesen, wenn für jeden Bezirk, von welchem bürgerlich-freieiliche Gemeinderäte in den Gemeinderat entsendet wurden, eine Stadtratsstelle eingeräumt worden wäre. So erhielten aber bloß der erste und neunte Bezirk ein freieiliches Stadtratsmandat, während durch die Majorität für die Leopoldstadt, welche zu zwei Dritteln freieiliche Gemeinderäte entsendet hat und unter andern auch über die größte Anzahl israelitischer Gemeindevähler verfügt, zwei christlichsoziale Stadträte bestellt wurden.

Aber wie dem auch immer sein mag, Ideen, welche durch mehr als 25 Jahre das Wiener Bürgerium spalteten und gegeneinander verhetzten, können nicht mit einem Male grundlegende Aenderungen aufweisen, und der Gedanke, daß jede Minorität in der Stadt ihrer Pflichtenleistung entsprechend auch Lebensrechte besitzt, muß noch tiefere Wurzeln fassen. Wenn aber nach langer Zeit die

gewesen sein, der in 50 Tagen nur zehnmal Regen mit einer Niederschlagsmenge von 20 Millimeter brachte. Der älteste bekannte ähnliche Fall war 1856 zu verzeichnen, der vom 15. März bis 2. Mai 47 regenlose Tage aufwies. Zwischen beiden wäre nur noch das heiße Frühjahr von 1893 bemerkenswert, das in 43 Tagen nur drei Tage mit bedeutungslos schwachen Niederschlägen brachte. Besonders zu erwähnen wäre nur noch, daß das vorhandene Plus der Tagestemperatur über das normale Mittel nicht als zu hoch zu betrachten ist, zumal noch die folgenden kühlen Nächte eine gewisse Milderung schaffen.

**Aufnahme von Militärveterinärabemilern.**

Zur Heranbildung von militärärztlichen Berufsbeamten werden mit Beginn des Studienjahres 1917/18 33 Aspiranten in die Tierärztliche Hochschule in Wien und 15 Aspiranten in die ungarische Veterinärhochschule in Budapest als Militärveterinärabemiler aufgenommen. Die Bewerber haben sich zu einer siebenjährigen militärärztlichen Dienstleistung im Heere zu verpflichten.

**Verbot der Versteigerungen.**

Ankünd. wird mitgeteilt: Die Zentral-Preisprüfungs-Kommission hat kürzlich, ihre Beratungen über die Frage eines Verbotes der Warenauktionen fortsetzend, einem an das Ernährungsamt zu erstattenden Gutachten zugestimmt, demzufolge Versteigerungen während der Kriegszeit im allgemeinen verboten sein sollen. Zur Schonung berechtigter und alteingelebter Verkehrsformen jedoch sollen die Administrativbehörden ermächtigt sein, fallweise für gewisse Warenarten Versteigerungen zu bewilligen. Ueberdies sollen Obst und Holz im Hinblick auf die im Auge befindliche öffentliche Regelung des Verkehrs mit diesen Waren von dem Verbot ausgenommen werden.

**Der Wohnungszuwachs in der Kriegszeit.**

Der letzte Jahresbericht der Kaiser Franz Josef I. Jubiläumstiftung für Volkswohnungen und Wohlfahrtseinrichtungen beklagt die andauernde Lahmlegung der Bautätigkeit, wodurch die Wohnungsproduktion in einen bedenklichen Rückstand gerät. In Wien sind in den letzten drei Jahren zusammen bloß 15.404 Wohnungen zugewachsen, eine Menge, die den normalen Zuwachsbedarf nur eines Jahres zu decken vermag. Obgleich der Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Bautätigkeit noch nicht abzusehen ist, hat die Stiftung alle Vorbereitungen zur Errichtung einer neuen Anlage mit 220 Wohnungen für kinderreiche Familien getroffen.

**Lebensmittelgaunereien im Großen.**

Die Wiener Polizeibehörde forscht nach dem ehemaligen Kanzleiaffistenten Peter Malicek der Stadt Wien, der seit einigen Monaten Lebensmittelbetrugereien im größten Maßstabe ausgeführt und mehrere Wiener und Budapestener Firmen um ganz bedeutende Summen betrogen hat. Malicek hat sich seit geraumer Zeit als Importeur betätigt und teils im Infratenwege, teils durch Weiterempfehlung eine Reihe von Firmen mit seinen Angeboten bedacht. Er gab an, daß er durch seine Beziehungen bedeutende Mengen Lebensmittel, namentlich Sauerkraut, zu liefern in der Lage sei. Daraufhin wurden ihm bedenkenlos große Beträge als Angaben eingehändigt; doch die Lieferungen verzögerten sich. Ueber die Grenze kam kein Waggon. Malicek redete sich immer mit allerlei Schwierigkeiten aus. Das Vertrauen schwand nach und nach, und man drohte ihm mit der Strafanzeige. Malicek zog es daher vor, zu verschwinden. Zu den Hauptgeschädigten gehört der Großkaufmann Hans Urban im 13. Bezirk, der für große Unternehmungen Lebensmittellieferungen im Großen übernommen hat. Die Summe, die Malicek, soweit bisher festgestellt, durch seine Schwindeleien herausgelockt hat, beträgt rund 120.000 Kronen. Es scheint aber, daß der Betrag weit höher ist.

**Wiener Vergügungen.**

- Heute Samstag:
- Simplizissimus Bierlabarett. Täglich, große Vorstellung, Beginn 8 Uhr.
- Monacher. Täglich Vorstellung.
- Münkedits Kino-Palast, 2. Bezirk, Ausstellungsstraße Nr. 142. Täglich große Vorstellungen.
- Kleine Bühne (Elite-Kino), 1. Bezirk, Bollzeile Nr. 34.
- Erfrischungsraum A. Gerngroß. Fünfuhrtree von halb 4 bis halb 6 Uhr.

**Städtische Angelegenheiten.**

**Wiener Gemeinderat.**

Sitzung vom 15. Juni.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung.

**Uebelstände beim Gemüseverkauf.**

Ignaz Fischer (Liberal) stellt folgende Anfrage: Es verlautet, daß die errichtete Gemüsezentrale die Absicht verfolgt, nur jene Händler mit dem Verkauf zu betrauen, die Mitglieder der Gemüsezentrale sind und als solche einen Mindestanteil von 10.000 Kronen gezeichnet haben. Die Folge einer solchen Maßnahme wäre, daß sämtliche Händler, die nicht über Geld verfügen und nicht Mitglieder der Zentrale werden können, vom Gemüsehandel ausgeschlossen wären. Traurige Erfahrungen auf dem Gebiet des Verpflegswesens sind ein genügender Anlaß, alles vorzuziehen, damit das Volk nicht ausgemüdet und dabei noch angewiesen wird, stundenlang warten zu müssen, bis es den Einkauf besorgen kann. Es wird gefragt: Ist dem Bürgermeister der erwähnte Uebelstand bekannt, und ist er geneigt zu verfügen, daß insbesondere auf den Marktplätzen alle Händler Gemüse verkaufen, damit das Anstellen vermieden werde?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Der Magistrat berichtet hierüber folgendes: Die vom Amt für Volksernährung autorisierte Gemüse- und Obstverforgungsstelle („Geos“) hat eine Ver-

völlig gleich. Hier werden Sie Gelegenheit haben, die Demokratie ernst zu nehmen. Auch die Regierung wird Gelegenheit haben, zu zeigen, ob das Wort von der Demokratie in der Thronrede nur ein rednerischer Aufspruch oder ernster Wille ist, dem arbeitenden Volk zu geben, was ihm gebührt.

Abg. Max Winter erklärt in einer tatsächlichen Verächtigung, sein während der Rede des Abg. Wolf gemachter Zwischenruf sei mißverstanden worden. Selbstverständlich sei es ihm nie eingefallen, den Abg. Medriß für einen Hochverräter zu halten oder gar dafür zu erklären.

Schluß der Sitzung: 7 Uhr abends.

Nächste Sitzung: Heute Samstag, 10 Uhr vormittags.

pflichtigen Personen ein. Angeblich zu Erziehungszwecken wurden alle gezwungen, sich einer besonderen Meldung zu unterziehen. Ragzias wurden gegen alle aus Galizien und der Bukowina stammenden männlichen Staatsbürger abgehalten, Verdächtigungen waren zwar gegen alle gerichtet, lehnten sich aber in erster Linie gegen die Juden. Daß der Effekt dieser ausführlichen, politisch höchst unflugen und Erbitterung im ganzen Lande hervorruhenden Maßnahmen nicht entsprach, ist bekannt. Redner fordert den Landesverteidigungsminister auf, gegen die unerhörten Verdächtigungen, daß die Juden militärische und Drückerberger seien, im Namen der Wahrheit energisch aufzutreten. Er möge die Zahl der Juden nennen, die in den Kämpfen am Hongo geblutet haben, damit einmal das Gift der Verleumdung verschwinde. Die Sprache der Heidenfriedhöfe in Prodeina und anderer ist stärker als Gung und Ungunst einer Regierung! (Bravo! Bravo!)

**Für ein selbständiges Königreich Polen.**

Dr. Gombinski (polnischnationaler Demokrat) führt in seiner zum Teil bereits wiedergegebenen Rede gegenüber dem Ministerpräsidenten aus, er müßte, falls die Worte des Ministerpräsidenten von den Schwärmeren nationaler Exaltation auf die Polen gemünzt wären, diese Worte mit größtem Bestreben aufnehmen. Die Polen erinnern sich an eine ähnliche Aeußerung eines russischen Zaren, der vor 80 Jahren den Polen bei einem Empfang in Warschau die Worte entgegenzuschleuderte: Nur keine Schwärmeren! Die Polen haben sich trotz der Schwärmeren erhalten, sie sind ihnen treu geblieben, sie haben für ihre Zukunftsträume blutig gekämpft. Das Jarentum ist nicht mehr da, aber die Polen sind da. (Beifall bei den Polen.) Sollten die Worte des Ministerpräsidenten gegen die Polen gebraucht worden sein, so werden die Polen an eine höhere Stelle, an den Monarchen appellieren, an jene Dynastie, die mit der polnischen Dynastie so vielfach verwandt und in ganz Polen so hoch geschätzt ist. In Besprechung der von den Polen beschlossenen Resolution hebt Redner hervor, die Polen haben nie Anlaß zu dem Glauben gegeben, daß sie ihrem politischen Streben entsagt haben. Wenn sich irgendein Pole fände, der das behaupten wolle, sage er nicht die Wahrheit. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines mächtigen Polenreiches breche sich überall Bahn. Nur ein mächtiges, lebensfähiges, wirklich politisch und wirtschaftlich selbständiges Polenreich werde imstande sein, seine historische Mission als ein lebendes organisches Bindeglied zwischen Ost und West zu erfüllen. Nur ein wirklich selbständiges Reich könne auch eine dauernde Grundlage für den Frieden in Europa bilden. Wie sei es möglich, daß in Zukunft, wenn Europa das Unglück hätte, daß sich ein Krieg, wie der gegenwärtige, wiederholen sollte, die Polen wieder in verschiedene feindliche Lager gespalten sind und wie wolle man sich in Zukunft die internationalen Verbindungen vorstellen? Sollen diese von dem Willen der Regierenden und nicht von dem Willen der Regierten abhängig sein? Nach dem Weltkrieg müsse eine neue Welt und ein neues Leben entstehen. Ein wichtiges Bindeglied dieser neuen Ordnung soll ein freies, großes, vereinigtes Königreich Polen sein!

**Ein Italiener über den Frieden.**

Abg. Dr. Bugatto (Italienische Volkspartei) beginnt in italienischer Sprache. Deutsch fortsetzend bespricht er in eingehender Weise die Vorläufige bei der Evakuierung des Kriegsgebietes am Hongo und führt Beschwerde, daß mit der Evakuierung zu lange gewartet wurde und daß trotz der wiederholten Zusiche-